

3 Die einzelnen Zuwanderungsgruppen

3.1 Überblick

Das folgende Kapitel befasst sich differenzierter mit den verschiedenen Formen der Zuwanderung nach Deutschland. Die einzelnen Migrationsformen unterscheiden sich rechtlich hinsichtlich der Einreisemodalitäten (z. B. Visumfreiheit bzw. -pflicht) und des Aufenthaltsstatus der betreffenden Personen. Im Einzelnen werden folgende Formen der Zuwanderung betrachtet:

Erwerbsmigration	Kapitel 3.2
Bildungsmigration	Kapitel 3.3
Flucht und humanitäre Aufnahmen	Kapitel 3.4
Migration aus familiären Gründen	Kapitel 3.5
Migration aus weiteren aufenthaltsrechtlichen Gründen	Kapitel 3.6
Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler	Kapitel 3.7
Zuwanderung von deutschen Staatsangehörigen	Kapitel 3.8

Bei einem Vergleich der Gesamtmigration aus der Wanderungsstatistik (vgl. Kapitel 1) mit der kumulierten Zahl der verschiedenen Zuwanderungsgruppen auf Basis von unterschiedlichen statistischen Datenquellen ergeben sich Differenzen. Die Ursachen dafür liegen vor allem in unterschiedlichen Erhebungsgrundlagen, (z. B. fall- oder personenbezogene Erfassung), aber auch in Erfassungsunterschieden der einzelnen Statistiken.²² Für Zahlen aus dem AZR (dies betrifft im Folgenden die Aufnahmen aus der Ukraine nach § 24 AufenthG sowie die Zahlen zur Bildungs- und Erwerbsmigration und zum Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen) wurde im Migrationsbericht 2022 erstmals das Verfahren der Fünferrundung angewandt, um die Vorgaben der statistischen Geheimhaltung und des Personendatenschutzes umzusetzen. Das bedeutet, dass alle Werte auf das nächste Vielfache von 5 gerundet werden. Zudem wurde eine gegenüber den Vorjahren veränderte statistische Kategorisierung einzelner Aufenthaltstitel vorgenommen (vgl. hierzu im Detail Kapitel 1.6 und die folgenden Abschnitte des Kapitels 3).

Der am 24. Februar 2022 begonnene russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat eine der größten Fluchtbewegungen innerhalb Europas seit dem Ende des 2. Weltkriegs ausgelöst. Seit Beginn des Krieges haben über 1 Million Menschen aus der Ukraine Schutz in Deutschland gesucht. Um den Geflüchteten aus der Ukraine einen schnellen Schutz zu gewähren, hat der EU-Rat am 4. März 2022 erstmalig die „Richtlinie zum vorübergehenden Schutz“ der EU (2001/55/EG) aktiviert. Geflüchtete aus der Ukraine können visumfrei nach Deutschland einreisen und müssen auf Basis der genannten Richtlinie kein Asylverfahren durchlaufen, da sie einen aufenthaltsrechtlichen humanitären Schutzstatus auf Grundlage von § 24 AufenthG (vorübergehender Schutz) erhalten (vgl. hierzu ausführlich Kapitel 3.4.2.1). Unter den insgesamt rund 2,7 Millionen zugewanderten Menschen im Jahr 2022 befanden sich rund 1,1 Millionen Geflüchtete aus der Ukraine.

Aufgrund der geltenden Visafreiheit für ukrainische Geflüchtete können sich diese bis zu 90 Tage in Deutschland aufhalten, ohne einen Aufenthaltstitel beantragen zu müssen. Für diesen Zeitraum werden sie auch nicht im AZR registriert. Daher liegt die Zahl der Aufnahmen nach § 24 AufenthG (abgebildet im AZR) unterhalb der Zuzugszahlen aus der Ukraine. Da letztere jedoch in geringem Umfang auch weitere

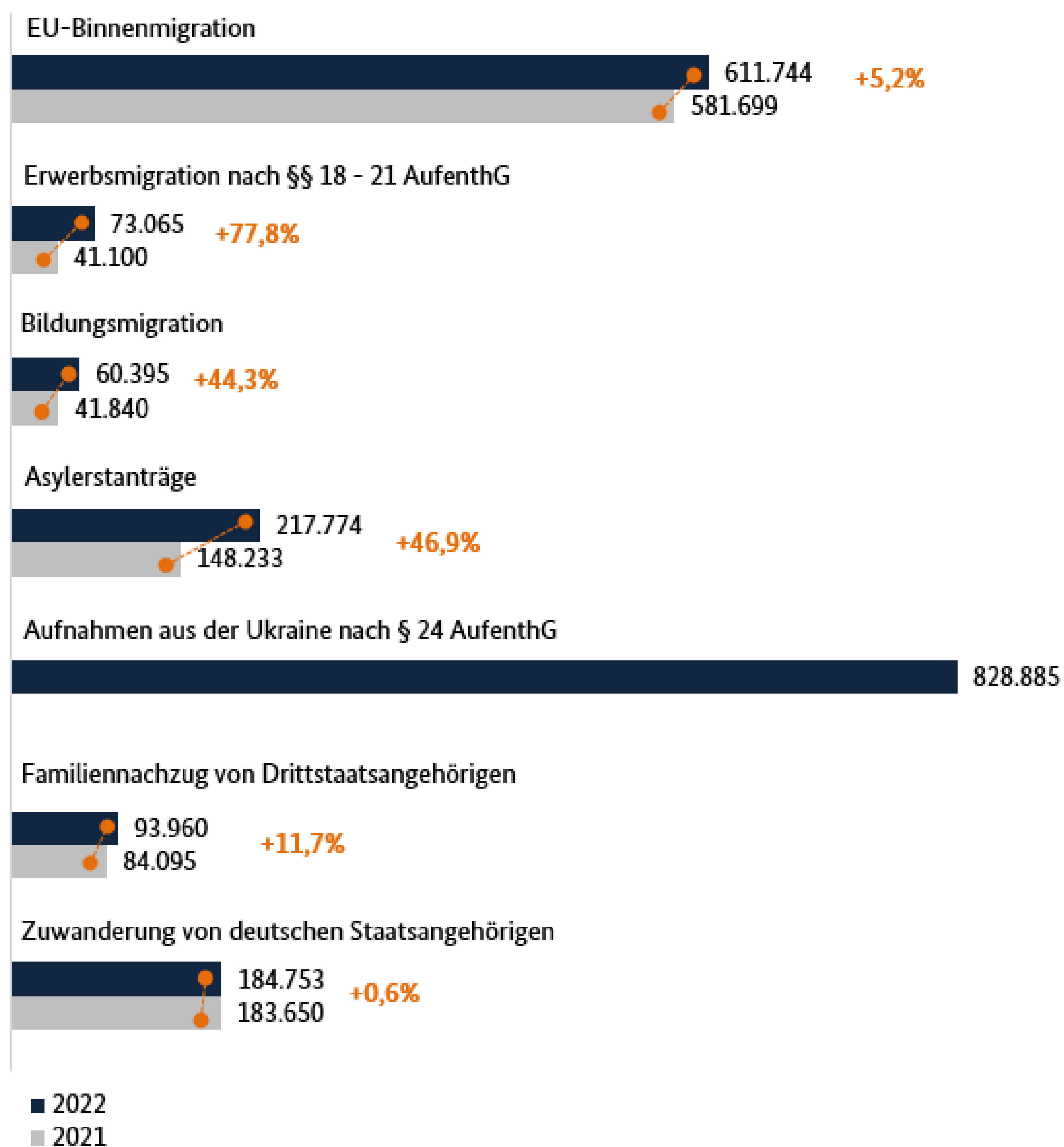
²² Vgl. dazu Lederer 2004: 102ff.

Migrationsformen außerhalb des Fluchtgeschehens umfassen können (z.B. Bildungsmigration vor Februar 2022), werden im Folgenden die Aufnahmezahlen als besonderes Spezifikum des Migrationsgeschehens im Jahr 2022 dargestellt.

Das Migrationsgeschehen nach bzw. aus Deutschland ist seit Jahren vor allem durch Zuwanderung aus bzw. Abwanderung in andere europäische Staaten gekennzeichnet. Der Anteil der Zuwanderung aus den europäischen Staaten ist im Jahr 2022 mit 76,2 % deutlich gestiegen (2021: 63,8 %). Diese Entwicklung steht im Zusammenhang mit der hohen Fluchtzuwanderung aus der Ukraine. Zugleich ist damit der Anteil der EU-Binnenmigration an der Gesamtmigration deutlich zurückgegangen, obwohl diese Zuwanderung in absoluten Zahlen etwas zugenommen hat. Konkret kamen 22,9 % der zugewanderten Personen aus Staaten der EU (ohne deutsche Staatsangehörige, 2021: 44,0 %).

Das BAMF nahm 217.774 Asylersanträge entgegen (+46,9 % gegenüber 2021). Im Rahmen des Familiennachzugs wurden im Jahr 2022 93.960 Aufenthaltstitel an Drittstaatsangehörige erteilt (2021: 84.095, +11,7 %). Insgesamt wurden im Jahr 2022 60.395 Aufenthaltstitel zu Bildungszwecken an Personen erteilt, die im selben Jahr eingereist sind (2021: 41.840). Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der erteilten Aufenthaltserlaubnisse um 44,3 %. 73.065 Personen aus Drittstaaten haben im Jahr 2022 einen Aufenthaltstitel für eine Erwerbstätigkeit erhalten (2021: 41.100, +77,8 %) (vgl. Abbildung 3-1 und Abbildung 3-2).

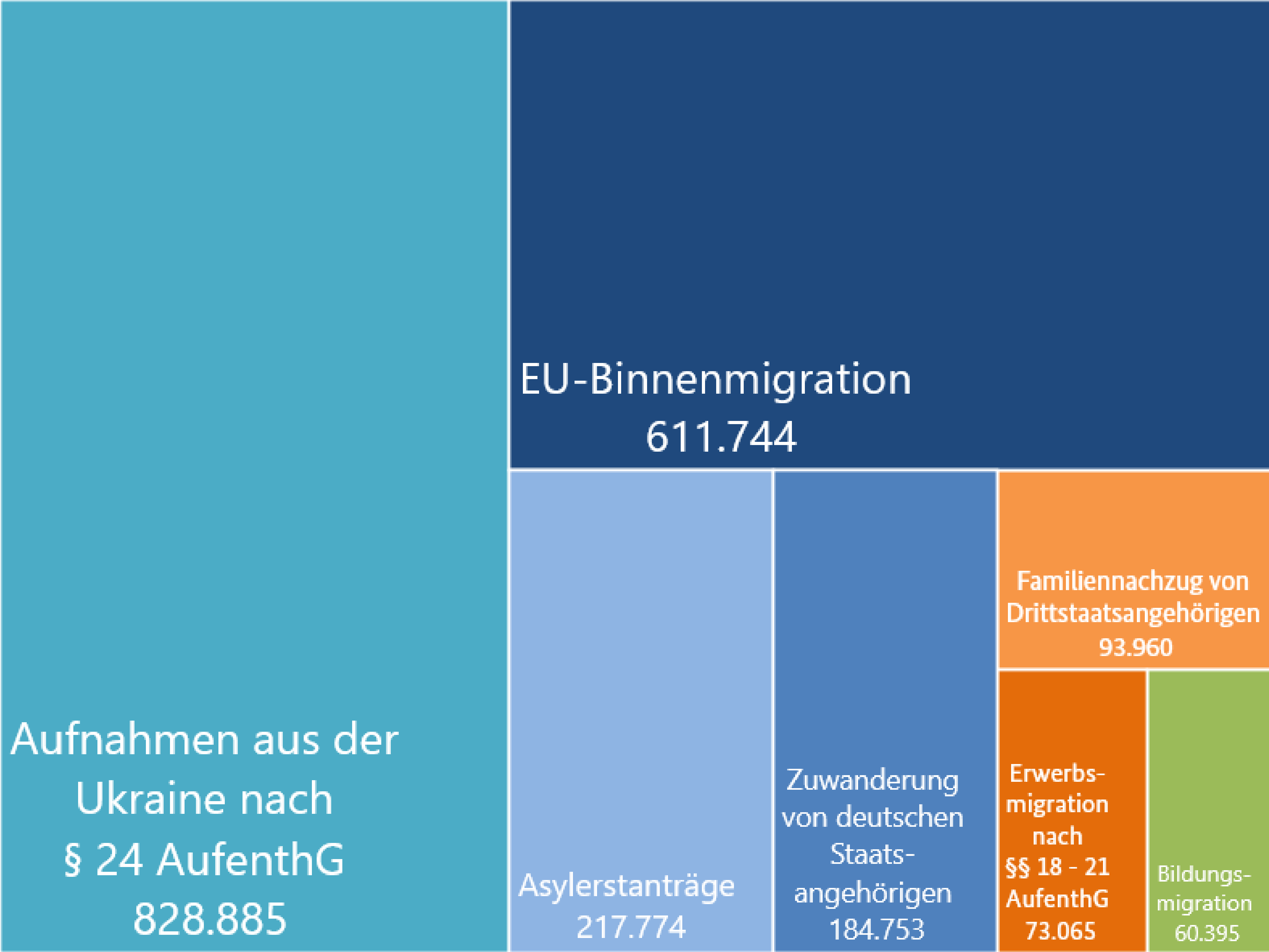
Abbildung 3-1: Überblick über die wichtigsten Migrationsgruppen nach Deutschland seit 2016



Anmerkung: Eine Addition der Zuwanderungsgruppen zu einer Gesamtsumme ist aufgrund unterschiedlicher Erhebungskriterien (z. B. Fall- vs. Personenstatistik) und Doppelzählungen (z. B. EU-Binnenmigration und saisonale Arbeitskräfte aus EU-Staaten) nicht möglich. Abweichungen der für 2021 genannten Werte zu denen im Migrationsbericht 2021 auf Basis des AZR ergeben sich aus einer veränderten statistischen Kategorisierung und der Anwendung der Fünferrundung.

Quellen: Statistisches Bundesamt, BAMF, Ausländerzentralregister

Abbildung 3-2: Die wichtigsten Migrationsgruppen im Jahr 2022



Anmerkung: Eine Addition der Zuwanderungsgruppen zu einer Gesamtsumme ist aufgrund unterschiedlicher Erhebungskriterien (z. B. Fall- vs. Personenstatistik) und Doppelzählungen (z. B. EU-Binnenmigration und saisonale Arbeitskräfte aus EU-Staaten) nicht möglich.

Quellen: Statistisches Bundesamt, BAMF, Ausländerzentralregister

3.2 Erwerbsmigration

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Erwerbsmigration von Drittstaatsangehörigen – also Personen, die nicht die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates besitzen – sind in den §§ 18 bis 21 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) und in der Beschäftigungsverordnung (BeschV) geregelt.²³ Beim Arbeitsmarktzugang gelten unterschiedliche Regelungen für Drittstaatsangehörige einerseits sowie für EU-Staatsangehörige und Angehörige der übrigen Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR)²⁴ und der Schweiz andererseits. Letztere und die sie begleitenden oder nachziehenden Familienangehörigen sind freizügigkeitsberechtigt und benötigen damit für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit keinen Aufenthaltstitel nach dem Aufenthaltsgesetz (vgl. Kapitel 2). Hingegen ist ein solcher Aufenthaltstitel für Drittstaatsangehörige für die Zuwanderung und die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nach den Bestimmungen des AufenthG grundsätzlich notwendig (§ 4 Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 4a AufenthG).

In diesem Abschnitt wird ausschließlich die Erwerbsmigration aus Drittstaaten betrachtet. Die Datengrundlage bildet hauptsächlich das AZR.²⁵ Dessen ungeachtet resultiert auch aus der Zuwanderung von EU-Staatsangehörigen²⁶ sowie deren Familienangehörigen (sowohl aus EU- als auch aus Drittstaaten) ein großes Potenzial für den deutschen Arbeitsmarkt, das hier nicht abgebildet wird.²⁷ Das gleiche gilt auch für Drittstaatsangehörige, die beispielsweise einen Aufenthaltstitel aus familiären oder humanitären Gründen innehaben oder die sich für die Durchführung von Bildungsmaßnahmen in Deutschland aufhalten, bei denen eine Nebenbeschäftigung erlaubt ist (wie z. B. beim Studium). Ausländische Staatsangehörige mit einem Aufenthaltstitel können grundsätzlich eine Erwerbstätigkeit ausüben. Nur in Ausnahmefällen sind gesetzliche Verbote zu einer Aufenthaltserlaubnis vorgesehen (§ 4a Abs. 1 und 3 AufenthG). Die folgenden Zahlen zur Erwerbsmigration bilden daher nicht das gesamte Erwerbspersonenpotenzial ab.

Allgemeine Regelungen und Verfahren zur Erwerbsmigration von Drittstaatsangehörigen

Voraussetzung für die Erteilung eines Aufenthaltstitels zur Beschäftigung ist in der Regel ein konkretes Arbeitsplatzangebot. Die jeweiligen Aufenthaltstitel sind zeitlich befristet und werden grundsätzlich für Fachkräfte gemäß § 18 Abs. 4 AufenthG für 4 Jahre erteilt, soweit der Arbeitsvertrag keine kürzere Laufzeit vorsieht. Für die Einreise ist in der Regel ein nationales Visum erforderlich; sofern der Aufenthalt 90 Tage nicht überschreitet, kann für kürzere Beschäftigungen auch ein Schengen-Visum erteilt werden (§ 6 Abs. 2 und 2a AufenthG).

Generell gilt, dass sich die Zulassung von ausländischen Beschäftigten an den Erfordernissen des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Deutschland unter Berücksichtigung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt orientiert (§ 18 Abs. 1 S. 1 AufenthG). Dies wird in § 18 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG unter anderem

²³ Da die Regelungen des neuen Gesetzes zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung erst nach dem hier dargestellten Berichtszeitraum in Kraft treten bzw. bei Redaktionsschluss bereits in Kraft getreten sind, werden im folgenden Kapitel einheitlich die Rechtsgrundlagen mit Gültigkeit vor dem 18. November 2023 verwendet.

²⁴ Island, Liechtenstein und Norwegen.

²⁵ Der Migrationsbericht betrachtet das Wanderungsgeschehen in Deutschland in 2022, weshalb sich die in diesem Kapitel ausgewiesenen Zuwanderungszahlen auf diesen Zeitraum beziehen. Hierfür wurden die Daten des Ausländerzentralregisters zum Abfragezeitpunkt 31. März 2023 ausgewertet. Daher sind auch Drittstaatsangehörige enthalten, die noch im Jahr 2022 eingereist sind, aber erst im 1. Quartal des Jahres 2023 einen Aufenthaltstitel zum Zweck der Erwerbstätigkeit erhalten haben. In der BAMF-Publikation „Monitoring zur Bildungs- und Erwerbsmigration: Erteilung von Aufenthaltstiteln an Drittstaatsangehörige – Jahresbericht 2022“ (vgl. Graf 2023a) steht dagegen der Zeitpunkt der Erteilung des Aufenthaltstitels im Vordergrund, weswegen die Fälle mit Aufenthaltstitelerteilung erst in 2023 dort nicht aufgeführt und die Daten somit nicht vergleichbar sind.

²⁶ Detaillierte Angaben zur Zu- und Abwanderung sowie zum Aufenthalt von EU-Staatsangehörigen sind der BAMF-Publikation „Freizügigkeitsmonitoring: Migration von EU-Staatsangehörigen nach Deutschland – Jahresbericht 2022“ (vgl. Graf 2023b) zu entnehmen.

²⁷ Vgl. hierzu BMFSFJ 2021, Borowsky et al. 2020, Maciejewski & Harder 2022 und Wälde & Evers 2018.

dadurch konkretisiert, dass Drittstaatsangehörigen ein Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Beschäftigung in der Regel nur erteilt wird, wenn die Bundesagentur für Arbeit (BA) zugestimmt hat oder wenn durch Gesetz, die Beschäftigungsverordnung bzw. eine zwischenstaatlich getroffene Vereinbarung bestimmt ist, dass die Ausübung der Beschäftigung ohne eine Zustimmung der BA zulässig ist (§ 39 Abs. 1 AufenthG).

Die BA prüft, ob ausländische Beschäftigte nicht zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare inländische Arbeitskräfte beschäftigt werden (§ 39 Abs. 2 Nr. 1 AufenthG bzw. § 39 Abs. 3 Nr. 1 AufenthG) und, soweit durch Gesetz oder Rechtsverordnung vorgesehen, ob für die Beschäftigung deutsche Arbeitnehmende sowie Ausländerinnen und Ausländer, die diesen hinsichtlich der Arbeitsaufnahme rechtlich gleichgestellt sind, oder andere ausländische Staatsangehörige, die nach EU-Recht einen Anspruch auf vorrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt haben, nicht zur Verfügung stehen („Vorrangprüfung“, siehe § 39 Abs. 3 Nr. 3 AufenthG). Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) im Jahr 2020 wurde ein einheitlicher Fachkräftebegriff eingeführt, der Personen mit akademischer Ausbildung und mit qualifizierter Berufsausbildung umfasst (vgl. die Legaldefinition in § 18 Abs. 3 AufenthG). Auf die Vorrangprüfung der BA wird bei Fachkräften nach §§ 18a AufenthG und 18b AufenthG verzichtet. Die BA prüft aber weiterhin die Gleichwertigkeit der Arbeitsbedingungen, um ungünstigere Arbeitsbedingungen für ausländische Beschäftigte auszuschließen (vgl. § 39 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 AufenthG). Die Zustimmung der BA wird zusammen mit dem Aufenthaltstitel durch die zuständige Ausländerbehörde bzw. durch die Auslandsvertretung in einem behördeninternen Verfahren erteilt.²⁸ Dieses vereinfachte Verfahren wird auch als „one-stop-government“ bezeichnet.

Zudem wurde mit dem FEG ein beschleunigtes Fachkräfteverfahren mit gesetzlich vorgegebenen verkürzten Bearbeitungsfristen²⁹ eingeführt. Wenn ein konkretes Arbeitsplatzangebot vorliegt, können Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber bei der zuständigen Ausländerbehörde in Vollmacht der ausländischen Fachkräfte, die z. B. zu einem Aufenthaltszweck nach den §§ 16a, 16d, 18a, 18b und 18c Abs. 3 AufenthG einreisen wollen, ein solches Verfahren beantragen sogenanntes „beschleunigtes Fachkräfteverfahren“ (§ 81a Abs. 1 AufenthG). Dabei schließen die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und die zuständige Ausländerbehörde eine Vereinbarung (§ 81a Abs. 2 AufenthG), auf deren Grundlage die Ausländerbehörde die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber berät und als zentraler Verfahrensmittler agiert (§ 81a Abs. 2 Nr. 3 AufenthG). So beteiligt die Ausländerbehörde unter Hinweis auf das beschleunigte Verfahren etwa die zuständigen Anerkennungsstellen zwecks Feststellung der Gleichwertigkeit der im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen und holt die Zustimmung der BA ein, sofern dies notwendig ist. Bei Vorliegen der erforderlichen Voraussetzungen erteilt die Ausländerbehörde die Vorabzustimmung zur Visaerteilung. Die Ausländerbehörde speichert die Vorabzustimmung zudem im AZR, über das die zuständige Auslandsvertretung sodann unmittelbar elektronisch über die bevorstehende Visumantragstellung informiert wird. Die ausländische Fachkraft kann dann einen Termin zur Visumantragstellung auf der Internetseite der zuständigen Auslandsvertretung buchen. Wenn festgestellt wird, dass die im Ausland erworbene Berufsqualifikation nicht gleichwertig ist, die Gleichwertigkeit aber durch eine Qualifizierungsmaßnahme erreicht im Inland werden kann, kann das Verfahren mit dem Ziel der Einreise zum Zweck des § 16d AufenthG fortgeführt werden

²⁸ Für die Einreise zur Arbeitsaufnahme benötigen ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus einem Drittstaat in der Regel ein Visum, das von der deutschen Auslandsvertretung erteilt wird. Voraussetzung für die Visaerteilung ist die Zustimmung durch die BA, es sei denn, die Zustimmung ist kraft Gesetzes, aufgrund der Beschäftigungsverordnung oder Bestimmung in einer zwischenstaatlichen Vereinbarung nicht erforderlich. In Deutschland muss die ausländische Arbeitnehmerin bzw. der ausländische Arbeitnehmer dann vor Ablauf des Visums einen Aufenthaltstitel bei der zuständigen Ausländerbehörde beantragen.

²⁹ Anerkennungsverfahren: 2 Monate, Zustimmungsverfahren der BA: 1 Woche, Visumverfahren: 6 Wochen. Vgl. auch § 14a Gesetz über die Feststellung der Gleichwertigkeit von Berufsqualifikationen (BQFG) für das Anerkennungsverfahren; für die Zustimmung der BA § 36 Abs. 2 S. 2 BeschV; für die Auslandsvertretung § 31a AufenthG.

(§ 81a Abs. 3 S. 2 AufenthG). Dieses Verfahren und seine Gebühr in Höhe von 411 Euro umfasst auch den Familiennachzug, für den Visaanträge in zeitlichem Zusammenhang gestellt werden müssen.

Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Erwerbsmigration

Mit dem FEG wurden zum 1. März 2020 neue Rahmenbedingungen für einen schnelleren und erleichterten Zugang von Drittstaatsangehörigen in den deutschen Arbeitsmarkt geschaffen. Fast zeitgleich wurde mit dem Einsetzen der COVID-19-Pandemie die internationale Mobilität und somit auch der Zuzug von Erwerbsmigrantinnen und Erwerbsmigranten stark gebremst. Im zweiten Pandemiejahr 2021 konnte ein Wiederanstieg von Erwerbsmigration von Drittstaatsangehörigen verzeichnet werden, obwohl in der ersten Jahreshälfte noch deutliche Einreisebeschränkungen bestanden. Im Juni 2021 wurden diese für vollständig geimpfte Personen weitestgehend aufgehoben. Seit Juni 2022 sind alle COVID-19-Einreisebeschränkungen aufgehoben, lediglich in der Volksrepublik China ansässige Personen benötigen auch weiterhin einen wichtigen Grund zur Einreise nach Deutschland auf Grund des Gegenseitigkeitsvorbehalts.

Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung

Ab dem 18. November 2023 tritt das Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung³⁰ in Kraft. Es basiert auf einem 3-Säulen-Modell der Erwerbsmigration, dass die Bundesregierung im November 2022 in einem Eckpunktepapier skizziert hat. Die **Fachkräftesäule** für Personen mit einem deutschen oder einem in Deutschland anerkannten Abschluss soll weiter als wichtige Säule ausgebaut werden, u. a. mit der Absenkung der Gehaltsgrenze bei der Blauen Karte EU.

Die „Erfahrungssäule“ ermöglicht die Einwanderung in nicht reglementierte Berufe ohne vorherige formale Anerkennung des ausländischen Abschlusses in Deutschland. Sie umfasst Personen, die zwar über Arbeits Erfahrung in einem konkreten nicht reglementierten Beruf verfügen und zusätzlich auch eine mindestens zweijährige abgeschlossene und im Herkunftsland anerkannte (Hochschul-)Ausbildung absolviert haben, sofern das Mindestgehalt erreicht wird oder ein Tarifvertrag Anwendung findet. Für die bestehende Regelung für IT-Fachkräfte mit Berufserfahrung gibt es Erleichterungen im Hinblick auf das Mindestgehalt sowie auf die erforderlichen Deutschkenntnisse. Im Rahmen einer Anerkennungspartnerschaft mit dem jeweiligen Arbeitgeber sollen Personen mit ausländischem, dort staatlich anerkanntem Berufsabschluss bereits vor Einleitung des Anerkennungsverfahrens in Deutschland einreisen und im berufsfachlichen Zusammenhang des voraussichtlichen Zielberufs in Deutschland beschäftigt werden können.

Schließlich soll die **Potenzial-Säule** neue Möglichkeiten des Aufenthalts zur Arbeitsplatzsuche eröffnen, indem eine Chancenkarte auf Basis eines Punktesystems erworben werden kann. Als Auswahlkriterien sind dabei u. a. Qualifikation, Deutschkenntnisse, Berufserfahrung, Deutschlandbezug und Alter vorgesehen.

Wenn die Inhaberinnen und Inhaber einer Chancenkarte einen Arbeitsvertrag oder ein verbindliches Arbeitsplatzangebot für eine inländische qualifizierte Beschäftigung haben, wird es die Möglichkeit einer Verlängerung der Chancenkarte um bis zu 2 Jahre geben (Folge-Chancenkarte). Eine Folge-Chancenkarte wird nur erteilt, wenn ausländische Staatsangehörige die Voraussetzungen für die Erteilung einer anderen Aufenthaltserlaubnis nach Abschnitt 4 des AufenthG nicht erfüllt.

³⁰ BGBl. 2023 Teil I Nr. 217.

Zudem soll die sogenannte Westbalkan-Regelung (§ 26 Abs. 2 BeschV), den Staatsangehörigen der 6 Westbalkanstaaten für jede Beschäftigung einen Zugang zum Arbeitsmarkt in Deutschland gibt, entfristet und das Kontingent auf 50.000 Personen jährlich verdoppelt werden. Im Rahmen von Kontingenten, die die Bundesagentur für Arbeit für bestimmte Wirtschaftszweige bzw. Berufsgruppen festlegen kann, können Personen unabhängig von ihrer Qualifikation unter bestimmten Voraussetzungen befristet beschäftigt werden.

Außerdem soll der Familiennachzug für Fachkräfte auf Eltern und Schwiegereltern ausgeweitet werden, wenn ab dem 1. März 2024 erstmals ein dort genannter Fachkrafttitel erteilt wurde. Das Berichtsjahr 2022 ist von diesen Änderungen jedoch noch nicht betroffen.

Zur statistischen Erfassung der Erwerbsmigration für das Berichtsjahr 2022

Generell unterscheidet sich die Darstellung in diesem Kapitel von derjenigen früherer Migrationsberichte (bis zum Berichtsjahr 2019), da sich mit dem FEG zum einen die Systematik der einschlägigen Aufenthaltstitel verändert hat und zum anderen neue Titel hinzugekommen sind. Ab dem Berichtsjahr 2022 wird nun auf Grund von methodischen Weiterentwicklungen eine neue Kategorisierung nach Beschäftigungsformen vorgenommen. Dies bedeutet, dass sämtliche einschlägigen Speichersachverhalte im AZR neu bewertet und Wanderungskategorien inner- und außerhalb der Erwerbsmigration zugeordnet wurden (siehe Kapitel 1.6). Infolgedessen sind einige Speichersachverhalte aus der Erwerbsmigration herausgefallen, andere neu dazugekommen. Die neue Kategorisierung wird auf das Berichtsjahr 2021 rückwirkend angewandt, um einen Vergleich mit dem Vorjahr zu ermöglichen. Jedoch sind dadurch die Angaben im Migrationsbericht 2021 nicht mehr mit den im Folgenden berichteten Zahlen zum Berichtsjahr 2021 vergleichbar. Dies betrifft sowohl die Gesamtzahlen als auch einzelne Kategorien innerhalb der Erwerbsmigration. Vergleiche zu Berichtsjahren vor 2021 lassen sich nur noch eingeschränkt durchführen und werden deshalb in diesem Bericht nicht dargestellt.

Die methodischen Weiterentwicklungen sowie die neue Kategorisierung gewährleisten zukünftig eine einfache Eingliederung neuer bzw. geänderter Aufenthaltstitel, die mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung eingeführt wurden. Die Kategorisierung folgt weitestgehend der Struktur des AufenthG. Tabelle 3-22 im Anhang gibt einen Überblick über die einzelnen Aufenthaltstitel und den ihnen zugeordneten Beschäftigungsformen. Am Anfang der Datendarstellung steht im Kapitel 3.2.1 ein Überblick über die gesamte Erwerbsmigration. In den folgenden Kapiteln 3.2.2 bis 3.2.9 wird dann auf einzelne Beschäftigungsformen im Detail eingegangen.

Zusätzlich zur Kategorisierung nach dem Aufenthaltsrecht werden in Kapitel 3.2.1 auch Daten zur Anzahl der zugewanderten Fachkräften präsentiert. Dabei wird nach **Fachkräften (Definition nach § 18 AufenthG)** und **Personen mit qualifizierter Tätigkeit** unterschieden. Einen Überblick über die Zuordnung der einzelnen Aufenthaltstitel gibt Tabelle 3-23 im Anhang. Alle Aufenthaltstitel, die den **Fachkräften (Definition nach § 18 AufenthG)** zugeordnet werden, werden auch als **Personen mit qualifizierter Tätigkeit** kategorisiert, d. h. die zweite Kategorie inkludiert die erste. Für Aufenthaltstitel, die keiner der beiden Kategorien zugeordnet werden gilt, dass es sich entweder um eine unqualifizierte Tätigkeit handelt, wie z.B. bei Au-Pair, oder aber anhand des Aufenthaltstitels das Qualifikationsniveau der Tätigkeit nicht klar bestimmbar ist. Dies trifft z.B. bei der Westbalkanregelung zu, bei der eine bestimmte Qualifikation nicht Voraussetzung für die Zuwanderung ist, jedoch unter Umständen trotzdem eine qualifizierte Beschäftigung in Deutschland in einem nicht-reglementierten Beruf aufgenommen wird. Dies bedeutet, dass

in dieser dritten Kategorie (im Folgenden benannt als „Tätigkeit ohne eindeutig bestimmbares Qualifikationsniveau“) möglicherweise Fachkräfte enthalten sind, der Aufenthaltstitel jedoch unabhängig von der Qualifikation vergeben wird.

Unverändert gegenüber früheren Berichten ist der Fokus auf den jeweiligen Zuwanderungszeitraum, in diesem Fall also das Berichtsjahr 2022, geblieben. Für die folgenden Auswertungen wurden die Daten des AZR zum Stichtag 31. Dezember 2022 herangezogen. Dabei wird ein dreimonatiger Nacherfassungszeitraum bis zum 31. März 2023 berücksichtigt. Es werden somit Personen betrachtet, die im Jahr 2022 zugewandert sind und bis spätestens 31. März 2023 einen Aufenthaltstitel im Bereich der Erwerbsmigration erhalten haben. Durch diese Nacherfassungszeit wird die Belastbarkeit der Daten erhöht. Um die statistische Geheimhaltung zu gewährleisten, wird für die Darstellung der Daten aus dem AZR erstmals die Fünfferrundung angewandt. Das bedeutet, dass alle Werte auf das nächste Vielfache von 5 gerundet werden. Dieses Vorgehen ermöglicht eine praxisnahe Sicherstellung der gesetzlichen Geheimhaltungspflicht bei gleichzeitiger Minimierung des Informationsverlustes. Es führt jedoch auch dazu, dass sich die Summe der Einzelwerte einer Tabelle von den abgebildeten Spalten- bzw. Zeilensummen unterscheiden können.

Zu beachten ist, dass an Personen, die mit einem nationalen Visum für längerfristige Aufenthalte über 90 Tage (D-Visum) für die Arbeitsplatzsuche nach Deutschland einreisen, von den Ausländerbehörden zum Teil gar keine Aufenthaltstitel zur Arbeitsplatzsuche vergeben werden. Bei erfolgreicher Suche findet der Übergang direkt vom Visum zur Arbeitsplatzsuche in einen Titel für die anschließende Erwerbstätigkeit statt. Visa mit längerer Gültigkeitsdauer haben durch das FEG an Bedeutung gewonnen. Beispielsweise können im Zuge des beschleunigten Fachkräfteverfahrens Visa für bis zu maximal 12 Monate erteilt werden (Nr. 81a.3.6.3.1 der Anwendungshinweise zum FEG³¹). Auch in diesen Fällen erfolgt (zunächst) keine Eintragung des konkreten Aufenthaltstitels für Erwerbszwecke in den Datenbestand des AZR, wodurch anhand dieser Datenquelle mit einer Untererfassung der tatsächlichen Erwerbsmigration zu rechnen ist.

3.2.1 Erwerbsmigration insgesamt

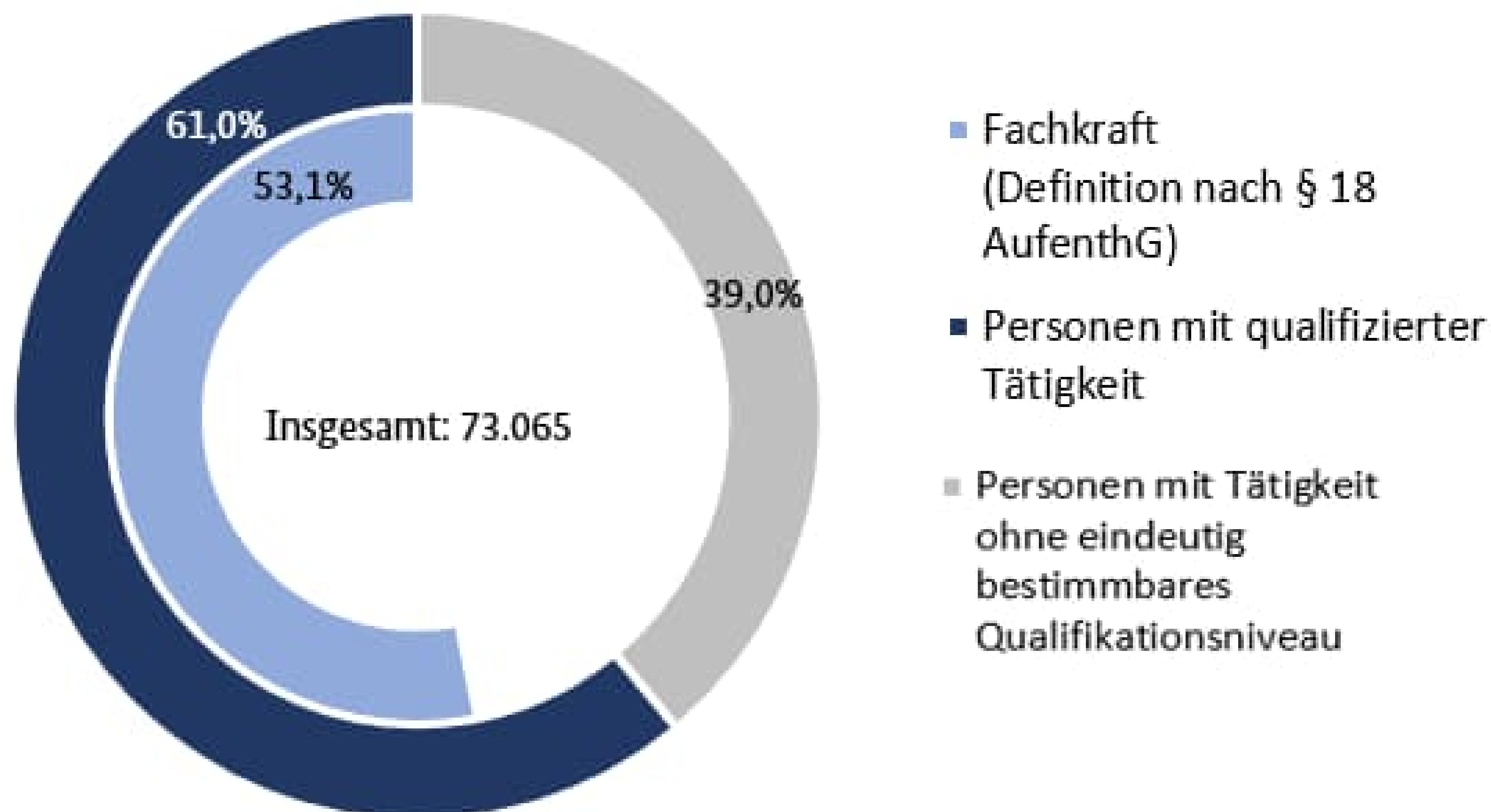
Die Erwerbsmigration aus Nicht-EU-Staaten nach den §§ 18 bis 21 AufenthG entwickelte sich seit 2010 zunächst kontinuierlich positiv. Zwischen 2010 und 2019 ist die jährliche Zahl der Erwerbsmigrantinnen und -migranten von etwa 30.000 auf rund 64.000 gestiegen (+115,7 %). Bei Fachkräften und Hochqualifizierten wurde im gleichen Zeitraum ein Anstieg von ca. 19.000 Zugewanderten auf rund 39.000 verzeichnet (+103,5 %). Bei der Fachkräftezuwanderung hat insbesondere die Blaue Karte EU als Aufenthaltstitel für Hochqualifizierte stark an Bedeutung gewonnen. Seit 2016 ist zudem die Zahl von Drittstaatsangehörigen, die im Rahmen der Westbalkanregelung nach Deutschland gekommen sind, deutlich gestiegen. Pandemiebedingt ging die Entwicklung der Erwerbsmigration im Jahr 2020 um etwa die Hälfte auf knapp 30.000 zugewanderte Personen zurück, die einen Aufenthaltstitel zur Erwerbstätigkeit erhielten. Im zweiten Pandemiejahr 2021 konnte wieder ein Zuwachs um mehr als ein Drittel auf 41.100 Zuwandernde³² verzeichnet werden. Im Jahr 2022 übertraf die Erwerbsmigration erstmals wieder das Niveau vor der Pandemie im Jahr 2019. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Erwerbsmigration um 77,8 % auf 73.065 (vgl. Tabelle 3-1).

³¹ Vgl. BMI 2020a.

³² Zahl gemäß der weiter oben beschriebenen neuen statistischen Kategorisierung und mit Fünfferrundung. Im Migrationsbericht 2021 war dieser Wert mit 40.421 noch geringfügig (um 1,7 %) niedriger angegeben.

Betrachtet man die Struktur der Erwerbsmigration nach Deutschland im Jahr 2022, so zeigt sich, dass es sich bei der Mehrheit der Beschäftigten aus Drittstaaten um Fachkräfte mit einem anerkannten Abschluss handelt (insgesamt 38.820 Personen bzw. 53,1 %, vgl. Tabelle 3-1 und Abbildung 3-3). Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung um 64,4 % (2021: 23.620). Betrachtet man Personen mit qualifizierter Tätigkeit, sind 61,0 % bzw. 44.595 zugewanderte Personen dieser Kategorie zuzuordnen. Bei 39,0 % handelt es sich demnach um eine Tätigkeit ohne eindeutig bestimmbares Qualifikationsniveau.

Abbildung 3-3: Erwerbsmigration nach §§ 18 bis 21 AufenthG im Jahr 2022 nach Qualifikationsniveau

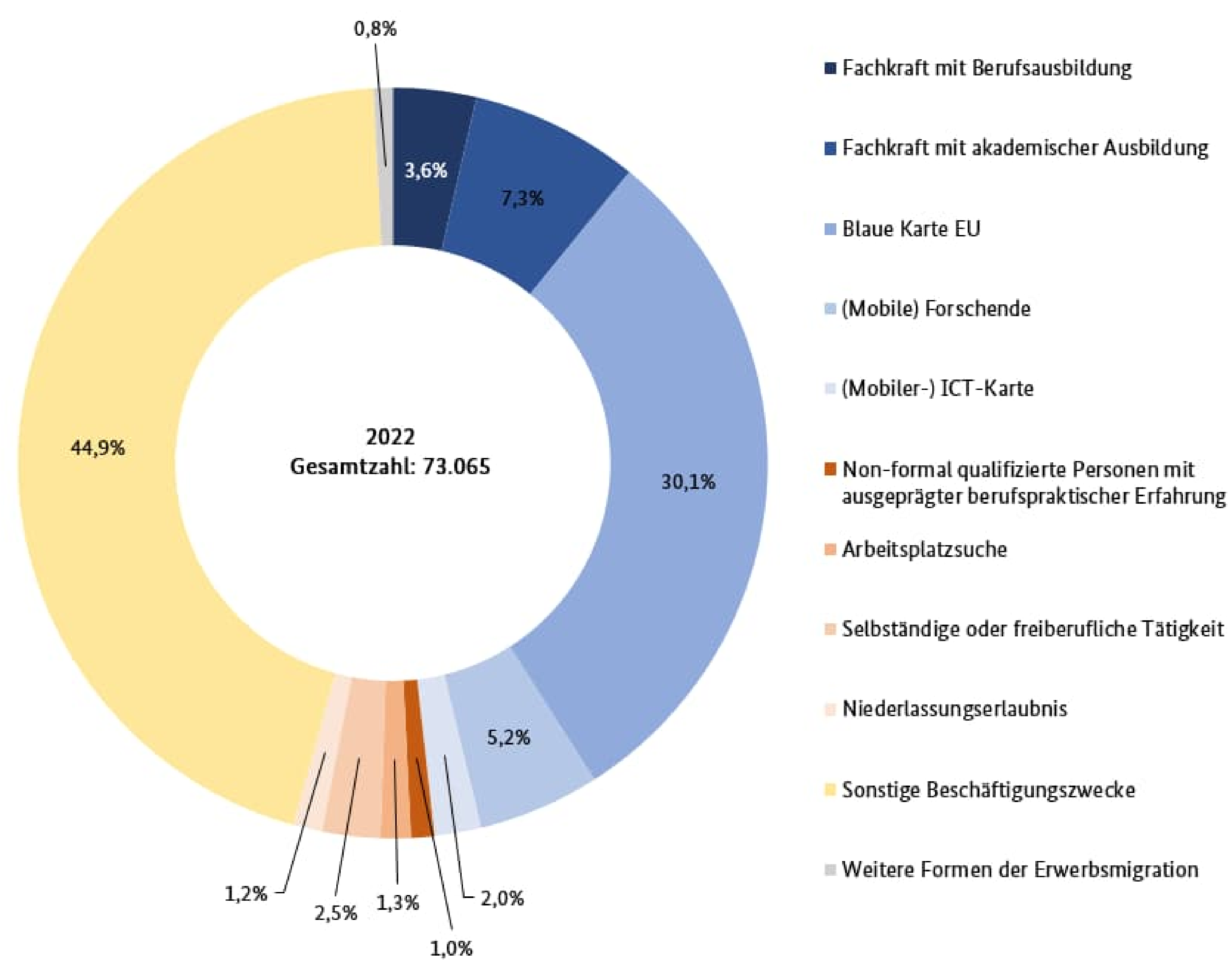


Quelle: Ausländerzentralregister

Die größten Einzelgruppen stellen bei der Erwerbsmigration die Zuwanderung zu sonstigen Beschäftigungszwecken (44,9 % bzw. 32.805 Zugewanderte) sowie die Blaue Karte EU (30,1 % bzw. 21.985 Zugewanderte) dar (vgl. Abbildung 3-4 und Tabelle 3-1). Unter sonstige Beschäftigungszwecke fallen insbesondere 14.505 Personen, die über die Westbalkanregelung (§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 26 Abs. 2 BeschV) nach Deutschland zugewandert sind (siehe im Kapitel 3.2.8).

Weniger als ein Drittel der Zugewanderten zu Erwerbszwecken sind weiblich (30,3 %). Der Anteil schwankt jedoch sehr stark zwischen den einzelnen Beschäftigungsformen. Zugewanderte Fachkräfte mit Berufsausbildung sind mehrheitlich weiblich (51,3 %). Außerdem ist der Anteil relativ hoch bei Fachkräften mit akademischer Ausbildung (46,4 %), (mobilen) Forschenden (44,4 %), Arbeitsplatzsuchenden (43,2 %) und selbstständig bzw. freiberuflich Tätigen (42,9 %). Besonders niedrig ist der Anteil bei non-formal qualifizierten Personen mit ausgeprägter berufspraktischer Erfahrung (15,0 %) und bei Zugewanderten mit (Mobiler-)ICT-Karte (18,0 %, vgl. Abbildung 3-4 und Tabelle 3-1).

Abbildung 3-4: Erwerbsmigration nach §§ 18 bis 21 AufenthG im Jahr 2022 nach Aufenthaltstiteln



Quelle: Ausländerzentralregister

Tabelle 3-1: Erwerbsmigration in den Jahren 2021 und 2022 aus Drittstaaten nach Beschäftigungsformen und Geschlecht

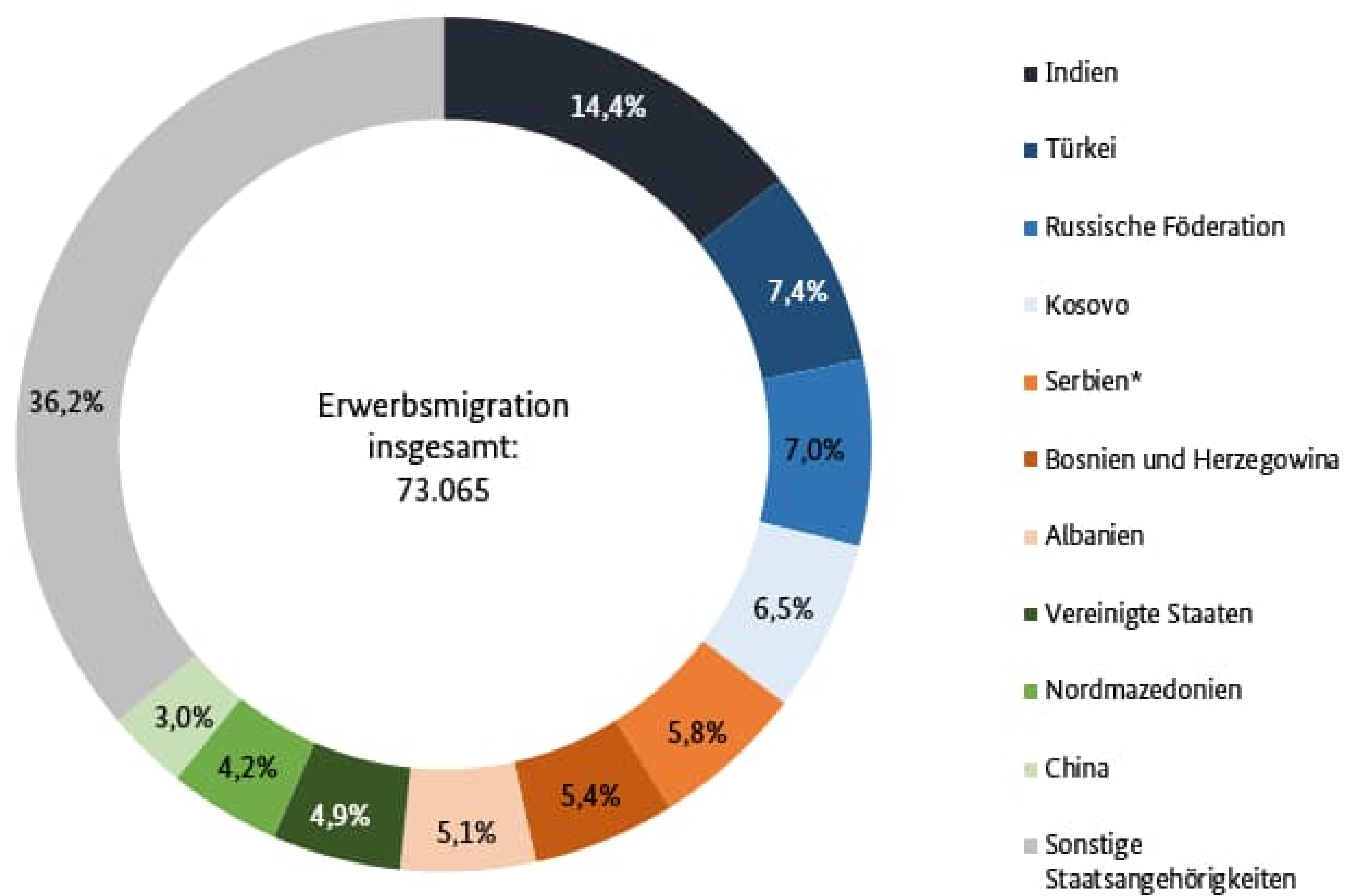
Beschäftigungsform	Anzahl 2022	Anteil Erwerbsmigration gesamt	darunter: weiblich	Anteil weiblich	Anzahl 2021	Veränderung zum Vorjahr
Fachkraft mit Berufsausbildung	2.620	3,6%	1.345	51,3%	2.495	+5,0%
Fachkraft mit akademischer Ausbildung	5.325	7,3%	2.470	46,4%	3.035	+75,5%
Blaue Karte EU	21.985	30,1%	6.090	27,7%	11.630	+89,0%
(Mobile) Forschende	3.830	5,2%	1.700	44,4%	3.405	+12,5%
(Mobiler-) ICT-Karte	1.470	2,0%	265	18,0%	960	+53,1%
Non-formal qualifizierte Personen mit ausgeprägter berufspraktischer Erfahrung	735	1,0%	110	15,0%	360	+104,2%
Selbstständige oder freiberufliche Tätigkeit	1.830	2,5%	785	42,9%	925	+97,8%
Sonstige Beschäftigungszwecke	32.805	44,9%	8.535	26,0%	17.485	+87,6%
Arbeitsplatzsuche	950	1,3%	410	43,2%	390	+143,6%
Niederlassungserlaubnis	900	1,2%	315	35,0%	210	+328,6%
Weitere Formen der Erwerbsmigration	605	0,8%	115	19,0%	210	+188,1%
Insgesamt	73.065	100,0%	22.155	30,3%	41.100	+77,8%
darunter:						
Fachkraft mit anerkanntem Abschluss (Definition nach § 18 AufenthG)	38.820	53,1%	13.255	34,1%	23.620	+64,4%
Personen mit qualifizierter Tätigkeit (Fachkraft im weiteren Sinn)	44.595	61,0%	14.320	32,1%	26.440	+68,7%

Anmerkung: Abweichungen der für 2021 genannten Werte zu denen im Migrationsbericht 2021 ergeben sich aus einer veränderten statistischen Kategorisierung und der Anwendung der Fünferrundung. Siehe die Einführung zu Kapitel 3.2.

Quelle: Ausländerzentralregister

Differenziert nach Staatsangehörigkeiten bildeten im Jahr 2022 indische Erwerbsmigrantinnen und Erwerbsmigranten die größte Gruppe (14,4 %). Die Zusammensetzung der Hauptstaatsangehörigkeiten verdeutlicht, dass daneben die Staaten des Westbalkans eine große Rolle spielen: Staatsangehörige aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien machten im Jahr 2022 zusammen 27,8 % aller Erwerbsmigrantinnen und Erwerbsmigranten aus. Weitere bedeutsame Länder bildeten die Türkei (7,4 %), die Russische Föderation (7,0 %) die Vereinigten Staaten (4,9 %) und China (3,0 %) (vgl. Abbildung 3-5). Insgesamt lag der Anteil der Frauen an der gesamten Erwerbsmigration bei 30,3 %. Hohe Frauenanteile sind bei Staatsangehörigen aus den Vereinigten Staaten (41,2 %) und China (40,3 %) zu finden. Dagegen fallen die Anteile der Erwerbsmigrantinnen aus dem Kosovo (9,6 %) und Serbien (13,1 %) deutlich geringer aus (vgl. Abbildung 3-6).

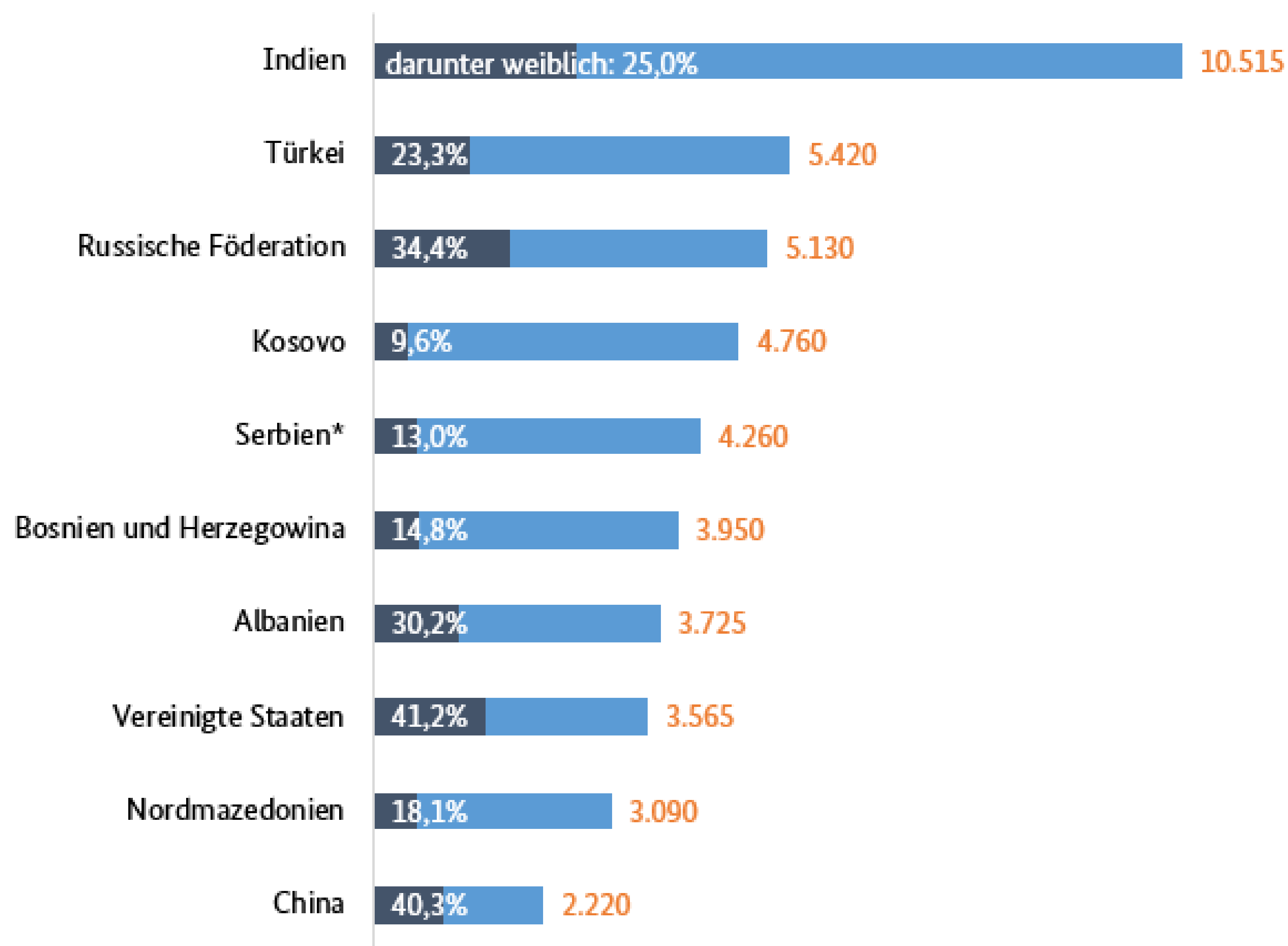
Abbildung 3-5: Erwerbsmigration nach §§ 18 bis 21 AufenthG im Jahr 2022 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten



* Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

Abbildung 3-6: Erwerbsmigration nach §§ 18 bis 21 AufenthG im Jahr 2022 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht



*) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

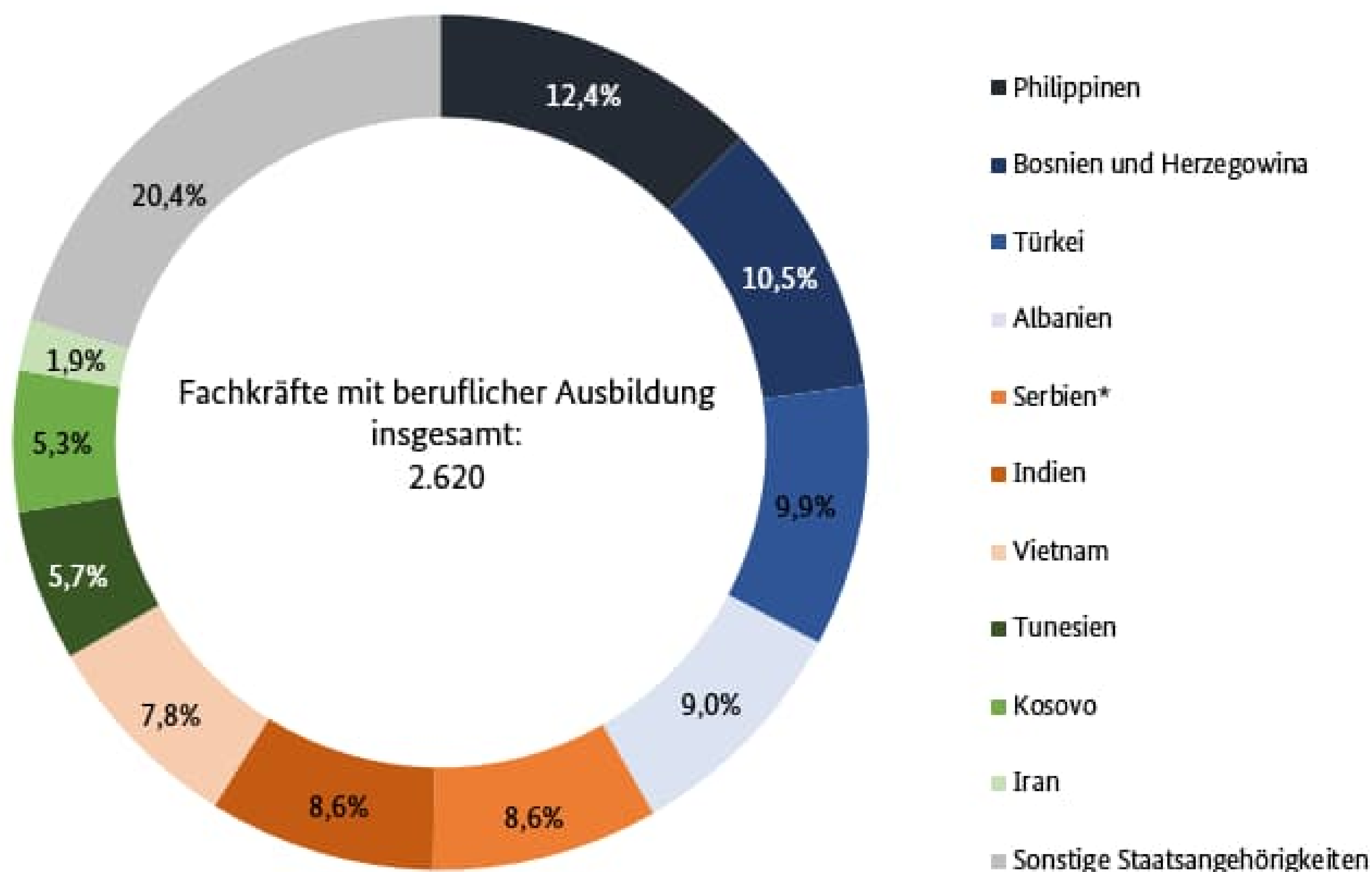
Quelle: Ausländerzentralregister

3.2.2 Fachkräfte mit beruflicher Ausbildung

Der Arbeitsmarktzugang für Personen mit einer qualifizierten Berufsausbildung wurde mit dem Inkrafttreten des FEG im Jahr 2020 deutlich erleichtert, u. a. weil die Beschränkung der Zuwanderung auf die sogenannten Mangel- bzw. Engpassberufe entfallen ist. Diesen Personen kann seitdem ein Aufenthaltstitel nach § 18a AufenthG erteilt werden, wenn sie ein Arbeitsplatzangebot haben, zu der ihre Qualifikation sie befähigt und die Fachkraft eine inländische qualifizierte Berufsausbildung oder eine als gleichwertig anerkannte ausländische Berufsqualifikation besitzt.

Im Jahr 2022 sind 2.620 Personen nach Deutschland eingereist, die einen Aufenthaltstitel als Fachkräfte mit Berufsausbildung (§ 18a AufenthG) erhalten haben. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Steigerung um 5,0% (2021: 2.495). Die größten Gruppen innerhalb dieser Erwerbsmigrationsformen bilden Staatsangehörige der Philippinen (325 bzw. 12,4 %). Weitere wichtige Gruppen stellen Staatsangehörige aus Bosnien und Herzegowina, Türkei, Albanien, Serbien, Indien und Vietnam dar. Die Steigerung im Vergleich zum Vorjahr fiel bei Fachkräften aus Vietnam und der Türkei besonders hoch aus, bei philippinischen, serbischen, albanischen und indischen Staatsangehörigen ging die Anzahl im Vergleich zum Vorjahr dagegen zurück. Der Anteil an Frauen liegt insgesamt bei 51,3 %, wobei der Anteil z. B. für die Philippinen, Indien und Iran mindestens 80 % beträgt. Für die Türkei sowie Bosnien und Herzegowina liegt er jedoch unter einem Viertel (siehe Abbildung 3-7 und Abbildung 3-8 sowie Tabelle 3-24 Anhang).

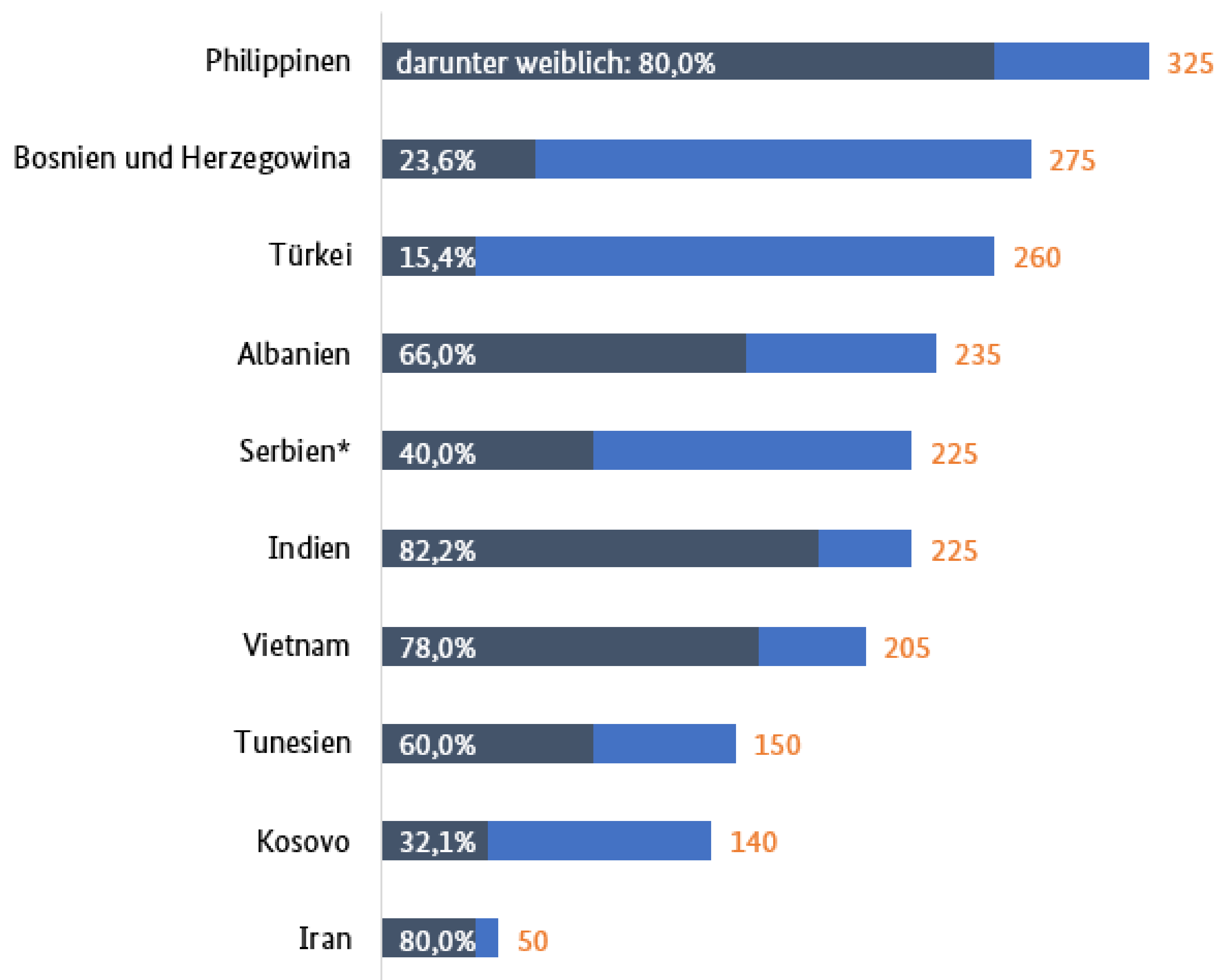
Abbildung 3-7: Fachkräfte mit beruflicher Ausbildung im Jahr 2022 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten



* Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

Abbildung 3-8: Fachkräfte mit beruflicher Ausbildung im Jahr 2022 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht



* Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

3.2.3 Fachkräfte mit akademischer Ausbildung und Blaue Karte EU

Die Einwanderung von Fachkräften mit einer anerkannten akademischen Ausbildung wird in § 18b Abs. 1 AufenthG sowie in § 18b Abs. 2 AufenthG für die Blaue Karte EU geregelt. In beiden Fällen ist ein deutscher bzw. anerkannter oder ein mit einem deutschen Hochschulabschluss vergleichbarer ausländischer Hochschulabschluss Voraussetzung. Für einen Aufenthaltstitel nach § 18b Abs. 1 AufenthG gibt es keine allgemeine Mindestgehaltsgrenze, es bedarf jedoch einer Zustimmung der BA. Seit der Einführung des FEG entfällt die Vorrangprüfung. Ebenfalls entfällt die Voraussetzung, dass die Beschäftigung der Qualifikation entsprechend sein muss. Maßgeblich ist nun, dass die Qualifikation zur Ausübung der Beschäftigung befähigt. Dies bedeutet, dass eine Fachkraft mit akademischer Ausbildung jede qualifizierte Beschäftigung in nicht reglementierten Berufen ausüben kann.

Am 1. August 2012 wurde die Blaue Karte EU als Aufenthaltstitel für hochqualifizierte Fachkräfte eingeführt. Seit dem Inkrafttreten des FEG am 1. März 2020 finden sich die Erteilungsvoraussetzungen für die Blaue Karte EU in § 18b Abs. 2 i. V. m. § 18 Abs. 2 AufenthG. Diesen Aufenthaltstitel erhalten drittstaatsangehörige Fachkräfte, die über eine deutsche bzw. eine anerkannte oder eine mit einer deutschen vergleichbaren ausländischen Hochschulausbildung sowie ein konkretes Arbeitsplatzangebot verfügen. Dabei muss ein bestimmtes Mindestgehalt erreicht werden. Bei sogenannten Regelberufen beträgt dies mindestens zwei Drittel der jährlich neu festgesetzten Bemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung. Im Jahr 2023 liegt das Mindestgehalt für Regelberufe bei 58.400 Euro brutto pro Jahr (2022: 56.400 Euro; 2021: 56.800 Euro). Die Erteilung der Blauen Karte EU erfolgt in diesen Fällen ohne eine Zustimmung der BA. Bei Berufen, für die in Deutschland ein besonderer Bedarf besteht, sogenannte Mangel-

oder Engpassberufe, genügt hingegen der Nachweis eines Gehalts von 52 % der jährlichen Beitragsbemessungsgrenze. Im Jahr 2023 liegt der Mindestgehalt für diese Berufe bei 45.552 Euro brutto pro Jahr (2022: 43.992 Euro; 2021: 44.304 Euro).³³ Dies gilt vor allem für Ärztinnen und Ärzte, für Beschäftigte in der Informationstechnik, in den Ingenieurberufen, der Mathematik oder den Naturwissenschaften. Hier ist grundsätzlich die Zustimmung der BA – allerdings ohne Vorrangprüfung – erforderlich (§ 18b Abs. 2 S. 2 AufenthG).

Die Blaue Karte EU ist zunächst auf höchstens 4 Jahre befristet (§ 18 Abs. 4 AufenthG). Falls ein Arbeitsvertrag mit einer Laufzeit von unter 4 Jahren abgeschlossen wird oder die Zustimmung der BA auf einen kürzeren Zeitraum befristet ist, wird die Blaue Karte EU für die Dauer des Arbeitsvertrages zuzüglich dreier Monate ausgestellt. Nach mindestens 33 Monaten Beschäftigung und bei Vorliegen einfacher Kenntnisse der deutschen Sprache auf Niveau A1 des GER (§ 2 Abs. 9 AufenthG) und weiterer Voraussetzungen können Inhaberinnen oder Inhaber einer Blauen Karte EU eine Niederlassungserlaubnis gemäß § 18c Abs. 2 AufenthG erhalten. Diese Frist verkürzt sich auf 21 Monate, wenn Sprachkenntnisse auf Niveau B1 des GER („ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache“) nachgewiesen werden (§ 18c Abs. 2 AufenthG).

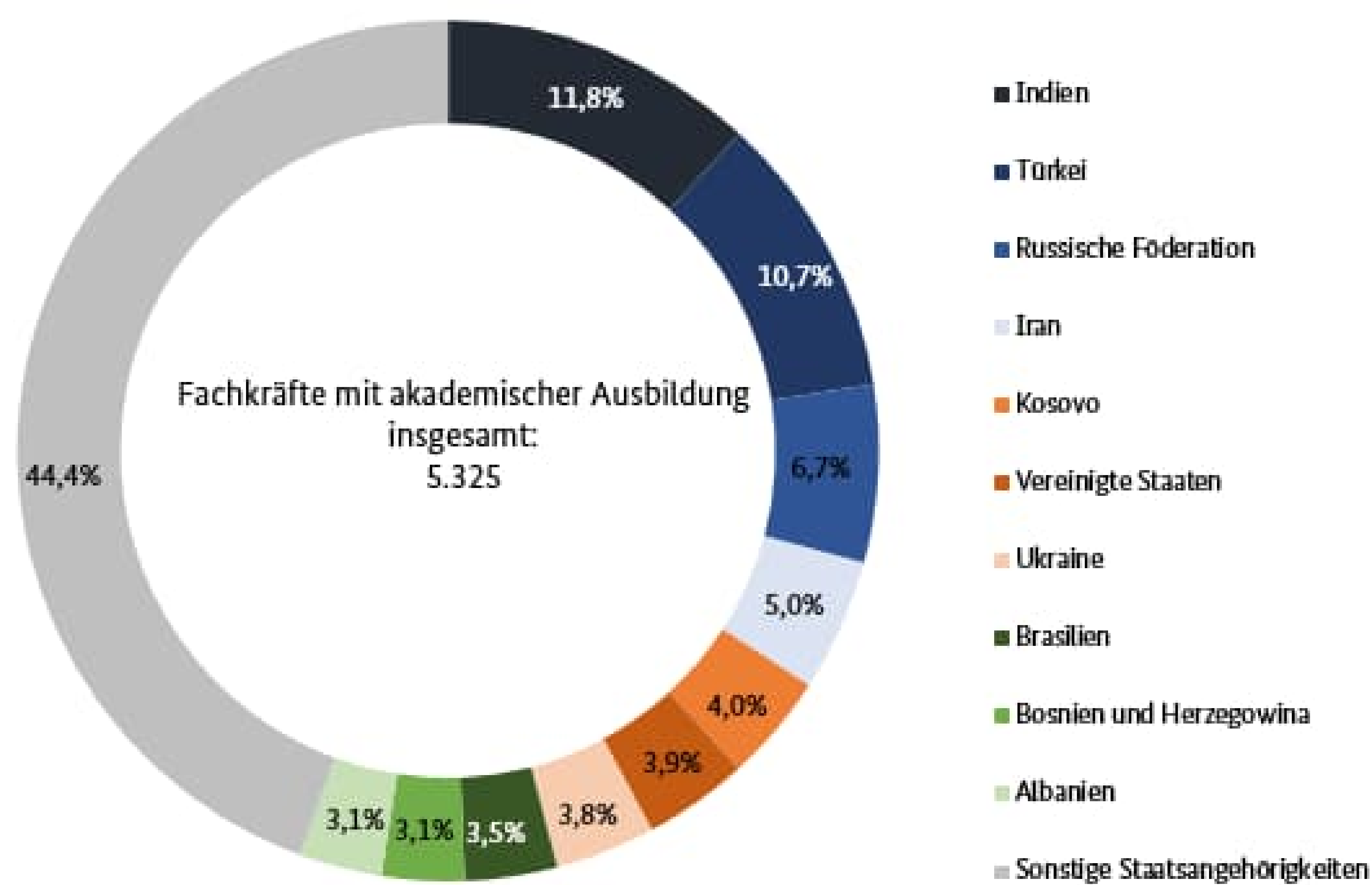
Auf EU-Ebene wurde im Oktober 2021 eine Reform der Hochqualifizierten-Richtlinie (Blaue Karte EU) beschlossen.³⁴ Diese wurde mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung zum 18. November 2023 umgesetzt und sieht u. a. eine Absenkung der Gehaltsschwelle von auf mindestens 50,0 % der jährlichen Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung für Regelberufe bzw. auf mindestens 45,3 % für Engpassberufe. Zudem wird die niedrige Mindestgehaltsschwelle, die für Engpassberufe gilt, auf Berufsanfänger ausgeweitet, die einen akademischen Hochschulabschluss nicht mehr als 3 Jahre vor der Beantragung der Blauen Karte erworben haben. Die Anzahl der Engpassberufe wurde deutlich erweitert. Ebenso sind eine Erweiterung auf IT-Fach- und Führungskräfte ohne formale Qualifikation mit einer mindestens dreijährigen Berufserfahrung im Informations- und Kommunikationssektor sowie Verbesserungen im Bereich des Arbeitgeberwechsels, des Familiennachzugs und der kurz- und langfristigen EU-Binnenmobilität vorgesehen (§ 18g AufenthG-E).

Im Jahr 2022 erhielten 5.325 Zugewanderte einen Aufenthaltstitel als Fachkraft mit akademischer Ausbildung nach § 18b Abs. 1 AufenthG. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutete dies eine Steigerung von 75,5 % (2021: 3.035). Die 3 größten Staatsangehörigkeits-Gruppen Indien, Türkei und die Russische Föderation umfassten rund 30 % der Zugewanderten. Zusätzlich zum Iran, den Vereinigten Staaten, der Ukraine und Brasilien waren die 3 Westbalkanstaaten Kosovo, Bosnien und Herzegowina sowie Albanien von besonderer Bedeutung in diesem Bereich. Die Anzahl der Zugewanderten aus Indien, der Türkei, der Russischen Föderation, Iran und Albanien hat sich im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt, bei der Ukraine (+2,6 %) und den Vereinigten Staaten (+7,7 %) fiel die Steigerung hingegen nur gering aus (siehe Abbildung 3-9 sowie Tabelle 3-25 im Anhang). Der Anteil an Frauen lag insgesamt bei 46,4 %, war jedoch insbesondere bei der Ukraine mit 60 % vergleichsweise hoch und mit 34,9 % für indische Staatsangehörige relativ niedrig (siehe Abbildung 3-10 sowie Tabelle 3-25 im Anhang).

³³ Vgl. auch <https://www.bamf.de/DE/Themen/MigrationAufenthalt/ZuwandererDrittstaaten/Migrathek/BlaueKarteEU/blauekarteeu-node.html> (06.12.2023).

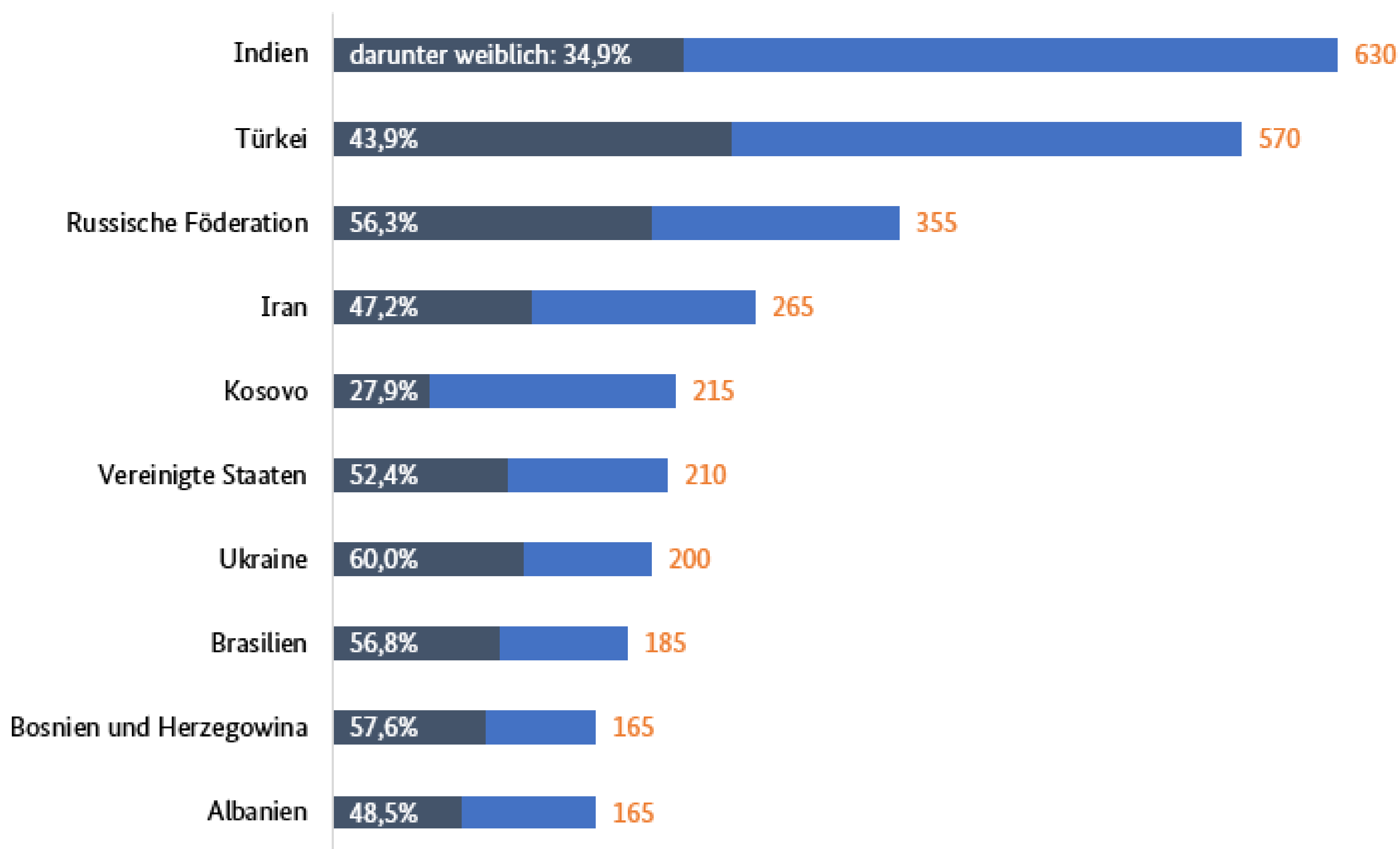
³⁴ Richtlinie (EU) 2021/1883 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2021 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hoch qualifizierten Beschäftigung und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/50/EG des Rates.

Abbildung 3-9: Fachkräfte mit akademischer Ausbildung im Jahr 2022 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten



Quelle: Ausländerzentralregister

Abbildung 3-10: Fachkräfte mit akademischer Ausbildung im Jahr 2022 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht

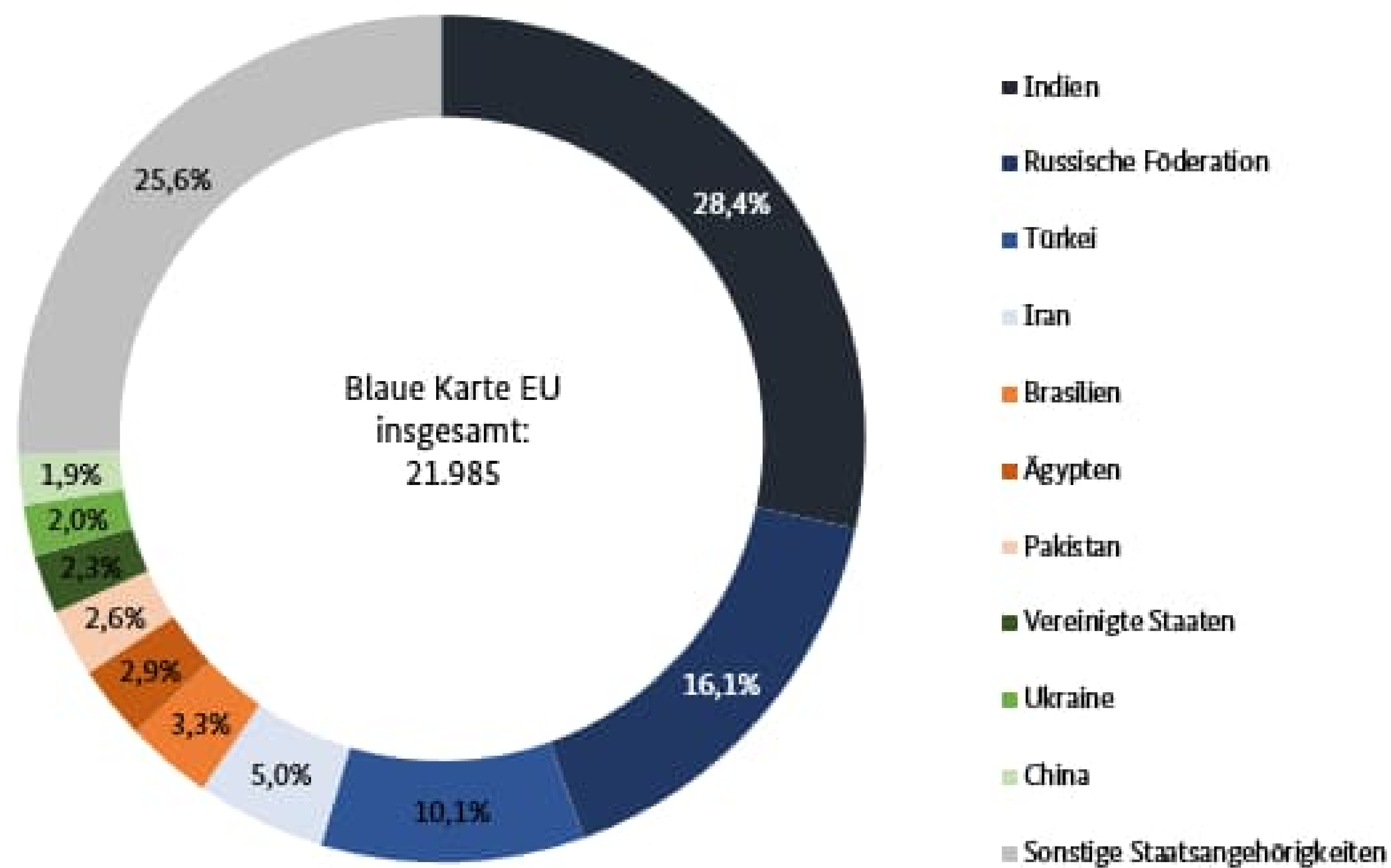


Quelle: Ausländerzentralregister

Die Anzahl der Blauen Karten EU stieg im Vergleich zum Vorjahr prozentual sogar noch etwas mehr als die Aufenthaltstitel für Fachkräften mit akademischer Ausbildung nach § 18b Abs. 1 AufenthG (+89,0 %; 2022: 21.985; 2021: 11.630). Auch hier sind die 3 größten Gruppen nach Staatsangehörigkeiten Indien, die

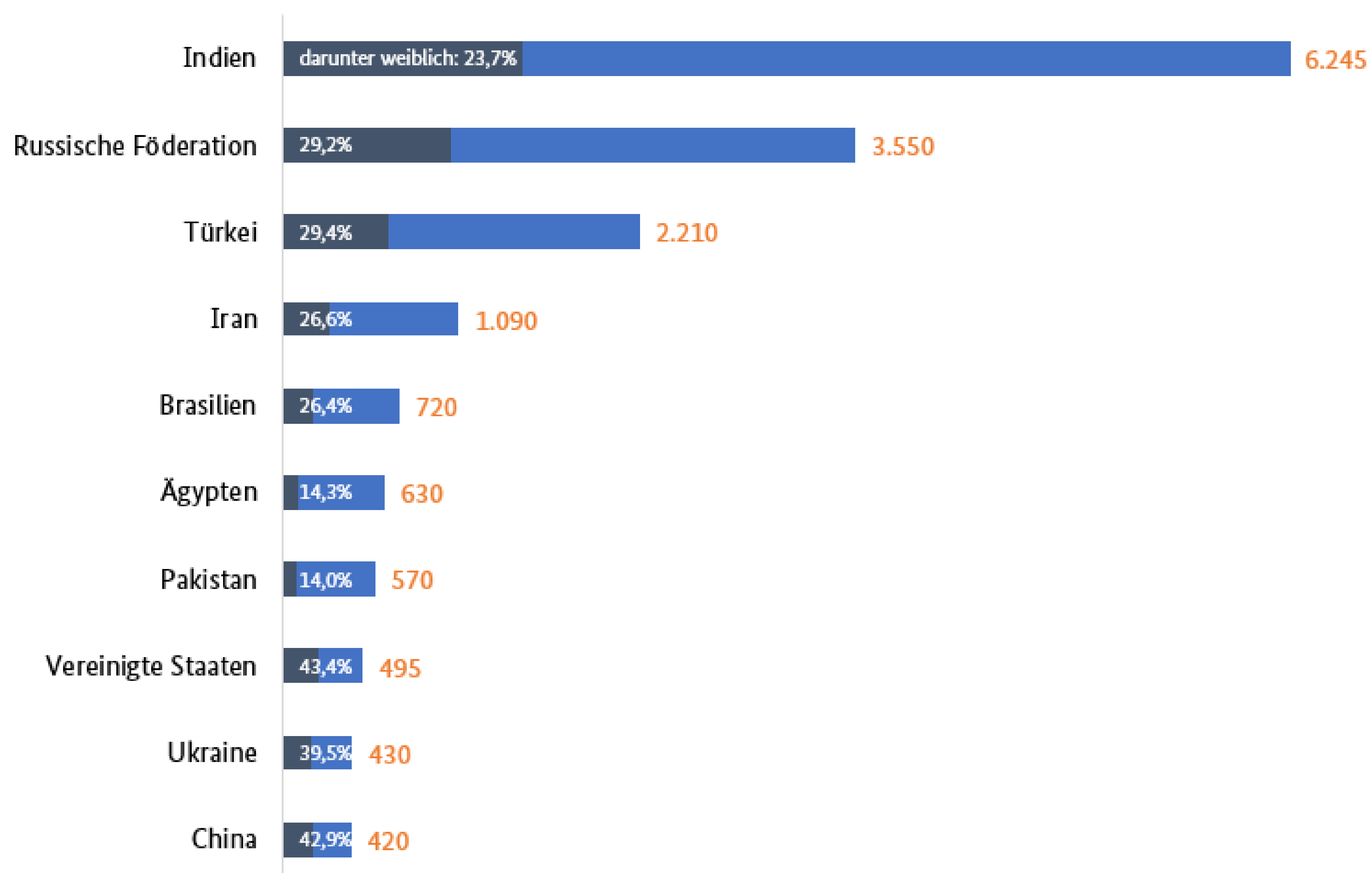
Russische Föderation und die Türkei. Sie umfassten mehr als die Hälfte der Zugewanderten und sind damit quantitativ noch bedeutender als bei den Fachkräften mit akademischer Ausbildung. Anstatt der 3 Westbalkanstaaten zählen bei der Blaue-Karte EU Ägypten, Pakistan und China zu den wichtigsten Staatsangehörigkeiten. Ebenso ist der Anteil an Frauen mit 27,7 % deutlich niedriger. Einen noch relativ hohen Frauenanteil weisen die Vereinigten Staaten und China mit über 40 % auf, bei Ägypten und Pakistan liegt dieser jedoch unter 15 % (siehe Abbildung 3-11 und Abbildung 3-12 sowie Tabelle 3-23 im Anhang).

Abbildung 3-11: Erwerbsmigration mit einer Blauen Karte EU im Jahr 2022 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten



Quelle: Ausländerzentralregister

Abbildung 3-12: Erwerbsmigration mit einer Blauen Karte EU im Jahr 2022 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht



Quelle: Ausländerzentralregister

Die zunehmende Bedeutung von hochqualifizierten Beschäftigten aus Nicht-EU-Staaten ist auch durch die wachsende Zahl von Personen mit sogenannten Statuswechseln zu erkennen. Darunter versteht man den Wechsel zwischen Aufenthaltstiteln. Im Jahr 2022 haben 12.255 Drittstaatsangehörige eine Blaue Karte EU erhalten, nachdem sie in Deutschland ein Studium oder eine sonstige Bildungsmaßnahme erfolgreich abgeschlossen hatten und somit wie Neuzugewanderte erstmals als Hochqualifizierte eine Beschäftigung aufnahmen.³⁵

Insgesamt lebten am 31. Dezember 2022 89.390 Personen mit einer Blauen Karte EU in Deutschland (Ende 2021: 70.180). Zusätzlich waren 67.200 Drittstaatsangehörige, die Ende 2022 in Deutschland lebten, im Anschluss an eine Blaue Karte EU im Besitz einer Niederlassungserlaubnis nach § 18c Abs. 2 AufenthG (Ende 2021: 57.255).³⁶

3.2.4 (Mobile) Forschende aus Drittstaaten und ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

Die Rechtsgrundlagen für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis als Forschende bilden die § 18d AufenthG bzw. § 18f AufenthG für mobile Forschende. Danach wird Drittstaatsangehörigen eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Forschung erteilt, wenn – neben weiteren Voraussetzungen – eine wirksam abgeschlossene Aufnahmevereinbarung oder ein entsprechender Vertrag zur Durchführung eines Forschungsvorhabens mit einer Forschungseinrichtung vorliegt (§ 18d Abs. 1 Nr. 1 AufenthG). Diese Aufenthaltserlaubnis berechtigt zur Aufnahme der Erwerbstätigkeit für das in der Aufnahmevereinbarung

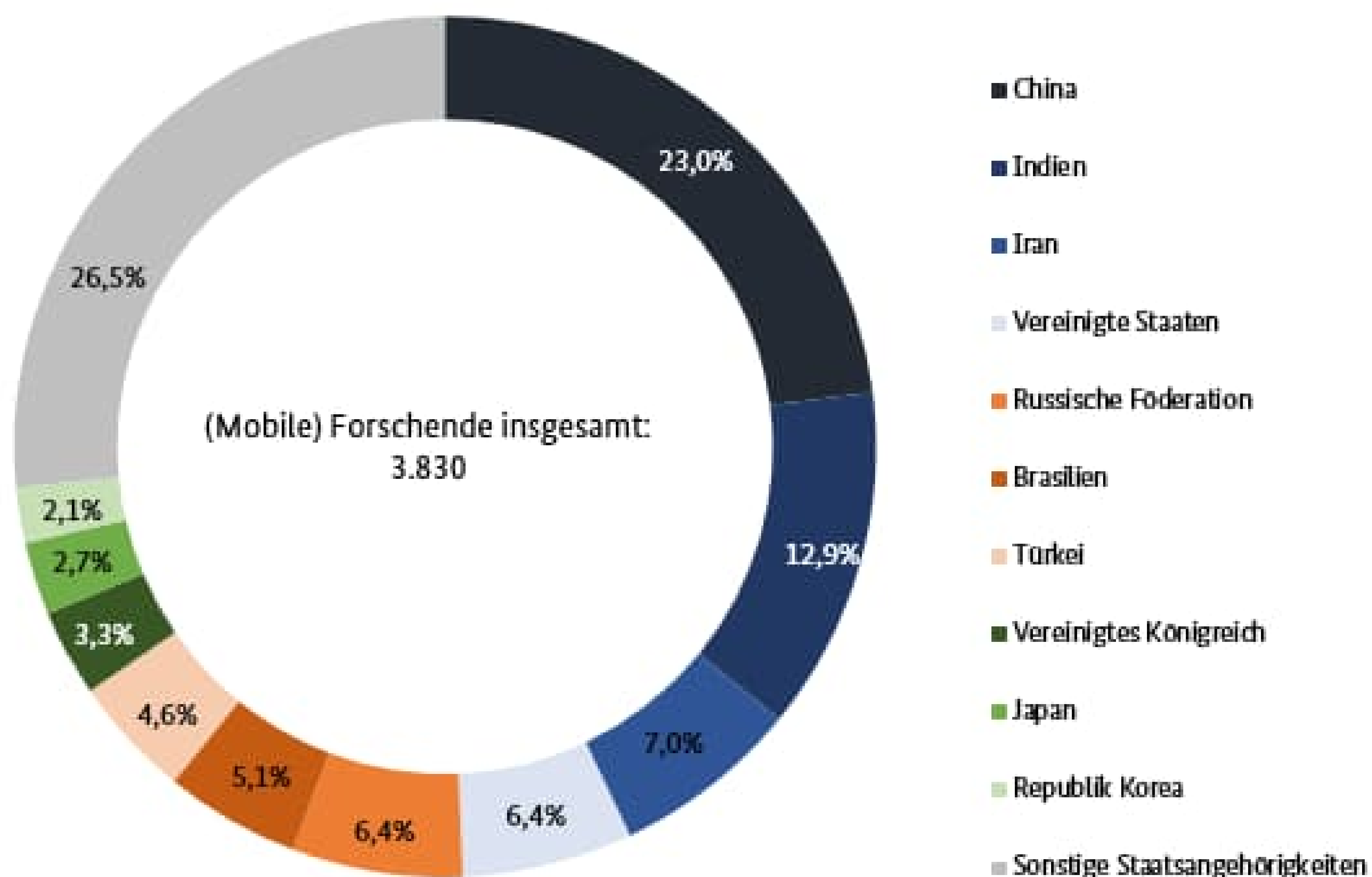
³⁵ Diese Entwicklung wird in der BAMF-Publikation „Monitoring zur Bildungs- und Erwerbsmigration: Erteilung von Aufenthaltstiteln an Drittstaatsangehörige“ näher betrachtet, vgl. Graf 2023a.

³⁶ Die Zahlen der aufhältigen Personen 2021 wurden ebenfalls der Fünfferrundung unterzogen und weichen daher leicht von denen im Migrationsbericht 2021 ab.

bezeichnete Forschungsvorhaben und zur Ausübung von Tätigkeiten in der Lehre (§ 18d Abs. 5 AufenthG). Darunter fallen auch Forschende, die mit einem Stipendium oder aufgrund eines sonstigen Rechtsverhältnisses in Deutschland tätig werden. Eine Zustimmung der BA ist nicht erforderlich.

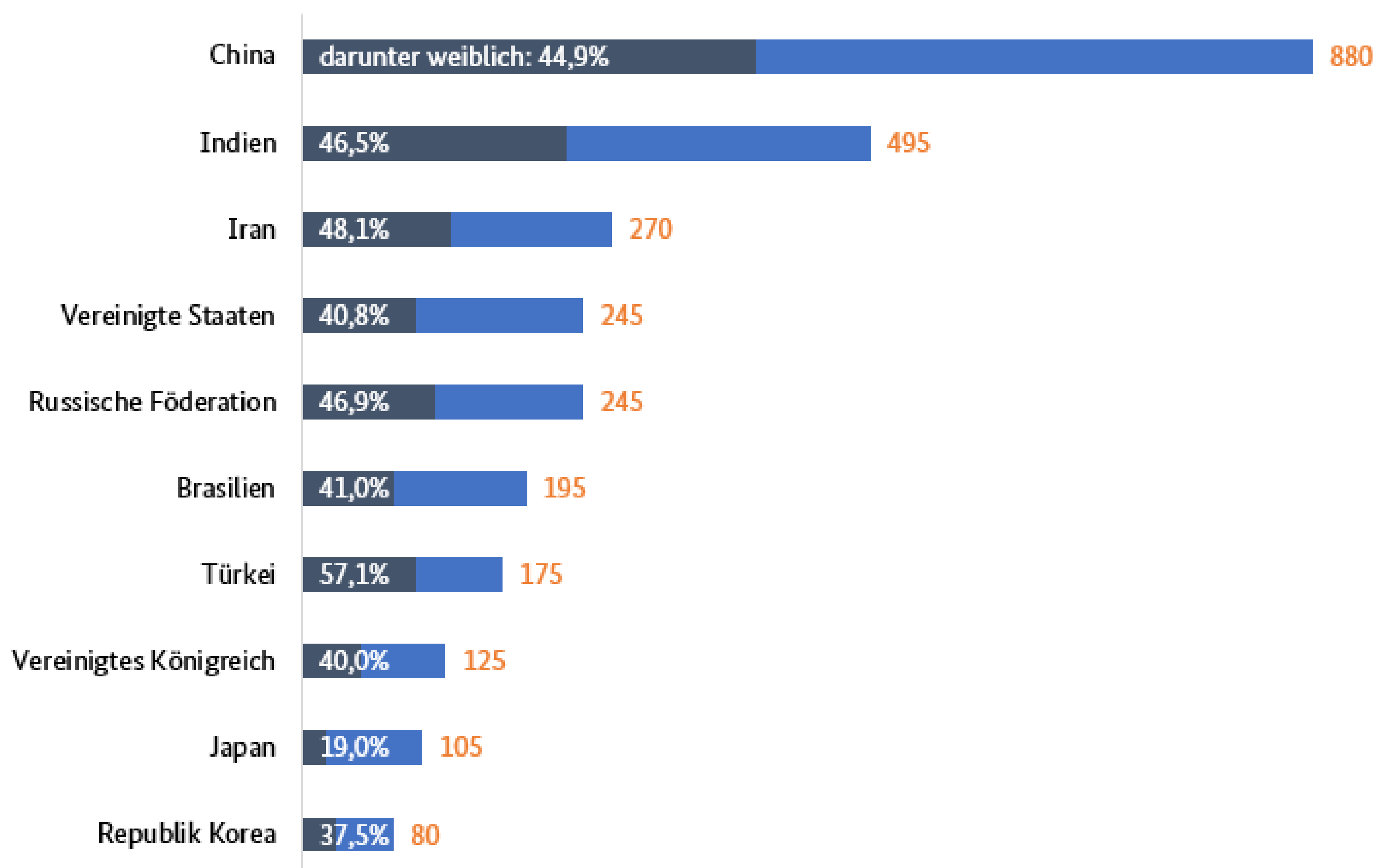
Drittstaatsangehörige, die sich zum Zweck der Forschung in der EU aufhalten und einen entsprechenden Aufenthaltstitel eines anderen EU-Mitgliedstaates (mit Ausnahme von Dänemark und Irland) im Sinne der Richtlinie zum Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken (Richtlinie 2016/801/EU, sogenannte REST-Richtlinie) besitzen, können nach § 18e Abs. 1 AufenthG ohne Aufenthaltstitel in Deutschland forschen, sofern sie maximal 180 Tage innerhalb von 360 Tagen in einer deutschen Forschungseinrichtung arbeiten und die erforderlichen Mitteilungen vorlegen. Dauert der Forschungsaufenthalt mehr als 180 Tage und höchstens 1 Jahr, können sie einen Aufenthaltstitel für mobile Forschende beantragen (§ 18f AufenthG).

Abbildung 3-13: Zuzüge von (mobilen) Forschenden im Jahr 2022 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten



Quelle: Ausländerzentralregister

Abbildung 3-14: Zuzüge von (mobilen) Forschenden im Jahr 2022 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht



Quelle: Ausländerzentralregister

Die Zahl der Zuzüge von (mobilen) Forschenden ist im Zeitraum von 2013 bis 2019 deutlich angestiegen, im Jahr 2020 dann u. a. aufgrund der COVID-19-Pandemie zurückgegangen. 2021 konnte jedoch bereits wieder ein starker Zuwachs verzeichnet werden, der sich 2022 fortsetzte mit einem Anstieg um 12,5 % auf 3.830 (2021: 3.405). Für mobile Forschende wurden darunter jedoch nur 10 Aufenthaltstitel vergeben. Insgesamt kamen 880 Forschende aus China (23,0 %), weitere 495 aus Indien (12,9 %) und 270 (7,0 %) aus dem Iran nach Deutschland (vgl. Abbildung 3-13 und Abbildung 3-14 sowie Tabelle 3-24 im Anhang). Ende 2022 lebten in Deutschland 11.210 Forscherinnen und Forscher aus Drittstaaten mit einem entsprechenden Aufenthaltstitel (Ende 2021: 8.305 Personen).

Der Anteil der Frauen an dieser Zuwanderungsgruppe betrug im Jahr 2022 44,4 % der Gesamtzuzüge. Der Anteil ist besonders hoch bei Forschenden aus der Türkei (57,1 %), besonders niedrig hingegen bei Forschenden aus Japan (19,0 %) (vgl. Abbildung 3-14 und Tabelle 3-24 im Anhang).

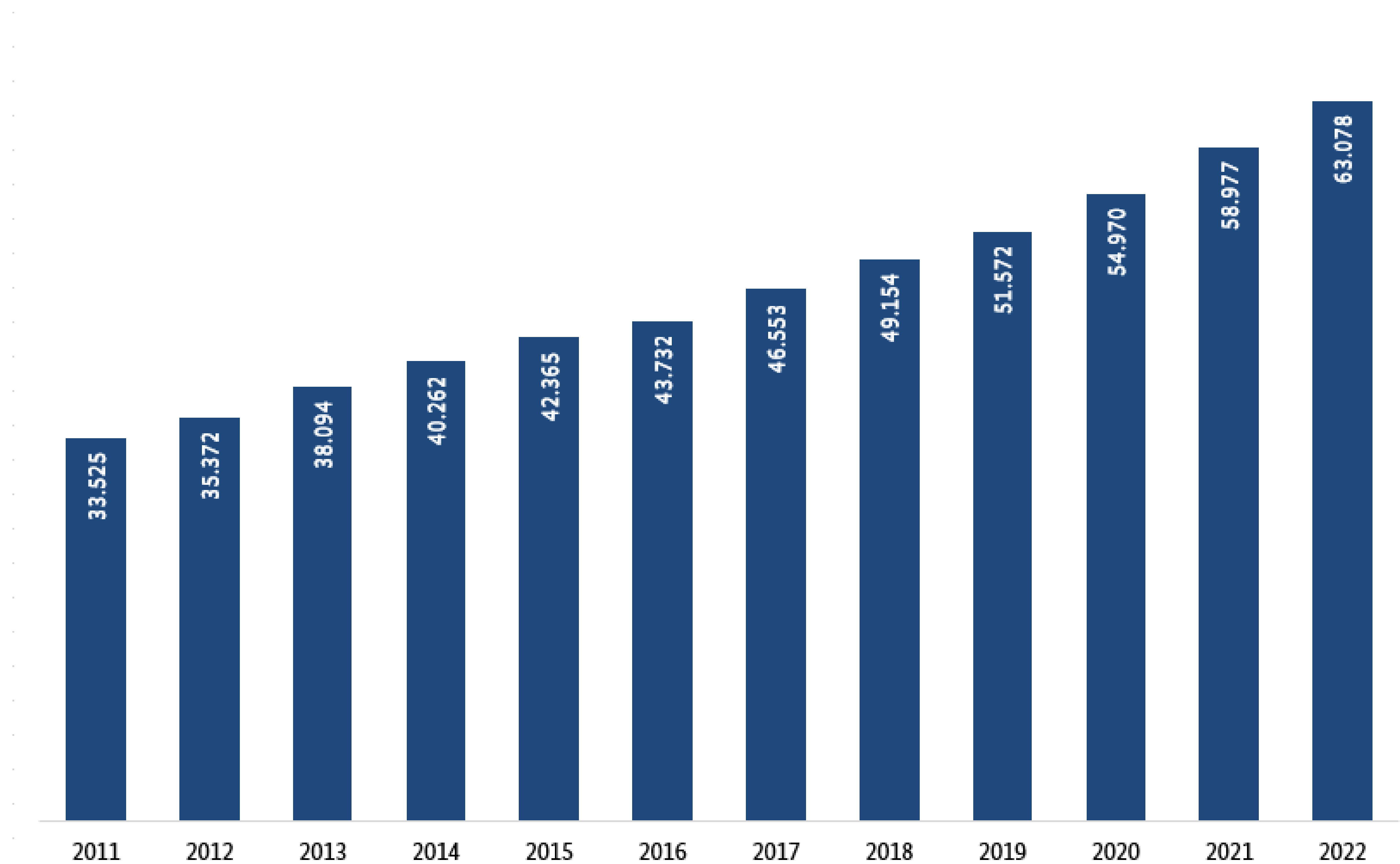
Neben den AZR-Daten zu Personen mit Aufenthaltstiteln als Forschende gemäß dem AufenthG werden auch jährliche Daten zu ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Deutschland sowohl vom Statistischen Bundesamt (Daten zu wissenschaftlichem und künstlerischem Personal an Hochschulen) als auch vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) veröffentlicht.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes arbeiteten an deutschen Hochschulen im Jahr 2022 insgesamt 63.078 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit³⁷ als wissenschaftliches und künstlerisches Personal (2021: 58.977, vgl. Abbildung 3-15), darunter 3.947 hauptberufliche Professorinnen und

³⁷ Inkl. Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit.

Professoren (2021: 3.714). Ihr Anteil am gesamten wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulpersonal (428.457) beträgt damit 14,7 %. 2022 wurde ein Anstieg um 7,0 % im Vergleich zum Vorjahr registriert. Hauptherkunftsländer waren im Jahr 2022 Indien (5.018 Personen), Italien (4.439), China (4.258), Österreich (3.156) und der Iran (2.708). Diese Beschäftigten sind insbesondere in den Fächergruppen Mathematik und Naturwissenschaften (13.077 Personen), in den Ingenieurwissenschaften (12.758) und in der Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften (12.247) tätig.

Abbildung 3-15: Wissenschaftliches und künstlerisches Personal mit ausländischer Staatsangehörigkeit¹ an deutschen Hochschulen seit 2011



1) Inkl. Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hochschulpersonal

Als weitere Quellen können Daten des DAAD zu geförderten ausländischen Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftlern in Deutschland herangezogen werden.³⁸

Nachdem 2013 die Förderinstitutionen Deutscher Akademischer Austauschdienst, Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG) die Qualität ihrer statistischen Angaben deutlich verbessert haben, ist aufgrund der eingeschränkten Vergleichbarkeit eine Fortsetzung der bisherigen Zeitreihen zur Mobilitätsentwicklung ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht mehr möglich.³⁹ Rückwirkend konnten die betroffenen Förderinstitutionen jedoch Angaben für die Jahre 2011 und 2012 unter den neuen Voraussetzungen zur Verfügung stellen. Mit der genaueren Auswertung ist nun besser gewährleistet, dass ausschließlich Forschende erfasst werden, die einen geförderten temporären Aufenthalt in Deutschland absolvieren. Zudem wurden mehr Förderprogramme in die Erhebung einbezogen. Im Jahr 2014 hat sich die Erhebungsmethode erneut geändert, da nunmehr die vertraglich

³⁸ Vgl. dazu ausführlich DAAD & DZHW 2023: 98 ff.

³⁹ Vgl. bis 2012 BMI & BAMF 2015, S. 63.

angestellten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an den 4 größten deutschen außeruniversitären Forschungseinrichtungen bzw. den ihnen zugehörigen Institutionen (der Helmholtz-Gemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Max Weber Stiftung) nicht mehr mitgezählt werden. Insofern sind die Zahlen ab 2014 nicht mehr vergleichbar mit denen der Vorjahre.

Tabelle 3-2: Ausländische Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler in Deutschland nach den wichtigsten Staatsangehörigkeiten seit 2012

Staatsangehörigkeit	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Indien	1.506	1.858	1.825	1.878	1.914	1.497	2.080	2.202	1.813	2.063
China	1.483	1.790	1.645	1.631	1.774	1.294	1.961	2.122	1.548	2.004
Italien	1.163	1.608	1.464	1.512	1.670	1.059	1.799	1.843	1.413	1.778
Vereinigten Staaten	2.065	2.395	2.163	2.243	1.939	1.687	1.957	1.830	986	1.303
Russland	1.875	1.706	1.347	1.644	1.589	1.382	1.606	1.584	954	1.191
Iran	624	717	794	797	818	703	976	941	784	924
Spanien	513	819	788	742	749	525	817	879	741	863
Brasilien	699	732	645	611	703	547	762	857	633	741
Sonstige Staatsangehörigkeiten	20.499	23.524	22.120	24.578	20.982	24.362	20.713	20.536	14.103	19.100
Insgesamt	30.427	35.149	32.791	35.636	32.138	33.056	32.671	32.794	22.975	29.967

Anmerkungen: Erfasst werden nur ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, deren Forschungsaufenthalt in Deutschland durch die befragten Organisationen gefördert wurde. Auf andere Art finanzierte Forschungsaufenthalte, etwa aus Drittmitteln, sind nicht berücksichtigt, da diese in Deutschland nicht erfasst werden. Die Daten dokumentieren deshalb nur einen Teil der Aufenthalte ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die Gesamtzahl dürfte höher liegen.

Ab dem Jahr 2014 beinhalten die Zahlen nicht mehr die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die an den 4 größten deutschen außeruniversitären Forschungseinrichtungen (Institute der Helmholtz-Gemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Max Weber Stiftung) vertraglich angestellt sind.

Quelle: Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

Im Jahr 2021 wurde der Aufenthalt von 29.967 ausländischen Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftlern in Deutschland gefördert (2019: 22.975).⁴⁰ Die wichtigsten Herkunftsländer bilden dabei Indien, China, Italien und die Vereinigten Staaten (vgl. Tabelle 3-2). Der größte Anteil der geförderten ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entfällt auf die Fächergruppe Mathematik und Naturwissenschaften (41,9 %).

Betrachtet man die Aufenthaltsdauer der ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland, so ergeben sich je nach Förderorganisation Unterschiede. Während der DAAD ausschließlich kurzfristige Aufenthalte mit einer maximalen Aufenthaltsdauer von 12 Monaten finanziell unterstützte (davon 47,3 % mit einem Aufenthalt von unter einem Monat), förderte die Alexander von Humboldt-Stiftung sowohl kurzfristige Aufenthalte von unter 1 Jahr (60,6 %) als auch langfristige Aufenthalte von mehr als einem Jahr (36,4 %; 3,0 % ohne Angabe zur Aufenthaltsdauer).

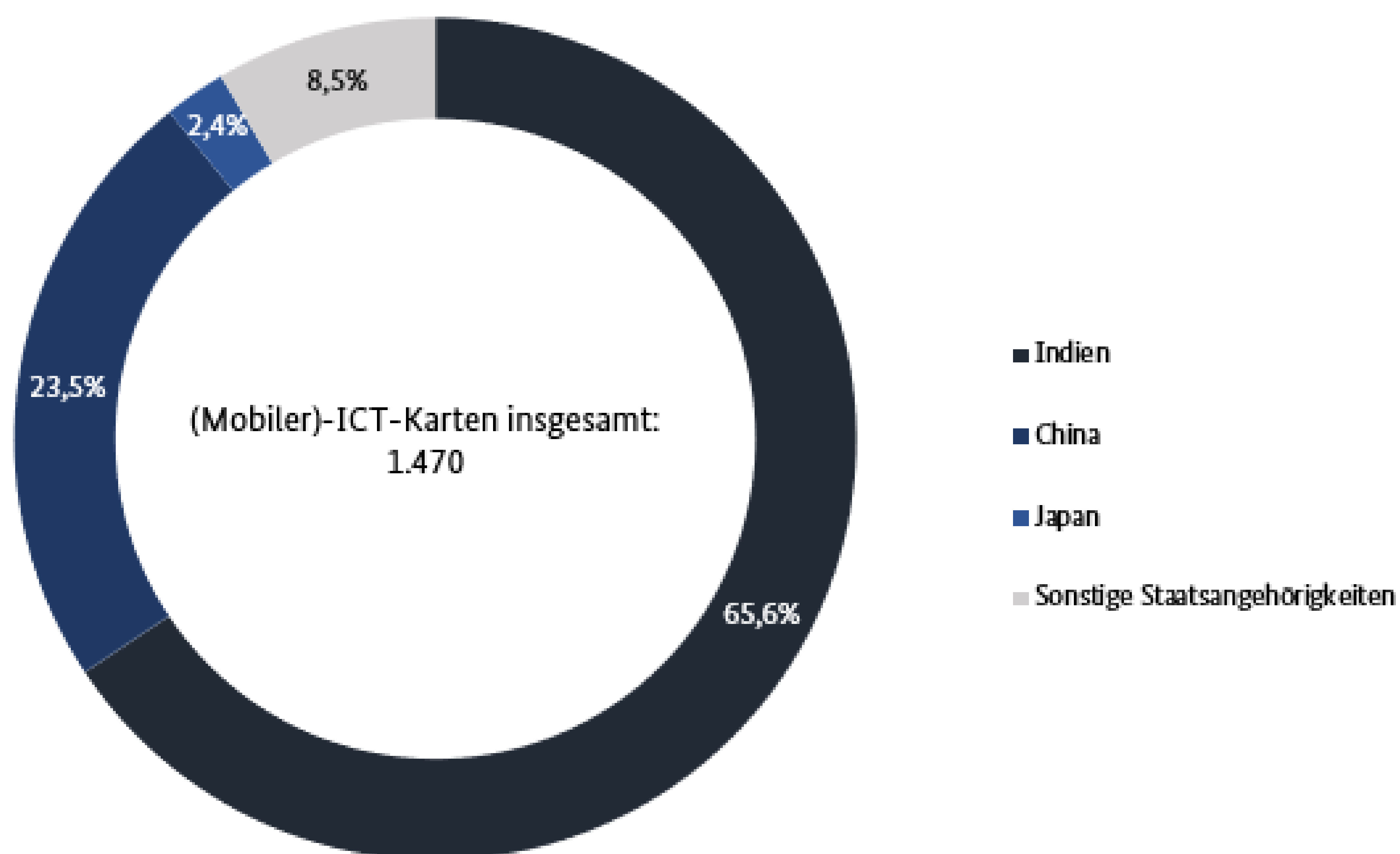
⁴⁰ Dabei ist zu beachten, dass die Daten immer erst mit ca. 2 Jahren Verzögerung vorliegen, sodass hier nur auf die Zahlen bis einschließlich 2020 eingegangen werden kann.

3.2.5 (Mobiler-)ICT-Karte

Mit dem Gesetz zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der EU zur Arbeitsmigration, das am 1. August 2017 in Kraft getreten ist, wurde auch die Richtlinie zum unternehmensinternen Transfer (ICT-Richtlinie RL 2014/66/EU; ICT steht für Intra-Corporate Transfer) umgesetzt. Damit wurde die ICT-Karte als neuer Aufenthaltstitel eingeführt, der zum Zweck eines unternehmensinternen Transfers von Fachkräften erteilt wird. Auf diesem Wege können Unternehmen mit Sitz außerhalb der EU ihre Führungskräfte, Spezialistinnen und Spezialisten (maximal 3 Jahre) sowie Trainees (maximal 1 Jahr) für eine begrenzte Zeit in ihre Niederlassung in der EU entsenden (§ 19 AufenthG).

Mit einer deutschen ICT-Karte dürfen sich Beschäftigte im Rahmen der kurzfristigen Mobilität bis zu 90 Tage innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen zum Zweck des unternehmensinternen Transfers in einem anderen Staat innerhalb der EU aufhalten, ohne in diesem Staat einen Aufenthaltstitel beantragen zu müssen. Umgekehrt können Drittstaatsangehörige, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat eine ICT-Karte besitzen, ohne deutschen Aufenthaltstitel für maximal 90 Tage innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen in Deutschland eingesetzt werden. Im letzteren Fall ist lediglich eine Mitteilung und die Vorlage verschiedener Nachweise an das BAMF notwendig (§ 19a AufenthG). Längerfristige Mobilität wird mit dem Aufenthaltstitel „Mobiler-ICT-Karte“ ermöglicht (§ 19b AufenthG). Diesen können Drittstaatsangehörige, die bereits in einem anderen EU-Mitgliedstaat eine ICT-Karte besitzen und mehr als 90 Tage in Deutschland arbeiten möchten, unter gewissen, in § 19b AufenthG aufgezählten Bedingungen erhalten.

Abbildung 3-16: (Mobiler-)ICT-Karten im Jahr 2022 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten



Quelle: Ausländerzentralregister

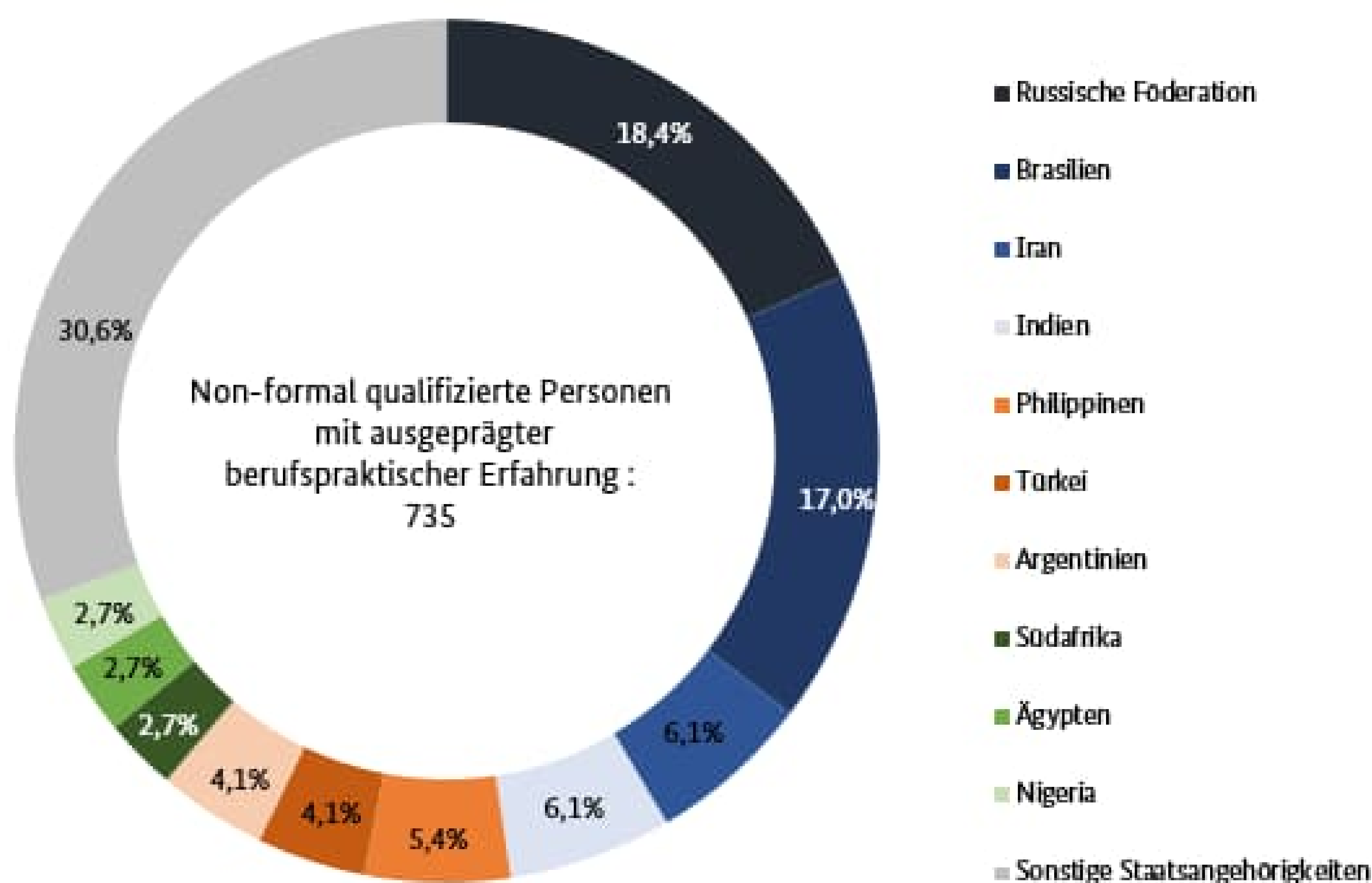
Im Jahr 2022 erhielten 1.470 Personen die (Mobiler-)ICT-Karte. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Steigerung um 53,1 % (2021: 960). Über 90 % davon gingen an Staatsangehörige aus Indien (65,6 %, bzw. 965 Personen), China (23,5 %, bzw. 345 Personen) und Japan (2,4 %, 35 Personen). Der Anteil an Frauen lag insgesamt bei 18,0 % (vgl. Abbildung 3-16 sowie Tabelle 3-25 im Anhang). Insgesamt lebten Ende 2022 2.470 Inhaberinnen und Inhaber einer (Mobiler-)ICT-Karte in Deutschland, Ende 2021 waren es 2.020.

3.2.6 Non-formal qualifizierte Personen mit ausgeprägter berufspraktischer Erfahrung

Seit der Einführung des FEG im Jahr 2020 gibt es die Möglichkeit einer vereinfachten Erwerbsmigration von IT-Spezialistinnen und IT-Spezialisten. Mit dem neu geschaffenen § 19c Abs. 2 i. V. m. § 6 BeschV können Informations- und Kommunikationstechnologiespezialistinnen und -spezialisten mit berufspraktischer Erfahrung nach Deutschland einreisen. Dabei wird die Zustimmung unabhängig von einer (formalen) Qualifikation erteilt, wenn die Bewerberin oder der Bewerber mindestens eine dreijährige Berufserfahrung innerhalb der letzten 7 Jahre nachweisen kann. Die Höhe des Bruttojahresgehalts in Deutschland muss mindestens 60 % der jährlichen Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung betragen (im Jahr 2023 entsprach dies 52.560 Euro, 2022: 50.760 Euro) und die Personen müssen über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen (Niveau B1 des GER, § 2 Abs. 11 AufenthG). Im begründeten Einzelfall kann auf den Nachweis deutscher Sprachkenntnisse verzichtet werden.

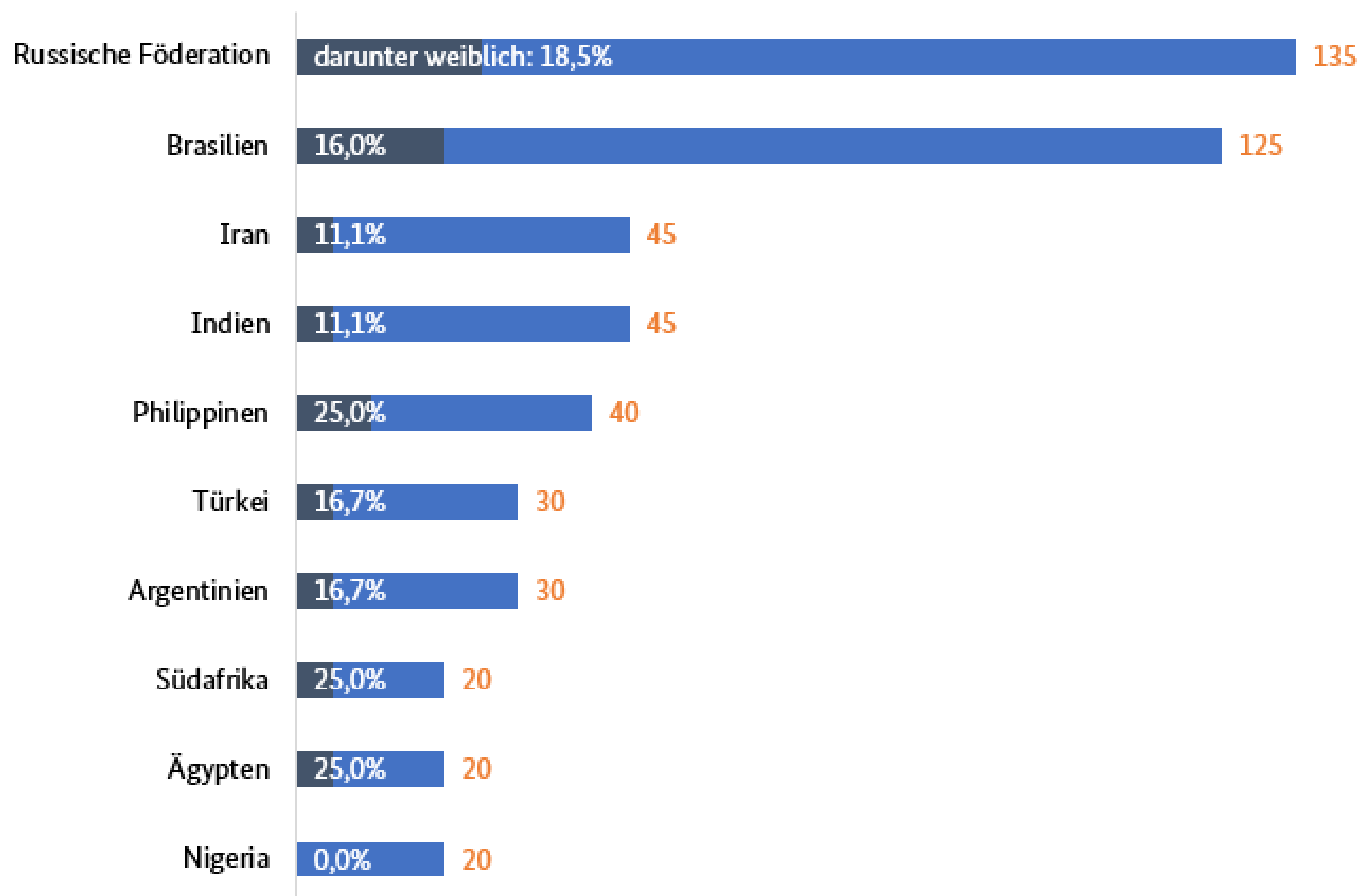
Im Jahr 2022 sind insgesamt 735 Personen auf dieser Grundlage als IT-Spezialistinnen und IT-Spezialisten eingereist. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Steigerung von 104,2 % (2021: 360). Differenziert nach Staatsangehörigkeit bilden Personen mit russischer und brasilianischer Staatsangehörigkeit die größten Gruppen. Weitere wichtige Herkunftsländer sind der Iran, Indien und die Philippinen. Der Anteil an Frauen liegt bei 15,0 % (vgl. Abbildung 3-17 und Abbildung 3-18 sowie Tabelle 3-26 im Anhang). Insgesamt waren Ende 2022 1.865 Personen mit einem Aufenthaltstitel nach § 19c Abs. 2 AufenthG i. V. m. § 6 BeschV aufhältig (Ende 2021: 1.250).

Abbildung 3-17: Non-formal qualifizierte Personen mit ausgeprägter berufspraktischer Erfahrung im Jahr 2022 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten



Quelle: Ausländerzentralregister

Abbildung 3-18: Non-formal qualifizierte Personen mit ausgeprägter berufspraktischer Erfahrung im Jahr 2022 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht



Quelle: Ausländerzentralregister

3.2.7 Selbstständige

Unternehmerinnen und Unternehmern aus Drittstaaten kann eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit erteilt werden, wenn das Unternehmen positive Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft erwarten lässt. Zudem muss die Finanzierung des Unternehmens gesichert sein und ein wirtschaftliches Interesse oder ein regionales Bedürfnis bestehen (§ 21 Abs. 1 S. 1 AufenthG). Eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit kann außerdem erteilt werden, wenn völkerrechtliche Vergünstigungen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit bestehen (§ 21 Abs. 2 AufenthG). Auch Freiberuflerinnen und Freiberufler können eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, wenn die erforderliche Erlaubnis zur Ausübung des freien Berufs erteilt oder ihre Erteilung zugesagt wurde (§ 21 Abs. 5 AufenthG).

Die Beurteilung der Voraussetzungen der wirtschaftlichen Bedeutung richtet sich insbesondere nach den folgenden Kriterien (§ 21 Abs. 1 S. 2 AufenthG):

- der Tragfähigkeit der zugrundeliegenden Geschäftsidee,
- den unternehmerischen Erfahrungen,
- der Höhe des Kapitaleinsatzes,
- den Auswirkungen auf die Beschäftigungs- und Ausbildungssituation und
- dem Beitrag für Innovation und Forschung.

Drittstaatsangehörige, die einen Hochschulabschluss in Deutschland erworben haben oder einen Aufenthaltstitel als Forschende bzw. wissenschaftliches Personal nach §§ 18b, 18d oder § 19c Abs. 1 AufenthG besitzen, können auch ohne Vorliegen der Voraussetzungen nach § 21 Abs. 1 S. 1 AufenthG einen

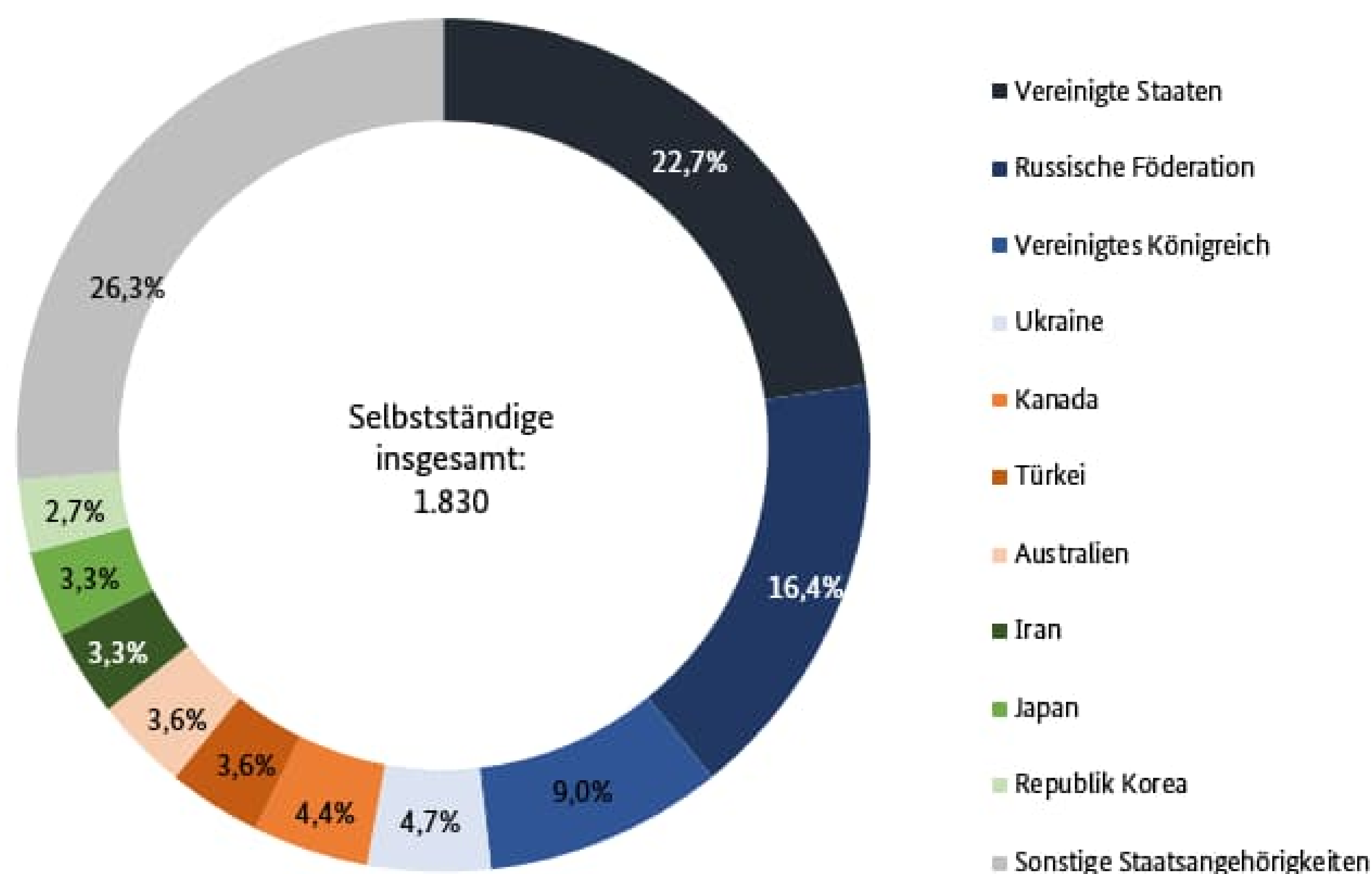
Aufenthaltstitel zur Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit erhalten. Die selbstständige Tätigkeit muss dann einen Zusammenhang mit den im Studium erworbenen Kenntnissen oder der Tätigkeit als Forschende oder Wissenschaftlerin bzw. Wissenschaftler erkennen lassen (§ 21 Abs. 2a AufenthG).

Nach 3 Jahren kann eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden, wenn u. a. die geplante Tätigkeit erfolgreich realisiert wurde und der Lebensunterhalt der selbstständigen Person und ihrer in familiärer Gemeinschaft lebenden Angehörigen, denen sie Unterhalt zu leisten hat, durch ausreichende Einkünfte gesichert ist (§ 21 Abs. 4 AufenthG).

Im Jahr 2022 sind 1.830 Selbstständige aus Drittstaaten neu eingereist, deutlich mehr als im Vorjahr (2021: 925 Selbstständige, +97,8 %). Die mit Abstand größte Gruppe bildeten Staatsangehörige aus den Vereinigten Staaten mit 22,7 %, gefolgt von der Russischen Föderation mit 16,4 % und dem Vereinigten Königreich mit 9,0 %.

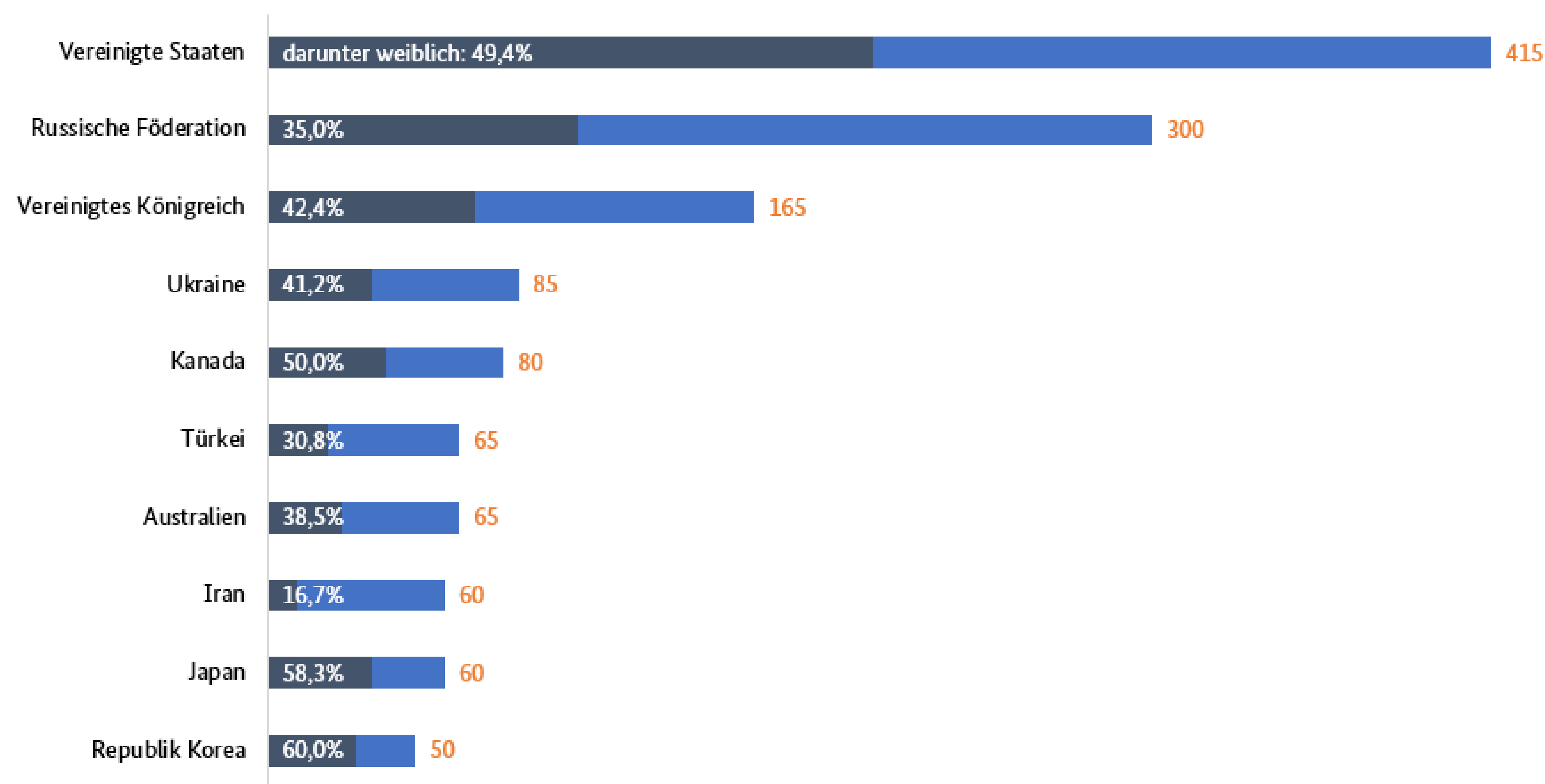
Unter den Personen, die 2022 eingereist sind und einen Aufenthaltstitel nach § 21 AufenthG erhalten haben, befanden sich insgesamt 785 Frauen (42,9 %). Besonders hohe weibliche Anteile sind unter den Selbstständigen aus der Republik Korea (60,0 %), Japan (58,3 %), Kanada (50,0 %) und den Vereinigten Staaten (49,4 %), zu verzeichnen. Vergleichsweise niedrig war dieser Anteil bei iranischen (16,7 %) und türkischen Staatsangehörigen (30,8 %) (vgl. Abbildung 3-19 und Abbildung 3-20 sowie Tabelle 3-27 im Anhang).

Abbildung 3-19: Selbstständige im Jahr 2022 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten



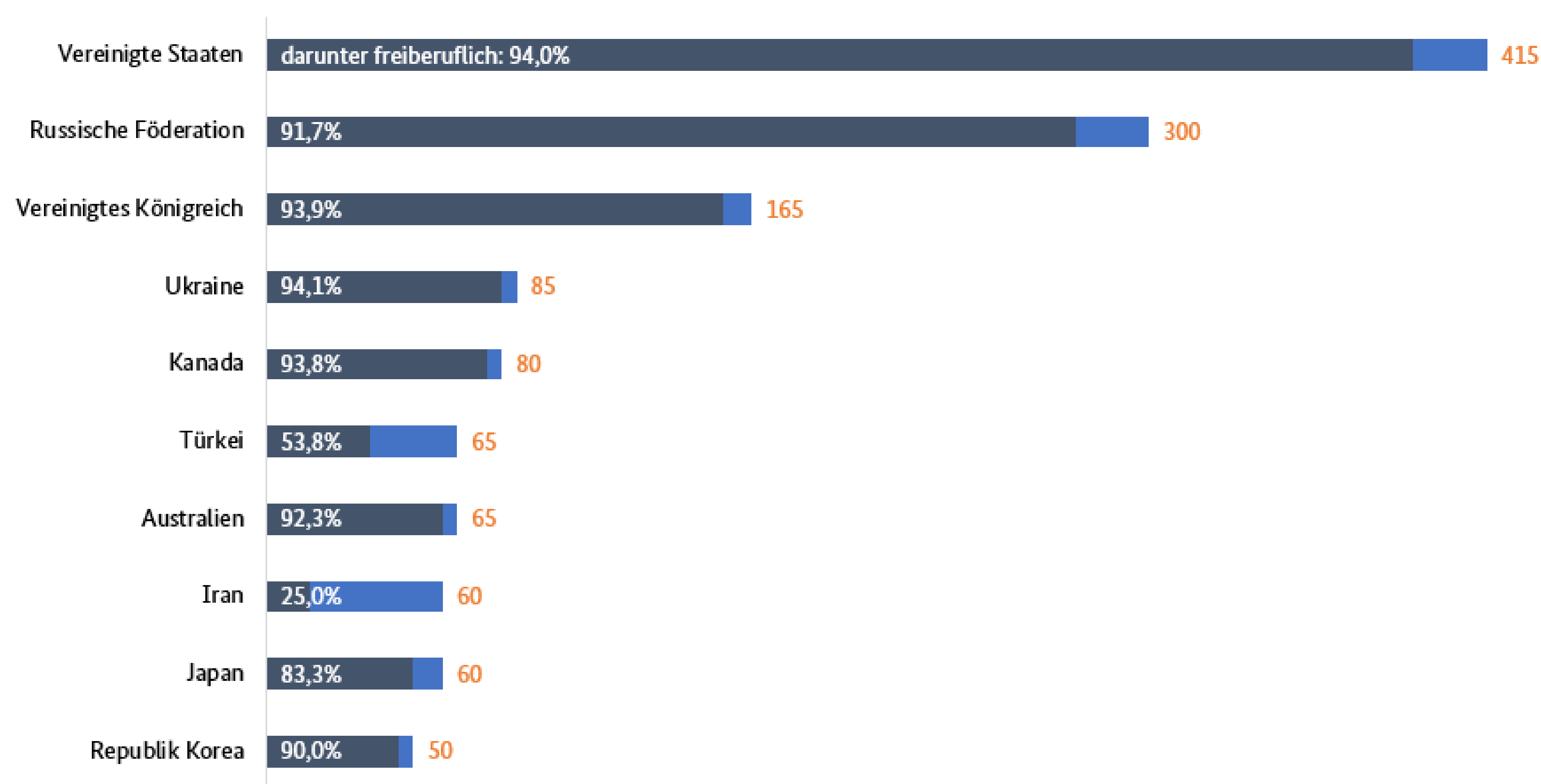
Quelle: Ausländerzentralregister

Abbildung 3-20: Selbstständige im Jahr 2022 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht



Quelle: Ausländerzentralregister

Abbildung 3-21: Selbstständige im Jahr 2022 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Art der Tätigkeit



Quelle: Ausländerzentralregister

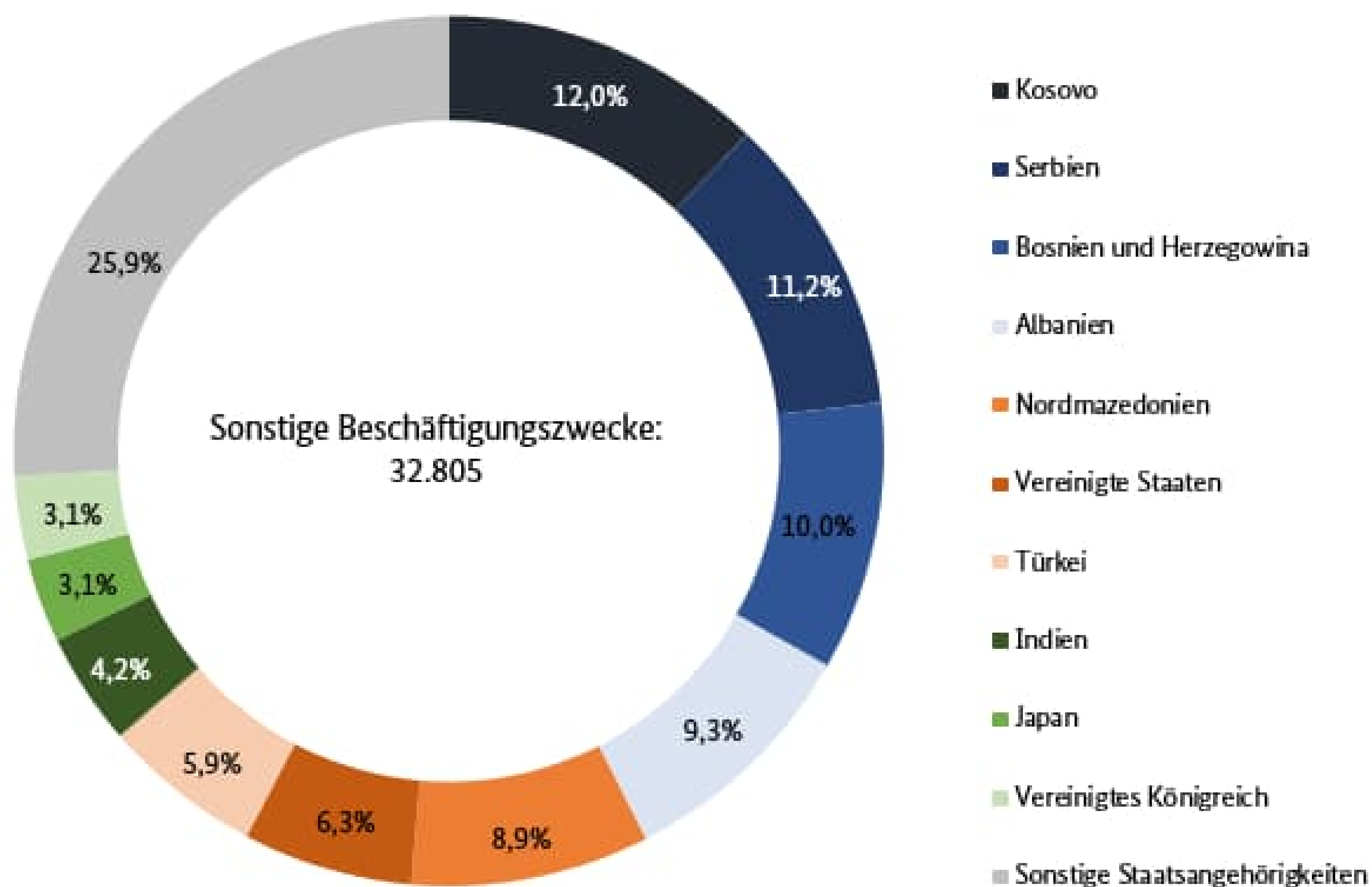
Bei mehr als vier Fünfteln (83,9 %) der Selbstständigen, die im Jahr 2022 eingereist sind, wurde eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit nach § 21 Abs. 5 AufenthG erteilt. Bei Personen aus den Vereinigten Staaten, der Russischen Föderation, dem Vereinigten Königreich, der Ukraine, Kanada und Australien war der Anteil der Freiberuflerinnen und Freiberufler mit jeweils mehr als 90 % überproportional hoch, beim Iran (25,0 %) und der Türkei (53,8 %) vergleichsweise niedrig (vgl. Abbildung 3-21).

Ende 2022 besaßen insgesamt 10.245 Drittstaatsangehörige eine Aufenthaltserlaubnis als Selbstständige nach § 21 Abs. 1, 2, 2a und 5 AufenthG (Ende 2021: 10.330). Zusätzlich verfügten 2.715 Personen über eine Niederlassungserlaubnis nach § 21 Abs. 4 S. 2 AufenthG (Ende 2021: 2.585).

3.2.8 Sonstige Beschäftigungszwecke

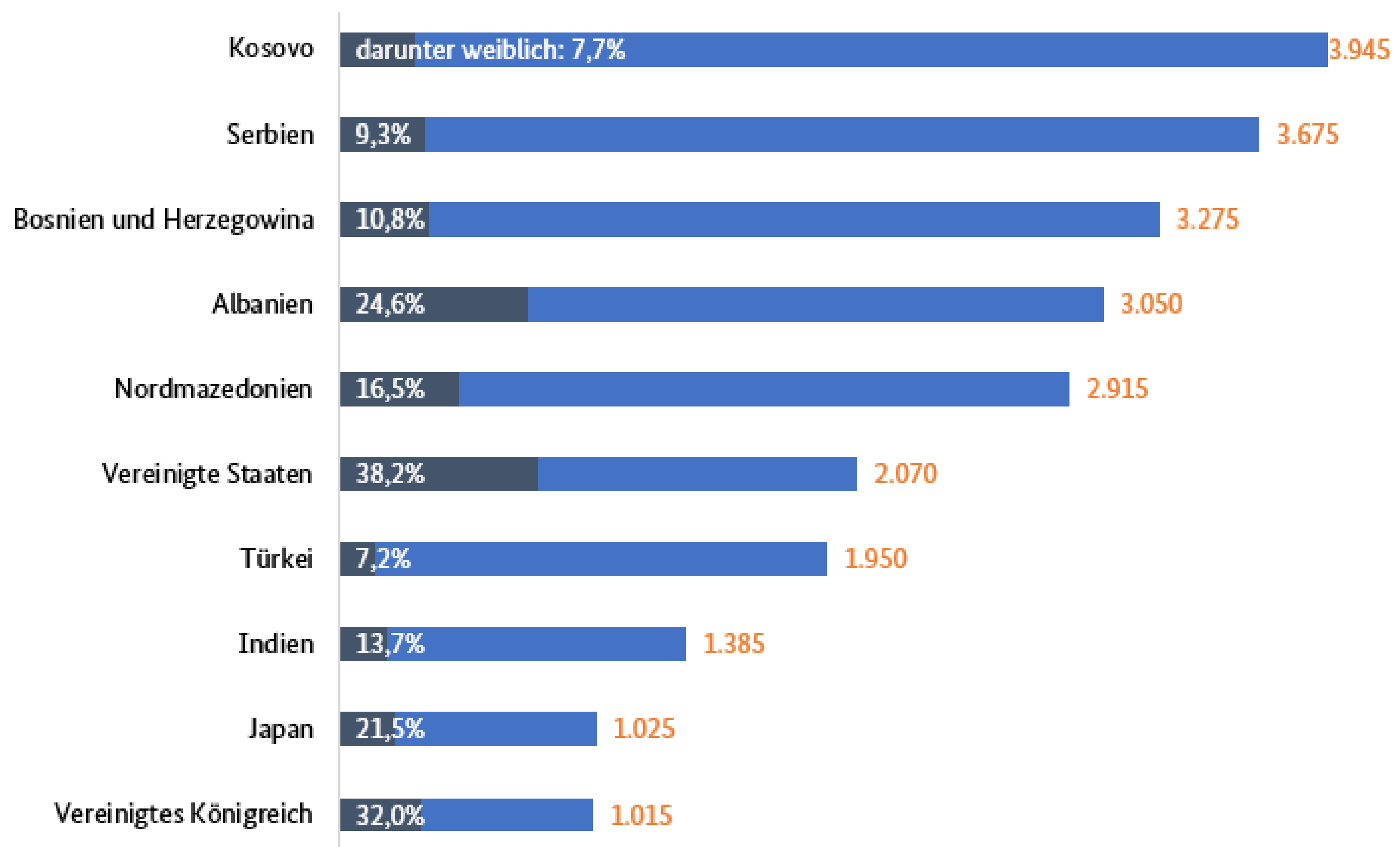
In § 19c Abs. 1 AufenthG sind Regelungen, nach denen Aufenthaltserlaubnisse in Verbindung mit einer Regelung der Beschäftigungsverordnung (BeschV) unabhängig von der Qualifikation oder einer zwischenstaatlichen Vereinbarung erteilt werden können, zusammengefasst. Einen Überblick über die verschiedenen Beschäftigungszwecke gibt Tabelle 3-3/Abbildung 3-3. Dabei handelt es sich um unterschiedliche Berufsgruppen und Tätigkeiten, die sich zum Teil nicht klar dem qualifizierten oder dem nicht qualifizierten Sektor zuordnen lassen. Jedoch kann man bei einigen Kategorien von einer qualifizierten Beschäftigung bzw. einer Beschäftigung als Fachkraft ausgehen (vgl. dazu Tabelle 3-20 im Anhang).

Abbildung 3-22: Sonstige Beschäftigungszwecke im Jahr 2022 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten



Quelle: Ausländerzentralregister

Abbildung 3-23: Sonstige Beschäftigungszwecke im Jahr 2022 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht



Quelle: Ausländerzentralregister

2022 sind insgesamt 32.805 Personen zur sonstigen Beschäftigungszwecken nach § 19c Abs. 1 AufenthG nach Deutschland eingereist. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Anstieg von 87,6 % (2021: 17.485). Die 5 größten Gruppen an Staatsangehörigkeiten sind mit insgesamt mehr als die Hälfte der Zugewanderten die Westbalkanstaaten Kosovo, Serbien, Bosnien und Herzegowina, Albanien und Nordmazedonien. Dies zeigt die besondere Bedeutung der Westbalkanregelung in dieser Zuwanderungsgruppe, andere Beschäftigungszwecke spielen hier nur eine vergleichsweise kleine Rolle. Der Anteil an Frauen liegt insgesamt bei 26,0 %, variiert jedoch sehr nach Beschäftigungszweck und Staatsangehörigkeit (vgl. Abbildung 3-22 und Abbildung 3-23 sowie Tabelle 3-3).

Tabelle 3-3: Überblick über die sonstigen Formen der Beschäftigung in den Jahren Jahr 2021 und 2022

Beschäftigungsform	Rechtliche Grundlagen	Einrei- sen im Jahr 2021	Einrei- sen im Jahr 2022	Anteil	Da- runter weib- lich	Anteil weib- lich	Verän- derung zum Vorjahr
Zwischenstaatliche Vereinbarungen & bestimmte Staatsangehörige							
Bestimmte Staatsangehörige	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 26 Abs. 1 BeschV	2.490	3.430	10,5%	855	24,9%	+37,8%
Westbalkanregelung	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 26 Abs. 2 BeschV	2.965	14.505	44,2%	2.000	13,8%	+389,2%
Zwischenstaatliche Vereinbarungen	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 29 Abs. 3 BeschV	1.105	1.070	3,3%	240	22,4%	-3,2%
Freihandelsabkommen	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 29 Abs. 5 BeschV	45	35	0,1%	0	0,0%	-22,2%
Führungskräfte, Forschung und Wissenschaft							
Leitende Angestellte, Führungskräfte und Spezialisten	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 3 BeschV	705	845	2,6%	260	30,8%	+19,9%
Wissenschaft und Forschung	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 5 Nr. 1 und 2 BeschV	120	130	0,4%	65	50,0%	+8,3%
Wissenschaft, Forschung und Ent- wicklung	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 5 Nr. 3 bis 5 BeschV	205	300	0,9%	195	65,0%	+46,3%
Personalaustausch, Werklieferungsverträge & Dienstleistungserbringung							
Internationaler Personalaustausch	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 10 Abs. 1 Nr. 1 und 2 sowie Abs. 2 BeschV	415	370	1,1%	105	28,4%	-10,8%
Beschäftigung im Rahmen von Werklieferungsverträgen	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 19 Abs. 2 BeschV	470	540	1,6%	0	0,0%	+14,9%
Vorübergehende Dienstleistungser- bringung	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 21 BeschV	120	105	0,3%	0	0,0%	-12,5%
Güter- und Personenverkehr							
Personal auf Binnenschiffen	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 24 Nr. 3 BeschV	530	600	1,8%	95	15,8%	+13,2%
Besatzungen von Luftfahrzeugen	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 24 Nr. 4 BeschV	30	45	0,1%	10	22,2%	+50,0%
Berufskraftfahrerinnen und Berufs- kraftfahrer	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 24a BeschV	245	795	2,4%	5	0,6%	+224,5%
Freiwilligendienst und Praktika							
Freiwilligendienst	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 14 Abs. 1 Nr. 1 BeschV	1.135	1.475	4,5%	940	63,7%	+30,0%
Beschäftigung aus karitativen Grün- den	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 14 Abs. 1 Nr. 2. BeschV	135	245	0,7%	125	51,0%	+81,5%
Öffentlich geförderte Praktika	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 15 Nr. 3 und Nr. 5 Be- schV	15	20	0,1%	10	50,0%	+33,3%
Praktika	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 15 Nr. 4 und Nr. 6 Be- schV	65	95	0,3%	50	52,6%	+46,2%
Weitere Beschäftigungszwecke							
Übrige Beschäftigungssachverhalte der BeschV	§ 19c Abs. 1 AufenthG	2.185	2.590	7,9%	190	7,3%	+18,5%
Sprachlehrerinnen und -lehrer	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 11 Abs. 1 BeschV	115	70	0,2%	40	57,1%	-39,1%
Spezialitätenköchinnen und -köche	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 11 Abs. 2 BeschV	420	1.125	3,4%	30	2,7%	+167,9%
Au-pair	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 12 BeschV	2.810	3.200	9,8%	2.930	91,6%	+13,9%
Beschäftigung aus religiösen Gründen	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 14 Abs. 1a BeschV	625	555	1,7%	200	36,0%	-11,2%
Berufssportler und –trainer	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 22 Nr. 4 BeschV	255	250	0,8%	35	14,0%	-2,0%
e-Sportlerinnen und -Sportler	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 22 Nr. 5 BeschV	10	15	0,0%	0	0,0%	+50,0%
Kultur, Unterhaltung, Gastspiele, Film- und Fernsehproduktionen	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 25 BeschV	280	385	1,2%	165	42,9%	+37,5%
Insgesamt		17.485	32.805	100,0 %	8.535	26,0%	+87,6%

Anmerkung: Abweichungen der für 2021 genannten Werte zu denen im Migrationsbericht 2021 ergeben sich aus einer veränderten statistischen Kategorisierung und der Anwendung der Fünferrundung. Siehe die Einführung zu Kapitel 3.2.
Quelle: Ausländerzentralregister

Westbalkanregelung

Durch die sogenannte Westbalkanregelung können seit dem 1. Januar 2016 Staatsangehörige aus Alba-nien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien für eine Beschäfti-gung unabhängig von einer Qualifikation als Fachkraft nach einer Vorrangprüfung einen Aufenthaltstitel

erhalten (§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 26 Abs. 2 BeschV). Der Arbeitsmarktzugang ist insoweit nicht an formale Qualifikationserfordernisse geknüpft. Die Regelung war zunächst bis Ende 2020 befristet und wurde dann bis 31. Dezember 2023 verlängert.⁴¹ Gleichzeitig mit der Verlängerung wurde ein jährliches Kontingent von maximal 25.000 Zustimmungen der BA eingeführt. Voraussetzungen sind weiterhin ein konkretes Arbeitsplatzangebot und die Zustimmung der BA mit einer Vorrangprüfung. Die Antragstellung erfolgt im jeweiligen Herkunftsland. Davon ausgeschlossen sind Bewerberinnen und Bewerber, die innerhalb der letzten 24 Monate vor Antragstellung Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) bezogen haben.⁴² Bei nicht reglementierten Berufen ist eine Anerkennung der ausländischen beruflichen Qualifikationen nicht erforderlich. Bei reglementierten Berufen muss die Berufsausübungserlaubnis erteilt sein.

44,2 % der Aufenthaltserlaubnisse in der Kategorie „sonstige Beschäftigungszwecke“ nach § 19c Abs. 1 AufenthG (14.505 von 32.805 Aufenthaltserlaubnissen) wurde 2022 auf dieser Grundlage erteilt. Im Vorjahr wurden lediglich 2.965 Aufenthaltstitel für diesen Zweck erteilt. Die damit einhergehende Steigerung von 389,2 % hängt mit dem Wegfall der pandemiebedingten Einreisebeschränkungen zusammen. Der Anteil an Frauen liegt bei 13,8 %.

Bestimmte Staatsangehörige

Für Staatsangehörige aus Andorra, Australien, Israel, Japan, Kanada, der Republik Korea, Monaco, Neuseeland, San Marino sowie den Vereinigten Staaten kann eine Zustimmung mit Vorrangprüfung zur Ausübung jeder Beschäftigung erteilt werden. Das Gleiche gilt auch für Staatsangehörige des Vereinigten Königreichs nach dessen Austritt aus der EU (im Sinne des § 1 Abs. 2 Nr. 6 FreizügG/EU). Im Jahr 2022 haben 3.430 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Aufenthaltstitel nach den Bestimmungen von § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 26 Abs. 1 BeschV erhalten (2021: 2.490), die im gleichen Jahr nach Deutschland eingereist sind. Für Beschäftigungen aufgrund zwischenstaatlicher Vereinbarungen (§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 29 Abs. 3 BeschV) wurden 1.070 Aufenthaltserlaubnisse erteilt (2021: 1.105, +37,8 %).

Au-pair-Beschäftigte

Nach § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 12 BeschV kann die Zustimmung für einen Titel als Au-pair-Beschäftigung mit Grundkenntnissen der deutschen Sprache erteilt werden. Die Au-pair-Beschäftigten müssen bei Antragstellung unter 27 Jahre alt und in einer Gastfamilie tätig sein, in der Deutsch als Muttersprache gesprochen wird. Die Zustimmung zu einer Aufenthaltserlaubnis kann bis zu einer Geltungsdauer von 1 Jahr erteilt werden, eine Vorrangprüfung findet nicht statt. Eine erneute Zulassung als Au-pair ist nicht möglich, auch dann nicht, wenn die Höchstdauer von 1 Jahr nicht ausgeschöpft wurde. Im Jahr 2022 wurden 3.200 Titel für Au-pair-Beschäftigte erteilt, mehr als 2021 (2.810, +13,9 %). Die größten Gruppen bilden dabei Staatsangehörige aus Kolumbien, Indonesien und Kirgisistan. Rund 92 % der Au-pair-Beschäftigten, die im Jahr 2022 eingereist sind, waren weiblich.

3.2.9 Arbeitsplatzsuche

Für Drittstaatsangehörige ohne konkretes Arbeitsplatzangebot gibt es die Möglichkeit, nach § 20 AufenthG einen Aufenthaltstitel zur Arbeitsplatzsuche zu erhalten. Absolventinnen und Absolventen

⁴¹ Basis dafür ist die Sechste Verordnung zur Änderung der Beschäftigungsverordnung, die am 5. November 2020 verkündet wurde. Vgl. auch BMAS 2020.

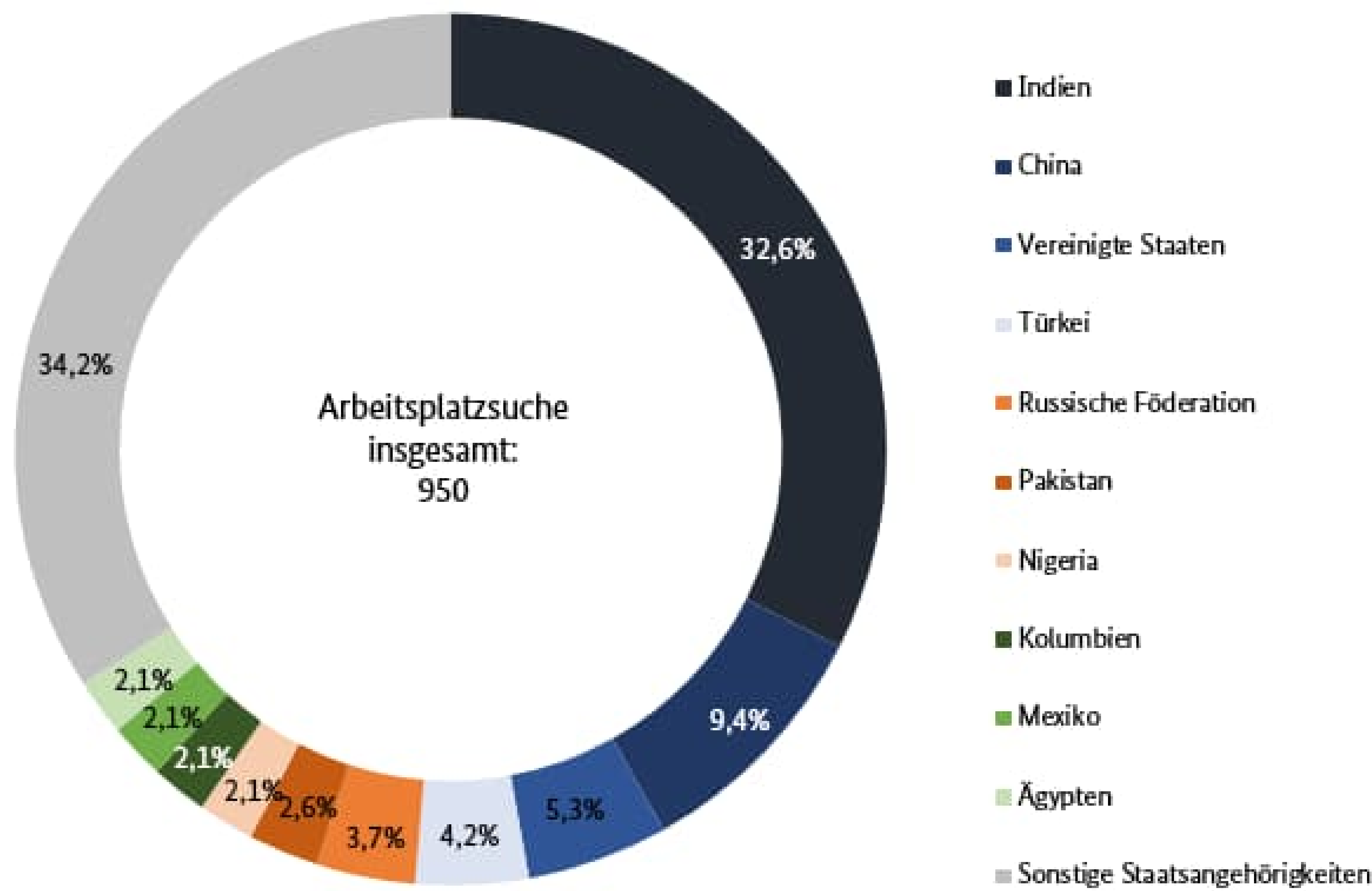
⁴² Ausnahmen hierfür galten durch eine Übergangsregelung für Personen aus den Westbalkanstaaten, die zwischen dem 1. Januar 2015 und dem 24. Oktober 2015 einen Asylantrag gestellt haben und nach dem 24. Oktober 2015 unverzüglich aus Deutschland ausgereist sind.

ausländischer Hochschulen, deren akademischer Abschluss in Deutschland anerkannt oder mit einem deutschen Hochschulabschluss vergleichbar ist, können einen Aufenthaltstitel für bis zu 6 Monate erhalten, um einen Arbeitsplatz in Deutschland zu suchen, zu deren Ausübung ihre Qualifikation befähigt (§ 20 Abs. 2 AufenthG). In dieser Zeit müssen sie ihren Lebensunterhalt eigenständig sicherstellen und dürfen ihrer Qualifikation entsprechende Probebeschäftigungen von bis zu 10 Stunden pro Woche ausüben (§ 20 Abs. 1 S. 4 AufenthG). Diese Personen reisen überwiegend mit nationalen Visa ein, die in der Regel 6 Monate gültig sind. Gleiches gilt für Personen mit einer anerkannten beruflichen Ausbildung, wenn sie über der angestrebten Tätigkeit entsprechende deutsche Sprachkenntnisse verfügen (§ 20 Abs. 1 S. 1 AufenthG).

Absolventinnen und Absolventen, die mit einem entsprechenden Aufenthaltstitel an einer staatlichen Hochschule, einer staatlich anerkannten Hochschule oder an einer vergleichbaren Bildungseinrichtung in Deutschland ein Hochschulstudium absolviert haben, können im Anschluss für bis zu 18 Monate zur Arbeitsplatzsuche in Deutschland bleiben (§ 20 Abs. 3 Nr. 1 AufenthG). In dieser Zeit verfügen sie über einen uneingeschränkten Arbeitsmarktzugang (vgl. Kapitel 3.3.2). Für Forschende im Rahmen eines Aufenthalts nach § 18d oder § 18f AufenthG kann zur Arbeitsplatzsuche eine Aufenthaltserlaubnis für bis zu 9 Monate erteilt werden (§ 20 Abs. 3 Nr. 2 AufenthG), für Personen nach erfolgreichem Abschluss einer qualifizierten Berufsausbildung im Rahmen eines Aufenthalts nach § 16a AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis für bis zu 12 Monate (§ 20 Abs. 3 Nr. 3 AufenthG). Die Frist von 12 Monaten gilt ebenfalls nach der Feststellung der Gleichwertigkeit der Berufsqualifikation oder der Erteilung der Berufsausübungserlaubnis im Rahmen eines Aufenthalts nach § 16d AufenthG (§ 20 Abs. 3 Nr. 4 AufenthG).

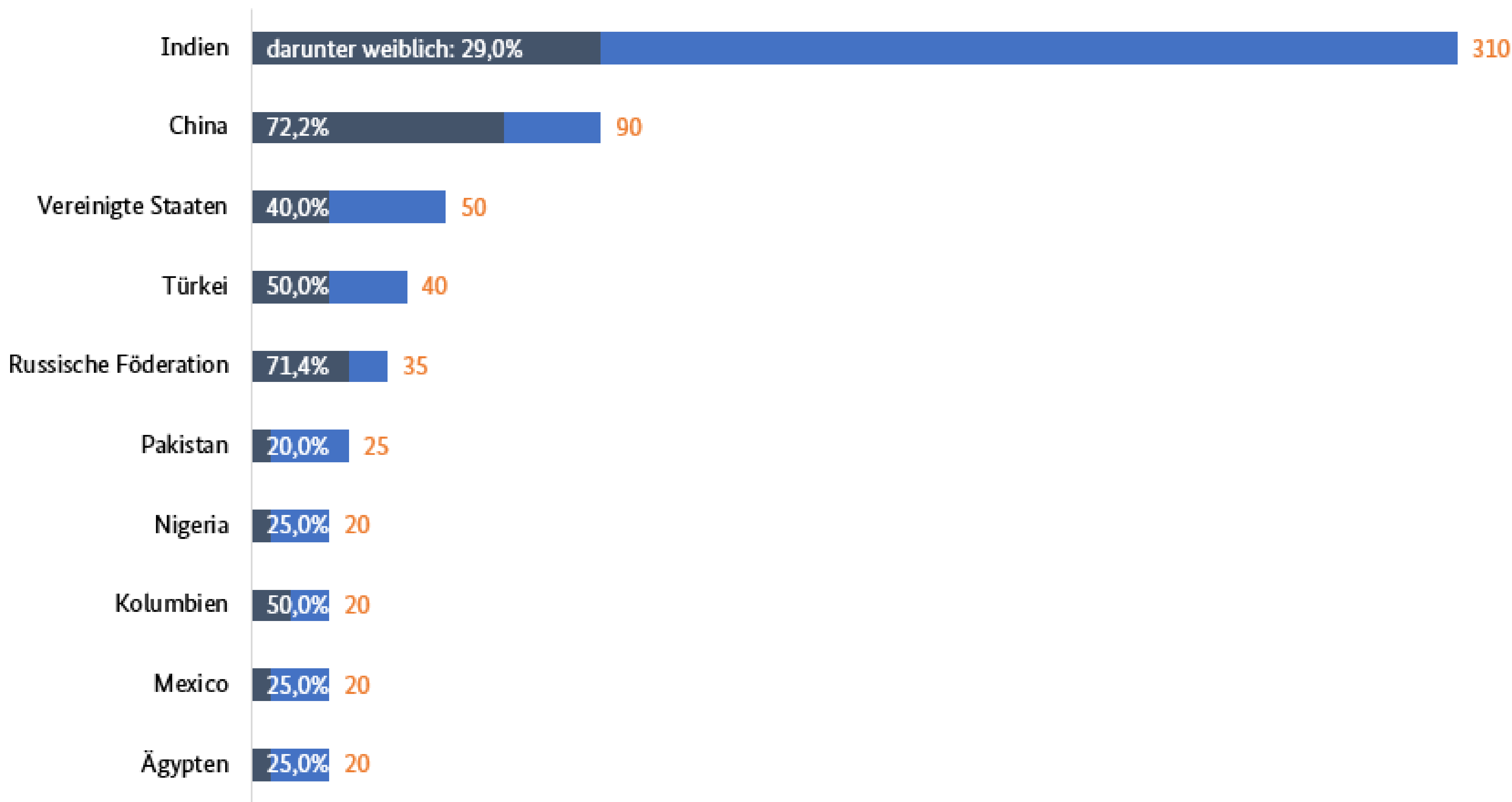
Nach § 20 Abs. 1 S. 2 AufenthG haben auch in Deutschland lebende Drittstaatsangehörige, die unmittelbar zuvor im Besitz eines Aufenthaltstitel zur Erwerbstätigkeit (etwa nach §§ 18a, 18b AufenthG oder nach § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. der Beschäftigungsverordnung bzw. zwischenstaatlichen Vereinbarungen, wovon auch Beschäftigungsaufenthalte erfasst sind) oder nach § 16e AufenthG (studienbezogenes Praktikum EU) waren, die Möglichkeit, einen Aufenthaltstitel zur Arbeitsplatzsuche zu erhalten. In diesen Fällen wird ein Nachweis über die Sicherung des Lebensunterhaltes für sich selbst und die Familienmitglieder vorausgesetzt.

Abbildung 3-24: Arbeitsplatzsuche im Jahr 2022 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten



Quelle: Ausländerzentralregister

Abbildung 3-25: Arbeitsplatzsuche im Jahr 2022 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht



Quelle: Ausländerzentralregister

Im Jahr 2022 reisten insgesamt 950 Personen zur Arbeitsplatzsuche nach Deutschland ein. Das ist eine Steigerung zum Vorjahr um 143,6 %, welche sich vor allem auf die Aufhebung der pandemiebedingten Einreisebeschränkungen zurückführen lässt. Knapp ein Drittel der betreffenden Personen waren indische Staatsangehörige, 9,4 % chinesische und 5,2 % Staatsangehörige der Vereinigten Staaten. Unter den Zugewanderten zur Arbeitsplatzsuche befanden sich 410 Frauen (43,3 %). Der Frauenanteil ist besonders hoch bei Staatsangehörigen Chinas (72,2 %) und der Russischen Föderation (71,4 %), liegt jedoch unter 30 % bei

Staatsangehörigen aus Indien, Pakistan, Nigeria, Mexiko und Ägypten (vgl. Abbildung 3-24 und Abbildung 3-25 sowie Tabelle 3-28 im Anhang).

Diese dargestellten Daten aus dem AZR können jedoch nicht die gesamte Zuwanderung zur Arbeitsplatzsuche abbilden, da viele der Zugewanderten möglicherweise keinen Aufenthaltstitel zur Arbeitsplatzsuche, sondern nach erfolgreicher Suche den zur Erwerbstätigkeit passenden Titel erhielten und können somit nicht von vorliegender AZR-Auswertung erfasst werden. Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist daher die Anzahl der erteilten D-Visa zur Arbeitsplatzsuche in den deutschen Auslandsvertretungen, welche sich im Jahr 2022 auf insgesamt 2.274 beliefen (2021: 923).

3.3 Bildungsmigration

3.3.1 Bildungsmigration insgesamt

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Bildungsmigration von Drittstaatsangehörigen sind in den §§ 16 bis 17 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) geregelt. In diesem Abschnitt wird insbesondere die Bildungsmigration aus Drittstaaten betrachtet. Die Datengrundlage dafür bildet das AZR. Für die Bildungsmigration zu Studienzwecken wird außerdem die Hochschulstatistik des Statistischen Bundesamtes herangezogen. Dies ermöglicht zusätzlich, die Migration zu Studienzwecken von EU-Staatsangehörigen sowie Drittstaatsangehörigen darzustellen, die sich mit einem Aufenthaltstitel zu anderen Zwecken in Deutschland aufhalten, der aber ebenso den Zugang zum Studium ermöglicht, wie z.B. aus familiären oder humanitären Gründen.

Ab dem Berichtsjahr 2022 werden im Rahmen methodischer Weiterentwicklungen auch für die Bildungsmigration sämtliche einschlägigen Speichersachverhalte im AZR neu bewertet und Wanderungskategorien inner- und außerhalb der Bildungsmigration zugeordnet (siehe auch Kapitel 1.6 und Kapitel 3.2). Infolgedessen sind einige Speichersachverhalte aus der Bildungsmigration herausgefallen, andere neu hinzugekommen, sodass nun alle aktuellen Speichersachverhalte der §§ 16 bis 17 AufenthG dargestellt werden (vgl. Tabelle 3-29 im Anhang). Diese methodische Weiterentwicklung wird auf das Berichtsjahr 2021 rückwirkend angewandt, um einen Vergleich mit dem Vorjahr zu ermöglichen. Dadurch sind die Angaben im Migrationsbericht 2021 nicht mehr mit den im Folgenden berichteten Zahlen zum Berichtsjahr 2021 vergleichbar. Dies betrifft sowohl die Gesamtzahlen als auch einzelne Kategorien innerhalb der Bildungsmigration. Vergleiche zu den Berichtsjahren vor 2021 lassen sich nur noch eingeschränkt durchführen und werden deshalb in diesem Bericht nicht dargestellt.

Um die statistische Geheimhaltung zu gewährleisten, wird für die Darstellung der Daten aus dem AZR erstmals die Fünfferrundung angewandt. Das bedeutet, dass alle Werte auf das nächste Vielfache von 5 gerundet werden. Dieses Vorgehen ermöglicht eine praxisnahe Sicherstellung der gesetzlichen Geheimhaltungspflicht bei gleichzeitiger Minimierung des Informationsverlustes. Es führt jedoch auch dazu, dass sich die Summe der Einzelwerte einer Tabelle von den abgebildeten Spalten- bzw. Zeilensummen unterscheiden können.

Insgesamt wurden im Jahr 2022 60.395 Aufenthaltstitel zu Bildungszwecken an Personen erteilt, die im selben Jahr eingereist sind (2021: 41.840). Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der erteilten Aufenthaltstitel um 44,3 %. In 44.690 Fällen handelt es sich dabei um Personen, die zum Zweck eines Studiums nach Deutschland zugewandert sind. Mit einem Anteil von 74,0 % ist das die größte Gruppe in der Bildungsmigration. Im Vergleich zum Vorjahr stieg diese Zahl um 23,8 % (2021: 36.100). Die zweitgrößte

Gruppe mit einem Anteil von 13,3 % umfasst 8.045 Personen, die zum Zweck einer Berufsausbildung aus Drittstaaten nach Deutschland zugewandert sind (2021: 5.420, +48,4 %). Für Maßnahmen mit dem Ziel der Anerkennung einer ausländischen Qualifikation wanderten 4.240 Personen zu (2021: 3.260; +30,1 %) und zu sonstigen Bildungszwecken 3.425 (2021: 2.475; +38,4 %). Der Anteil an Frauen an der Bildungsmigration liegt bei 44,4 %, wobei dieser bei den Formen „Sonstige Bildung“ sowie „Anerkennung“ jeweils über 50 % liegt (vgl. Tabelle 3-4 und Abbildung 3-26).

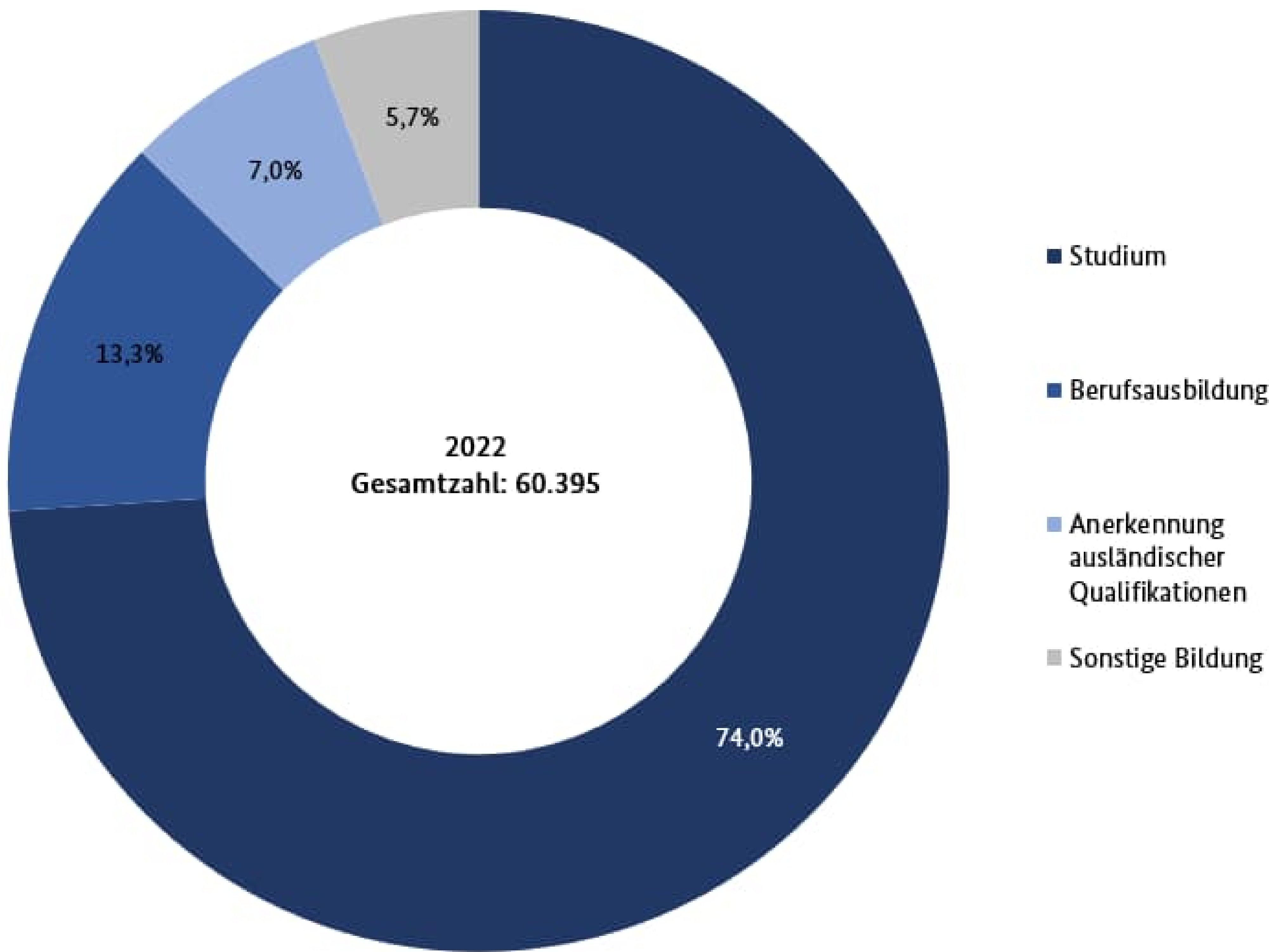
Tabelle 3-4: Bildungsmigration aus Drittstaaten in den Jahren 2021 und 2022 nach Formen der Bildung und Geschlecht

Formen der Bildung	Anzahl 2022	darunter: weiblich	Anteil weiblich	Anzahl 2021	Veränderung zum Vorjahr
Studium	44.690	18.895	42,3%	36.100	+23,8%
Berufsausbildung	8.045	3.805	47,3%	5.420	+48,4%
Anerkennung ausländischer Qualifikationen	4.240	2.375	56,0%	3.260	+30,1%
Sonstige Bildung	3.425	1.735	50,7%	2.475	+38,4%
Insgesamt	60.395	26.805	44,4%	41.840	+44,3%

Anmerkung: Abweichungen der für 2021 genannten Werte zu denen im Migrationsbericht 2021 ergeben sich aus einer veränderten statistischen Kategorisierung und der Anwendung der Fünferrundung. Siehe die Einführung zu Kapitel 3.3.

Quelle: Ausländerzentralregister, eigene Berechnungen BAMF

Abbildung 3-26: Bildungsmigration nach §§ 16 bis 17 AufenthG im Jahr 2022 nach Aufenthaltstiteln



Quelle: Ausländerzentralregister, eigene Berechnungen BAMF

3.3.2 Ausländische Studierende

Bei den ausländischen Studierenden wird zwischen zwei Kategorien unterschieden: Zum einen gibt es Bildungsinländerinnen und Bildungsinländer, die eine Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben haben. Zu ihnen zählen auch ausländische Staatsangehörige, die auf deutschen Auslandsschulen ihre Hochschulzugangsberechtigung erlangt haben.⁴³ Zum anderen gibt es die sogenannten Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer, die über eine ausländische Hochschulzugangsberechtigung verfügen.⁴⁴ Unter diese Kategorie fallen auch z.B. Personen, die aus familiären oder humanitären Gründen nach Deutschland einreisen und dann ein Studium aufnehmen. Während ein Großteil der Bildungsinländerinnen und Bildungsinländer vor dem Studium in Deutschland gelebt und eine deutsche Schule besucht hat, sind die meisten Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer erst zum Studium nach Deutschland eingereist.

Vor der Einreise benötigen ausländische Studierende aus Drittstaaten grundsätzlich ein Visum.⁴⁵ Daneben existieren mit einigen Ländern bilaterale Vereinbarungen, wonach diese von der Visumspflicht ausgenommen sind. Andere Staatsangehörige sind aufgrund rechtlicher Regelungen von der Visumpflicht befreit.⁴⁶ Für ein Visum zu Studienzwecken ist in der Regel eine Hochschulzulassung notwendig. Für die Hochschulzulassung müssen die für den entsprechenden Studiengang erforderlichen Kenntnisse der Ausbildungssprache nachgewiesen werden. Darüber hinaus muss die Finanzierung des ersten Studienjahres gesichert sein sowie ein Nachweis über den Krankenversicherungsschutz vorliegen.

Soweit die Sprachkenntnisse ausnahmsweise nicht im Rahmen der Zulassungsentscheidung geprüft worden sind und auch nicht im Rahmen einer studienvorbereitenden Maßnahme erworben werden sollen, ist der Nachweis der erforderlichen Sprachkenntnisse gegenüber der Auslandsvertretung zu erbringen. Hier dürften in der Regel mindestens Sprachkenntnisse auf dem Niveau B2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (§ 2 Abs. 11a AufenthG) erforderlich sein (Nr. 16b.1.4.2 der Anwendungshinweise zum FEG⁴⁷).

Der Aufenthaltstitel für ausländische Studierende aus Drittstaaten wird nach der Einreise erteilt. Der Studienzweck umfasst auch studienvorbereitende Maßnahmen und das Absolvieren eines Pflichtpraktikums (§ 16b Abs. 1 S. 2 AufenthG). Dabei gilt der Aufenthaltstitel bei der Ersterteilung und bei der Verlängerung mindestens 1 Jahr und soll 2 Jahre nicht überschreiten (§ 16b Abs. 2 S. 1 AufenthG). Für eine Studienbewerbung wird die Aufenthaltserlaubnis für maximal 9 Monate erteilt (§ 17 Abs. 2 S. 2 AufenthG) (vgl. Kapitel 3.3.6). Die Aufenthaltserlaubnis zum Zweck des Studiums berechtigt zur Ausübung einer Beschäftigung, die insgesamt 120 Tage bzw. 240 halbe Tage im Jahr nicht überschreiten darf, sowie ohne zeitliche Begrenzung zur Ausübung studentischer Nebentätigkeiten (§ 16b Abs. 3 S. 1 AufenthG).

⁴³ Vgl. Statistisches Bundesamt 2023a, S. 5f.

⁴⁴ Ausländische Staatsangehörige ohne Angabe zur Art der Hochschulzugangsberechtigung werden in der Hochschulstatistik als Bildungsausländer gezählt und im folgenden Beitrag entsprechend nachgewiesen.

⁴⁵ Die Visa für ausländische Studierende werden in einem beschleunigten Verfahren erteilt (Schweigefristverfahren), vgl. dazu BMI & BAMF 2013, S. 53.

⁴⁶ Studierende aus den EWR-Staaten Island, Norwegen und Liechtenstein sowie Studierende aus der Schweiz aufgrund bilateraler Vereinbarungen mit der EU; Studierende aus Australien, Israel, Japan, Kanada, der Republik Korea, Neuseeland und den Vereinigten Staaten sowie Andorra, Brasilien, El Salvador, Honduras, Monaco und San Marino gemäß § 41 AufenthV.

⁴⁷ Vgl. BMI 2020a.

Datengrundlage

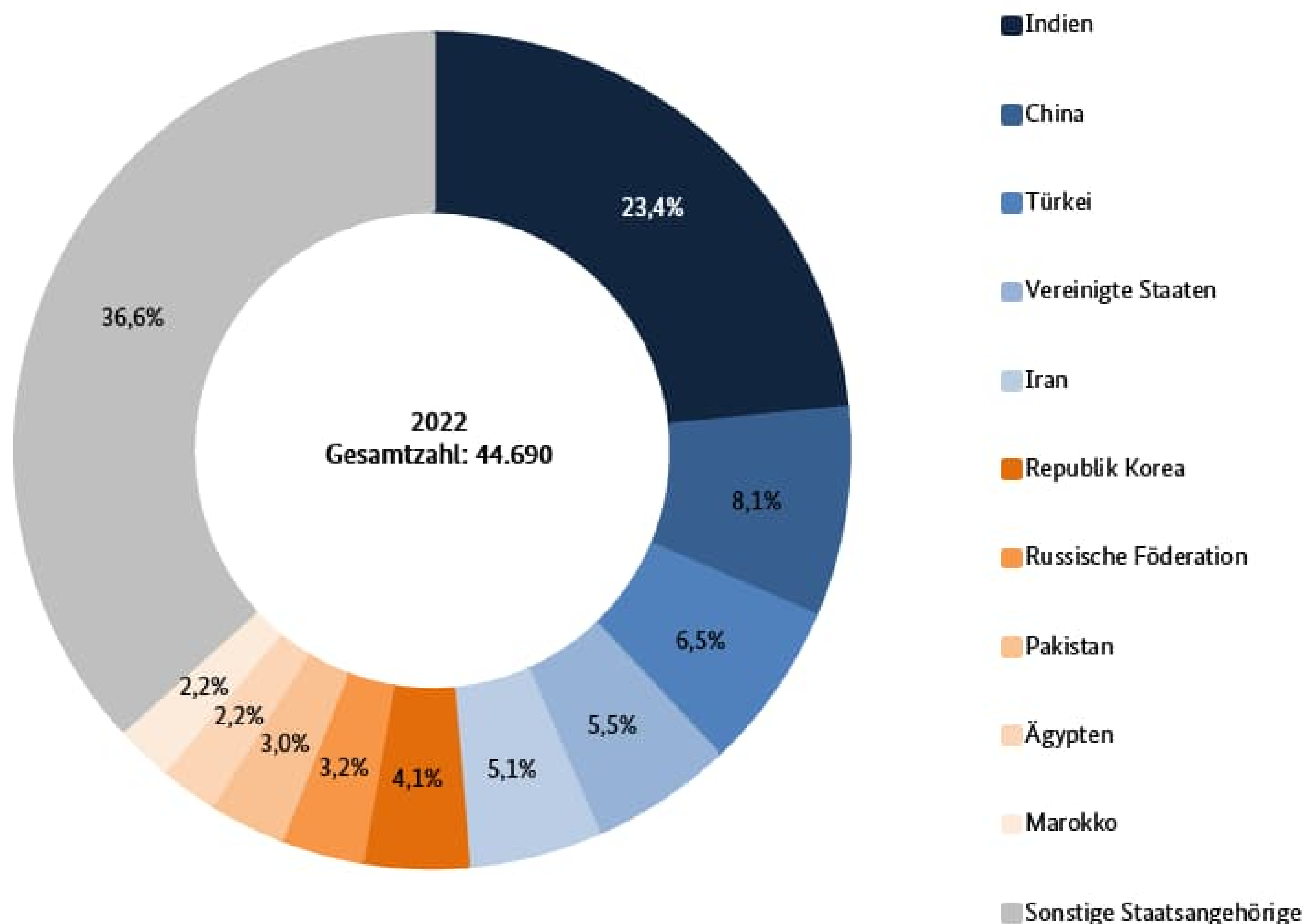
Die Hochschulstatistik des Statistischen Bundesamtes gibt Aufschluss über ausländische Studierende und basiert auf Immatrikulationen und Abschlussprüfungen der Studierenden. Auch in dieser Quelle werden ausländische Studierende in Bildungsausländerinnen bzw. Bildungsausländer und Bildungsinländerinnen bzw. Bildungsinländer unterschieden. Als Studienfängerinnen und Studienanfänger werden Studierende im ersten Hochschulse semester bezeichnet. Der Fokus liegt im Folgenden vor allem auf Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern sowie Studienanfängerinnen und Studienanfängern, weil diese Gruppen die nach Deutschland zugewanderten Personen zum Zwecke eines Studiums am besten (näherungsweise) abbilden. Dabei ist jedoch zu beachten, dass sich ein Teil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer bereits zuvor in Deutschland aufgehalten und dann ein Studium aufgenommen hat.

Daher erlaubt die Hochschulstatistik keine Aussage über den Zeitpunkt der Zuwanderung von ausländischen Studierenden. Das AZR gibt ergänzend darüber Aufschluss, wer im Berichtsjahr 2022 zu Studienzwecken zugewandert ist. Jedoch kann das AZR nur Auskunft über Drittstaatsangehörige geben, da europäische Staatsangehörige freizügigkeitsberechtigt sind und in der Regel keine Aufenthaltserlaubnis innehaben.

Zuwanderung zu Studienzwecken aus Drittstaaten im AZR

Im Jahr 2022 sind insgesamt 44.690 Drittstaatsangehörige zu Studienzwecken eingereist. Fast ein Viertel der Studierenden kommt aus Indien (10.465 Personen). Weitere wichtige Herkunftsländer sind China (8,1 %, bzw. 3.625), die Türkei (6,5 % bzw. 2.910), die Vereinigten Staaten (5,5 %, bzw. 2.460) und der Iran (5,1 % bzw. 2.300). Der Anteil an Frauen unter den zu Studienzwecken zugewanderten Drittstaatsangehörigen liegt bei 42,3 %. Der Anteil ist bei Staatsangehörigen der Russischen Föderation (60,7 %) und der Republik Korea (74,7 %) besonders hoch, bei Staatsangehörigen aus Pakistan (23,1 %), Ägypten (23,4 %) und Indien (28,3 %) vergleichsweise gering. 92,3 % der Aufenthaltstitel wurden gemäß §16b Abs. 1 AufenthG erteilt, die restlichen 7,7 % gemäß §16b Abs. 5 AufenthG zu studienvorbereitenden Maßnahmen sowie gemäß §16 Abs. 7 AufenthG im Rahmen der Mobilität von Schutzberechtigten aus einem anderem EU-Mitgliedsstaat.

Abbildung 3-27: Migration zu Studienzwecken aus Drittstaaten im Jahr 2022 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten



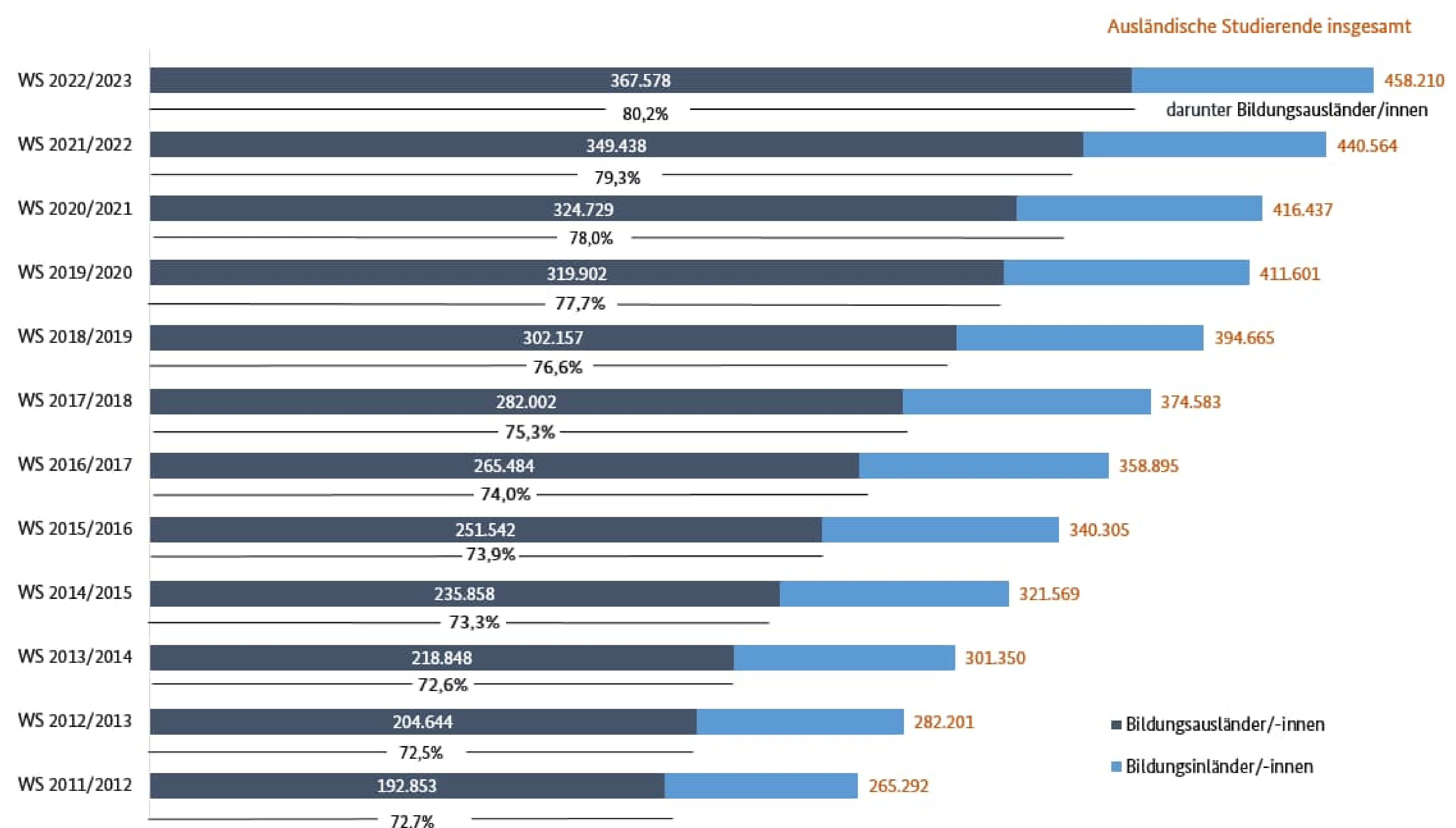
Quelle: Ausländerzentralregister, eigene Berechnungen BAMF

Entwicklung der Zahl ausländischer Studierender in der Hochschulstatistik

Vom Wintersemester 2010/2011 bis zum Wintersemester 2022/2023 verdoppelte sich die Zahl der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an deutschen Hochschulen von 184.960 auf 367.578 Personen nahezu (+98,7 %). Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit insgesamt von 252.032 um 81,8 % auf 458.210 an (vgl. Abbildung 3-28 und Tabelle 3-31 im Anhang). Der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an allen Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit lag im Wintersemester 2001/2002 noch bei etwa zwei Dritteln und stieg seitdem auf etwa vier Fünftel an, im Wintersemester 2022/2023 lag er bei 80,2 %.⁴⁸ Hauptherkunftsland der im Wintersemester 2022/2023 eingeschriebenen Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer war Indien (42.578), vor China (38.743), Syrien (15.563) und Österreich (14.762).

⁴⁸ Als Zielland für ausländische Studierende nahm Deutschland im Jahr 2021 weltweit gesehen gemeinsam mit Australien den 3. Rang ein. Von allen Studierenden, die im Ausland studieren, waren rund 6 % an deutschen Hochschulen eingeschrieben. Nur die Vereinigten Staaten (13 %) und das Vereinigte Königreich (9 %) wiesen höhere Anteile auf, vgl. OECD 2023, S. 273.

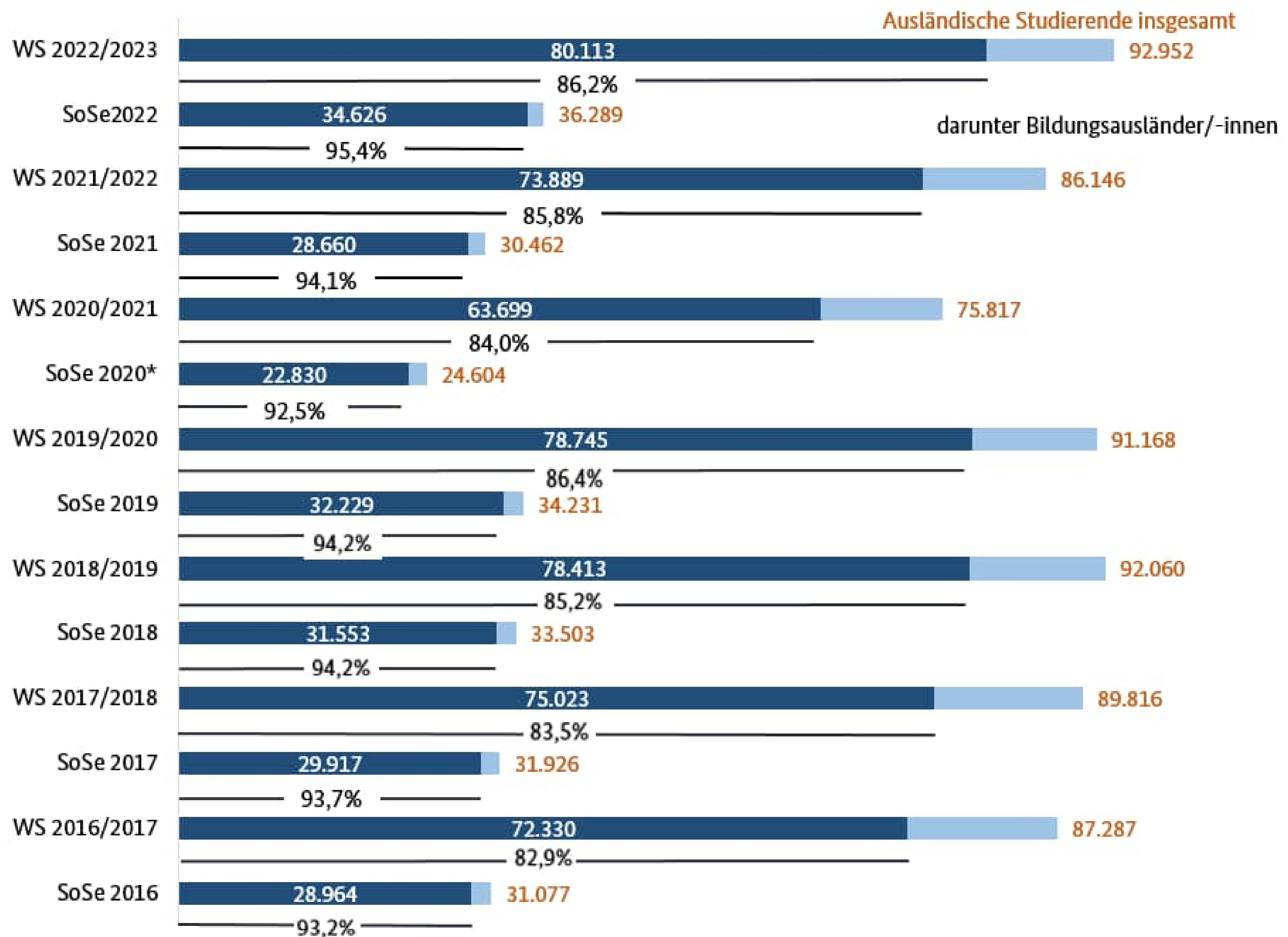
Abbildung 3-28: Ausländische Studierende an deutschen Hochschulen seit dem Wintersemester 2011/2012



Quelle: Statistisches Bundesamt

Im Vergleich zum Wintersemester 2021/2022 stieg die Anzahl der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an deutschen Hochschulen im Wintersemester 2022/23 um 5,2 %. Dabei handelt es sich zum Teil auch um ausländische Studierende, die nur für ein vorübergehendes Teilstudium nach Deutschland kommen (sogenannte Auslandssemester). In der Hochschulstatistik werden diese ausländischen Studierenden als Studierende im ersten Hochschulsemester erfasst und nicht anhand der bereits absolvierten Hochschulsemester zugeordnet.

Abbildung 3-29: Ausländische Studierende im ersten Hochschulsemester an deutschen Hochschulen seit dem Sommersemester 2016

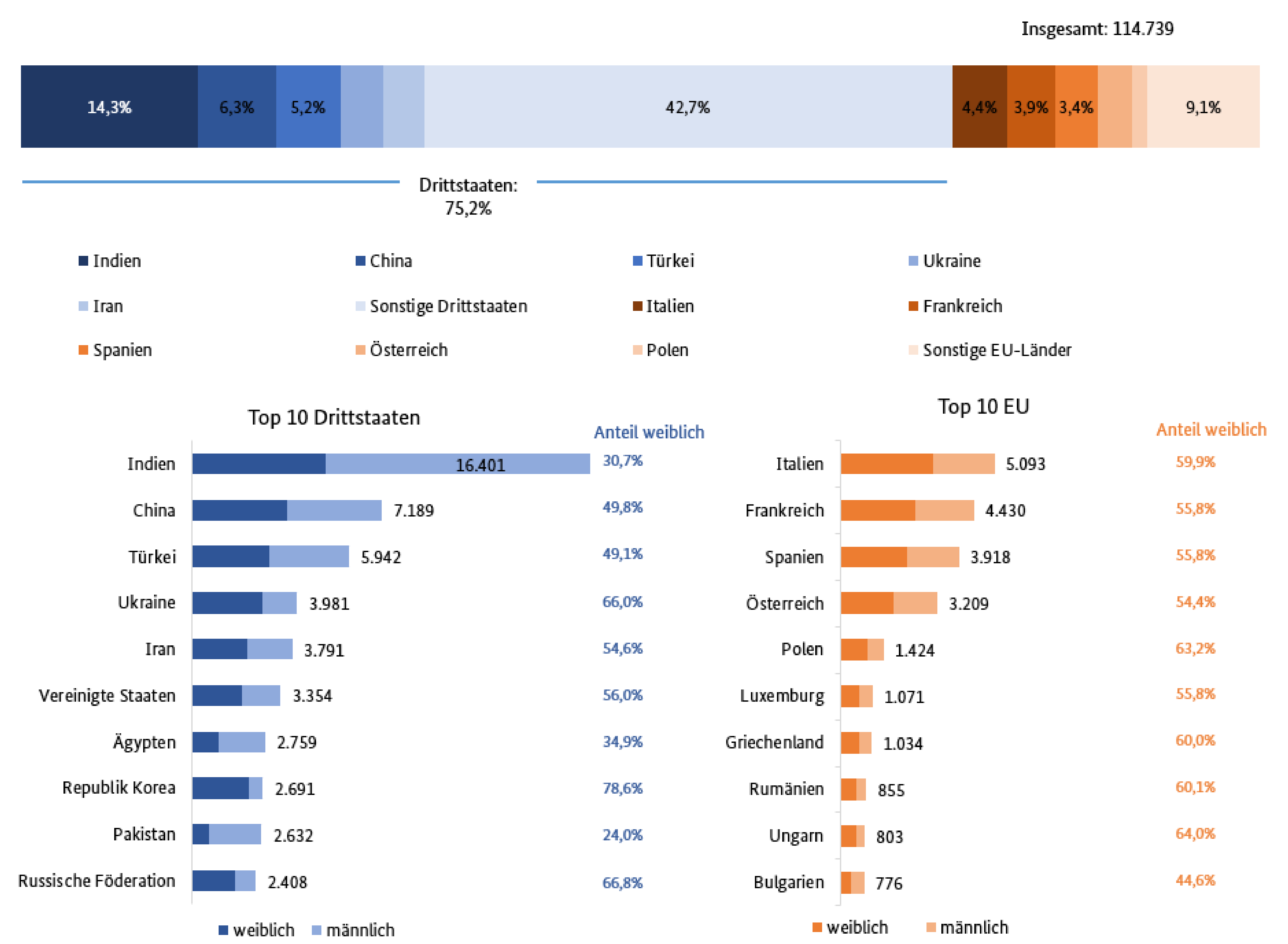


*) Differenz beim Sommersemester 2020 gegenüber früheren Veröffentlichungen aufgrund Neulieferung der Daten von Schleswig-Holstein.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an den ausländischen Studierenden, die im Wintersemester 2022/2023 ein Studium an einer deutschen Hochschule aufgenommen haben (86,2 %), ist höher als ihr Anteil an allen immatrikulierten ausländischen Studierenden (80,2 %) (vgl. Abbildung 3-29 und Tabelle 3-32 im Anhang zusammen mit Abbildung 3-28 und Abbildung 3-31 im Anhang). Insgesamt waren 88,8 % aller Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die im Jahr 2022 (Sommersemester 2022 und Wintersemester 2022/2023) ihr Studium an einer deutschen Hochschule begonnen haben, Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer. Knapp die Hälfte dieser Studierenden war weiblich (48,7 %). Ein überproportional hoher Frauenanteil war insbesondere bei Staatsangehörigen aus der Republik Korea (78,6 %) sowie aus der Russischen Föderation (66,8 %) und der Ukraine (66,0 %) festzustellen. Durch einen geringen weiblichen Anteil zeichnen sich vor allem Studierende aus Pakistan (24,0 %), Bangladesch (30,6 %) und Indien (30,7 %) aus (vgl. Abbildung 3-30 und Tabelle 3-33 sowie Tabelle 3-34 im Anhang). Insgesamt ist die Zahl der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer, die 2022 ihr Studium an einer deutschen Hochschule begonnen haben, gegenüber 2021 um 11,9 % von 102.549 auf 114.739 gestiegen (vgl. Tabelle 3-33, Tabelle 3-34 und Tabelle 3-35 im Anhang).

Abbildung 3-30: Bildungskinderinnen und Bildungskinder im ersten Hochschulsemester nach den hufgigen Staatsangehorigkeiten (Sommersemester 2022 und Wintersemester 2022/2023)



Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

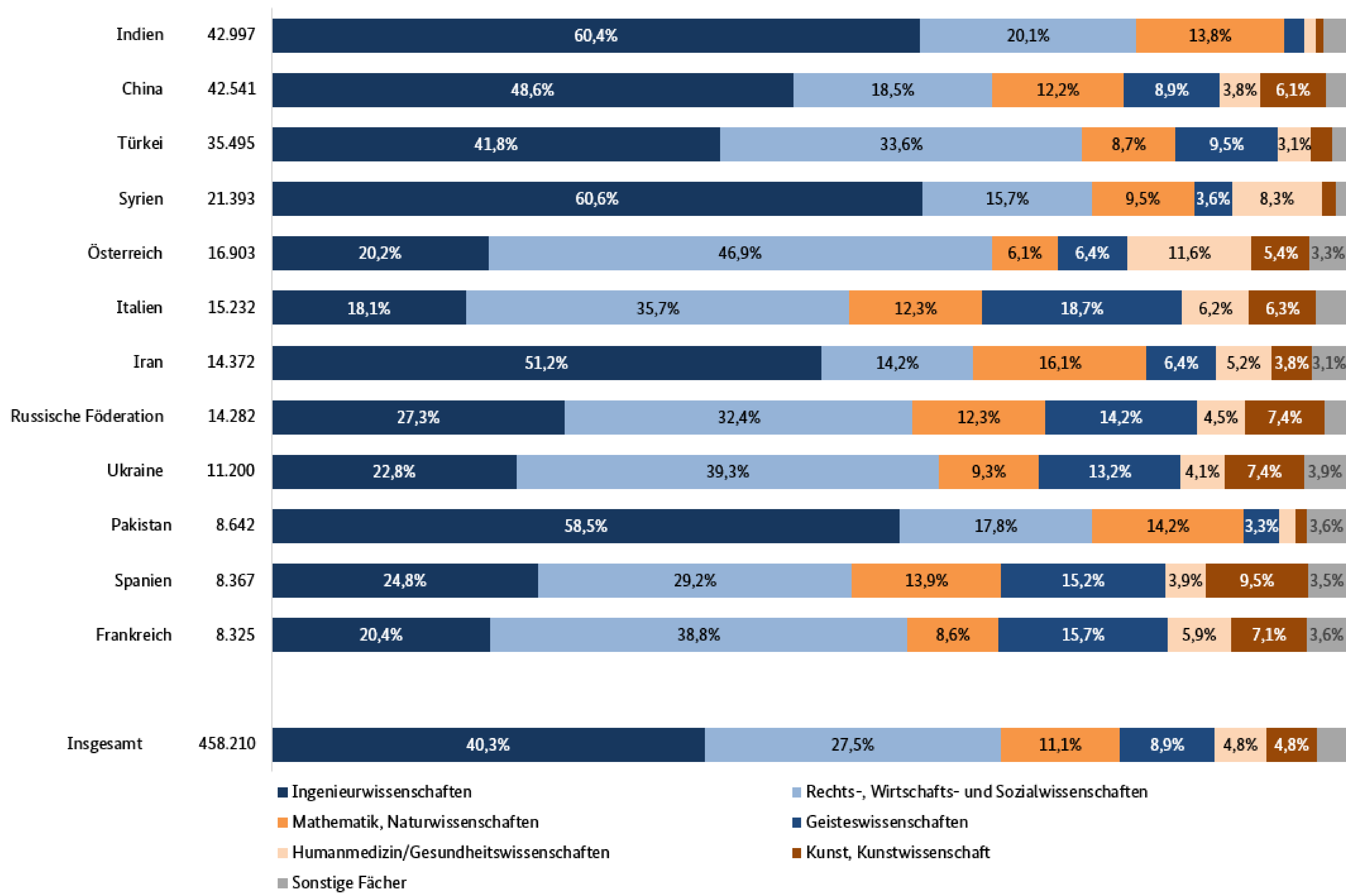
Quelle: Statistisches Bundesamt

Die größte Gruppe der Bildungskinderinnen und Bildungskinder, die im Jahr 2022 ihr Studium an einer deutschen Hochschule begonnen haben, waren zum dritten Mal in Folge Studierende mit indischer Staatsangehörigkeit (16.401 bzw. 14,3 %) und nicht – wie in den Jahren 2007 bis 2019 – Studierende aus China, welche die zweitstärkste Gruppe stellten (7.189 bzw. 6,3 %). Die größte Gruppe von Bildungskinderinnen und Bildungskindern aus EU-Staaten kommt aus Italien, sie liegt mit 5.093 Studierenden bzw. 4,4 % auf dem 4. Platz. Nachdem Studierende aus Drittstaaten im Jahr 2020 nur 2 der 5 größten Gruppen darstellten, belegte wie im Jahr 2021 nunmehr neben Indien und China auch die Türkei (5.942 bzw. 5,2 %) den dritten Platz im Jahr 2022. Frankreich (4.430 bzw. 3,9 %) rangierte als einziger EU-Staat neben Italien unter den Top 5.

Zu den weiteren Hauptherkunftsländern der Bildungskinderinnen und Bildungskinder im Jahr 2022 zählte erstmals auch die Ukraine mit 3.981 Studierenden (3,5 %), was im Vergleich zum Jahr 2021 fast einer Verdreifachung (2021: 1.362) entspricht. Des Weiteren folgen Spanien (3.918 bzw. 3,4 %), der Iran (3.791 bzw. 3,3 %) und die Vereinigten Staaten von Amerika (3.354 bzw. 2,9 %). Weitere quantitativ relevante Staatsangehörigkeiten mit Fallzahlen über 2.000 waren Österreich, Ägypten, die Republik Korea, Pakistan und die Russische Föderation (vgl. Abbildung 3-30). Insgesamt kamen im Jahr 2022 75,2 % der Bildungskinderinnen und Bildungskinder, die ein Studium in Deutschland aufgenommen haben, aus

einem Nicht-EU-Staat und 24,8 % aus der EU. Gegenüber dem Vorjahr kann ein leichter Anstieg bei Studierenden aus Drittstaaten beobachtet werden (2021: 72,4 %).

Abbildung 3-31: Ausländische Studierende nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Fächergruppen im Wintersemester 2022/2023



Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

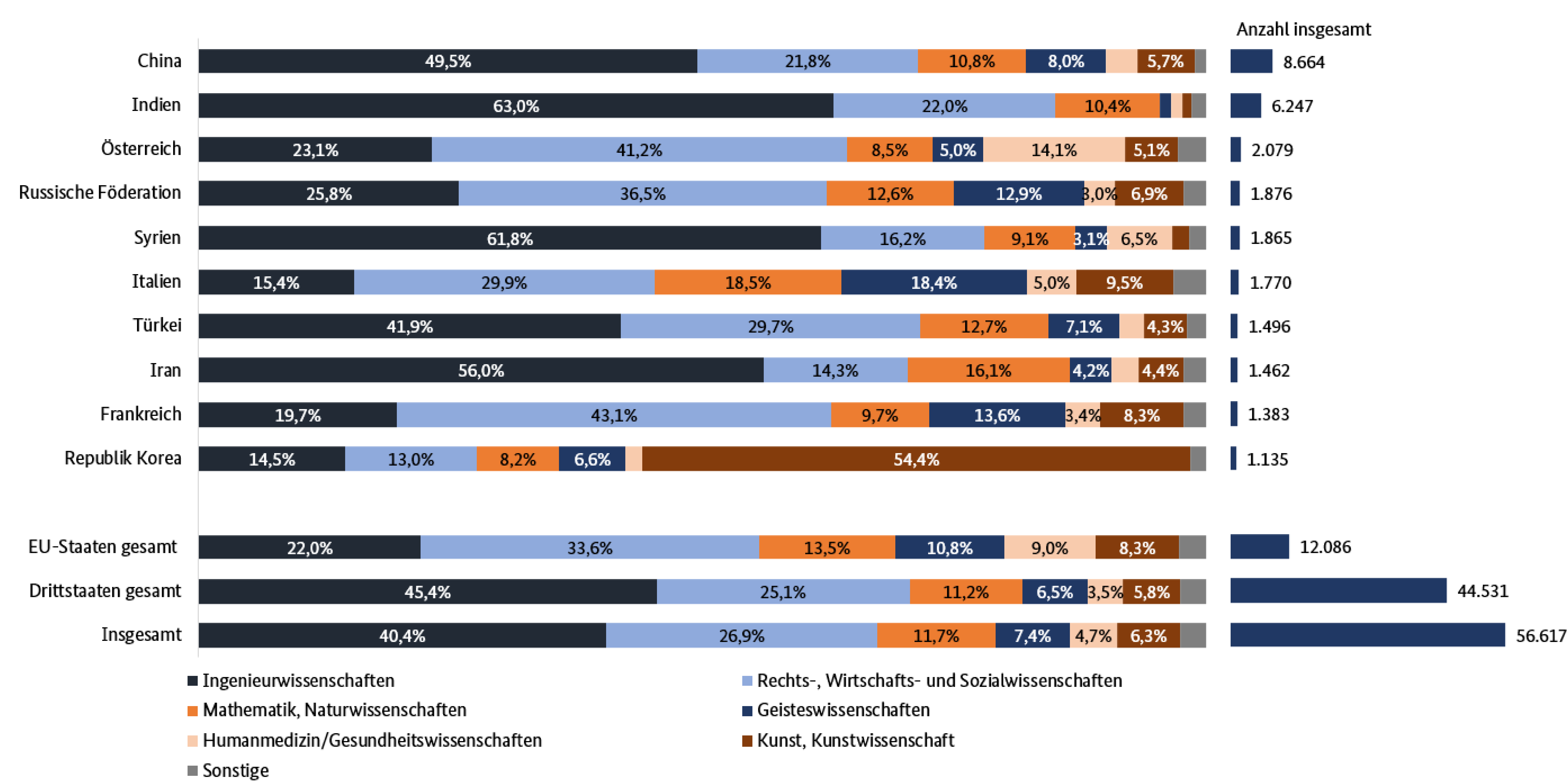
Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Verteilung der ausländischen Studierenden auf die einzelnen Fächergruppen unterscheidet sich zum Teil deutlich nach Herkunftsländern. So belegten im Wintersemester 2022/2023 74,2 % der Studierenden aus Indien, 72,7 % derer aus Pakistan und 70,1 % der Studierenden aus Syrien ingenieurwissenschaftliche und mathematische bzw. naturwissenschaftliche Fächer (vgl. Abbildung 3-31 und Tabelle 3-36 im Anhang). Bei Studierenden aus Österreich (46,9 %), der Ukraine (39,3 %) und Frankreich (38,8 %) standen hingegen die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an erster Stelle.

3.3.3 Ausländische Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen

Seit Ende der 1990er-Jahre hat sich die Zahl der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer⁴⁹, die einen Hochschulabschluss in Deutschland erworben haben, mehr als versechsfacht. Während 1999 insgesamt 8.306 Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer einen Hochschulabschluss in Deutschland erworben hatten, waren es im Jahr 2022 bereits 56.617. Im Vergleich zum Vorjahr (53.570) bedeutet dies eine Zunahme um 5,7 %. Die Geschlechterverteilung ist nahezu ausgeglichen, im Jahr 2022 erwarben 26.307 Frauen mit ausländischer Hochschulzugangsberechtigung einen Hochschulabschluss (46,5 %).

Abbildung 3-32: Ausländische Absolventinnen und Absolventen¹ nach Fächergruppe und den häufigsten Herkunftsländern 2022



Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.
1) Mit ausländischer Hochschulzugangsberechtigung.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Die größte Gruppe der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer, die im Jahr 2022 in Deutschland einen Hochschulabschluss erworben haben, stellten Staatsangehörige aus China (8.664) dar, vor Indien (6.247), Österreich (2.079) und der Russischen Föderation (1.876) (vgl. Abbildung 3-32 und Abbildung 3-36 im Anhang). Aus den EU-Staaten stammten insgesamt 12.086 und aus Drittstaaten 44.531 Absolventinnen und Absolventen. Deren Anteil an allen ausländischen Absolventinnen und Absolventen betrug im Jahr 2022 somit 78,7 % und liegt damit leicht über dem Niveau des Vorjahres (2021: 77,5 %). Während Studierende aus Drittstaaten größtenteils einen Abschluss in Ingenieurwissenschaften, Mathematik oder Naturwissenschaften erwarben (56,6 %), liegt der entsprechende Anteil bei EU-Staatsangehörigen nur bei 35,5 %. Diese waren dafür deutlich häufiger bei den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie den Geisteswissenschaften vertreten (zusammengenommen 44,4 %). Bei mehr als der Hälfte der

⁴⁹ In Kapitel 3.3.2 beziehen sich die Begriffe „Absolventinnen und Absolventen“ auf Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer, da diese den Großteil aller ausländischen Absolventinnen und Absolventen stellen und im Rahmen des Migrationsberichtes der Fokus auf den nach Deutschland zugewanderten Personen liegt. Angaben zu ausländischen Absolventinnen und Absolventen insgesamt befinden sich in Tabelle 3-37 im Anhang.

Studierenden aus der Republik Korea (54,4 %), die einen Hochschulabschluss im Jahr 2022 erworben haben, erfolgte dies in Kunst bzw. Kunstwissenschaft.

Nach § 20 Abs. 3 Nr. 1 AufenthG wird Personen aus Drittstaaten, die im Bundesgebiet ein Studium absolviert haben, eine Aufenthaltserlaubnis zur Suche nach einem Arbeitsplatz, zu dessen Ausübung die erworbene Qualifikation befähigt, für bis zu 18 Monate im Anschluss an das Studium erteilt (vgl. auch Kapitel 3.2.9).⁵⁰ Während dieser Zeit dürfen sie uneingeschränkt arbeiten, um ihren Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit zu sichern. Zum 31. Dezember 2022 waren 10.405 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis zur Arbeitsplatzsuche nach einem Studium in Deutschland im AZR registriert (2021: 10.530 Personen; vgl. Tabelle 3-4). Etwas weniger als die Hälfte davon waren weiblich (44,1 %). 2.355 bzw. 22,6 % der Aufenthaltserlaubnisse zur Arbeitsplatzsuche nach dem Studium wurden an indische Staatsangehörige erteilt, 1.8001 an chinesische (17,3 %) und 385 an türkische (3,7 %) Absolventinnen und Absolventen (vgl. Tabelle 3-5). Durch einen überproportionalen weiblichen Anteil sind insbesondere die Gruppen aus der Russischen Föderation (75,3 %), der Republik Korea (65,7 %) und Vietnam (62,1 %) gekennzeichnet. Ein sehr geringer Frauenanteil von unter 25 % ist bei den Absolventinnen und Absolventen aus Pakistan, Nigeria und Indien festzustellen. Insgesamt spiegelt sich hier in etwa der jeweilige Frauenanteil an den Studierenden der einzelnen Nationalitäten wider (vgl. auch Abbildung 3-30).

Sobald die entsprechenden Personen einen Arbeitsplatz, zu deren Ausübung ihre Qualifikation befähigt, gefunden haben, kann ihnen eine Aufenthaltserlaubnis nach den Bestimmungen der §§ 18a, 18b, 18d, 19c oder 21 AufenthG erteilt werden, wenn die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen.

⁵⁰ Bis zum Inkrafttreten des Gesetzes zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie der Europäischen Union (HQRUMsG) zum 1. August 2012 konnte die Aufenthaltserlaubnis bei erfolgreichen Studienabsolventinnen und Studienabsolventen zur Suche eines dem Abschluss angemessenen Arbeitsplatzes für 12 Monate verlängert werden. Während dieser Zeit galt eine Beschränkung der Arbeitstage auf maximal 90 Tage im Jahr.

Tabelle 3-5: Bestehende Aufenthaltserlaubnisse für die Arbeitsplatzsuche nach abgeschlossenem Studium¹ nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten (Stand 31. Dezember 2022)

Staatsangehörigkeit	Insgesamt	Darunter: weiblich	
		Absolut	in %
Indien	2.355	580	24,6%
China	1.800	1005	55,8%
Türkei	385	190	48,6%
Russische Föderation	370	280	75,3%
Iran	300	145	48,2%
Pakistan	295	60	20,5%
Vereinigte Staaten	260	145	55,9%
Nigeria	245	55	22,6%
Republik Korea	240	155	65,7%
Ägypten	220	70	31,2%
Kolumbien	205	100	49,5%
Indonesien	205	100	49,3%
Vietnam	205	125	62,1%
Bangladesch	185	50	25,7%
Mexico	185	90	48,1%
Sonstige Staatsangehörigkeiten	2.955	1.440	48,7%
Insgesamt	10.405	4.585	44,1%

1) Nach § 20 Abs. 3 Nr. 1 AufenthG bzw. § 16 Abs. 5 AufenthG alt.

Quelle: Ausländerzentralregister

3.3.4 Berufsausbildung

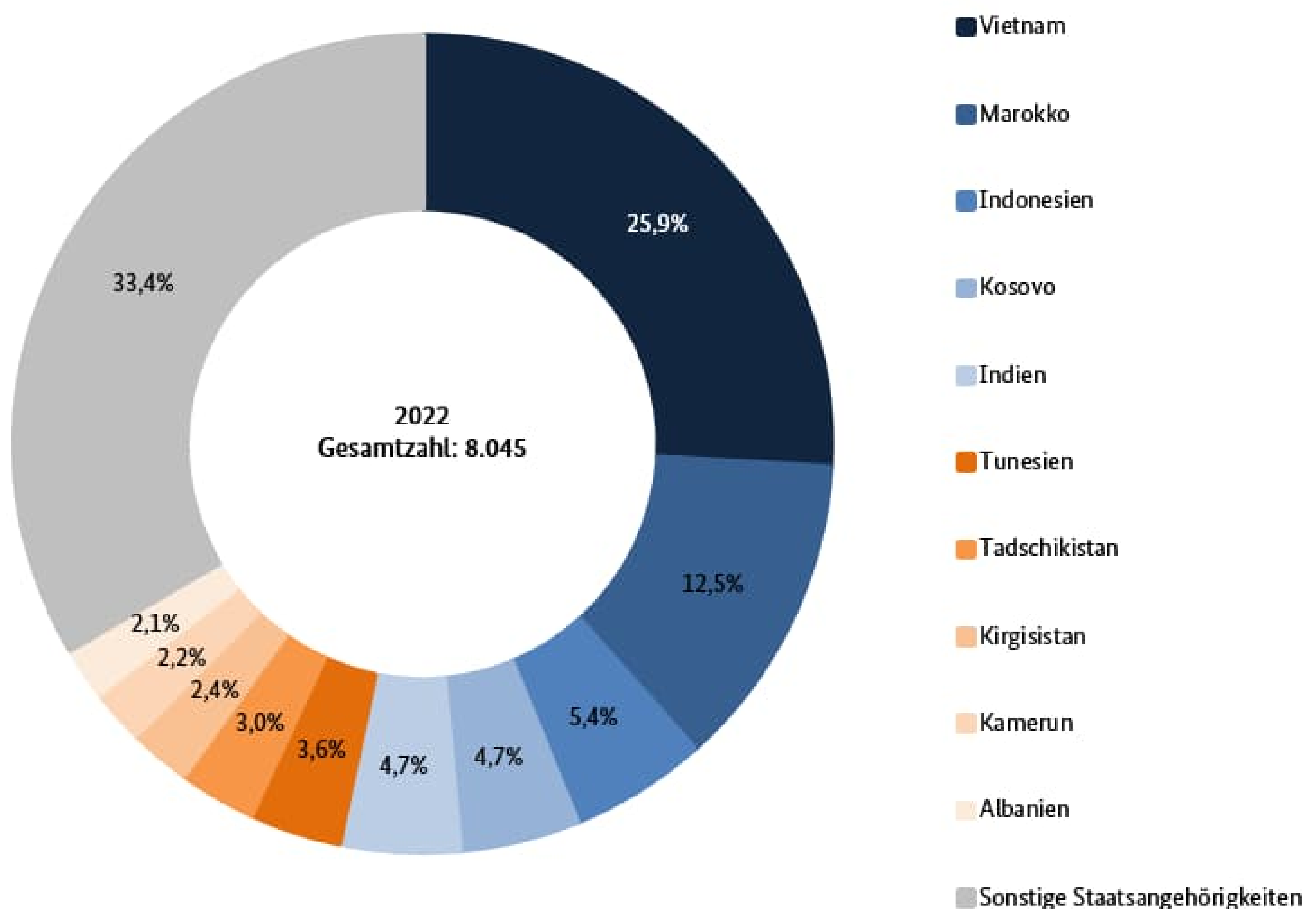
Drittstaatsangehörigen kann nach § 16a Abs. 1 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis für eine betriebliche Aus- und Weiterbildung erteilt werden. Die Erteilung ist von der Zustimmung der BA abhängig (§ 16a Abs. 1 S. 1 AufenthG i. V. m. § 8 Abs. 1 BeschV), soweit die Aus- und Weiterbildung nicht durch die BeschV oder durch eine zwischenstaatliche Vereinbarung zustimmungsfrei ist (§ 16a Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 1 BeschV).⁵¹ Zum Zweck einer schulischen Berufsausbildung kann eine Aufenthaltserlaubnis nach § 16a Abs. 2 AufenthG erteilt werden. Während einer qualifizierten Berufsausbildung dürfen die betreffenden Personen einer von der Berufsausbildung unabhängigen Beschäftigung von bis zu 10 Stunden pro Woche nachgehen (§ 16a Abs. 3 AufenthG). Nach einem erfolgreichen Abschluss einer qualifizierten Berufsausbildung kann ein Aufenthaltstitel bis zu einem Jahr zur Suche eines Arbeitsplatzes, zu dessen Ausübung die erworbene Qualifikation befähigt, erteilt werden, sofern er nach den Bestimmungen der §§ 18a, 18b, 18d, 19c und 21 AufenthG von ausländischen Personen besetzt werden darf (§ 20 Abs. 3 Nr. 3 AufenthG).

⁵¹ Die Zustimmung der BA setzt unter anderem voraus, dass bei Ausbildungen keine inländischen Ausbildungssuchenden zur Verfügung stehen und sich bei den betrieblichen Weiterbildungen keine nachteiligen Auswirkungen auf die Beschäftigungsmöglichkeiten inländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ergeben (§ 39 Abs. 2 AufenthG). Eine zwischenstaatliche Vereinbarung im Sinne des § 16a AufenthG wurde bislang nicht abgeschlossen.

Ausländische Staatsangehörige sind während dieses Zeitraums zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt.

Im Jahr 2022 sind 8.045 Drittstaatsangehörige zu betrieblichen oder schulischen Aus- und Weiterbildungen nach Deutschland eingereist. Dies ist ein Anstieg um 48,4 % im Vergleich zum Vorjahr (2021: 5.420 Personen). Über ein Viertel davon sind vietnamesische Staatsangehörige, 12,5 % stammten aus Marokko und 5,4 % aus Indonesien. Weitere Hauptherkunftsländer im Jahr 2022 waren Kosovo und Indien (jeweils 4,7 %) und Tunesien (3,6 %). Der Anteil von weiblichen Drittstaatsangehörigen betrug 47,3 %. Dieser Anteil war besonders hoch bei Staatsangehörigen aus Kamerun (60,0 %), Vietnam (57,6 %) und Indien (52,6 %), bei Tadschikistan lag er hingegen knapp unter 15 % (vgl. Tabelle 3-38 im Anhang und Abbildung 3-33). Der Anteil von betrieblichen Aus- und Weiterbildungen liegt bei 97,7 %.

Abbildung 3-33: Zum Zweck einer Berufsausbildung eingereiste Drittstaatsangehörige nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2022



Quelle: Ausländerzentralregister, eigene Berechnungen BAMF

3.3.5 Anerkennungsmaßnahmen

Nach § 16d AufenthG kann eine Aufenthaltserlaubnis für die Anerkennung einer im Ausland erworbenen Berufsqualifikation erteilt werden. Dieser Aufenthaltstitel dient der Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen, die geeignet sind, fachliche, praktische und/oder sprachliche Unterschiede, die der Anerkennung des ausländischen Berufsabschlusses als gleichwertig bzw. der Gewährung des Berufszugangs entgegenstehen, auszugleichen. Dadurch soll die Zuwanderung von Fachkräften, insbesondere auch in Ausbildungsberufen, erleichtert werden. Eine Beschäftigung neben der Qualifizierungsmaßnahme ist nach § 16d AufenthG grundsätzlich möglich und kann zur Sicherung des Lebensunterhaltes beitragen.

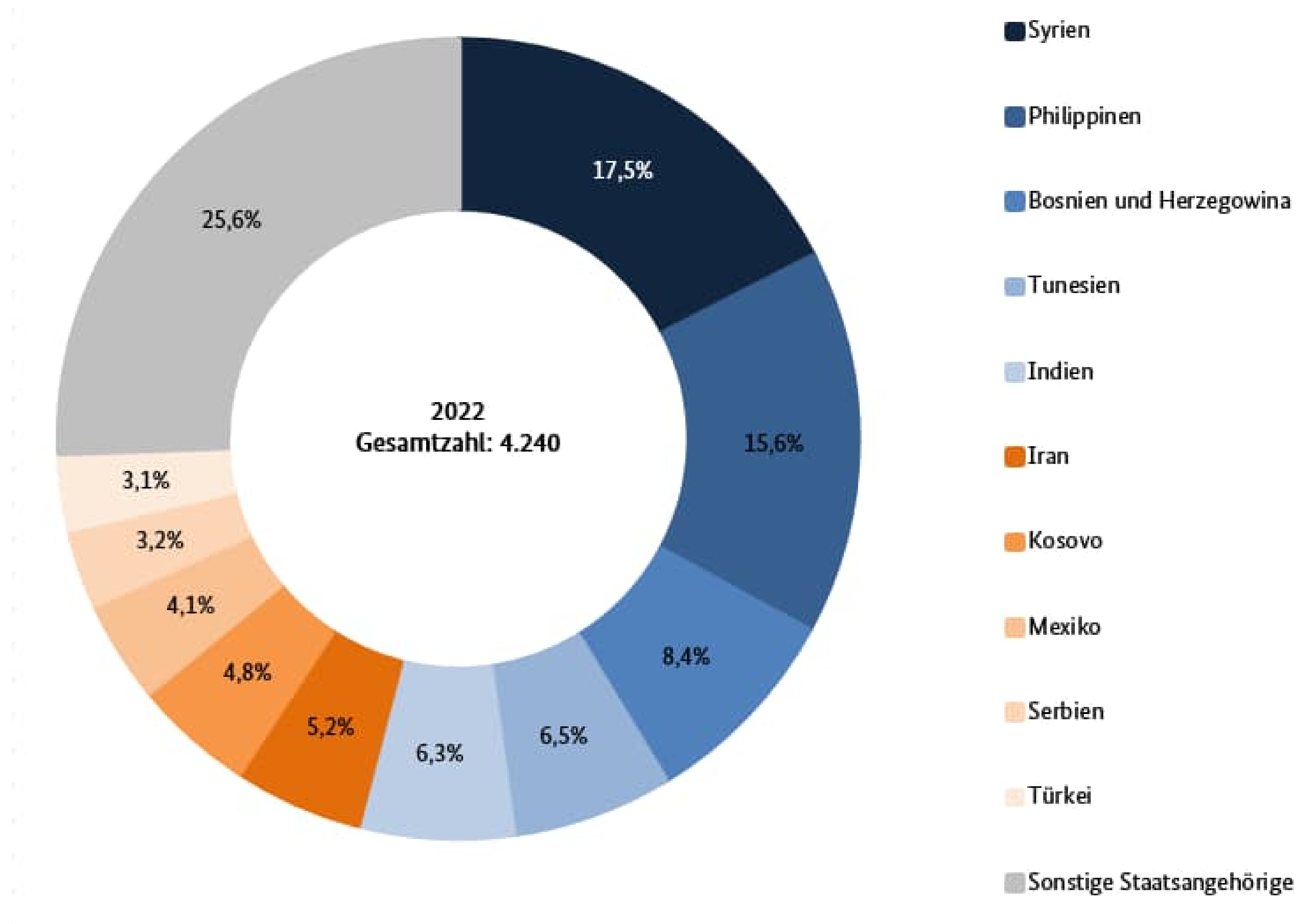
Auf Basis von Vermittlungsabsprachen zwischen der BA und der Arbeitsverwaltung des Herkunftslandes können Personen nach § 16d Abs. 4 AufenthG, die bereits einen ausländischen Berufsabschluss besitzen, das Anerkennungsverfahren erst nach ihrer Einreise in Deutschland einleiten. Normalerweise geschieht dies im Vorfeld des Visaprozesses. Neben weiteren Erleichterungen für Aufenthaltserlaubnisse zur Anerkennung ermöglicht das Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung ab März 2024 im Rahmen einer Anerkennungspatenschaft nun auch ohne Vermittlungsabsprachen, dass das Anerkennungsverfahren erst nach der Einreise eingeleitet wird. Dazu ist neben weiteren Voraussetzungen eine Verpflichtung des Arbeitgebers und der angehenden Fachkraft nötig, nach der Einreise die Anerkennung zu beantragen.

Sofern für eine qualifizierte Beschäftigung die Feststellung der Gleichwertigkeit eines im Ausland erworbenen Berufsabschlusses oder bei einem im Inland reglementierten Beruf die Befugnis zur Berufsausübung notwendig ist und hierfür eine vorherige befristete praktische Tätigkeit im Inland erforderlich ist, kann mit Zustimmung der BA auch ein Aufenthaltstitel nach § 19c Abs. 1 AufenthG zur Ausübung einer befristeten Beschäftigung erteilt werden. Die Zustimmung der BA wird ohne Vorrangprüfung erteilt (§ 8 Abs. 3 BeschV).

Im Jahr 2022 sind nach § 16d AufenthG 4.240 Drittstaatsangehörige nach Deutschland eingereist, eine deutliche Steigerung gegenüber 2021 mit 3.260 Einreisen (+30,1 %).⁵² Die 3 größten Gruppen sind Staatsangehörige aus Syrien (17,5 % bzw. 740 Personen), den Philippinen (15,6 % bzw. 660 Personen), und Bosnien und Herzegowina (8,4 % bzw. 355 Personen). Der Anteil von weiblichen Drittstaatsangehörigen betrug 56,0 %, jedoch sind diese Anteile in den einzelnen Hauptherkunftsländern sehr unterschiedlich und reichen von 29,1 % für syrische bis zu 88,7 % für indische Staatsangehörige (vgl. Abbildung 3-35 und Tabelle 3-39 im Anhang).

⁵² Für die in diesem Kapitel enthaltenen Daten wurde das Ausländerzentralregister zum Abfragezeitpunkt 31. März 2023 ausgewertet. Daher sind auch Drittstaatsangehörige enthalten, die noch im Jahr 2022 eingereist sind, aber erst im 1. Quartal 2022 im AZR registriert wurden. In der BAMF-Publikation „Monitoring zur Bildungs- und Erwerbsmigration: Erteilung von Aufenthaltstiteln an Drittstaatsangehörige – Jahresbericht 2022“ (Graf 2023a) steht dagegen der Zeitpunkt der Erteilung des Aufenthaltstitels im Vordergrund, weswegen die Fälle, in denen die Betroffenen im Jahr 2022 eingereist sind, aber erst im 1. Quartal 2023 eine Aufenthaltserlaubnis erhalten haben, dort nicht berücksichtigt werden. Die Daten sind somit aufgrund der unterschiedlichen Auswertungssystematiken nicht vergleichbar.

Abbildung 3-34: Für Anerkennungsmaßnahmen eingereiste Drittstaatsangehörige nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2022

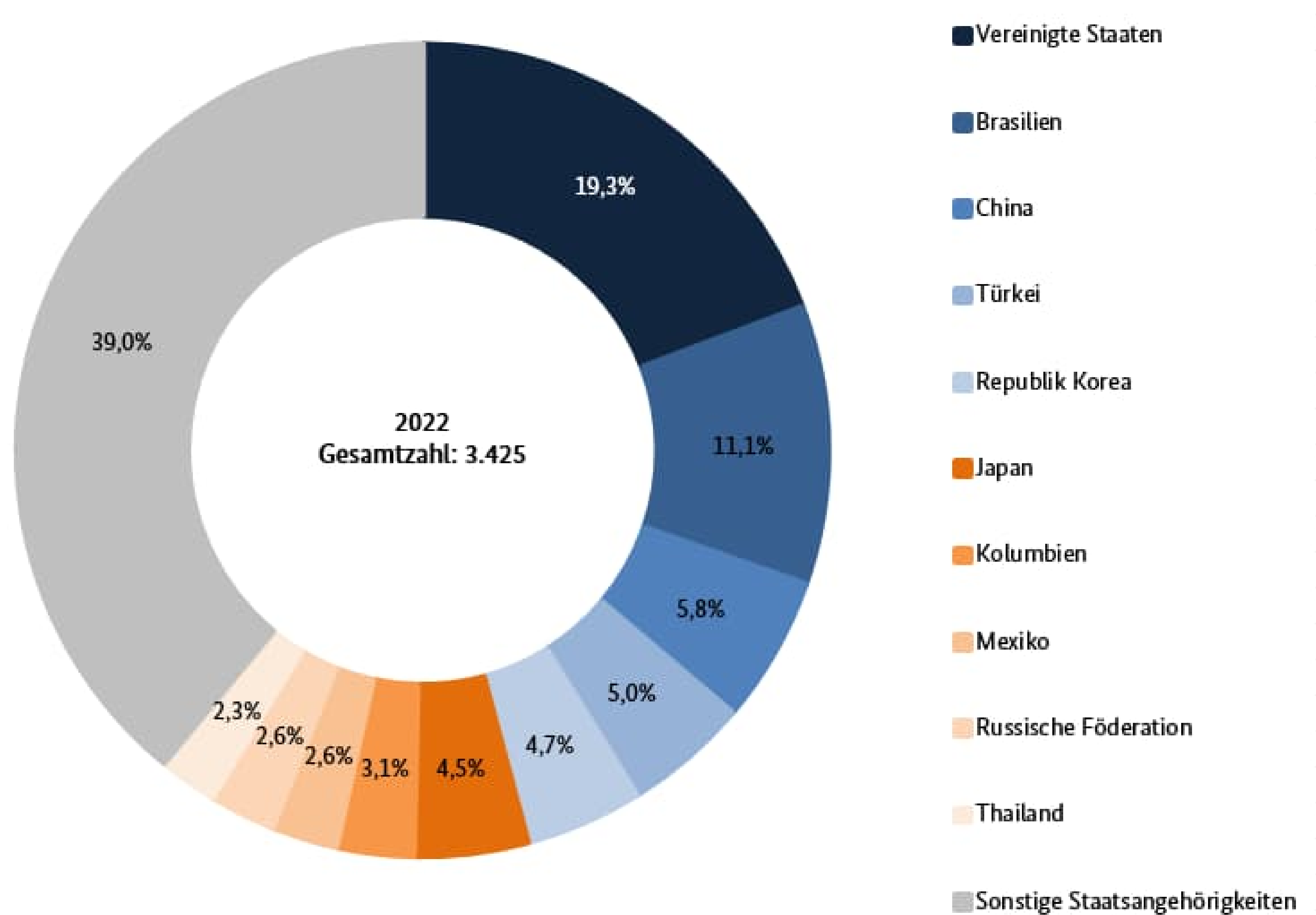


Quelle: Ausländerzentralregister, eigene Berechnungen BAMF

3.3.6 Sonstige Ausbildungszwecke

Das Aufenthaltsrecht bietet weitere Möglichkeiten, zu sonstigen Bildungszwecken einzureisen. Darunter fallen studienbezogene Praktika EU (§ 16e AufenthG), Sprachkurse und Schulbesuche (§ 16f AufenthG) sowie zur Suche eines Ausbildungs- oder Studienplatzes (§ 17 AufenthG). Insgesamt wurden dafür im Jahr 2022 3.425 Aufenthaltstitel an Drittstaatsangehörige vergeben. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Anzahl um 38,4 % (2021: 2.475). Bei 94,3 % (bzw. 3.230 Personen) handelt es sich um Aufenthaltserlaubnisse für Sprachkurse und Schulbesuche nach § 16f AufenthG. In 19,3 % der Fälle betrifft dies Staatsangehörige der Vereinigten Staaten, 11,1 % sind brasilianische Staatsangehörige. Der Anteil an Frauen liegt insgesamt bei 50,7 %, bei Brasilien, Kolumbien und Thailand sogar über 60 % (vgl. Abbildung 3-35 und Tabelle 3-40 im Anhang).

Abbildung 3-35: Für sonstige Ausbildungszwecke eingereiste Drittstaatsangehörige nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2022



Quelle: Ausländerzentralregister, eigene Berechnungen BAMF

3.4 Flucht und humanitäre Aufnahmen

3.4.1 Flucht und Asyl

3.4.1.1 Schutzformen im Asylverfahren

Es gibt verschiedene rechtliche Grundlagen für die Schutzformen im Asylverfahren. Diese werden im Folgenden dargestellt. Die Schutzformen haben unterschiedliche Voraussetzungen und damit verbundene Rechte. Für die Durchführung des Asylverfahrens ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zuständig. Es prüft in jedem Einzelfall, ob einem Schutzsuchenden eine der Schutzformen zusteht.

Nach Artikel 16a Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) haben politisch Verfolgte das Grundrecht auf Asyl. Damit ist in Deutschland das Asylrecht als individueller Rechtsanspruch mit Verfassungsrang ausgestaltet. Neben dem Grundrecht auf Asyl nach Art. 16a Abs. 1 GG gibt es nach dem Asylgesetz (AsylG) und dem Aufenthaltsgesetz (AufenthG) (auf Grundlage der Vorschriften der Qualifikationsrichtlinie 2011/95/EU)⁵³ 3 weitere Schutzformen: den Flüchtlingsschutz (§ 3 Abs. 1 AsylG) auf Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) und den subsidiären Schutz (§ 4 Abs. 1 AsylG). Der Begriff Flüchtling wird zwar oft als Synonym für geflüchtete Menschen genutzt, im Verständnis des Asylrechts umfasst er jedoch ausschließlich anerkannte Flüchtlinge nach der GFK (siehe auch § 3 Abs. 1 AsylG) bzw. Asylberechtigte nach § 2 Abs. 1 AsylG. Wenn die bisher genannten Schutzformen nicht greifen, kann bei Vorliegen bestimmter Gründe ein nationales Abschiebungsverbot festgestellt werden (§ 24 Abs. 2 AsylG i. V. m. § 60 Abs. 5 oder 7 AufenthG).

Bei einer ablehnenden Entscheidung des BAMF stehen Betroffenen Rechtsmittel zur Verfügung, mit denen sie die Entscheidung des BAMF verwaltungsgerichtlich überprüfen lassen können.

Infobox: Die Schutzformen im Asylverfahren im Überblick

Art. 16a GG und § 3 Abs. 1 AsylG	Asylberechtigung und Flüchtlingsschutz Das Grundrecht auf Asyl nach Artikel 16a GG gilt für politisch Verfolgte. Asylberechtigt ist eine Person, die eine an asylerbhebliche Merkmale anknüpfende staatliche Verfolgung erlitten hat bzw. der eine solche nach einer Rückkehr in das Herkunftsland konkret droht. Dem Staat stehen dabei solche staatsähnlichen Organisationen gleich, die den jeweiligen Staat verdrängt haben oder denen dieser das Feld überlassen hat und die ihn daher insoweit ersetzen (staatliche, mittelbar staatliche oder quasi-staatliche Verfolgung). Der Flüchtlingsschutz nach § 3 Abs. 1 AsylG hat einen weiteren Anwendungsbereich als die Asylberechtigung und greift auch bei der Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure. Zur Begriffsbestimmung der politischen Verfolgung wird auf die in Art. 1 A Nr. 2 definierten Merkmale der GFK zurückgegriffen.
§ 4 Abs. 1 AsylG	Subsidiärer Schutz Der subsidiäre Schutz greift, wenn im Herkunftsland ernsthafter Schaden droht. Ein ernsthafter Schaden kann sowohl von staatlichen als auch von nichtstaatlichen Akteuren ausgehen. Als solcher gilt: die Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe, Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung oder eine ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts.
§ 60 Abs. 5 oder 7 AufenthG	Nationale Abschiebungsverbote Wenn die drei bislang genannten Schutzformen – Asylberechtigung, Flüchtlingsschutz, subsidiärer Schutz – nicht greifen, kann bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen ein Abschiebungsverbot festgestellt werden. Eine schutzsuchende Person darf nicht rückgeführt werden, wenn die Rückführung in den Zielstaat eine Verletzung der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) darstellt, oder dort eine erhebliche konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit besteht.

Quelle: Eigene Darstellung BAMF

⁵³ Die Qualifikationsrichtlinie vom 13. Dezember 2011 legt Normen für die Anerkennung als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz – also die Flüchtlingseigenschaft im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention sowie den subsidiären Schutz – fest. Sie definiert damit, wer als Flüchtling bzw. schutzberechtigt gilt.

Asylberechtigung und Flüchtlingseigenschaft

Das Grundrecht auf Asyl nach Artikel 16a GG gilt für politisch Verfolgte. Zur Begriffsbestimmung der politischen Verfolgung wird dabei auf die Merkmale nach Art. 1 A Nr. 2 der GFK zurückgegriffen. Entscheidend für die Asylgewährung nach dem GG ist, ob eine Person wegen dieser Merkmale Verfolgungsmaßnahmen mit Gefahr für Leib und Leben oder Beschränkungen ihrer persönlichen Freiheit ausgesetzt war oder solche Verfolgungsmaßnahmen begründet befürchtet.

Nicht jede staatliche Einschränkung stellt eine asylrelevante Verfolgung dar. Es muss sich vielmehr einerseits um eine gezielte Rechtsgutverletzung handeln, andererseits muss sie darauf gerichtet sein, die Betroffenen aus der Gemeinschaft auszugrenzen. Schließlich muss es sich um eine Maßnahme handeln, die so schwerwiegend ist, dass sie die Menschenwürde verletzt und über das hinausgeht, was die Bewohnerinnen und Bewohner des jeweiligen Staates ansonsten allgemein hinzunehmen haben.

Berücksichtigt wird grundsätzlich nur staatliche Verfolgung, also Verfolgung, die dem Staat zugeordnet werden kann. Ausnahmen gelten, wenn die nichtstaatliche Verfolgung dem Staat zuzurechnen ist (quasi-staatliche Verfolgung). Notsituationen wie Armut, Bürgerkriege, Naturkatastrophen oder Perspektivlosigkeit sind damit als Gründe für eine Asylgewährung gemäß Artikel 16a GG grundsätzlich ausgeschlossen.

Der Flüchtlingsschutz umfasst über die Asylberechtigung hinaus auch den Schutz vor der Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure und knüpft ebenfalls an die in der GFK genannten Merkmale an. Dabei kann nach § 3c AsylG, in Umsetzung der Qualifikationsrichtlinie 2011/95/EU, eine Verfolgung durch den Staat oder durch staatsähnliche Akteure, etwa Parteien und Organisationen, die den Staat oder einen wesentlichen Teil des Staatsgebiets beherrschen (quasi-staatliche Verfolgung), ausgehen. Zudem kann die Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure erfolgen, sofern staatliche oder staatsähnliche Akteure (einschließlich internationaler Organisationen) erwiesenermaßen nicht in der Lage oder willens sind, Schutz vor der Verfolgung zu bieten. Eine Schutzgewährung erfolgt nur, wenn keine interne Schutzmöglichkeit besteht (§ 3e AsylG). Der Anwendungsbereich für die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft ist somit nach dem Unionsrecht teilweise weiter als beim Grundrecht auf Asyl nach dem GG.

Durch die am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Änderungen im Aufenthaltsrecht durch das Zuwanderungsgesetz wurde eine Angleichung des Aufenthaltsstatus von Asylberechtigten und GFK-Flüchtlingen vorgenommen (§ 25 Abs. 1 und Abs. 2 S. 1 Alt. 1 AufenthG). Sowohl asylberechtigte Personen als auch ausländische Staatsangehörige, denen die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt worden ist, erhalten hiernach eine (zunächst befristete) Aufenthaltserlaubnis. Die Aufenthaltserlaubnis für diese beiden Gruppen berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit. Seit dem Inkrafttreten der Änderungen im Aufenthaltsrecht durch das Integrationsgesetz am 6. August 2016 besteht unter bestimmten Voraussetzungen nach fünfjährigem Besitz (bis zum 5. August 2016: nach dreijährigem Besitz) einer Aufenthaltserlaubnis ein Anspruch auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis, sofern das BAMF nicht mitgeteilt hat, dass die Voraussetzungen für den Widerruf oder die Rücknahme der Anerkennung vorliegen (§ 26 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 1. Hs. AufenthG). Zudem müssen die Sicherung des Lebensunterhalts überwiegend gewährleistet sein und Deutschkenntnisse auf dem Sprachniveau A2 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER) vorliegen. Die Frist von 5 Jahren wird auf 3 Jahre verkürzt, wenn Sprachkenntnisse auf der Niveaustufe C1 des GER vorhanden sind und der Lebensunterhalt überwiegend gesichert ist (§ 26 Abs. 3 S. 3 AufenthG). Ist der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis eine Entscheidung des BAMF vorausgegangen, die im Jahr 2015, 2016 oder 2017 unanfechtbar geworden ist, muss das BAMF mitgeteilt haben, dass die

Voraussetzungen für den Widerruf oder die Rücknahme nicht vorliegen (§ 26 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 2. Hs. AufenthG).

Rechtliche Folgen: Asylberechtigung Art. 16a GG & Flüchtlingsschutz § 3 Abs. 1 AsylG	<ul style="list-style-type: none">• Aufenthaltserlaubnis für 3 Jahre• Eine Niederlassungserlaubnis kann bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen nach 5 Jahren erteilt werden (die Asylverfahrensdauer wird angerechnet), wobei sich dieser Zeitraum auf 3 Jahre verkürzt, wenn Sprachkenntnisse auf dem Niveau C 1 des GER vorliegen und der Lebensunterhalt überwiegend gesichert ist• Unbeschränkter Arbeitsmarktzugang• Privilegierter Familiennachzug bei Antrag auf Familiennachzug innerhalb von 3 Monaten nach Schutzanerkennung
--	---

Subsidiärer Schutz

Der subsidiäre Schutz greift, wenn weder Flüchtlingsschutz noch Asylberechtigung gewährt werden können und im Herkunftsland ernsthafter Schaden durch schwere Menschenrechtsverletzungen droht (§ 4 Abs. 1 AsylG). Dies ist der Fall, wenn z. B. die Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe, Folter, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung oder eine ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts droht. Der subsidiäre Schutz umfasst den Schutz vor staatlichen als auch von quasi-staatlichen bzw. nichtstaatlichen Akteuren (§ 3c AsylG i. V. m. § 4 Abs. 3 S. 1 AsylG). Schutz vor einem ernsthaften Schaden durch nichtstaatliche Akteure kann nur vom Staat oder quasi-staatlichen Akteuren (einschließlich internationaler Organisationen) geboten werden (§ 3d AsylG i. V. m. § 4 Abs. 3 S. 1 AsylG). Besteht interner Schutz, d. h. in einer Region des Herkunftslandes, die die Personen sicher und legal erreichen können, und ihnen ein Leben dort zugemutet werden kann, wird der subsidiäre Schutz nicht gewährt (§ 3e AsylG i. V. m. § 4 Abs. 3 S. 1 AsylG).

Subsidiär Schutzberechtigte nach § 4 Abs. 1 AsylG erhalten eine Aufenthaltserlaubnis gemäß § 25 Abs. 2 S. 1 Alt. 2 AufenthG. Die Aufenthaltserlaubnis wird für 1 Jahr, bei Verlängerung für 2 weitere Jahre erteilt (§ 26 Abs. 1 S. 3 AufenthG) und berechtigt ebenfalls zur Ausübung jeder Erwerbstätigkeit. Nach 5 Jahren kann gemäß § 26 Abs. 4 AufenthG eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden, sofern weitere Voraussetzungen, wie etwa die Sicherung des Lebensunterhalts und ausreichende deutsche Sprachkenntnisse, erfüllt sind. Zusätzlich müssen auch die Voraussetzungen des § 9 Abs. 2 S. 1 AufenthG erfüllt sein. Eine vorherige Prüfung durch das BAMF, ob der subsidiäre Schutz zu widerrufen oder zurückzunehmen ist, muss nicht erfolgen, ist aber bei Vorliegen entsprechender Anhaltspunkte gemäß § 73b AsylG möglich. Die Neufassung der Qualifikationsrichtlinie 2011/95/EU hat die Rechte von Flüchtlingen nach der GFK und subsidiär Schutzberechtigten aneinander angenähert.⁵⁴

Rechtliche Folgen: Subsidiärer Schutz § 4 Abs. 1 AsylG	<ul style="list-style-type: none">• Aufenthaltserlaubnis für 1 Jahr, bei Verlängerung: jeweils 2 weitere Jahre• Niederlassungserlaubnis nach 5 Jahren (die Asylverfahrensdauer wird angerechnet) möglich, wenn weitere Voraussetzungen, etwa die Sicherung des Lebensunterhalts sowie ausreichende Deutschkenntnisse, erfüllt sind• Unbeschränkter Arbeitsmarktzugang• Familiennachzug nach den Voraussetzungen des § 36a AufenthG bei Vorliegen humanitärer Gründe
--	--

Ausschlussgründe für eine Schutzberechtigung

⁵⁴ Vor der Umsetzung dieser Richtlinie in nationales Recht zum 1. Dezember 2013 wurde bei Feststellung von „internationalen Abschiebungsverboten“ eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG erteilt.

Die Anerkennung einer Asylberechtigung sowie die Zuerkennung von Flüchtlingsschutz oder subsidiärem Schutz kommen nicht in Betracht, wenn Ausschlussgründe vorliegen. Dies kann der Fall sein, wenn eine Person:

- ein Kriegsverbrechen, ein Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit begangen hat (§ 3 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 AsylG),
- eine schwere (nichtpolitische) Straftat begangen hat (§ 3 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 AsylG),
- den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen zuwidergehandelt hat (§ 3 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 AsylG),
- eine Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland darstellt (§ 60 Abs. 8 S. 1 Alt. 1 AufenthG),
- eine Gefahr für die Allgemeinheit darstellt, weil sie aufgrund eines Verbrechens oder besonders schweren Vergehens zu einer Freiheitsstrafe von mindestens 3 Jahren (unter bestimmten Voraussetzungen 1 Jahr) rechtskräftig verurteilt worden ist (§ 60 Abs. 8 S. 1 Alt. 2 AufenthG).

Nationales Abschiebungsverbot

Erfüllt eine schutzsuchende Person weder die Voraussetzungen für eine Anerkennung als asylberechtigt noch für eine Zuerkennung internationalen Schutzes wie den Flüchtlingsschutz oder subsidiären Schutz), prüft das BAMF, ob nationale Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 oder Abs. 7 AufenthG vorliegen. Diese nationalen Abschiebungsverbote, die sich nicht aus der Qualifikationsrichtlinie 2011/95/EU ergeben, gelten ausschließlich bei Gefahren, die den Antragstellenden im Zielland der Abschiebung drohen (zielstaatsbezogene Abschiebungsverbote). Die Gefahren können dabei von staatlichen wie nichtstaatlichen Akteuren ausgehen. Ein Verbot der Abschiebung nach § 60 Abs. 7 S. 1 AufenthG kann auch festgestellt werden, wenn sich eine vorhandene lebensbedrohliche oder schwerwiegende Erkrankung bei Rückkehr in das Herkunftsland wesentlich verschlechtern würde.⁵⁵

Personen, bei denen ein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 5 oder 7 AufenthG festgestellt wurde, soll eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG für mindestens 1 Jahr (§ 26 Abs. 1 S. 4 AufenthG) erteilt werden.

Rechtliche Folgen: Nationale Abschiebungsverbote § 60 Abs. 5 o. 7 AufenthG	<ul style="list-style-type: none"> • Aufenthaltserlaubnis für mindestens 1 Jahr, Verlängerung möglich • Niederlassungserlaubnis nach 5 Jahren (die Asylverfahrensdauer wird angerechnet) möglich, wenn weitere Voraussetzungen, etwa die Sicherung des Lebensunterhalts sowie ausreichende Deutschkenntnisse, erfüllt sind • Beschäftigung mit Erlaubnis der Ausländerbehörde möglich, ab 1. März 2020 unbeschränkter Arbeitsmarktzugang
--	---

⁵⁵ Dies trifft etwa zu, wenn sich der Gesundheitszustand aufgrund des rückführungsbedingten Abbruchs einer notwendigen und auch in Anspruch genommenen medizinischen Behandlung wegen einer unzureichenden oder nicht zugänglichen Behandlungsmöglichkeit im Herkunftsland wesentlich oder gar lebensbedrohlich verschlechtern würde. Vgl. dazu Nr. 60.7.1.3.1 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz.

Asylantragstellung

Im Asylverfahren wird zwischen 2 Arten von Asylanträgen unterschieden: Erstantrag und Folgeantrag. Die erstmalige Asylantragstellung wird als Erstantrag bezeichnet. Ein Folgeantrag liegt vor, wenn nach Rücknahme oder unanfechtbarer Ablehnung eines früheren Asylantrags erneut ein Asylantrag gestellt wird (§ 71 AsylG). Sowohl der Erst- als auch der Folgeantrag können auf die Zuerkennung internationalen Schutzes (Flüchtlingseigenschaft und subsidiärer Schutz) beschränkt werden (§ 13 Abs. 2 S. 2 AsylG).

Seit dem Inkrafttreten der Änderungen im Aufenthaltsrecht durch das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz am 24. Oktober 2015 gilt mit der Asylantragstellung ein Asylantrag auch für jedes in Deutschland aufhältige minderjährige und ledige Kind des Antragstellenden als gestellt, das nicht freizügigkeitsberechtigt oder im Besitz eines Aufenthaltstitels ist (§ 14a Abs. 1 AsylG). Reist ein minderjähriges lediges Kind einer schutzsuchenden Person nach deren Asylantragstellung ein, gilt ebenfalls ein Asylantrag als gestellt (§ 14a Abs. 2 AsylG). Wird ein Kind nach der Asylantragstellung der Eltern hier geboren, haben die Eltern, von denen noch mindestens ein Elternteil im Asylverfahren ist, oder die Ausländerbehörde das BAMF von der Geburt zu informieren. Damit gilt der Asylantrag des Kindes ebenfalls als gestellt.

3.4.1.2 Asylanträge

Im Folgenden werden die zentralen asylbezogenen Zahlen dargestellt. Hauptdatenquelle für den Bereich Asyl sind die Geschäftsstatistiken des BAMF. Das BAMF erfasst alle Asylantragstellenden in seinen Ankunftszentren und Außenstellen und erstellt so eine personenbezogene Asylantragsstatistik. Seit 1995 wird zwischen Erst- und Folgeanträgen unterschieden.

Von 1990 bis Ende 2022 haben 4,9 Millionen Menschen Schutz in Deutschland gesucht (Asylerstantragszahlen).⁵⁶ Nachdem die Asylantragszahlen in den 1980er-Jahren angestiegen waren und 1992 einen Höhepunkt erreicht hatten (438.191 Asylanträge), gingen sie bis zum Jahr 2007 deutlich zurück (19.164). Ab 2015 war die Migration nach Deutschland besonders durch Schutzsuchende geprägt. Allerdings konnten nicht alle Asylsuchenden, die im Jahr 2015 nach Deutschland kamen, ihren Antrag im selben Jahr stellen. So standen ca. 890.000⁵⁷ Asylsuchenden 441.899 Asylerstanträge gegenüber. Die förmliche Antragstellung wurde im Jahr 2016 nachgeholt, daher wurden in diesem Jahr 722.370 Asylerstanträge entgegengenommen, während ca. 280.000 Menschen als asylsuchend registriert wurden.⁵⁸ Die Asylanträge 2016 stellten damit den höchsten Jahreswert seit Bestehen des BAMF dar. Seit 2016 waren die Zahlen wieder rückläufig, vor allem im Pandemiejahr 2020 ging die Zahl der gestellten Asylanträge stark zurück (vgl. Abbildung 3-36 und Tabelle 3-42 im Anhang). Diese Entwicklung ist vor allem auf die Reisebeschränkungen aufgrund der COVID-19-Pandemie zurückzuführen.

Im Jahr 2022 stellten mit 217.774 deutlich mehr Menschen einen Asylerstantrag als noch 2021 (148.233, Steigerung um 46,9 %). Insgesamt wurden 2022 244.132 Erst- und Folgeanträge gestellt (2021: 190.816), dementsprechend waren 26.358 Folgeanträge (2021: 42.583). Der Anteil der Folgeanträge an allen Asylanträgen schwankt seit dem Beginn der getrennten Erfassung von Erst- und Folgeanträgen im Jahr 1995

⁵⁶ Das BAMF führte erst im Jahr 1995 die statistische Differenzierung zwischen Erst- und Folgeanträgen ein. Insofern sind die Asylzugangszahlen für den Zeitraum von 1992 bis 1994 leicht überhöht. Ab 1995 wurden in den vorliegenden Statistiken jeweils die Zahlen der Erstanträge verwendet.

⁵⁷ Vgl. BMI 2016.

⁵⁸ Vgl. BMI 2017.

zwischen 36,8 % und 3,1 %. Mit 36,8 % erreichte er im Jahr 2007 seinen bisherigen Höchststand.⁵⁹ Seither zeigt sich tendenziell ein Rückgang des Anteilswertes. Mit 3,1 % lag der Anteil der Folgeanträge im Jahr 2016 auf dem niedrigsten Stand seit dem Beginn der getrennten Erfassung im Jahr 1995. Seitdem wurden wieder steigende Anteilswerte bis zum Jahr 2021 (22,3 %) verzeichnet. Im Jahr 2022 betrug der Anteil der Folgeanträge in Relation zur Gesamtantragszahl 10,8 %. Die meisten Folgeanträge stellten Staatsangehörige aus Afghanistan (5.113), gefolgt von Nordmazedonien (2.847), der Republik Moldau (2.629), Syrien (1.670) und Serbien (1.512). Damit entfallen 52,2 % aller im Jahr 2022 gestellten Folgeanträge auf diese 5 Staatsangehörigkeiten.

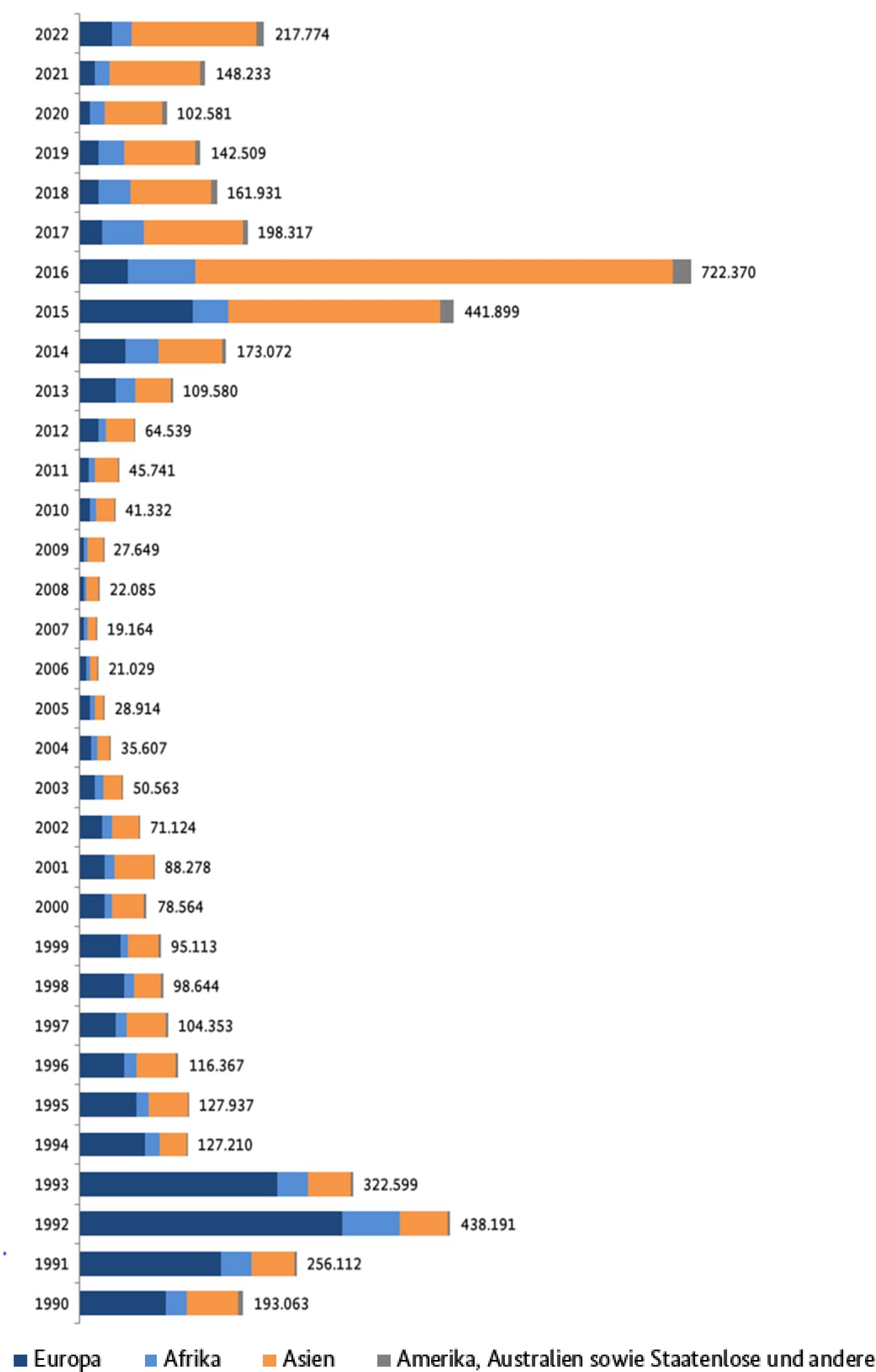
Bis Mitte der 1990er-Jahre kam der größte Teil der Asylantragstellenden – bei nach 1993 eher geringen Asylantragzahlen – aus europäischen Staaten.⁶⁰ Seit 2000 stellen vermehrt Personen aus asiatischen Herkunftstaaten einen Asylantrag in Deutschland (mit Ausnahme des Jahres 2013, vgl. Abbildung 3-36). Der Anteil der Erstantragstellenden aus Europa liegt im Jahr 2022 bei 17,1 % und ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen (2021: 17.141, 2022: 37.219). Die Asylerstantragszahlen aus den asiatischen Staaten stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 39,5 % (2021: 106.283, 2022: 148.212). Ihr Anteil an allen Erstantragstellenden ist zwischen 2021 (71,7 %) und 2022 (68,1 %) hat sich allerdings verringert. Die Zahl der Asylerstanträge aus afrikanischen Staaten ist gestiegen (+27,0 %; 2021: 18.339, 2022: 23.294), der Anteilswert an allen Anträgen hat sich leicht verringert (2022: 10,7 %, 2021: 12,4 %).⁶¹

⁵⁹ Zur weitergehenden Differenzierung der Asylanträge, etwa nach Religionsgruppe, vgl. BAMF 2023, S. 29ff.

⁶⁰ Europa inkl. der Türkei und der Russischen Föderation (beide werden in den Asylstatistiken zu Europa gezählt).

⁶¹ Zur Entwicklung der Asylantragszahlen vgl. ausführlich BAMF 2023.

Abbildung 3-36: Asylantragstellende (Erstanträge) in Deutschland nach Herkunftskontinenten seit 1990



Anmerkung: Ab 1995 nur Erstanträge

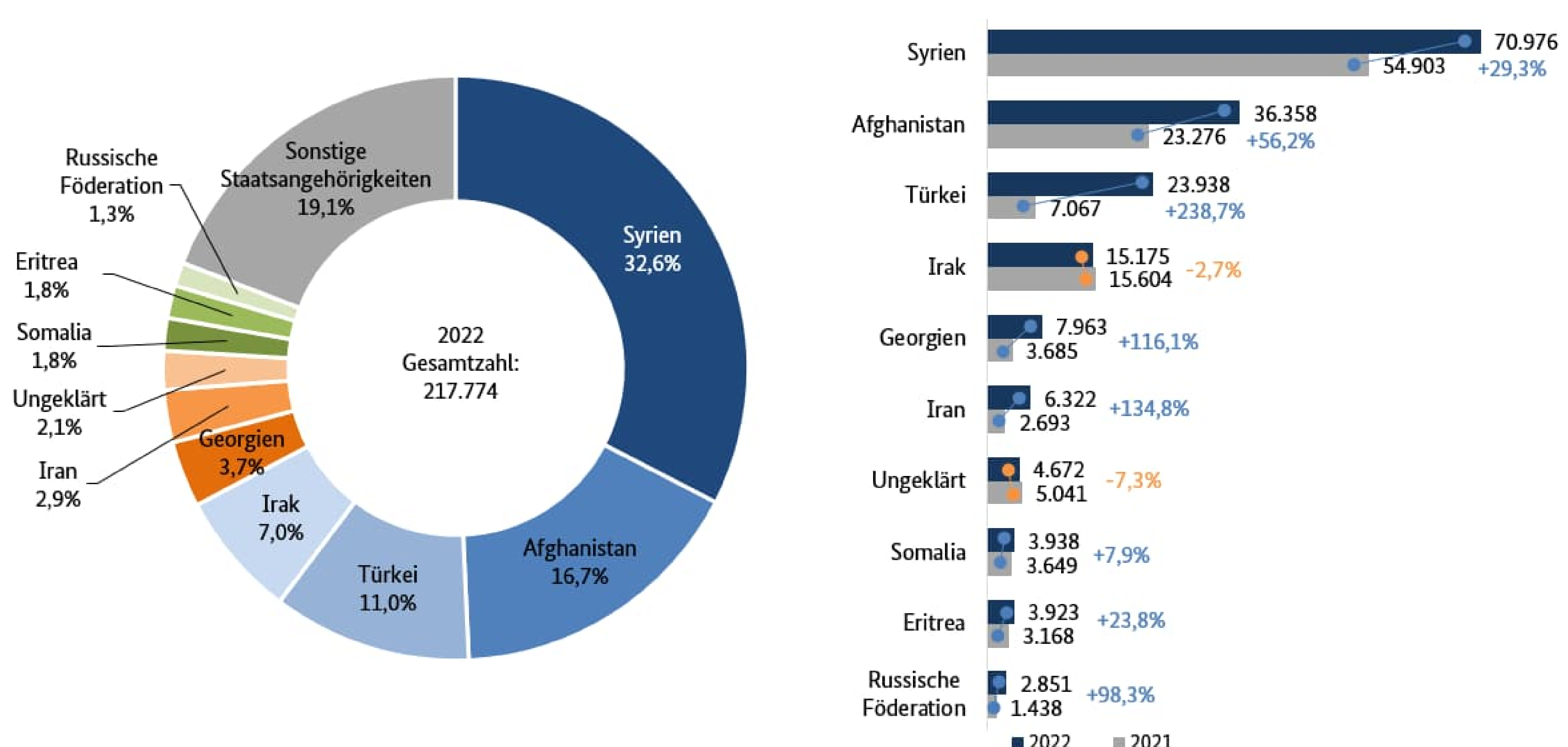
Quelle: BAMF

Differenziert nach Staatsangehörigen bilden Asylantragstellende aus Syrien, Afghanistan und die Türkei zahlenmäßig die größten Gruppen, 60,3 % der Asylantragstellenden kamen 2022 aus diesen 3 Herkunftsländern. 70.976 Asylerstanträge wurden von syrischen Staatsangehörigen gestellt, dies entspricht einem Anteil von 32,6 %. Mit 36.358 gestellten Asylerstanträgen und einem Anteil von 16,7 % bilden afghanische Staatsangehörige die zweitgrößte Gruppe. Als nächstes folgen Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit mit 23.938 Asylanträgen (11,0 %). Mit der Türkei und der Russischen Föderation sind 2 europäische Staaten in der Liste der 10 Hauptstaatsangehörigkeiten vertreten (vgl. Abbildung 3-37 und Tabelle 3-41 im Anhang).

Weiterhin haben 2022 15.175 irakische Staatsangehörige einen Asylerstantrag gestellt (Anteil 7,0 %), 2021 waren es 15.604, dies entspricht einen Rückgang gegenüber 2021 um 2,7 %. Mit 7.963 Asylerstanträgen war Georgien bei den Erstanträgen erneut unter den 10 zugangsstärksten Herkunftsländern zu finden (Anteil: 3,7 %), ebenso der Iran mit einem Anteil von 2,9 % (6.322 Erstanträge). Der Anteil der Erstanträge von somalischen Staatsangehörigen an allen Asylantragstellenden lag 2022 bei 1,8 % (3.938 Erstanträge). 2022 haben 3.923 eritreische Staatsangehörige einen Asylerstantrag gestellt (Anteil: 1,8 %), gefolgt von der Russischen Föderation mit 2.851 gestellten Erstanträgen und einem Anteil von 1,3 %.

Die Zusammensetzung der 10 zugangsstärksten Staatsangehörigkeiten hat sich im Jahr 2022 im Vergleich zum Jahr 2021 nicht wesentlich verändert. Lediglich Nigeria ist nicht mehr dabei, stattdessen ist die Russische Föderation wieder enthalten. Die übrigen Hauptstaatsangehörigkeiten des Jahres 2022 entsprechen denen des Jahres 2021, wenngleich in unterschiedlicher Reihung. Einen prozentualen Rückgang weist unter den zugangsstärksten Staatsangehörigkeiten lediglich der Irak mit 2,7 % weniger Asylerstanträgen auf. Alle anderen Hauptstaatsangehörigkeiten verzeichnen positive prozentuale Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr (vgl. Abbildung 3-37 und Tabelle 3-42 im Anhang).

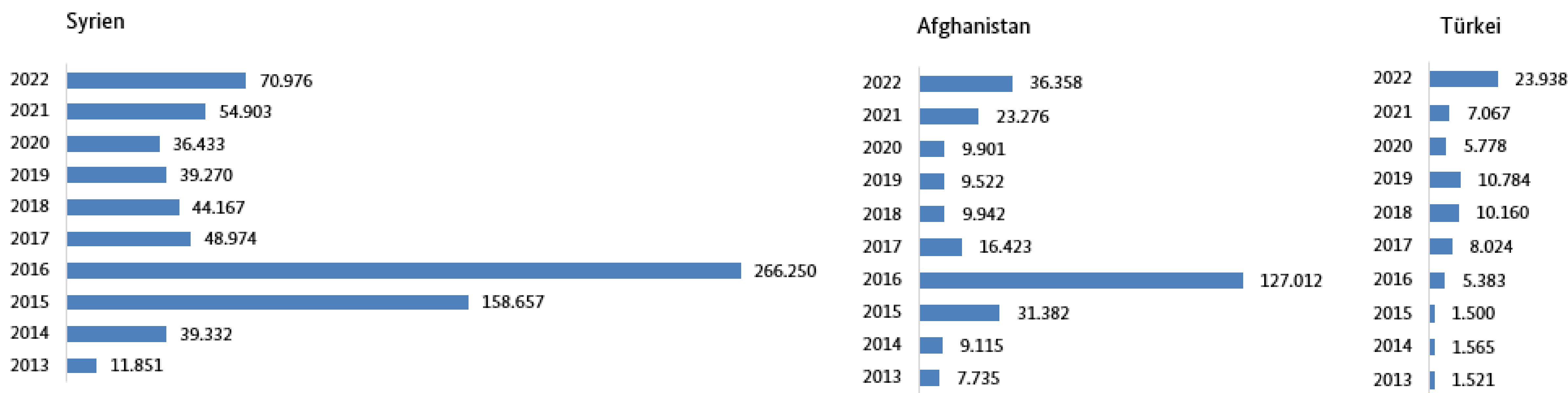
Abbildung 3-37: Asylantragstellende (Erstanträge) nach den 10 häufigsten Staatsangehörigkeiten des Jahres 2022 und im Vergleich zu 2021



Quelle: BAMF

Zahlenmäßig nimmt Syrien seit dem Jahr 2014 unter den 10 zugangsstärksten Staatsangehörigkeiten den ersten Rang ein. 2022 wurden 70.976 Erstanträge von syrischen Staatsangehörigen gestellt, im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl um 29,3 % (2021: 54.903). Die Zahl der gestellten Erstanträge von afghanischen Staatsangehörigen ist von 2021 auf 2022 um 56,2 % gestiegen. Unter den 3 zugangsstärksten Ländern weisen jedoch türkische Staatsangehörige den stärksten prozentualen Zuwachs bei den Asylerstanträgen auf (+238,7 %, 2021: 7.067) (vgl. Abbildung 3-37 und Abbildung 3-38).

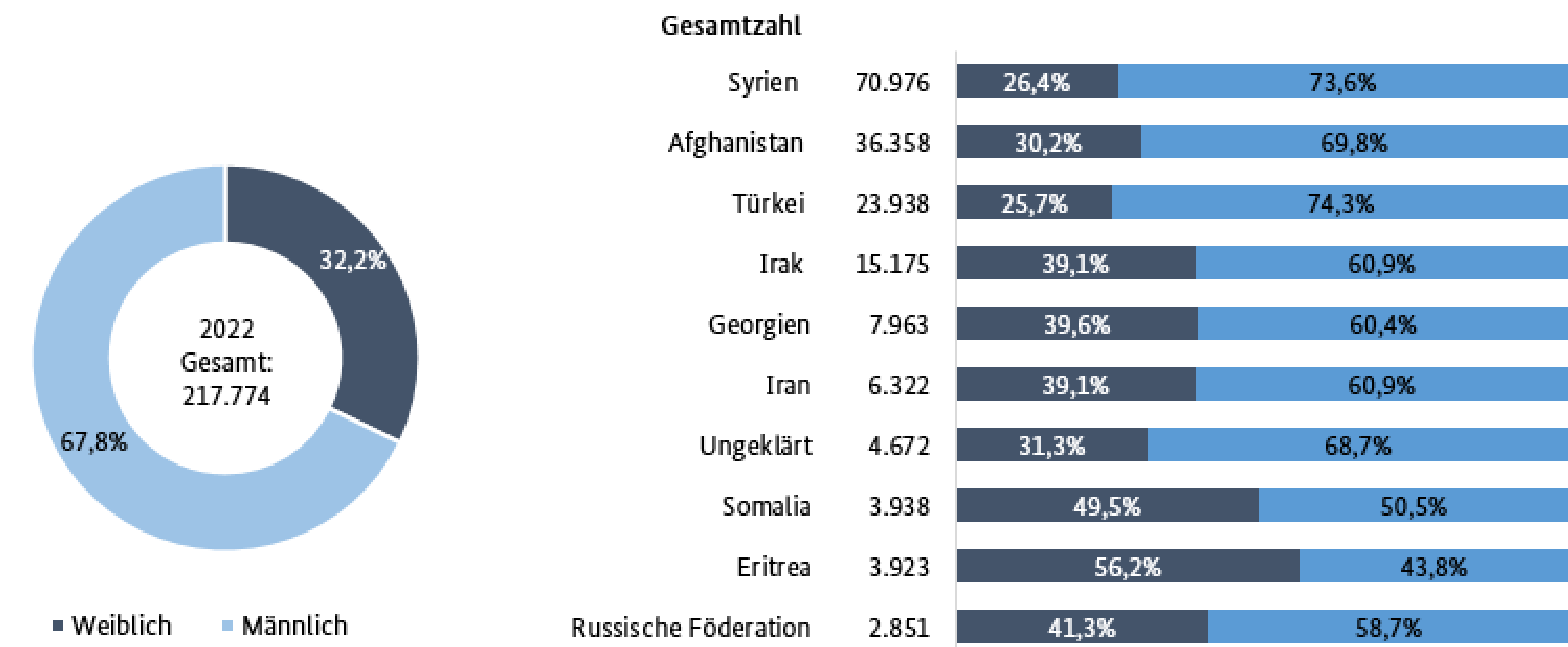
Abbildung 3-38: Die 3 zugangsstärksten Staatsangehörigkeiten des Jahres 2022 von 2013 bis 2022 (Erstanträge)



Quelle: BAMF

Der Blick auf die demografische Struktur zeigt, dass im Jahr 2022 32,2 % der Asylantragstellenden weiblich waren (vgl. Abbildung 3-39), deutlich weniger als noch 2021 (40,9 %). Dabei variieren die Geschlechteranteile zwischen den Hauptherkunftsländern. Einen überdurchschnittlich hohen Anteil an weiblichen Asylantragstellenden weisen die afrikanischen Herkunftsländer Eritrea (56,2 %) und Somalia (49,5 %) auf. Den geringsten Anteil an weiblichen Asylantragstellenden haben die Herkunftsländer Türkei (25,7 %) und Syrien (26,4 %).

Abbildung 3-39: Asylantragstellende (Erstanträge) nach Geschlecht im Jahr 2022

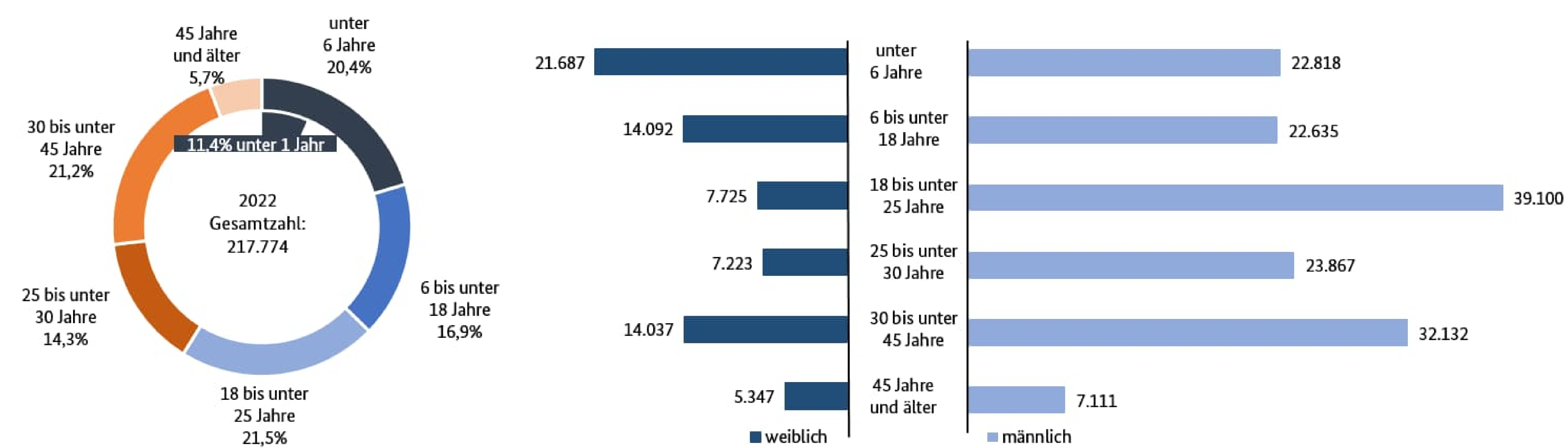


Quelle: BAMF

73,1 % der Asylantragstellenden im Jahr 2022 waren unter 30 Jahre alt, mehr als ein Drittel (37,3 %) war sogar minderjährig. 24.791 Asylverfahren (11,4 %) der im Jahr 2022 gestellten Asylanträge entfielen auf in Deutschland geborene Kinder im Alter von unter 1 Jahr (vgl. Abbildung 3-40). Im Jahr 2021 lag dieser Anteil noch höher bei 17,5 %. 2022 waren somit 192.983 Asylverfahren (88,6 %) grenzüberschreitend⁶² (2021: 122.354).

⁶² Bei grenzüberschreitenden Asylverfahren handelt es sich um Asylverfahren, bei denen im Regelfall eine Einreise nach Deutschland vorausging. Unberücksichtigt bleiben dabei die Folgeverfahren sowie die Erstanträge für nach Einreise der Eltern in Deutschland geborene Kinder im Alter von unter 1 Jahr, da diese als Indikator für die grenzüberschreitende Zuwanderung nach Deutschland nicht relevant sind.

Abbildung 3-40: Asylantragstellende im Jahr 2022 (Erstanträge) nach Altersgruppen und Geschlecht



Quelle: BAMF

Nach jahrelangem Rückgang ist im Jahr 2022 die Zahl der eingereisten unbegleiteten Minderjährigen wieder deutlich angestiegen. So wurden 2022 7.277 Asylerstanträge von unbegleiteten Minderjährigen gestellt (2021: 3.249, +124,0 %), davon waren 6.680 Personen (91,8 %) männlich und 597 Personen (8,2 %) weiblich. Dabei handelt es sich um Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, die ohne Begleitung eines Elternteils oder einer sorgeberechtigten Person in die EU kommen und dort Schutz suchen. 2022 haben insgesamt 81.232 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren einen Erstantrag gestellt, der Anteil von unbegleiteten Minderjährigen an allen minderjährigen Asylantragstellenden betrug damit 9,0 %.⁶³ Die Hauptherkunftsländer unbegleiteter Minderjähriger im Jahr 2022 waren Afghanistan (39,1 %), Syrien (38,1 %), die Türkei (5,1 %) und Somalia (4,3 %). Die Zahl der von der Kinder- und Jugendhilfe vorläufig in Obhut genommenen unbegleiteten Minderjährigen Schutzsuchenden (§ 42a SGB VIII) betrug im Jahr 2022 19.056 und ist im Vergleich zum Vorjahr um 161,8 % gestiegen (2021: 7.279). Die Zahl der anschließend an die vorläufige Inobhutnahme regulär in Obhut genommenen Minderjährigen wird für 2022 mit 9.508 ausgewiesen und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 138 % mehr als verdoppelt (2021: 3.999) (vgl. Tabelle 3-6).

Zum Stichtag 31. Dezember 2022 befanden sich nach Angaben des Bundesverwaltungsamtes insgesamt 27.687 unbegleitete Minderjährige und junge Volljährige in jugendhilferechtlicher Zuständigkeit. Darunter waren 7.263 junge Volljährige, die als Minderjährige eingereist waren und die auch nach Erreichen der Volljährigkeit von der Kinder- und Jugendhilfe weiter unterstützt werden mussten.

⁶³ Die Jugendämter sind gemäß § 42 Abs. 2 S. 5 SGB VIII grundsätzlich gehalten, für die von ihnen in Obhut genommenen unbegleiteten Minderjährigen unverzüglich von Amts wegen einen Asylantrag zu stellen, wenn internationaler Schutz in Betracht kommt. Dies ist jedoch aus unterschiedlichen Gründen nicht immer der Fall, vgl. dazu Deutscher Bundestag 2021, S. 26f.

Tabelle 3-6: Vorläufige und reguläre Inobhutnahmen von Minderjährigen aufgrund unbegleiteter Einreise sowie Asylersanträge von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten seit 2010

Jahr	vorläufige Inobhutnahmen (§ 42a SGB VIII)	reguläre Inobhutnahmen (§ 42 SGB VIII)	Asylersanträge unbegleiteter Minderjähriger
2010	-	2.822	1.948
2011	-	3.482	2.126
2012	-	4.767	2.096
2013	-	6.584	2.486
2014	-	11.642	4.399
2015	-	42.309	22.255
2016	-	44.935	35.939
2017	11.101	11.391	9.084
2018	6.394	5.817	4.087
2019	4.886	3.761	2.689
2020	4.565	2.998	2.232
2021	7.279	3.999	3.249
2022	19.056	9.508	7.277

Anmerkungen: Vor dem Hintergrund der Einführung einer bundesweiten Aufnahmespflicht für unbegleitete ausländische Minderjährige (UMA) durch die kommunalen Jugendämter im Jahre 2015 dient die vorläufige Inobhutnahme der Unterbringung, Versorgung und Betreuung des Minderjährigen unmittelbar nach der Einreise und vor einer möglichen Verteilung in die Zuständigkeit eines anderen Jugendamts. Im Anschluss an eine vorläufige Inobhutnahme erfolgt dann die reguläre Inobhutnahme durch das Jugendamt. Seit dem Jahr 2017 werden im Rahmen der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik nicht nur reguläre Inobhutnahmen (gemäß § 42 SGB VIII), sondern auch vorläufige Inobhutnahmen (§ 42a SGB VII) erfasst, siehe auch „Bericht der Bundesregierung über die Evaluation des Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher und über die Situation unbegleiteter ausländischer Minderjähriger in Deutschland“ (vgl. Deutscher Bundestag 2021).

Quelle: Statistisches Bundesamt, BAMF, BVA

3.4.1.3 Entscheidungen

Neben der Asylzugangsstatistik werden durch das BAMF auch die jährlichen Entscheidungen dokumentiert. Diese Asylverfahrensstatistik ist nicht unmittelbar vergleichbar mit der Asylzugangsstatistik, da die Asylanträge nicht immer im gleichen Jahr bearbeitet und entschieden werden (z. B. Asylantrag 2021, Verfahrensabschluss 2022).⁶⁴ Das BAMF hat seit 2013 über 2,7 Millionen Erst- und Folgeanträge entschieden (vgl. Tabelle 3-7). In diesem Zeitraum wurden die meisten Entscheidungen im Jahr 2016 getroffen (695.733 Entscheidungen). 2022 wurden Asylverfahren von 228.673 Personen entschieden.

⁶⁴ Zum 31. Dezember 2022 waren beim BAMF 136.488 Asylverfahren (Erst- und Folgeanträge) anhängig. Bei den Verwaltungsgerichten waren zum 31. Dezember 2022 137.945 Gerichtsverfahren anhängig. Ende 2021 waren es 163.652.

Tabelle 3-7: Entscheidungen und Entscheidungsquoten des BAMF seit 2013 (Erst- und Folgeanträge)

Jahr	Insgesamt	Entscheidungen über Asylanträge											
		Asylberechtigung nach Art. 16a GG		Flüchtlingsschutz nach § 3 Abs. 1 AsylG		Subsidiärer Schutz nach § 4 Abs. 1 AsylG		Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 5 oder 7 AufenthG		Ablehnungen		Formelle Entscheidungen	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
2013	80.978	919	1,1%	9.996	12,3%	7.005	8,7%	2.208	2,7%	31.145	38,5%	29.705	36,7%
2014	128.911	2.285	1,8%	31.025	24,1%	5.174	4,0%	2.079	1,6%	43.018	33,4%	45.330	35,2%
2015	282.726	2.029	0,7%	135.107	47,8%	1.707	0,6%	2.072	0,7%	91.514	32,4%	50.297	17,8%
2016	695.733	2.120	0,3%	254.016	36,5%	153.700	22,1%	24.084	3,5%	173.846	25,0%	87.967	12,6%
2017	603.428	4.359	0,7%	119.550	19,8%	98.074	16,3%	39.659	6,6%	232.307	38,5%	109.479	18,1%
2018	216.873	2.841	1,3%	38.527	17,8%	25.055	11,6%	9.548	4,4%	75.395	34,8%	65.507	30,2%
2019	183.954	2.192	1,2%	42.861	23,3%	19.419	10,6%	5.857	3,2%	54.034	29,4%	59.591	32,4%
2020	145.071	1.693	1,2%	36.125	24,9%	18.950	13,1%	5.702	3,9%	46.586	32,1%	36.015	24,8%
2021	149.954	1.226	0,8%	30.839	20,6%	22.996	15,3%	4.787	3,2%	35.071	23,4%	55.035	36,7%
2022	228.673	1.937	0,8%	38.974	17,0%	57.532	25,2%	30.020	13,1%	49.330	21,6%	50.880	22,3%

Anmerkung: Die Rubrik formelle Entscheidungen beinhaltet unter anderem Entscheidungen nach dem Dublin-Verfahren und Rücknahmen des Antrags (z. B. wegen Rück- oder Weiterreise).

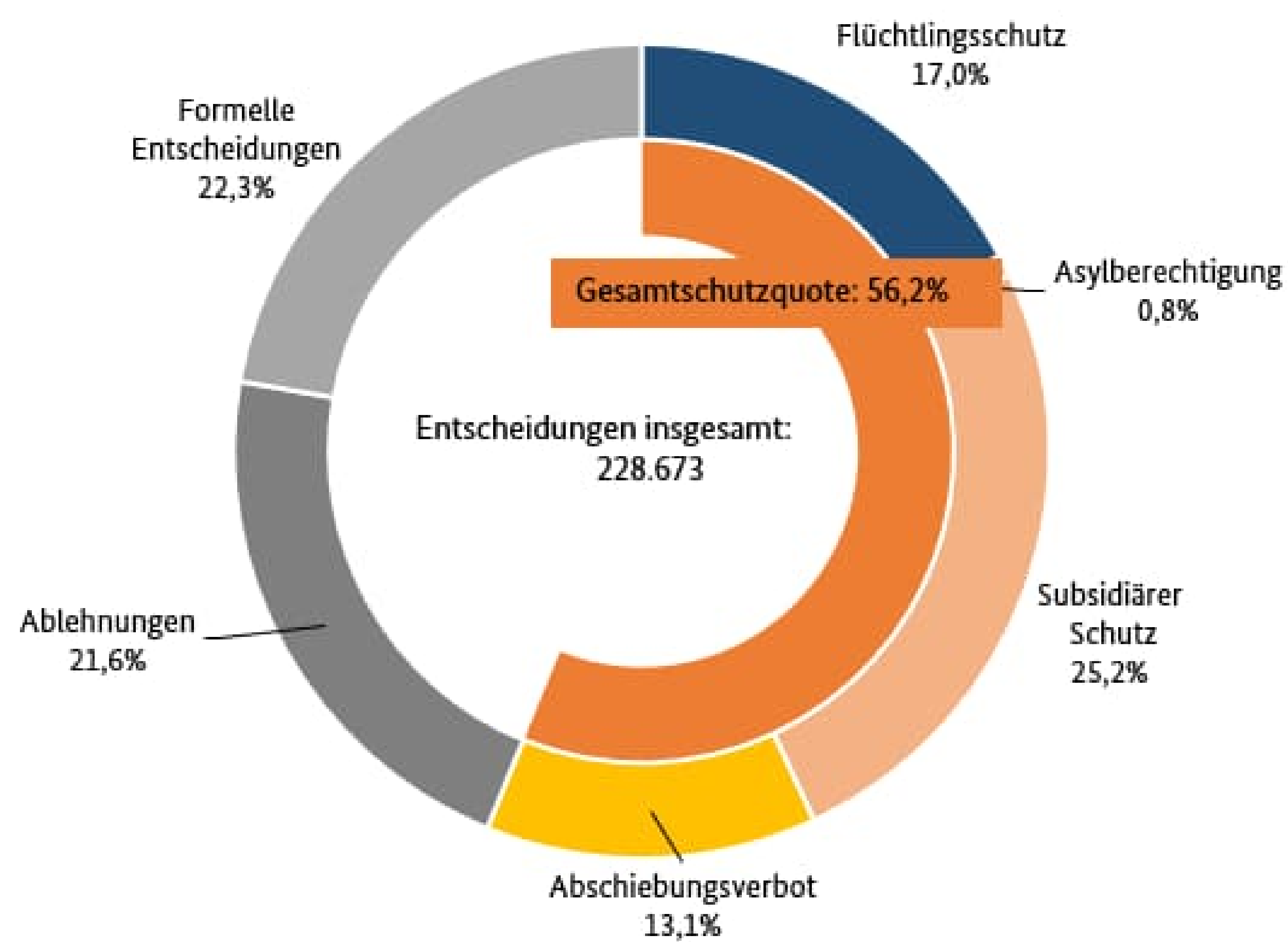
Quelle: BAMF

Die Anerkennungsquote des BAMF nach Art. 16a Abs. 1 GG und § 3 Abs. 1 AsylG⁶⁵ (gemäß GFK) lag im Jahr 2022 bei 17,8% (2021: 21,4%)⁶⁶ 2022 haben 25,2 % der Asylantragstellenden subsidiären Schutz erhalten (2021: 15,3 %). Bei 13,1 % wurde ein Abschiebungsverbot festgestellt (2021: 3,2 %) (vgl. Abbildung 3-53 im Anhang).⁶⁷

Die Gesamtschutzquote des BAMF berechnet sich aus der Anzahl der Asylberechtigungen, der Flüchtlingsanerkennungen, der Gewährung von subsidiärem Schutz und der Feststellung eines Abschiebungsverbots bezogen auf die Gesamtzahl der Entscheidungen des BAMF im betreffenden Zeitraum. Sie betrug im Jahr 2022 56,2 % (128.463 Personen), 2021 lag sie bei 39,9 % (59.848 Personen) (vgl. Abbildung 3-41). Diese Quote berücksichtigt jedoch nicht vor Verwaltungsgerichten eingeklagte Schutzgewährungen.

⁶⁵ Die Anerkennungsquote ergibt sich aus dem Verhältnis dieser Anerkennungen zu sämtlichen inhaltlichen und formellen Entscheidungen des BAMF über Asylanträge.
⁶⁶ Nach Herkunftsländern betrachtet ergeben sich jedoch sehr unterschiedliche Asylanererkennungsquoten für Asylantragstellende (siehe dazu Abbildung 3-43 sowie die Tabelle 3-43 im Anhang).
⁶⁷ Zur Entwicklung der Entscheidungen vgl. BAMF 2023, S. 50ff.

Abbildung 3-41: Entscheidungsquoten 2022

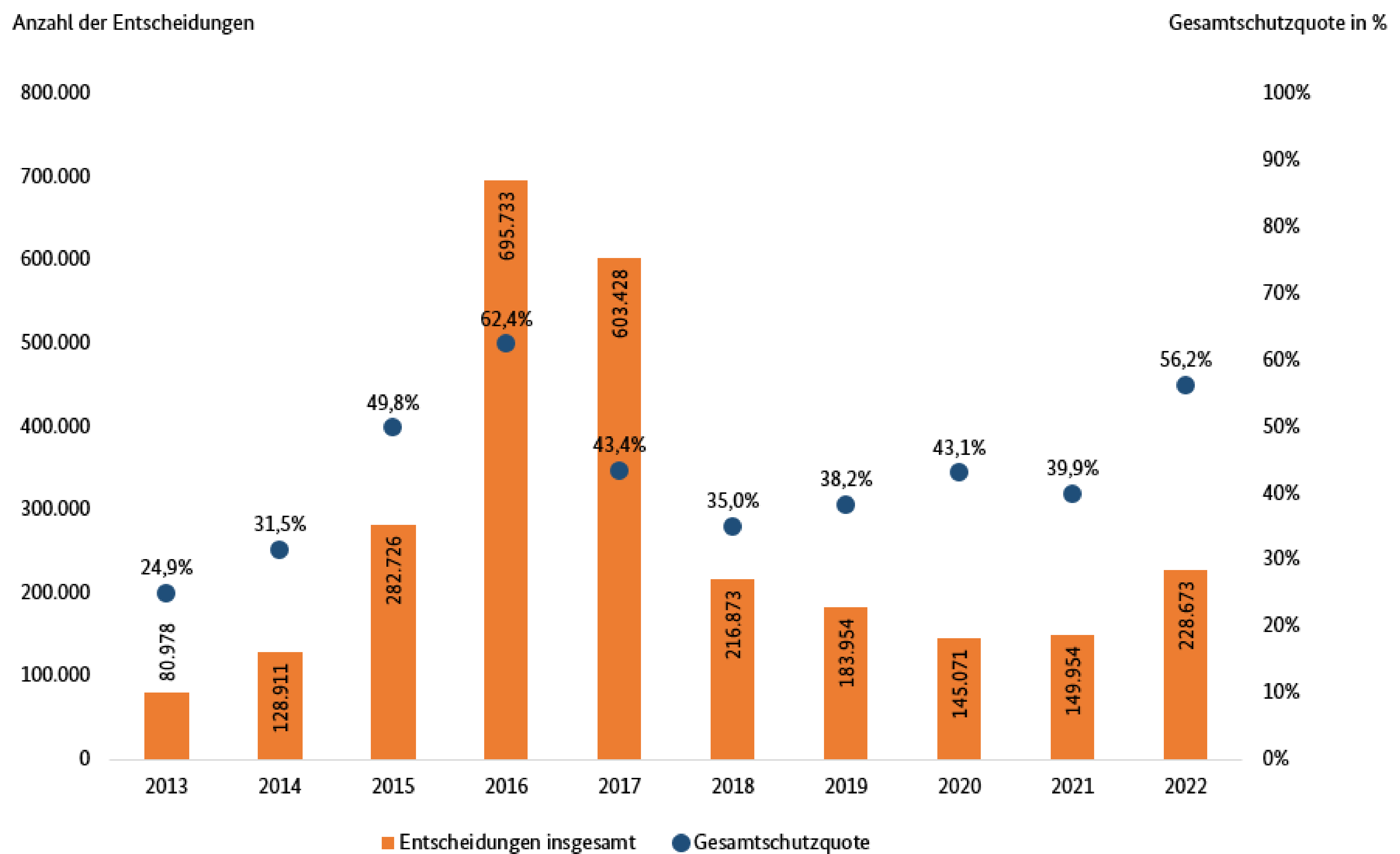


Quelle: BAMF

22,3 % der Anträge wurden 2022 als formelle Entscheidungen anderweitig erledigt (2021: 36,7 %). Diese Erledigungen beruhen auf Verfahrenseinstellungen, wenn Asylsuchende ihre Anträge zurückziehen, oder wenn nach dem sogenannten Dublin-Verfahren ein anderer europäischer Staat für die Personen zuständig ist oder auf der Entscheidung im Folgeantragsverfahren, dass kein weiteres Asylverfahren durchgeführt wird. Formelle Entscheidungen erfolgen somit ohne nähere inhaltliche Prüfung des Asylvorbringens und ziehen im Regelfall eine Ausreisepflicht nach sich. Der Anteil (inhaltlich/materiell) abgelehnter Anträge an der Gesamtzahl der Entscheidungen des BAMF lag im Jahr 2022 bei 21,6% (2021: 23,4 %)⁶⁸ (vgl. Abbildung 3-41 und Abbildung 3-42).

⁶⁸ Vgl. dazu ausführlich BAMF 2023, S. 50ff.

Abbildung 3-42: Entscheidungen (Erst- und Folgeanträge) und Gesamtschutzquoten im Asylverfahren seit 2013

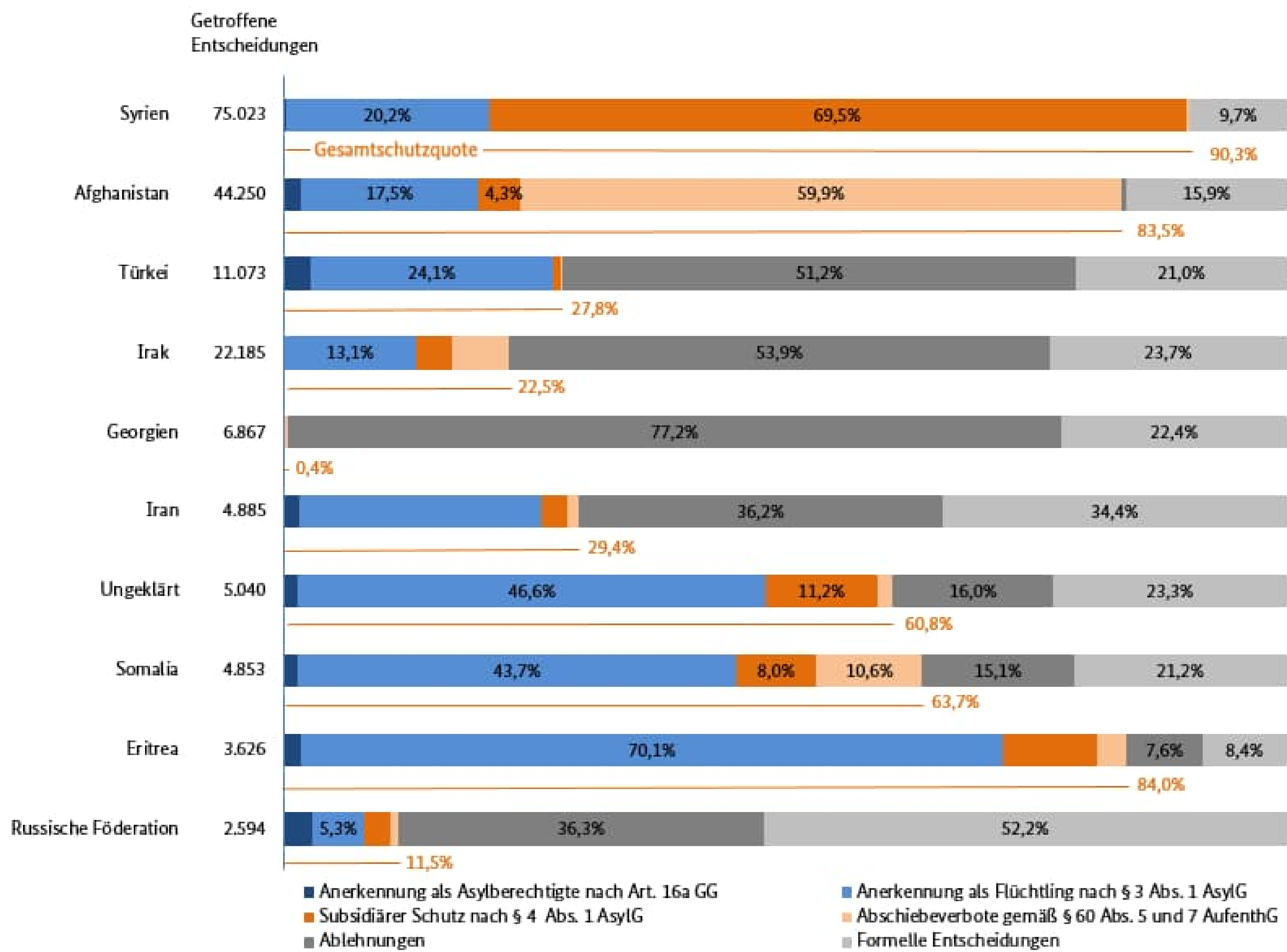


Quelle: BAMF

Bei einem differenzierten Blick auf die Schutzquoten nach Staatsangehörigkeit der Asylsuchenden zeigt sich, dass die beiden wichtigsten Herkunftsländer Syrien und Afghanistan sehr hohe Gesamtschutzquoten von über 80 % aufweisen. Dies gilt auch für eritreische (84,0 %) und etwas schwächer für somalische Staatsangehörige (63,7 %) (vgl. Abbildung 3-43 und Tabelle 3-43 im Anhang).

Asylsuchende aus der Türkei wiesen im Jahr 2022 mit 2,7 % eine deutlich über dem Durchschnitt (0,8 %) liegende Asylanerkennungsquote nach Art. 16a GG auf. Die Gesamtschutzquote für türkische Schutzsuchende lag im Jahr 2022 mit 27,8 % jedoch deutlich niedriger als im Vorjahr (2021: 37,2 %). Insgesamt gering ist die Gesamtschutzquote bei Asylantragstellenden aus Georgien (0,4 %) und aus der Russischen Föderation (11,5 %).

Abbildung 3-43: Entscheidungsquoten (Erst- und Folgeanträge) nach den 10 zugangsstärksten Staatsangehörigkeiten des Jahres 2022



Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen. Abweichungen der Summe der Einzelwerte zu 100 % sind rundungsbedingt.

Quelle: BAMF

Nur wenn für keine der 4 Schutzformen – Asylberechtigung, Flüchtlingsschutz, subsidiärer Schutz oder ein Abschiebungsverbot – die Voraussetzungen erfüllt sind, erhalten Antragstellende einen ablehnenden Bescheid, verbunden mit einer Abschiebungsandrohung (§ 34 AsylG). Eine Abschiebungsandrohung ergeht jedoch nicht, wenn der Abschiebung sog. inlandsbezogene Abschiebungshindernisse entgegenstehen (Kindeswohl, familiäre Bindungen oder der Gesundheitszustand), solange diese bestehen und deswegen keine Abschiebung durchgeführt wird. Ablehnende Entscheidungen des BAMF können Asylantragstellende verwaltungsgerichtlich überprüfen lassen. 64,0 % der durch das BAMF im Jahr 2022 abgelehnten Asylanträge wurden vor den Verwaltungsgerichten angefochten (2021: 57,2 %). In diesen Fällen werden betroffene Personen nicht vollziehbar ausreisepflichtig, wenn die Klage aufschiebende Wirkung hat oder die aufschiebende Wirkung der Klage im einstweiligen Rechtsschutz angeordnet wird. Im Jahr 2022 wurden 96.495 erstinstanzliche Gerichtsentscheidungen zu Erst- und Folgeanträgen getroffen, dabei wurde in 17,3 % (16.732) der Fälle ein Schutzstatus zuerkannt, 28.759 Klagen wurden abgewiesen (29,8 %) und 51.004 anderweitig erledigt (52,9 %).⁶⁹

Sofern der Asylantrag abgelehnt wird und die betroffenen Personen auch aus anderen Gründen kein Aufenthaltsrecht in Deutschland erhalten, werden sie in einem schriftlichen Ablehnungsbescheid innerhalb einer bestimmten Frist zur Ausreise aufgefordert. Gleichzeitig wird für den Fall, dass sie oder er innerhalb

⁶⁹ Siehe dazu BAMF 2023, S. 65ff.

der festgesetzten Frist nicht freiwillig ausreist, die Abschiebung angedroht. Nach Ablauf der Frist kann bei bis dahin unterbliebene freiwillige Ausreise die Abschiebung durchgeführt werden. Kann die Abschiebung wegen Krankheit oder aus anderen Gründen nicht vollzogen werden, wird eine Duldung erteilt.

3.4.1.4 Dublin-Verfahren

Im sogenannten Dublin-Verfahren wird bestimmt, welcher EU-Mitgliedstaat oder europäische Staat, der der Dublin-III-Verordnung (EU) Nr. 604/2023⁷⁰ beigetreten ist, für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist. Rechtsgrundlage des Verfahrens ist die sogenannte Dublin-III-VO, die in allen Staaten der Europäischen Union sowie der Schweiz, Norwegen, Liechtenstein und Island Anwendung findet. Dieses Verfahren soll sicherstellen, dass jeder Asylantrag nur von einem Mitgliedstaat geprüft wird. Zur Unterstützung für die Ermittlung des zuständigen Mitgliedstaates für die Prüfung des Asylverfahrens wird das zentrale automatisierte Fingerabdruckidentifizierungssystem EURODAC (European Dactyloscopy) herangezogen. Liegen Beweismittel oder Indizien für die Zuständigkeit eines anderen Mitgliedstaates vor, wird im Rahmen des Dublin-Verfahrens ein Übernahmeersuchen an den anderen Mitgliedstaat gestellt. Stimmt der entsprechende Mitgliedstaat dem Übernahmeersuchen zu, stellt für Deutschland das BAMF die Unzulässigkeit des Asylantrages fest und ordnet die Abschiebung in den zuständigen Mitgliedstaat an. Die Kriterien zur Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaats sind in ihrer gesetzlich festgelegten Reihenfolge zu prüfen.

Ersuchen Deutschlands an die Mitgliedstaaten

In absoluten Zahlen wurde im Jahr 2022 mit 68.709 Übernahmeersuchen ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr verzeichnet (2021: 42.284; +62,5 %). Die meisten Übernahmeersuchen wurden an Italien (14.439), Griechenland (9.166), Österreich (8.352), Bulgarien (5.438) und Frankreich (5.294) gerichtet. In 36.219 Fällen stimmten andere Mitgliedstaaten 2022 einem Übernahmeersuchen Deutschlands zu (2021: 18.429).

Übernahmeersuchen an Deutschland

Im Jahr 2022 erhielt Deutschland 14.233 Übernahmeersuchen von anderen Mitgliedstaaten (2021: 15.744, -9,6 %). Deutschland stellte damit 2022 fast fünfmal so viele Ersuchen an andere Mitgliedstaaten als es umgekehrt von diesen erhielt. Die 5 Mitgliedstaaten, die die meisten Ersuchen an Deutschland stellten, waren Frankreich (5.911), Belgien (2.204), Niederlande (1.704), Schweiz (1.021) und Österreich (907). Deutschland stimmte 8.632 Übernahmeersuchen eines anderen Mitgliedstaates zu (2021: 10.011).

⁷⁰ Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Neufassung) (sogenannte Dublin-III-Verordnung), die seit dem 19. Juli 2013 in Kraft ist und die Verordnung (EG) Nr. 343/2003 vom 18. Februar 2003 (sogenannte Dublin-II-Verordnung) abgelöst hat. Sie gilt für alle ab dem 1. Januar 2014 gestellten Anträge. Im Vereinigten Königreich wurde die Dublin-III-Verordnung im Jahr 2020 noch angewandt, 2021 nicht mehr, so dass in den Zahlen ab 2021 dieser Staat nicht mehr enthalten ist.

Dublin-Überstellungen

Deutschland überstellte im Jahr 2022 im Rahmen des Dublin-Verfahrens insgesamt 4.158 Personen – im Vergleich zum Vorjahr (2021: 2.656) ein Anstieg um 56,6 %. Die meisten Überstellungen erfolgten nach Österreich (885), Frankreich (598), Spanien (549), Italien (362) und Polen (315).

Nach Deutschland wurden im Jahr 2022 insgesamt 3.700 Personen überstellt (2021: 4.274). Die meisten Personen wurden aus Frankreich (1.378), den Niederlanden (451), Österreich (380), der Schweiz (376) und Belgien (310) nach Deutschland überstellt.

Sofern eine Überstellung in der von der Dublin-Verordnung vorgegebenen Frist nicht möglich ist und aus diesem Grund die Zuständigkeit für die Durchführung des Asylverfahrens auf die Bundesrepublik Deutschland übergeht, entscheidet das BAMF in eigener Zuständigkeit (siehe Abschnitt 3.4.1).

3.4.2 Humanitäre Aufnahmen

Zusätzlich zu den in den vorherigen Kapiteln dargestellten Asylantragstellenden geht es im Folgenden um Aufnahmen aus weiteren völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen sowie um Bleiberechtsregelungen aufgrund von Ausreisehindernissen.⁷¹ Diese humanitären Regelungen ermöglichen schutzbedürftigen Menschen aus Kriegs- und akuten Krisensituationen eine Aufnahme aus dem Ausland, ohne dabei ein Asylverfahren durchlaufen zu müssen.

Die Aufnahmen von Schutzsuchenden erfolgen auf Grundlage von Aufnahmen des Bundes (§ 23 Abs. 2 AufenthG) und der Länder (§ 23 Abs. 1 AufenthG) sowie im Rahmen von Einzelaufnahmen durch den Bund in besonderen Fällen (§ 22 AufenthG) und der Erteilung von Aufenthaltstiteln zum vorübergehenden Schutz nach § 24 AufenthG. Zu diesen Aufnahmen und Schutzformen wird im Folgenden auf die statistischen Angaben zu Geflüchteten aus der Ukraine, die Aufnahmeprogramme für Menschen aus Afghanistan und sonstige Aufnahmeprogramme der Bundesländer näher eingegangen.

3.4.2.1 Aufnahme von Geflüchteten infolge des Krieges in der Ukraine

Der am 24. Februar 2022 begonnene russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat eine der größten Fluchtbewegungen innerhalb Europas seit dem Ende des 2. Weltkriegs ausgelöst. Seit Beginn des Krieges haben über 1 Millionen Menschen aus der Ukraine Schutz in Deutschland gesucht. Um den Geflüchteten aus der Ukraine einen schnellen Schutz zu gewähren, hat der EU-Rat am 4. März 2022 erstmalig die „Richtlinie zum vorübergehenden Schutz“ der EU (2001/55/EG) aktiviert. Dadurch können Geflüchtete aus der Ukraine ohne Visum nach Deutschland einreisen und müssen kein Asylverfahren durchlaufen, da sie einen aufenthaltsrechtlichen humanitären Schutzstatus auf Grundlage von § 24 AufenthG („vorübergehender Schutz“) erhalten.

Das BMI hat mit der am 9. März 2022 in Kraft getretenen „Ukraine-Aufenthalts-Übergangsverordnung“ bestimmte vor dem Krieg in der Ukraine geflüchtete ausländische Staatsangehörige bis zum 4. März 2024 für einen Zeitraum von 90 Tagen ab Einreise in das Bundesgebiet vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels

⁷¹ Zu den einzelnen Formen der Schutzgewährung vgl. BMI & BAMF 2013, S. 95.

befreit. Die Verordnung gibt den Kriegsflüchtlingen damit die erforderliche Zeit für die Einholung eines Aufenthaltstitels im Bundesgebiet. Mit Beantragung des Aufenthaltstitels nach § 24 AufenthG wird zunächst eine Fiktionsbescheinigung nach § 81 Abs. 5 AufenthG ausgestellt. Der Aufenthaltstitel gemäß § 24 Abs. 1 AufenthG wird für die Dauer des vorübergehenden Schutzes gemäß der Richtlinie 2001/55/EG erteilt. Vor dem Hintergrund des weiter anhaltenden Kriegsgeschehens in der Ukraine hat der Rat der Europäischen Union am 19. Oktober 2023 auf Vorschlag der Kommission beschlossen, den vorübergehenden Schutz um 1 Jahr bis zum 4. März 2025 zu verlängern.

Der vorübergehende Schutz gilt vor allem für folgende Personengruppen:

- Ukrainische Staatsangehörige, die vor dem 24. Februar 2022 ihren Aufenthalt in der Ukraine hatten.
- Staatenlose und andere Staatsangehörige als der Ukraine, die vor dem 24. Februar 2022 in der Ukraine internationalen Schutz oder einen gleichwertigen nationalen Schutzstatus innehatten oder sich nach ukrainischem Recht mit gültigen unbefristeten Aufenthaltstiteln in der Ukraine aufgehalten haben und nicht in der Lage sind, sicher und dauerhaft in ihr Herkunftsland oder ihre Herkunftsregion zurückzukehren.
- Familienangehörige der ersten beiden genannten Personengruppen (d. h. Ehepartnerinnen und Ehepartner bzw. Lebenspartnerinnen und Lebenspartner, minderjährige ledige Kinder und enge Verwandte unter weiteren Voraussetzungen), auch wenn sie nicht die ukrainische Staatsangehörigkeit haben.

Ukrainische Staatsangehörige, die sich – unabhängig von dem russischen Angriffskrieg - bereits mit einem Aufenthaltstitel in Deutschland aufgehalten haben und aufhalten, können unter bestimmten Voraussetzungen ebenfalls einen Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG stellen. Dies betrifft Fälle, in denen:

- die Verlängerung des bestehenden Aufenthaltstitels aufgrund rechtlicher Vorgaben oder nicht mehr gegebener Erteilungsvoraussetzungen nicht möglich ist, oder
- während der zeitlichen Gültigkeit des Aufenthaltstitels der Erteilungsgrund entfallen ist und dessen nachträgliche Befristung in Betracht zu ziehen wäre.

Für die Prüfung der Voraussetzungen einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG ist in diesen Fällen unbeachtlich, wann die Einreise nach Deutschland erfolgt ist.

Im Jahr 2022 fanden insgesamt 828.885 Aufnahmen nach § 24 AufenthG statt. Darunter waren 805.565 ukrainische Staatsangehörige, womit ihr Anteil an den gesamten Aufnahmen bei 97,2 % liegt. Hinsichtlich der Geschlechterverhältnisse zeigt sich, dass der weibliche Anteil bei den ukrainischen Staatsangehörigen sehr hoch ist (64,3 %).

Tabelle 3-8: Aufnahmen von Geflüchteten infolge des Krieges in der Ukraine nach § 24 AufenthG in 2022 (Einreise im selben Jahr)

Staatsangehörigkeit	Aufnahmen nach § 24 AufenthG		
	absolut	darunter weiblich	Anteil weiblich
Ukraine	805.565	518.150	64,3%
Russische Föderation	3.630	2.055	56,6%
Aserbaidshan	2.165	830	38,3%
Vietnam	1.750	895	51,1%
Armenien	1.615	830	51,4%
Georgien	1.560	495	31,7%
Sonstige Staatsangehörigkeiten	12.600	3.375	26,8%
Aufnahmen insgesamt	828.885	526.635	63,5%

Quelle: Ausländerzentralregister

3.4.2.2 Weitere Aufnahmen aus völkerrechtlichen, humanitären und politischen Gründen

Für die Aufnahme aus dem Ausland kann eine Aufenthaltserlaubnis nach § 22 S. 1 AufenthG aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen erteilt werden. Die Erteilung eines Visums für eine Aufenthaltserlaubnis nach § 22 S. 1 AufenthG setzt die Zustimmung einer aufnahmebereiten Ausländerbehörde voraus, die Bewertung der dringenden humanitären bzw. völkerrechtlichen Gründe obliegt dem Auswärtigen Amt. Eine Aufenthaltserlaubnis nach § 22 S. 2 AufenthG ist zu erteilen, wenn das BMI die Aufnahme von ausländischen Staatsangehörigen zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland erklärt hat.

Aufnahme von afghanischen Ortskräfte und weitere Aufnahmen aus Afghanistan

Für afghanische Ortskräfte, die bei den deutschen Stellen tätig waren, besteht bereits seit 2013 ein besonderes Verfahren zur Aufnahme. Ehemalige Ortskräfte und ihre Kernfamilie können auf Grundlage des § 22 S. 2 AufenthG aufgenommen werden, wenn eine individuelle Gefährdung aufgrund ihrer Tätigkeit für ein deutsches Bundesressort während des Einsatzes der deutschen Bundeswehr anerkannt wurde. Als Ortskraft, für die im Rahmen des sogenannten Ortskräfteverfahrens (OKV) eine Aufnahme erklärt wird, gilt, wer zum bzw. ab dem 1. Januar 2013 unmittelbar in einem Arbeitsverhältnis für ein deutsches Ressort oder mittelbar für das BMZ bei einer Institution der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit oder für das Auswärtige Amt (AA) bei den Kulturmittler-Organisationen Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), Goethe-Institut und Deutsche Welle oder bei einer politischen Stiftung gearbeitet hat und aufgrund dieser Tätigkeit unmittelbar konkret oder latent gefährdet ist.⁷²

Seit der Machtübernahme durch die Taliban Mitte August 2021 erfolgt eine Aufnahme von afghanischen Staatsangehörigen im Ortskräfteverfahren (OKV) über die sogenannte Ortskräfte-Liste und in den Fällen weiterer besonders gefährdeter Personen über die „Liste der besonders gefährdeten Afghaninnen und Afghanen“.

⁷² Vgl. hierzu ausführlich: <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/migration/asyl-fluechtlingsschutz/humanitaere-aufnahmeprogramme/humanitaere-aufnahmeprogramme-node.html> (03.11.2023).

Rechtsgrundlage der Aufnahmen ist § 22 S. 2 AufenthG. Somit wird eine Aufnahme sowohl von ehemaligen lokalen Mitarbeitenden der Bundesressorts und deren berechtigten Familienangehörigen als auch von Personen und deren Familienangehörigen, welche die Bundesregierung wegen ihres Einsatzes gegen den Krieg, für Demokratie und Menschenrechte in Afghanistan als besonders gefährdet identifiziert hat, gewährleistet.

Zudem wurde im zeitlichen Zusammenhang mit den Evakuierungsmaßnahmen aus Afghanistan im August 2021 über eine Aufnahme von Personen aus den Bereichen Wissenschaft, Politik, Judikative, zivilgesellschaftliche Organisationen, Kultur und Medien, die aufgrund persönlichen Wirkens in Afghanistan exponiert und deshalb durch die Machtergreifung der Taliban akut besonders gefährdet waren, z. B. Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten sowie Journalistinnen und Journalisten, entschieden. Die Personen werden vom AA identifiziert und in die Liste der besonders gefährdeten afghanischen Staatsangehörigen aufgenommen worden. Für diesen durch das AA abschließend festgelegten Personenkreis ist ebenfalls eine Aufnahme auf der Grundlage von § 22 S. 2 AufenthG vorgesehen; das BMI muss die Aufnahmezusagen erklären.

Vor dem Hintergrund dieser laufenden Aufnahmen aus Afghanistan hat Deutschland im Oktober 2021 im Zusammenhang mit einer Ankündigung der EU-Kommission für ein mehrjähriges Unterstützungsprogramm für zum Schutz von gefährdeten Afghaninnen und Afghanen 25.000 Plätze angemeldet. Hierbei handelte es sich nicht um neue bzw. zusätzliche Aufnahmen; die Anmeldung erfolgte, um sich für die (laufenden) Aufnahmen von afghanischen Staatsangehörigen, für die bereits eine Aufnahme erklärt wurde, entsprechende EU-Fördermittel sichern zu können.

Seit Mai 2021 wurde 5.483 Ortskräften, insgesamt 25.197 Personen inklusive Familienangehörigen, eine Aufnahmezusage erteilt. Davon sind seit Mai 2021 bereits 4.088 Ortskräfte, insgesamt 19.231 Personen inklusive Familienangehörigen, nach Deutschland eingereist (Stand: 31. März 2023).

Zudem wurde seit Mai 2021 4.512 besonders gefährdeten Personen, insgesamt 18.889 Personen inklusive Familienangehörigen, eine Aufnahmezusage erteilt. Bisher sind davon 2.574 gefährdete Personen, insgesamt 10.826 Personen inklusive Familienangehörigen, nach Deutschland eingereist (Stand: 31. März 2023). Zusammengefasst hat die Bundesregierung bisher 44.086 gefährdeten afghanischen Staatsangehörigen eine Aufnahme in Deutschland in Aussicht gestellt. 30.057 Personen konnten mit Unterstützung der Bundesregierung in Deutschland einreisen (Stand: 31. März 2023).

Bundesaufnahmeprogramm für Afghanistan

Um an die laufenden Aufnahmen afghanischer Ortskräfte und besonders gefährdeter Personen anzuknüpfen, wurde ein Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan auf der Grundlage von § 23 Abs. 2 AufenthG aufgesetzt, welches schrittweise seit 17. Oktober 2022 umgesetzt wird. Damit sollen, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, auch zukünftig besonders gefährdete Afghaninnen und Afghanen in Deutschland aufgenommen werden. Zu dieser Personengruppe gehören afghanische Staatsangehörige und deren berechtigte Familienangehörigen aus Afghanistan, die:

- sich durch ihren Einsatz für Frauen-/Menschenrechte oder durch ihre Tätigkeit in den Bereichen Justiz, Politik, Medien, Bildung, Kultur, Sport oder Wissenschaft besonders exponiert haben und deshalb individuell gefährdet sind oder

- aufgrund ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität oder ihrer Religion eine sich aus den besonderen Umständen des Einzelfalles ergebende spezifische Gewalt oder Verfolgung erfahren bzw. erfahren haben und deshalb konkret und individuell gefährdet sind, insbesondere als Opfer schwerer individueller Frauenrechtsverletzungen, homo- oder transfeindlicher Menschenrechtsverletzungen oder als exponierte Vertreterinnen und Vertreter religiöser Gruppen/Gemeinden.

Aufnahmen nach § 22 AufenthG

Insgesamt wurden im Jahr 2022 nach § 22 S. 1 und S. 2 AufenthG 17.425 Personen aufgenommenen, die im selben Jahr eingereist sind (vgl.

Tabelle 3-9). Allein 16.960 davon waren afghanische Staatsangehörige (Anteil: 97,3 %), gefolgt von Menschen aus der Russische Föderation (235 Aufnahmen) und Belarus (105 Aufnahmen). Insgesamt hatten Ende 2022 25.635 Drittstaatsangehörige einen Aufenthaltstitel nach § 22 S. 1 oder S. 2 AufenthG inne (Ende 2021: 5.600, vgl. Tabelle 3-9).

Tabelle 3-9: Aufnahmen nach § 22 AufenthG nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten seit 2015 (Einreise im selben Jahr)

Staatsangehörigkeit	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022		
								absolut	darunter weiblich	Anteil weiblich
Afghanistan	995	675	300	85	30	25	6225	16.960	8.580	50,6%
Russische Föderation	0	0	5	0	0	0	10	235	115	48,9%
Belarus	0	0	0	0	0	0	90	105	55	52,4%
Syrien	85	75	65	135	40	5	60	45	25	55,6%
Ukraine	0	0	0	0	0	0	0	30	20	66,7%
Sonstige Staatsangehörigkeiten	85	60	135	55	20	10	25	60	35	51,5%
Aufnahmen insgesamt	1.165	805	505	280	95	40	6.405	17.425	8.820	50,6%

Anmerkung: Abweichungen zu den zuvor berichteten Gesamtsummen pro Staatsangehörigkeit sind durch die seit 2022 angewandte Fünferrundung bedingt. Diese Tabelle stellt die aufgenommenen Personen dar, die nach der Einreise nach Deutschland im Jahr 2022 einen Titel nach § 22 AufenthG erhalten haben. Nicht erfasst sind Personen mit einer Aufnahmezusage, die aber noch nicht eingereist sind, oder mit Visum bereits in Deutschland aufhältige Personen, die jedoch noch keinen Aufenthaltstitel erhalten haben. Daraus ergeben sich die Differenzen zu den im Text genannten Zahlen von afghanischen Staatsangehörigen mit Aufnahmezusage bzw. mit Einreise nach Deutschland. Diese spiegeln darüber hinaus einen etwas späteren Zeitpunkt (31. März 2023) wider.

Quelle: Ausländerzentralregister

Sonstige Aufnahmen aus völkerrechtlichen, humanitären und politischen Gründen

§ 23 Abs. 2 AufenthG ermöglicht humanitäre Aufnahmen durch den Bund. Hiernach kann das BMI zur Wahrung besonders gelagerter politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland im Benehmen mit den obersten Landesbehörden anordnen, dass das BAMF ausländischen Staatsangehörigen aus bestimmten Staaten oder in sonstiger Weise bestimmten Personengruppen eine Aufnahmezusage erteilt. Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung wurde am 1. August 2015 mit § 23 Abs. 4 AufenthG eine eigenständige Rechtsgrundlage für Resettlement-Flüchtlinge geschaffen. Darüber hinaus kann die oberste Landesbehörde aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland nach § 23 Abs. 1 AufenthG anordnen, dass ausländischen Staatsangehörigen aus bestimmten Staaten oder in sonstiger Weise bestimmten Personengruppen eine Aufnahmezusage erteilt wird. Zur Wahrung der Bundeseinheitlichkeit bedarf die Anordnung des Einvernehmens mit dem BMI (siehe Kapitel 3.4.5).

Zusätzlich zu diesen Aufnahmeverfahren gibt es noch weitere Möglichkeiten der Erteilung von Aufenthaltstiteln aus humanitären Gründen. Hierbei handelt es sich um reine Inlandssachverhalte, bei denen in der Regel ein Voraufenthalt (z. B. Aufenthaltsgestattung oder Duldung) vorliegt. So kann nach § 25 Abs. 4 AufenthG einer nicht vollziehbar ausreisepflichtigen ausländischen Person für einen vorübergehenden Aufenthalt im Inland eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, solange dringende humanitäre oder persönliche Gründe⁷³ oder ein erhebliches öffentliches Interesse⁷⁴ ihre vorübergehende weitere Anwesenheit im Bundesgebiet erfordern.

Tabelle 3-10: Aufnahmen nach § 25 Abs. 4 AufenthG seit 2015 (Einreise im selben Jahr) nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten

Staatsangehörigkeit	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022		
								Absolut	darunter weiblich	Anteil weiblich%
Katar	300	220	325	415	450	115	385	420	170	40,5%
Vereinigte Arabische Emirate	785	810	870	320	95	10	105	210	70	33,3%
Saudi-Arabien	1415	555	285	255	255	45	125	140	55	39,3%
Russische Föderation	350	240	230	175	140	65	65	55	35	63,6%
Libyen	410	305	280	370	365	55	30	35	15	42,9%
Sonstige Staatsangehörigkeiten	2.905	2.405	1.855	1.875	915	505	420	440	255	58,0%
Insgesamt	6.160	4.530	3.845	3.410	2.215	790	1.125	1.305	590	45,2%

Anmerkung: Abweichungen zu den zuvor berichteten Gesamtsummen pro Staatsangehörigkeit sind durch die seit 2022 angewandte Fünferrundung bedingt.

Quelle: Ausländerzentralregister

Zum 31. Dezember 2022 hielten sich insgesamt 17.333 Drittstaatsangehörige mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 AufenthG in Deutschland auf (Ende 2021: 17.477). Bei den in der Tabelle 3-10 aufgeführten Drittstaatsangehörigen (2022: 1.305) handelt es sich um Personen, die in der Regel nach ihrer Einreise zunächst einen anderen Aufenthaltstitel oder eine Aufenthaltsgestattung als Asylsuchende erhalten hatten, aber denen noch im Berichtsjahr eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 AufenthG erteilt wurde.

§ 25 Abs. 4a AufenthG ermöglicht die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für einen vorübergehenden Aufenthalt an eine ausländische Person, die Opfer von Menschenhandel wurde, auch wenn sie vollziehbar ausreisepflichtig ist.⁷⁵ Zum 31. Dezember 2022 hielten sich insgesamt 70 Personen (Ende 2021: 75) mit einem Aufenthaltstitel nach § 25 Abs. 4a AufenthG in Deutschland auf, darunter waren 50 Personen weiblich. Zudem hielten sich Ende 2022 sich 5 Personen mit einem Aufenthaltstitel nach § 25 Abs. 4b AufenthG (Opfer von Arbeitsausbeutung) in Deutschland auf.

⁷³ Dringende persönliche Gründe im Sinne dieser Vorschrift sind beispielsweise die Durchführung einer medizinischen Operation, die im Herkunftsland nicht gewährleistet ist, oder der unmittelbar bevorstehende Abschluss einer Schul- oder Berufsausbildung.

⁷⁴ Ein erhebliches öffentliches Interesse kann z. B. vorliegen, wenn eine ausländische Person als Zeugin oder Zeuge in einem Gerichtsverfahren benötigt wird.

⁷⁵ Nach Angaben des Bundeskriminalamts (BKA) wurden im Jahr 2022 476 Opfer im Verfahren des Menschenhandels zur sexuellen Ausbeutung ermittelt. Darunter befanden sich 343 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Die Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung waren größtenteils weiblich (95 %) (vgl. dazu BKA 2023, S. 9). Zudem wurden 1.019 Opfer des Menschenhandels im Bereich Ausbeutung der Arbeitskraft ermittelt, was im Vergleich zum Vorjahr einem Zuwachs von 539 % entspricht (2021: 147) (vgl. dazu BKA 2023, S. 15f.). Zum Thema Menschenhandel vgl. auch Hoffmann 2013.

Nach § 25 Abs. 5 AufenthG kann einer ausländischen Person, die vollziehbar ausreisepflichtig ist, eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn ihre Ausreise aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht möglich ist und mit dem Wegfall der Ausreisehindernisse in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist. Die Aufenthaltserlaubnis soll erteilt werden, wenn die Abschiebung seit 18 Monaten ausgesetzt ist. Die Aufenthaltserlaubnis darf jedoch nur erteilt werden, wenn die ausländische Person unverschuldet an der Ausreise gehindert ist.⁷⁶

Tabelle 3-11: Vorliegen von Ausreisehindernissen nach § 25 Abs. 5 AufenthG seit 2015 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten (Einreise im selben Jahr)

Staatsangehörigkeit	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022		
								absolut	darunter weiblich	Anteil weiblich%
Vietnam	45	50	45	35	50	60	105	215	15	7,0%
Serbien ¹	130	155	140	140	120	90	105	150	40	26,7%
Bosnien und Herzegowina	30	40	20	35	25	15	5	75	20	26,7%
Ghana	55	50	60	50	50	40	40	65	10	15,4%
Nigeria	45	35	45	55	30	25	20	60	10	16,7%
Sonstige Staatsangehörigkeiten	475	380	430	520	410	285	290	470	190	40,5%
Insgesamt	790	695	765	830	685	515	585	1.035	290	28,0%

Anmerkung: Abweichungen zu den zuvor berichteten Gesamtsummen pro Staatsangehörigkeit sind durch die seit 2022 angewandte Fünfrundung bedingt.
1) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

Ende 2022 lebten insgesamt 56.950 Drittstaatsangehörige (Ende 2021: 55.305) mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG in Deutschland, davon 43.855 seit mehr als 6 Jahren (77,0 %).⁷⁷ Bei den in der Tabelle 3-11 aufgeführten Drittstaatsangehörigen (2022: 1.035) handelt es sich um Personen, die in der Regel nach ihrer Einreise zunächst eine Duldung (oder in seltenen Ausnahmefällen eine Aufenthaltsgestattung als Asylantragstellende) erhalten hatten, aber denen noch im Berichtsjahr eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG erteilt wurde.

3.4.2.3 Resettlement

Deutschland nimmt seit 2012 im Interesse einer Fortentwicklung und Verbesserung des Flüchtlingsschutzes und im Sinne internationaler Verantwortungsteilung regelmäßig und in stetig gewachsenem Umfang besonders schutzbedürftige Flüchtlinge aus Drittstaaten in Zusammenarbeit mit dem UNHCR im Wege des Resettlement (Neuansiedlung) auf. Seit 2016 beteiligt sich Deutschland am Resettlement-Programm der EU. Resettlement ermöglicht eine dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten, die nach international festgelegten Kriterien von UNHCR als besonders schutzbedürftig gelten. Die Aufnahmen im Rahmen der Neuansiedlung von Schutzsuchenden werden vom BMI im Benehmen mit den obersten Landesbehörden angeordnet. Die gesetzliche Grundlage für die Aufnahmeverfahren im Rahmen des Resettlement bildete bis zum 31. Juli 2015 § 23 Abs. 2 AufenthG. Am 1. August 2015 trat das „Gesetz zur

⁷⁶ Ein Verschulden der ausländischen Person liegt etwa vor, wenn diese falsche Angaben macht, über ihre Identität oder Staatsangehörigkeit täuscht oder zumutbare Anforderungen zur Beseitigung der Ausreisehindernisse nicht erfüllt.
⁷⁷ Vgl. Deutscher Bundestag 2023c, S. 26f.

Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“⁷⁸ in Kraft, mit dem unter anderem eine eigenständige Rechtsgrundlage für das Resettlement-Verfahren geschaffen wurde. Seither gilt § 23 Abs. 4 AufenthG für Aufnahmen im Rahmen von Resettlement, während § 23 Abs. 2 AufenthG Aufnahmen im Rahmen sonstiger humanitärer Aufnahmen regelt. Für die Durchführung der Aufnahmeverfahren ist nach § 75 Nr. 8 AufenthG das BAMF zuständig.

Resettlement stellt ein international anerkanntes flüchtlingspolitisches Instrument dar. Ziel des Resettlements ist es, besonders schutzbedürftigen Personen, die aus ihrem Herkunftsland in einen Erstaufnahmestaat geflohen sind, dort jedoch weder eine Chance auf Integration noch die Aussicht auf Rückkehr in ihr Herkunftsland haben, im aufnahmebereiten Drittstaat Schutz zu bieten und eine neue dauerhafte Perspektive zu eröffnen. Der jährliche, weltweite Resettlementbedarf wird von UNHCR festgestellt. Resettlement-Flüchtlinge erhalten eine Aufnahmezusage im Ausland, dann einen Aufenthaltstitel nach § 23 Abs. 4 AufenthG, sie müssen also kein Asylverfahren durchlaufen.

EU-Resettlementprogramm für das Jahr 2022

Im Rahmen des 11. Forums zu Resettlement, Humanitären Aufnahmen und komplementären Zugangswegen am 9. Juli 2021 hat die Europäische Kommission über ihre Pläne für das neue EU Resettlement-Programm 2022 informiert und die EU-Mitgliedsstaaten aufgefordert, neue Aufnahmeplätze für Resettlement und Humanitäre Aufnahmen für das Jahr 2022 zur Verfügung zu stellen. Vor dem Hintergrund des Koalitionsvertrags der neuen Bundesregierung und der politischen Schwerpunktsetzung auf humanitäre Aufnahmeverfahren hat Deutschland seine Aufnahmeplätze im Jahr 2022 nochmals auf insgesamt 6.000 Plätze erhöht. Davon sollen 3.000 Aufnahmen im Rahmen der Humanitären Aufnahme aus der Türkei und auf Grundlage der Aufnahmeanordnung des BMI vom 17. Januar 2022 erfolgen. 2.500 Resettlement-Aufnahmen sollen aus Jordanien (bis zu 400 Personen), dem Libanon (bis zu 700 Personen), Ägypten (bis zu 800 Personen), Kenia (bis zu 350 Personen) und Libyen über den Evakuierungsmechanismus aus Niger (bis zu 250 Personen) erfolgen. Das BMI hat hierzu am 24. März 2022 eine entsprechende Aufnahmeanordnung erlassen.

Im Rahmen des NesT-Programms (Neustart im Team) sollten 200 Flüchtlinge aufgenommen werden. Weitere 300 Flüchtlinge sollten über die Landesaufnahmeprogramme Berlin und Brandenburgs aus dem Libanon und Jordanien Aufnahme in Deutschland erhalten.

⁷⁸ BGBl. 2015 Teil I Nr. 32: 1386ff.

Tabelle 3-12: Im Resettlement-Programm gemäß § 23 Abs. 4 AufenthG aufgenommene Personen nach Staatsangehörigkeit und letztem Aufenthaltsstaat seit 2015

	2015	2016	2017	2018	2019	2020 ⁵	2021	2022
Geschlecht								
Männlich	243	578	175	224	1.208	104	1.224	1.289
Weiblich	238	661	188	159	1.234	96	1.153	1.211
Insgesamt	481	1.239	363	383	2.442	200	2.377	2.500
Staatsangehörigkeit								
Afghanistan	-	-	-	-	-	-	-	-
Ägypten	-	-	-	1	-	-	-	-
Äthiopien	45	4	17	-	-	-	1	-
Burundi	-	-	-	-	-	-	19	30
Eritrea	200	20	14	240	37	-	96	196
Irak	26	-	9	-	53	-	27	75
Iran	-	-	4	-	-	-	-	-
Jemen	-	-	-	-	5	-	22	65
Jordanien	-	-	-	-	-	-	-	2
Kongo, Demokratische Republik	-	-	-	-	-	-	246	90
Somalia	45	-	8	36	374	25	102	234
Sudan/Südsudan	122	-	131	-	414	-	204	546
Syrien	9	1.188	177	106	1.555	175	1.659	1.262
Staatenlose Palästinenser/-innen	33	27	-	-	2	-	-	-
Sonstige Staatenlose	-	-	-	-	2	-	1	-
Sonstige	1	-	3	-	-	-	-	-
Aufenthaltsstaat vor der Ausreise nach Deutschland								
Ägypten	301	-	256 ¹	107 ³	988	-	291	645
Äthiopien	-	-	-	-	330	25	-	-
Indonesien	-	-	-	-	-	-	-	-
Jordanien	-	-	-	-	346	-	403	490
Kenia	-	-	-	-	-	-	436	476 ⁶
Libanon	-	155	22 ²	-	766	175	1.136	724
Niger	-	-	-	276 ⁴	12 ⁴	-	111	165
Tunesien	-	-	-	-	-	-	-	-
Türkei	-	1.060	-	-	-	-	-	-
Sudan	180	24	-	-	-	-	-	-
Syrien	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	-

1) Das Kontingent von 363 Personen wurde für das Jahr 2017 nachträglich Anfang 2018 mit der Einreise von 107 Personen aus Ägypten, die aus gesundheitlichen Gründen Ende 2017 noch nicht ausreisen konnten, erfüllt.

2) Dabei handelt es sich um Personen, die im Jahr 2017 eingereist sind, aber im Rahmen des Kontingents für das Jahr 2016 aufgenommen wurden.

3) Dabei handelt es sich um Personen, die im Jahr 2018 eingereist sind, aber zum Kontingent des Jahres 2017 gezählt werden.

4) Das Kontingent von 300 Personen konnte im Jahr 2018 nicht erfüllt werden. Weitere 12 Einreisen erfolgten im Jahr 2019. Somit konnten 288 von 300 Personen einreisen.

5) Pandemiebedingt konnten keine Resettlementeinreisen aus dem Verfahren 2020 durchgeführt werden.

6) Davon sind 21 Personen im Jahr 2022 eingereist, die aber zum Kontingent des Jahres 2021 gezählt werden.

Quelle: BAMF

Im Rahmen des Resettlement-Verfahrens unter der Aufnahmeanordnung 2022 wurden insgesamt 2.500 Personen aufgenommen, die im Jahr 2022 und 2023 eingereist sind, darunter 1.211 Frauen und Mädchen (Anteil: 48,4 %). Somit nahm Deutschland unter der Aufnahmeanordnung 2022 724 Personen aus dem Libanon, 476 aus Kenia, 490 aus Jordanien und 165 aus dem Niger sowie 645 Personen aus Ägypten auf. Aufgrund des späten Beginns der Resettlement-Verfahren 2022 sowie aufgrund krankheitsbedingter Ausreiseverzögerungen wurden die letzten Einreisen erst im Mai 2023 umgesetzt. Über das NesT-Programm wurden insgesamt 13 Geflüchtete mit Stand Ende März 2023 aufgenommen.

Im Rahmen der humanitären Aufnahme aus der Türkei reisten im Jahr 2022 insgesamt 2.857 Flüchtlinge ein. Über die Landesaufnahmeprogramme der Bundesländer Berlin und Brandenburg reisten im Verfahren 2022 insgesamt 317 Flüchtlinge nach Deutschland ein (112 Personen aus dem Libanon für Berlin und 205 Personen aus Jordanien für Brandenburg).

3.4.3 Aufenthaltsgewährung in Härtefällen

Nach § 23a Abs. 1 AufenthG kann die oberste Landesbehörde anordnen, dass einer ausländischen Person, die vollziehbar ausreisepflichtig ist, abweichend von den in diesem Gesetz festgelegten Erteilungs- und Verlängerungsvoraussetzungen für einen Aufenthaltstitel eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird, wenn eine von der Landesregierung durch Rechtsverordnung eingerichtete Härtefallkommission darum ersucht. Voraussetzung für ein Härtefallersuchen ist, dass nach den Feststellungen der Härtefallkommission dringende humanitäre oder persönliche Gründe vorliegen (§ 23a Abs. 2 AufenthG). Diese Möglichkeit gibt es seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005. Dabei ist zu beachten, dass die Härtefallkommission nach § 23a Abs. 2 S. 2 AufenthG ausschließlich im Wege der Selbstbefassung tätig wird. Dritte, insbesondere betroffene ausländische Staatsangehörige, können nicht verlangen, dass sich die Härtefallkommission mit einem bestimmten Einzelfall befasst oder eine bestimmte Entscheidung trifft. Mittlerweile sind in allen Bundesländern solche Härtefallkommissionen eingerichtet worden.

Tabelle 3-13: Erteilte Aufenthaltserlaubnisse nach der Härtefallregelung des § 23a AufenthG nach Bundesländern (Bestandszahlen zum 31. Dezember 2022)

Bundesland	2022
Baden-Württemberg	485
Bayern	455
Berlin	1.905
Brandenburg	110
Bremen	150
Hamburg	130
Hessen	325
Mecklenburg-Vorpommern	80
Niedersachsen	1.050
Nordrhein-Westfalen	2.400
Rheinland-Pfalz	880
Saarland	65
Sachsen	370
Sachsen-Anhalt	175
Schleswig-Holstein	225
Thüringen	1.255
Insgesamt	10.060

Anmerkung: Die überwiegende Zahl der Personen, die zum 31. Dezember 2022 eine Aufenthaltstitel nach § 23a AufenthG innehatten, lebte seit mehr als 6 Jahren in Deutschland (8.490 Personen, 84,4 %).

Quelle: Ausländerzentralregister

Ende 2022 lebten 10.060 Personen in Deutschland, die einen Aufenthaltstitel nach § 23a AufenthG innehatten (vgl. Tabelle 3-13), darunter 1.280 albanische Staatsangehörige (12,7 %). Die weiteren Hauptstaatsangehörigkeiten bildeten der Kosovo (1.255 Personen bzw. 12,5 %), Serbien (970 Personen bzw. 9,6 %) sowie die Russischen Föderation (635 Personen bzw. 6,3 %).

3.4.4 Jüdische Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion

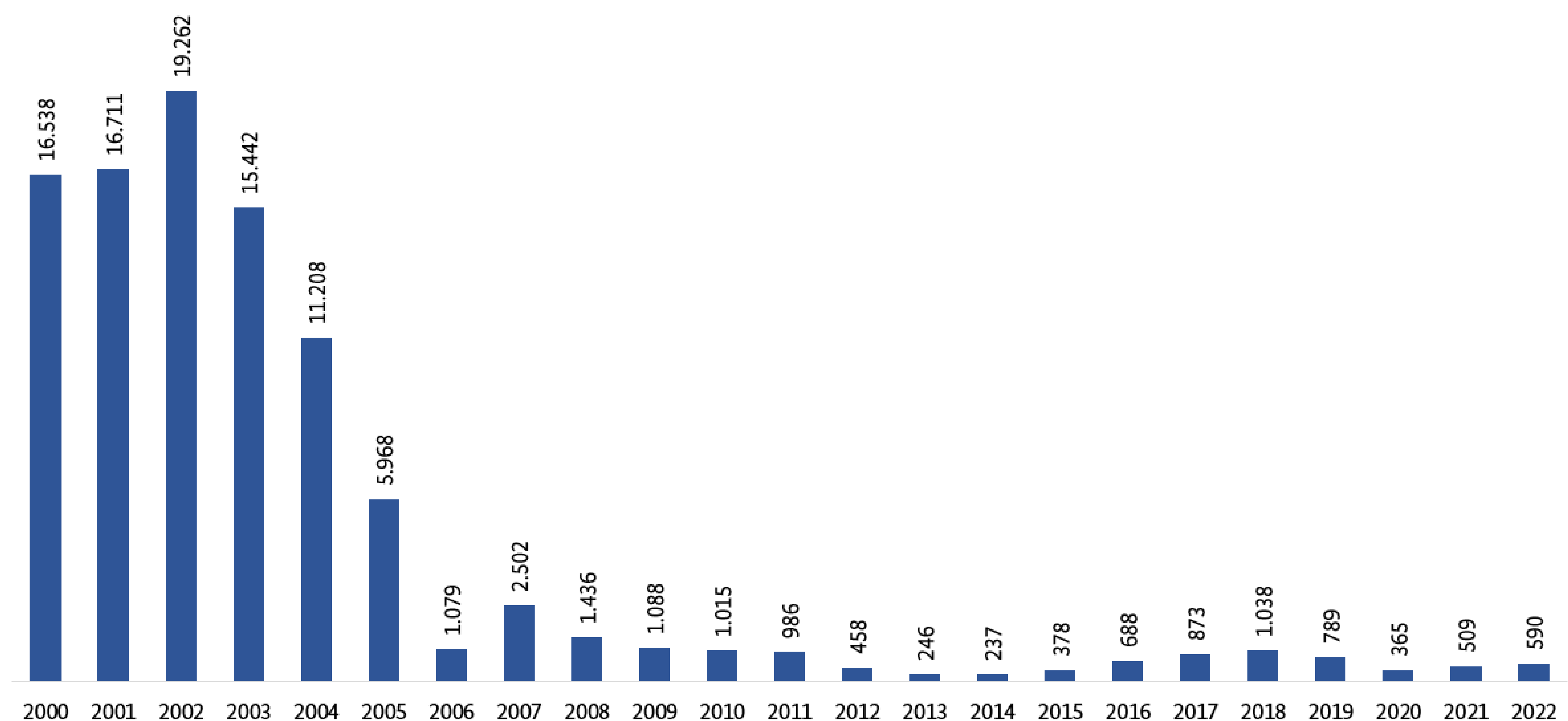
Seit 1990 nimmt Deutschland jüdische Personen und ihre Familienangehörigen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion auf.⁷⁹ Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland ist mit 90.885 Mitgliedern und 105 Gemeinden die Drittgrößte in Europa. Ein Großteil der Mitglieder sind jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion.⁸⁰

Seit dem Jahr 1991 ist die Aufnahme in einem Verfahren geregelt.⁸¹ Ziel des Verfahrens ist die Stärkung des jüdischen Lebens in Deutschland vor dem Hintergrund der historischen Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus. Die Antragstellenden dürfen nicht in der Vergangenheit schon in einem anderen Drittstaat (z. B. Israel, Vereinigte Staaten) ihren Wohnsitz genommen haben. Diese Personen

⁷⁹ Vgl. den Beschluss des Ministerrats der DDR vom 11. Juli 1990 sowie den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 9. Januar 1991.
⁸⁰ Vgl. ZWST 2023.
⁸¹ Zu den rechtlichen Grundlagen der jüdischen Zuwanderung und Aufnahmevoraussetzungen vgl. BMI & BAMF 2010, Kapitel 2.6.1, BMI & BAMF 2014, S. 82f, Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012, S. 561ff. und Anordnung des Bundesministeriums des Innern gemäß § 23 Abs. 2 AufenthG über die Aufnahme jüdischer Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion mit Ausnahme der Baltischen Staaten vom 24. Mai 2007 in der Fassung vom 22. April 2020.

können nur nach den allgemeinen Regeln des Aufenthaltsgesetzes nach Deutschland übersiedeln. Die im Rahmen des jüdischen Zuwanderungsverfahrens in Deutschland aufgenommenen Zuwanderinnen und Zuwanderer erhalten eine Niederlassungserlaubnis. In das Verfahren können Eheleute und minderjährige ledige Kinder, die nicht selbst antragsberechtigt sind, einbezogen werden. Nicht selbst antragsberechtigte Familienangehörige erhalten eine Aufenthaltserlaubnis.

Abbildung 3-44: Jüdische Zuwanderung einschließlich Familienangehöriger aus Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion seit 2000



Anmerkung: Für die Jahre 2014 und 2015 ist die Zahl der Einreisen aufgrund unzureichender Meldungen durch die Bundesländer etwas zu niedrig ausgewiesen.

Quelle: Bundesverwaltungsamt, BAMF

Zwischen 2000 und 2022 sind 99.406 jüdische Zuwandernde einschließlich ihrer Familienangehörigen aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland gekommen. Hinzu kommen 111.981 Personen zwischen 1993 und 1999 sowie 8.535 Personen, die bis Ende 1992 im unregelmäßigen Verfahren eingereist waren, so dass in der Summe 219.922 Personen zu verzeichnen sind. Nachdem sich der Zuzug im Zeitraum von 1995 bis 2003 auf 15.000 bis 20.000 Zuwanderinnen und Zuwanderer pro Jahr einpendelte, sank die Zahl der eingereisten Personen in den Folgejahren deutlich ab (vgl. Abbildung 3-44). 2022 gab es wieder einen leichten Anstieg auf 590 Personen. Die Ursachen für diesen Rückgang sind heterogen. Das Interesse der noch in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion lebenden jüdischen Menschen an einer Einwanderung nach Deutschland hat nachgelassen. Auch die seit 2005 veränderten Zugangsbedingungen⁸² tragen mit zu dieser Entwicklung bei. Hauptherkunftsländer der jüdischen Zuwanderung sind die Ukraine sowie die Russische Föderation.

Als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine im Februar 2022 wurde ein Sonderaufnahmeverfahren für jüdische Personen eingerichtet, die aufgrund des Krieges aus der Ukraine nach Deutschland geflüchtet sind. Die Antragstellung für diesen Personenkreis ist an bestimmte Aufnahmevoraussetzungen gebunden und gilt für folgende Personengruppen:

⁸² Vgl. BMI & BAMF 2008, S. 94.

- Ukrainische Staatsangehörige, die vor dem 24. Februar 2022 einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Ukraine hatten;
- Staatenlose und andere Staatsangehörige als der Ukraine, die vor dem 24. Februar 2022 nachweislich einen nach ukrainischem Recht für einen Aufenthalt von mehr als 90 Tagen erteilten gültigen Aufenthaltstitel besaßen und sich dort am 24. Februar 2022 rechtmäßig aufgehalten hatten.

Von den 590 Personen haben 477 eine Aufnahmezusage im Sonderaufnahmeverfahren für jüdische Zugewanderte aus der Ukraine erhalten (Anteil: 80,8 %).

3.5 Migration aus familiären Gründen

Die Einreise und der Aufenthalt von Familienangehörigen aus Drittstaaten in Deutschland lebender Personen ist in den §§ 27 bis 36a AufenthG geregelt. Der Familiennachzug wird mit Blick auf Art. 6 Abs. 1 GG zum Schutz von Ehe und Familie gewährt (§ 27 Abs. 1 AufenthG). Die Regelungen finden Anwendung auf den Zuzug zu deutschen Staatsangehörigen und zu Personen, die keine EU-Staatsangehörigen bzw. Familienangehörige von EU-Staatsangehörigen sind.⁸³ Der Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen zu ausländischen EU-Staatsangehörigen sowie zu deutschen Staatsangehörigen, die von ihrem Freizügigkeitsrecht Gebrauch gemacht haben, richtet sich grundsätzlich nach dem Freizügigkeitsgesetz/EU (§§ 2 ff. FreizügG/EU). Familiäre Bindungen können auch die Migration von EU-Staatsangehörigen betreffen, siehe dazu Kapitel 2.

Grundsätze des Familiennachzugs

Der Familiennachzug bezeichnet den Nachzug von im Ausland lebenden Familienangehörigen und ist grundsätzlich begrenzt auf die Kernfamilie, d. h. die Ehe- bzw. Lebenspartnerin oder den Ehe- bzw. Lebenspartner und minderjährige ledige Kinder bzw. Eltern von minderjährigen Kindern. Sonstige Familienmitglieder können nur in Ausnahmefällen nachziehen. Zudem setzt der Familiennachzug in der Regel voraus, dass der Lebensunterhalt für nachziehende Familienangehörige ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel gesichert ist (§ 27 Abs. 3 AufenthG; § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG; Ausnahme etwa in § 29 Abs. 2 AufenthG) sowie ausreichender Wohnraum zur Verfügung steht (§ 29 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG, Ausnahme etwa in § 29 Abs. 2 AufenthG). Auch Aufenthaltstitel aus familiären Gründen berechtigen zur Ausübung jeder Erwerbstätigkeit (§ 4a AufenthG).

Familiennachzug zu ausländischen Staatsangehörigen

Voraussetzung für den Familiennachzug zu einem Drittstaatsangehörigen ist grundsätzlich, dass die bereits hier lebende ausländische Person eine Niederlassungserlaubnis, eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU, eine Aufenthaltserlaubnis, eine Blaue Karte EU oder eine (Mobiler-)ICT-Karte besitzt oder sich gemäß § 18e AufenthG (kurzfristige Mobilität für Forscherinnen und Forscher) berechtigt im Bundesgebiet aufhält und ausreichender Wohnraum zur Verfügung steht (§ 29 Abs. 1 AufenthG). Jedoch können die Referenzperson und deren Angehörige auch gleichzeitig Visaanträge an einer Auslandsvertretung stellen, wenn die gemeinsame Übersiedlung geplant ist und die Erteilungsvoraussetzungen für alle Familienmitglieder vorliegen.

⁸³ Für diese gilt das EU-Freizügigkeitsrecht.

Bei verheirateten Paaren müssen in der Regel beide das 18. Lebensjahr vollendet haben (§ 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AufenthG). Die nachziehende Ehe- bzw. Lebenspartnerin oder der Ehe- bzw. Lebenspartner muss in der Regel vor der Einreise einfache Deutschkenntnisse⁸⁴ nachweisen (§ 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 AufenthG). Hierzu gibt es jedoch eine Reihe von Ausnahmen (§ 30 Abs. 1 S. 2 und S. 3 Nr. 1 bis Nr. 8 AufenthG), die in der folgenden Infobox zusammengefasst sind. Die Aufenthaltserlaubnis kann ansonsten bei fehlender Volljährigkeit zur Vermeidung einer besonderen Härte abweichend von § 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AufenthG erteilt werden (§ 30 Abs. 2 AufenthG).

Infobox: Ausnahmen von der Nachweispflicht einfacher deutscher Sprachkenntnisse im Familiennachzug	
Rechtliche Regelung	Der Nachweis von einfachen deutschen Sprachkenntnissen ist nicht erforderlich, wenn ...
§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 1 AufenthG	Humanitärer Titel: ... bereits in Deutschland lebende Drittstaatsangehörige einen Aufenthaltstitel als Resettlement-Flüchtling (nach § 23 Abs. 4 AufenthG) ⁸⁵ besitzen, asylberechtigt sind, oder einen Schutzstatus als GFK-Flüchtling oder einen subsidiären Schutzstatus innehaben und die Ehe- bzw. Lebenspartnerschaft bereits bestand, als die Ehe- bzw. Lebenspartnerin oder der Ehe- bzw. Lebenspartner ihren oder seinen Lebensmittelpunkt nach Deutschland verlegt hat.
§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 2 AufenthG	Gesundheit: ... die nachziehende Ehe- bzw. Lebenspartnerin oder der nachziehende Ehe- bzw. Lebenspartner aufgrund einer im Einzelfall festgestellten körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung oder Krankheit nicht in der Lage ist, einfache deutsche Sprachkenntnisse nachzuweisen.
§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 3 AufenthG	Geringer Integrationsbedarf: ... bei der nachziehenden Ehe- bzw. Lebenspartnerin oder dem Ehe- bzw. Lebenspartner nach Einzelfallprüfung ein erkennbar geringer Integrationsbedarf besteht.
§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 4 AufenthG	Visumsfreier Aufenthalt: ... die Ehe- bzw. Lebenspartnerin oder der Ehe- bzw. Lebenspartner eine Staatsangehörigkeit besitzt, die auch für einen Aufenthalt, der kein Kurzaufenthalt ist, die visumfreie Einreise und den visumfreien Aufenthalt im Bundesgebiet gestattet.
§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 5 AufenthG	Blaue Karte EU/ICT-Karte/Mobiler-ICT-Karte/Forschende/mobile Forschende: ... bereits in Deutschland lebende Drittstaatsangehörige im Besitz einer Blauen Karte EU, ICT-Karte oder Mobiler-ICT-Karte sind oder eine Aufenthaltserlaubnis als (mobile) Forschende haben.
§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 6 AufenthG	Härtefall: ... es der Ehe- bzw. Lebenspartnerin oder dem Ehe- bzw. Lebenspartner aufgrund besonderer Umstände des Einzelfalles nicht möglich oder nicht zumutbar ist, vor der Einreise einfache deutsche Sprachkenntnisse zu erwerben. ⁸⁶
§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 7 AufenthG	Besonderer Aufenthaltstitel

⁸⁴ Einfache Sprachkenntnisse entsprechen der ersten Stufe (A1) auf der sechsstufigen Kompetenzskala des GER.

⁸⁵ Durch das am 1. August 2015 in Kraft getretene „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ wurde in das Aufenthaltsgesetz der § 23 Abs. 4 AufenthG eingefügt (BGBl. 2015 Teil I Nr. 32: 1386ff.). Aufgrund dieser Regelung kann das BMI im Rahmen der Neuansiedlung von Schutzsuchenden im Benehmen mit den obersten Landesbehörden anordnen, dass das BAMF bestimmten, für eine Neuansiedlung ausgewählten Schutzsuchenden (Resettlement-Flüchtlinge) eine Aufnahmezusage erteilt. Vgl. hierzu Kapitel 3.4.2.3.

⁸⁶ Die Härtefallklausel des § 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 6 AufenthG wurde mit dem „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ in das Aufenthaltsgesetz aufgenommen. Das Vorliegen eines Härtefalls ist im Rahmen des Visumverfahrens durch die zuständige Auslandsvertretung zu beurteilen. Ein Härtefall kann beispielsweise gegeben sein, wenn es dem ausländischen Ehe- bzw. Lebenspartner oder der ausländischen Ehe- bzw. Lebenspartnerin nicht zugemutet werden kann, vor der Einreise Bemühungen zum Erwerb einfacher deutscher Sprachkenntnisse zu unternehmen, oder es ihr oder ihm trotz ernsthafter Bemühungen von etwa einem Jahr Dauer nicht gelungen ist, das erforderliche Sprachniveau zu erreichen. Für die Dauer der Corona-Pandemie wurde der Zeitraum für ernsthafte Bemühungen auf in der Regel 6 Monate reduziert. Diese Rechtsänderung dient insbesondere der Umsetzung des Urteils des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) vom 10. Juli 2014 (Urteil in der Rechtssache C-138/13, vgl. dazu Gerichtshof der Europäischen Union 2014). Dort wurde entschieden, dass das 2007 eingeführte ausnahmslose Spracherfordernis nicht mit der sogenannten Stillhalteklausele des Assoziierungsabkommens mit der Türkei vereinbar ist. Der Sprachnachweis im Herkunftsland erschwere die Familienzusammenführung und stelle deshalb eine neue Beschränkung der Ausübung der Niederlassungsfreiheit durch türkische Staatsangehörige im Sinne dieser Klausel dar. Der EuGH hielt jedoch auch fest, dass die Einführung einer neuen Beschränkung zugelassen werden könne, sofern sie durch einen zwingenden Grund des Allgemeininteresses gerechtfertigt und geeignet ist, „die Erreichung des angestrebten legitimen Zieles zu erreichen“, und nicht über das hierfür Erforderliche hinausgehe. Da der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz generell gilt, ist die Möglichkeit der Berücksichtigung besonderer Umstände des Einzelfalles von grundsätzlicher Bedeutung, so dass zur Klarstellung für den Nachzug von Eheleuten bzw. Lebenspartnerin oder Lebenspartner eine allgemeine Härtefallklausel in das Aufenthaltsgesetz eingeführt wurde (§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 6 AufenthG).

	... bereits in Deutschland lebende Drittstaatsangehörige, die einen Aufenthaltstitel nach § 18c Abs. 3 AufenthG als Hochqualifizierte bzw. Hochqualifizierter oder nach § 21 AufenthG als Selbstständige besitzen und die Ehe bereits bestand, als sie ihren Lebensmittelpunkt in das Bundesgebiet verlegten.
§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 8 AufenthG	Niederlassungserlaubnis und Daueraufenthalt-EU ... bereits in Deutschland lebende Drittstaatsangehörige unmittelbar vor der Erteilung einer Niederlassungserlaubnis oder einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU Inhaberinnen und Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis nach § 18d AufenthG als Forschende waren.

Quelle: Eigene Darstellung

Familiennachzug zu Inhaberinnen und Inhabern humanitärer Titel

Bei Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen sowie Resettlement-Flüchtlingen ist zur Wahrung der Familieneinheit vom Nachweis ausreichenden Wohnraums und hinreichender Lebensunterhaltssicherung abzusehen, wenn der Antrag innerhalb von 3 Monaten nach der unanfechtbaren Anerkennung bzw. nach Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis gestellt wird und die Herstellung der familiären Lebensgemeinschaft in einem Staat, der nicht Mitglied der EU ist und zu dem die ausländische Person oder ihre Familienangehörigen eine besondere Bindung haben, grundsätzlich nicht möglich ist (§ 29 Abs. 2 AufenthG). Der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte im Sinne des § 4 Abs. 1 AsylG, denen nach dem 17. März 2016 eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde, wurde zwischenzeitlich bis zum 16. März 2018 ausgesetzt (§ 104 Abs. 13 AufenthG). Diese zweijährige Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten wurde nochmals bis zum 31. Juli 2018 verlängert. Seit dem 1. August 2018 kann aus humanitären Gründen monatlich bis zu 1.000 Familienangehörigen von subsidiär schutzberechtigten Personen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden (§ 36a AufenthG).⁸⁷ Humanitäre Gründe liegen beispielsweise nach § 36a Abs. 2 Nr. 2 AufenthG insbesondere dann vor, wenn die Herstellung der familiären Lebensgemeinschaft seit langer Zeit nicht möglich ist oder ein minderjähriges lediges Kind betroffen ist. Das Kindeswohl ist besonders zu berücksichtigen.

Der Familiennachzug zu Personen, die über bestimmte humanitäre Aufnahmeprogramme nach Deutschland gekommen sind oder für die ein (nationales) Abschiebungsverbot festgestellt worden ist, ist nur aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland möglich (§ 29 Abs. 3 AufenthG).

Familiennachzug von Kindern

Der Nachzug von Kindern zu ausländischen Eltern bzw. einem ausländischen Elternteil richtet sich nach § 32 AufenthG. Einem minderjährigen ledigen Kind ist eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn beide Eltern oder der allein personensorgeberechtigte Elternteil einen der in § 32 Abs. 1 AufenthG genannten Aufenthaltstitel besitzen. Kinder von Personen, die sich gemäß § 18e AufenthG (kurzfristige Mobilität für Forschende) berechtigt im Bundesgebiet aufhalten, benötigen keinen Aufenthaltstitel (§ 32 Abs. 5 AufenthG).

Hat das minderjährige ledige Kind das 16. Lebensjahr bereits vollendet und verlegt es seinen Lebensmittelpunkt nicht zusammen mit den Eltern oder dem allein personensorgeberechtigten Elternteil in das Bundesgebiet, muss grundsätzlich das Kind zusätzlich die deutsche Sprache beherrschen⁸⁸ oder es muss

⁸⁷ Die § 22 AufenthG (Aufnahme aus dem Ausland aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen) und § 23 AufenthG (Aufenthaltsgewährung durch die obersten Landesbehörden; Aufnahme bei besonders gelagerten politischen Interessen; Neuansiedlung von Schutzsuchenden) bleiben unberührt.

⁸⁸ Gemäß § 2 Abs. 12 AufenthG beherrscht eine ausländische Person die deutsche Sprache, wenn ihre Sprachkenntnisse dem Niveau C 1 des GER entsprechen.

als gewährleistet erscheinen, dass es sich aufgrund seiner bisherigen Ausbildung in die Lebensverhältnisse in Deutschland einfügen kann (§ 32 Abs. 2 S. 1 AufenthG).

Diese letztgenannten besonderen Voraussetzungen entfallen jedoch, wenn beide Eltern oder der allein sorgeberechtigte Elternteil eine Aufenthaltserlaubnis aufgrund der Asylberechtigung oder des Status als international Schutzberechtigte oder Resettlement-Flüchtlinge oder im Anschluss daran eine Niederlassungserlaubnis besitzen (§ 32 Abs. 2 S. 2 Nr. 1 AufenthG). Ebenso entfallen sie, wenn beide Eltern bzw. ein Elternteil Inhaberin oder Inhaber eines in § 32 Abs. 2 S. 2 Nr. 2 AufenthG enumerativ aufgeführten Aufenthaltstitels, wie beispielsweise einer Blauen Karte EU, sind. Im Übrigen kann dem minderjährigen ledigen Kind einer ausländischen Person eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn es aufgrund der Umstände des Einzelfalls unter Berücksichtigung des Kindeswohls und der familiären Situation zur Vermeidung einer besonderen Härte erforderlich ist (§ 32 Abs. 4 AufenthG). Der Kindernachzug zu Eltern, denen subsidiärer Schutz zuerkannt wurde, richtet sich seit dem 1. August 2018 nach § 36a AufenthG; hierbei bleibt die Möglichkeit einer Aufnahme nach den §§ 22 und 23 AufenthG jedoch unberührt.

Elternnachzug und Familiennachzug von sonstigen Familienangehörigen

Eltern eines minderjährigen Asylberechtigten oder anerkannten GFK-Flüchtlings oder Resettlement-Flüchtlings ist eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn sich kein sorgeberechtigter Elternteil im Bundesgebiet aufhält (§ 36 Abs. 1 AufenthG). Den Eltern eines subsidiär Schutzberechtigten kann gemäß § 36a Abs. 1 S. 2 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Der Nachzug Familienangehöriger, die nicht zur sogenannten Kernfamilie zählen, kann in Ausnahmefällen gewährt werden, wenn es zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Härte, die familienbezogen sein muss, erforderlich ist (§ 36 Abs. 2 AufenthG).

Familiennachzug zu deutschen Staatsangehörigen

Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen oder Ehe- bzw. Lebenspartnern, minderjährigen ledigen Kindern sowie dem Elternteil eines minderjährigen Kindes zur Ausübung der Personensorge wird nach § 28 Abs. 1 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis erteilt, wenn das Familienmitglied, zu dem ein Nachzug erfolgen soll, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt und seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat. Dem minderjährigen ledigen Kind sowie dem Elternteil eines minderjährigen ledigen Kindes ist abweichend von der Regelerteilungsvoraussetzung des gesicherten Lebensunterhalts nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen (§ 28 Abs. 1 S. 2 AufenthG). Dem Ehe- bzw. Lebenspartner oder der Ehe- bzw. Lebenspartnerin von deutschen Staatsangehörigen soll die Aufenthaltserlaubnis in der Regel abweichend von § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG erteilt werden. Auch hier gilt, dass die Ehe- oder Lebenspartnerin bzw. der Ehe- oder Lebenspartner sich zumindest auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen können muss (§ 28 Abs. 1 S. 5 i. V. m. § 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 AufenthG).

Künftige Änderungen durch das Chancen-Aufenthalts-gesetz und das Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung

Das Inkrafttreten des Chancen-Aufenthalts-gesetzes zum 31. Dezember 2022 sowie des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung ab November 2023 bringt jeweils auch Änderungen im Familiennachzug mit sich. Im Chancen-Aufenthaltsrecht wurden insbesondere die Ausnahmen von der Nachweispflicht einfacher deutscher Sprachkenntnisse im Familiennachzug auf alle Fachkräfte ausgeweitet. Mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung wird der Familiennachzug für Fachkräfte zudem auch für deren Eltern und Schwiegereltern ermöglicht.

Datengrundlage

Eine Grundlage für die Erfassung des Familiennachzugs ist die Visastatistik des Auswärtigen Amtes. Sie weist diejenigen Fälle aus, in denen in einer deutschen Vertretung im Ausland ein Visum auf Nachzug eines Familienangehörigen erteilt worden ist. Dabei kann nicht automatisch auf die Staatsangehörigkeit der Antragstellerinnen und Antragsteller geschlossen werden. Die Visastatistik weist diese nicht aus, sondern bezieht sich auf den jeweiligen Ort der Antragstellung.⁸⁹ Ob das erteilte Visum im Anschluss auch tatsächlich zur Einreise nach Deutschland genutzt wurde und ob in Deutschland tatsächlich ein Aufenthaltstitel aus familiären Gründen beantragt und gewährt wurde, lässt sich anhand dieser Zahlen nicht darstellen.

Seit dem Jahr 2005 kann neben der Visastatistik des Auswärtigen Amtes auch das AZR als Datenquelle für den Familiennachzug genutzt werden. Das AZR liefert insofern ein umfassenderes Bild, da es die Fälle erfasst, in denen Drittstaatsangehörige nach Einreise in Deutschland im selben Jahr – nach Antragstellung – einen Aufenthaltstitel aus familiären Gründen erhalten haben. Außerdem weist das AZR als Datenquelle die Staatsangehörigkeit dieser Person aus. Darüber hinaus können ausländische Personen, die ursprünglich zu einem anderen Zweck (z. B. zur Erwerbstätigkeit, Ausbildung) nach Deutschland eingereist sind, durch einen Statuswechsel zu einem späteren Zeitpunkt eine Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen erhalten, etwa aufgrund einer Eheschließung im Inland. Diese Fälle gehen nicht in die im Folgenden dargestellten Daten aus der Visastatistik des Auswärtigen Amtes bzw. aus dem AZR ein.

Der Familiennachzug unterteilt sich in den Nachzug von Eheleuten bzw. Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern, den Nachzug von minderjährigen Kindern sowie den von sonstigen Familienangehörigen zu ausländischen oder deutschen Staatsangehörigen. Seit dem Berichtsjahr 2018 wird der Nachzug zu minderjährigen Kindern in der Visastatistik getrennt ausgewiesen, zuvor wurde diese Gruppe unter der Kategorie „sonstige Familienangehörige“ erfasst.

Im Folgenden wird zunächst die Entwicklung des Familiennachzugs seit 2010 anhand der Visastatistik des Auswärtigen Amtes nachgezeichnet. Im Anschluss daran wird der Familiennachzug auf der Basis des AZR dargestellt.

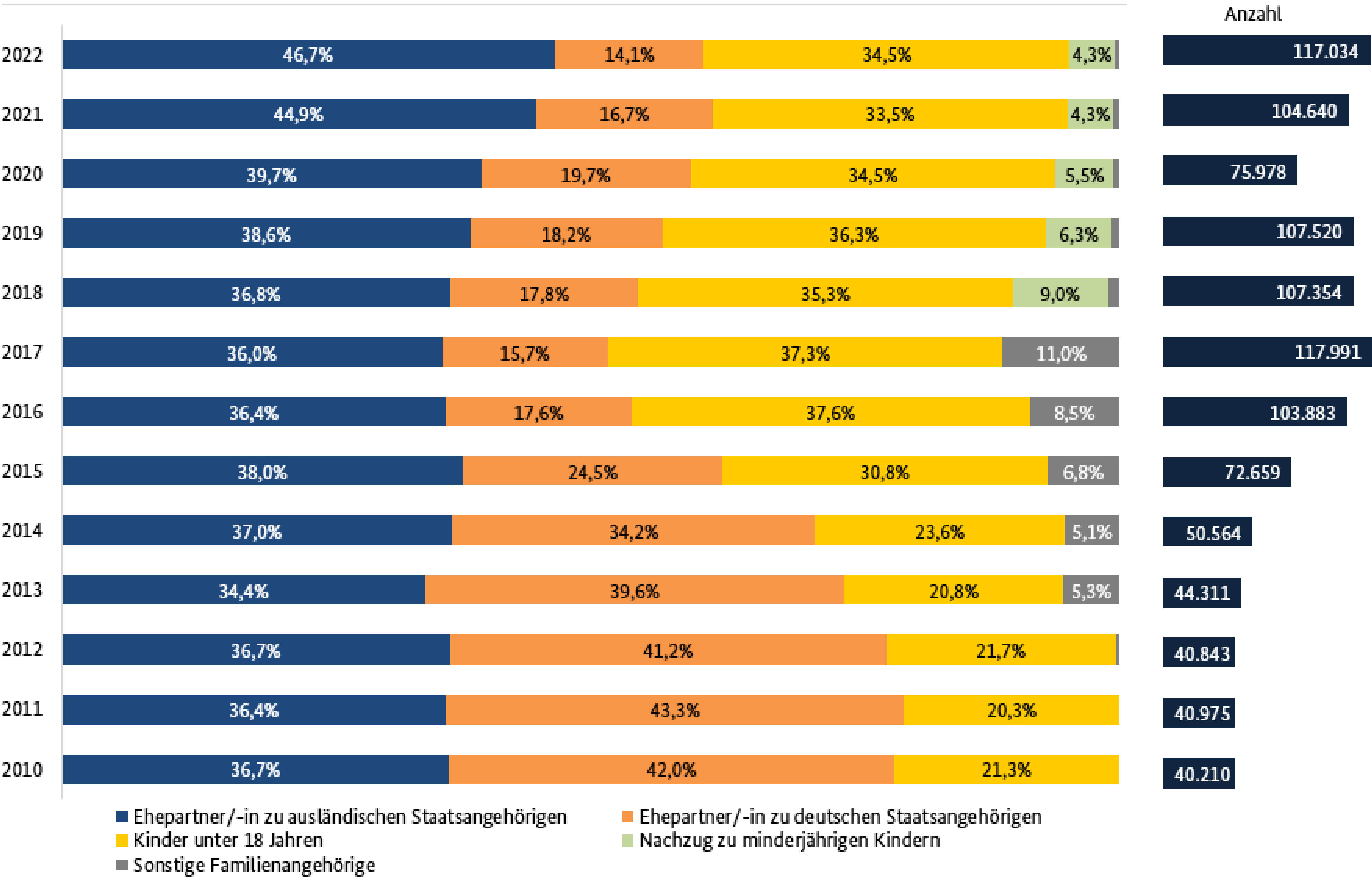
3.5.1 Familiennachzug nach der Visastatistik

Im Regelfall ist es für den Familiennachzug erforderlich, dass von der deutschen Auslandsvertretung nach Zustimmung der örtlichen Ausländerbehörde vor der Einreise ein Visum zum Zwecke der Familienzusammenführung erteilt wird. Staatsangehörige von Australien, Israel, Japan, Kanada, der Republik Korea, Neuseeland und den USA benötigen kein entsprechendes Visum⁹⁰, ebenso wie Staatsangehörige von Andorra, Brasilien, El Salvador, Honduras, Monaco und San Marino unter den weiteren genannten Voraussetzungen des § 41 Abs. 2 AufenthV. EU-Staatsangehörige sowie Staatsangehörige der anderen Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums und der Schweiz sind freizügigkeitsberechtigt und können daher unabhängig davon, zu wem sie nachziehen, visumfrei einreisen. Die Erteilung von Visa an sonstige Familienangehörige wird in der Visastatistik des Auswärtigen Amtes erst seit dem Jahr 2012 separat ausgewiesen.

⁸⁹ Beispielweise ist im Falle Libanons anzunehmen, dass libanesisische Staatsangehörige in der Regel bei der deutschen Vertretung in Beirut vorstellig werden, um ein Visum für die Familienzusammenführung zu erhalten. Zugleich beantragen u.a. auch Staatsangehörige aus Syrien dort Visa zum Zweck des Familiennachzugs. Vgl. Deutscher Bundestag 2022.

⁹⁰ Staatsangehörige dieser Länder können einen erforderlichen Aufenthaltstitel auch nach der Einreise einholen (§ 41 Abs. 1 AufenthV).

Abbildung 3-45: Erteilte Visa für den Familiennachzug seit 2010



Anmerkungen: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen. Die Kategorien zu Ehepartnerinnen und Ehepartnern beinhalten auch Lebenspartnerinnen und Lebenspartner. Der Nachzug zu minderjährigen Kindern wurde im Berichtsjahr 2018 erstmals getrennt ausgewiesen, zuvor war diese Gruppe unter der Kategorie „sonstige Familienangehörige“ erfasst.

Quelle: BMI mit Rückgriff auf Daten aus dem Auswärtigen Amt

In den Jahren 2010 bis 2012 blieb die Zahl der Visumerteilungen zum Zweck des Familiennachzugs relativ konstant. Seit 2013/2014 stiegen die Zahlen jedoch deutlich an. Nachdem die Zahl der Erteilungen zwischen 2015 und 2016 um 43,0 % gestiegen ist, wurde im Jahr 2017 erneut ein Zuwachs um 13,6 % verzeichnet. Die erhebliche Zunahme im Jahr 2015 hängt wesentlich mit den Staatsangehörigen Syriens zusammen, die in die Anrainerstaaten (v. a. Türkei, Libanon, Jordanien) flüchteten. In den Jahren 2017 bis 2019 lag die Zahl der Erteilungen jeweils bei über 100.000 Visa. Im Jahr 2020 ging die Zahl um 29,3 % auf 75.978 zurück (2019: 107.520), was wesentlich mit den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie zusammenhing.⁹¹ Die Anzahl der erteilten Visa stieg im Jahr 2021 wieder auf 104.640 und im Jahr 2022 weiter um 11,8 % auf 117.034. Damit wurde wieder das Niveau von 2017 erreicht (vgl. Abbildung 3-45 und Tabelle 3-46 im Anhang).

Bei der Betrachtung der Zahl der erteilten Visa zum Zuzug von Ehe-bzw. Lebenspartnerinnen oder Ehe-bzw. Lebenspartnern zeigt sich, dass die Visa für den Zuzug von ausländischen zu deutschen Staatsangehörigen zwischen 2010 und 2013 zahlreicher waren als die für den Nachzug zu ausländischen Staatsangehörigen. Seitdem nahm der Anteil der Visa zum Zweck des Nachzugs zu deutschen Staatsangehörigen ab, während der Anteil der Visa zum Zweck des Nachzugs zu ausländischen Staatsangehörigen bis 2018 konstant blieb und seit 2019 ansteigt. Visa für den Nachzug von Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen und Ehe- bzw.

⁹¹ Vgl. BMI & BAMF 2022, S. 117

Lebenspartnern zu ausländischen Staatsangehörigen bildeten 2022 die zahlenmäßig stärkste Gruppe mit einem Anteil von 46,7 % an allen erteilten Visa zum Familiennachzug. Der Anteil der Visa für Eheleute bzw. Lebenspartnerinnen und Lebenspartner, die zu einer deutschen Person nachzogen, lag bei 14,1 %, im Vorjahr betrug dieser Anteil noch 16,7 % (vgl. Abbildung 3-45). Insgesamt wurden 54.603 Visa für den Nachzug zu in Deutschland lebenden ausländischen Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen oder Ehe- bzw. Lebenspartnern sowie 16.526 Visa für den Nachzug zu deutschen Ehe- oder Lebenspartnerinnen bzw. Ehe- oder Lebenspartnern erteilt (2021: 46.959 Visa für den Familiennachzug zu ausländischen Personen und 17.499 für den Nachzug zu deutschen Staatsangehörigen).

Nachdem sich der Anteil der Visa zum Zweck des Kindernachzugs am Gesamtfamiliennachzug im Zeitraum von 2010 bis 2014 relativ konstant zwischen 20 % und 25 % bewegte, nahm dieser ab dem Jahr 2015 deutlich zu. Diese Entwicklung stand im Zusammenhang mit der gestiegenen Folgemigration zu anerkannten Schutzberechtigten. 2022 wurden 40.422 Visa an nachziehende Kinder erteilt (+15,2 % im Vergleich zu 2021). Das entsprach einem Anteil von 34,5 % an allen nachgereisten Familienangehörigen (vgl. Abbildung 3-45 und Tabelle 3-46 im Anhang). Seit 2018 wird der Nachzug zu minderjährigen Kindern getrennt ausgewiesen. 2022 wurden 4.980 Visa aus diesem Grund ausgestellt. Der Anteil dieser Kategorie an allen ausgestellten Visa ging seit 2018 von 9,0 % auf 4,3 % in den Jahren 2021 und 2022 zurück. Auf sonstige Familienangehörige entfielen 2022 0,4 % aller Visa.

Im Jahr 2022 wurden in Indien die meisten Visa zum Zweck des Familiennachzugs ausgestellt (12,2 % bzw. 14.297, 2021: 9.857). Die größte Gruppe mit einem Anteil von 60,6 % (bzw. 8.670 Visa) bildete dabei der Nachzug von Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen und Ehe- bzw. Lebenspartnern zu ausländischen Personen. Im Jahr 2021 wurden dazu in den deutschen Auslandsvertretungen in Indien 6.212 Visa ausgestellt, was für 2022 eine Steigerung um 39,6 % bedeutet. 35,3 % bzw. 5.049 Visa wurden 2022 in Indien zum Zweck des Nachzugs von Kindern vergeben, 260 Visa bzw. 1,8 % für den Nachzug von Eheleuten bzw. Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern zu deutschen Staatsangehörigen und 309 Visa bzw. 2,2 % zum Zweck des Nachzugs von Eltern zu ihren minderjährigen Kindern (vgl. Abbildung 3-46 und Tabelle 3-46 im Anhang).

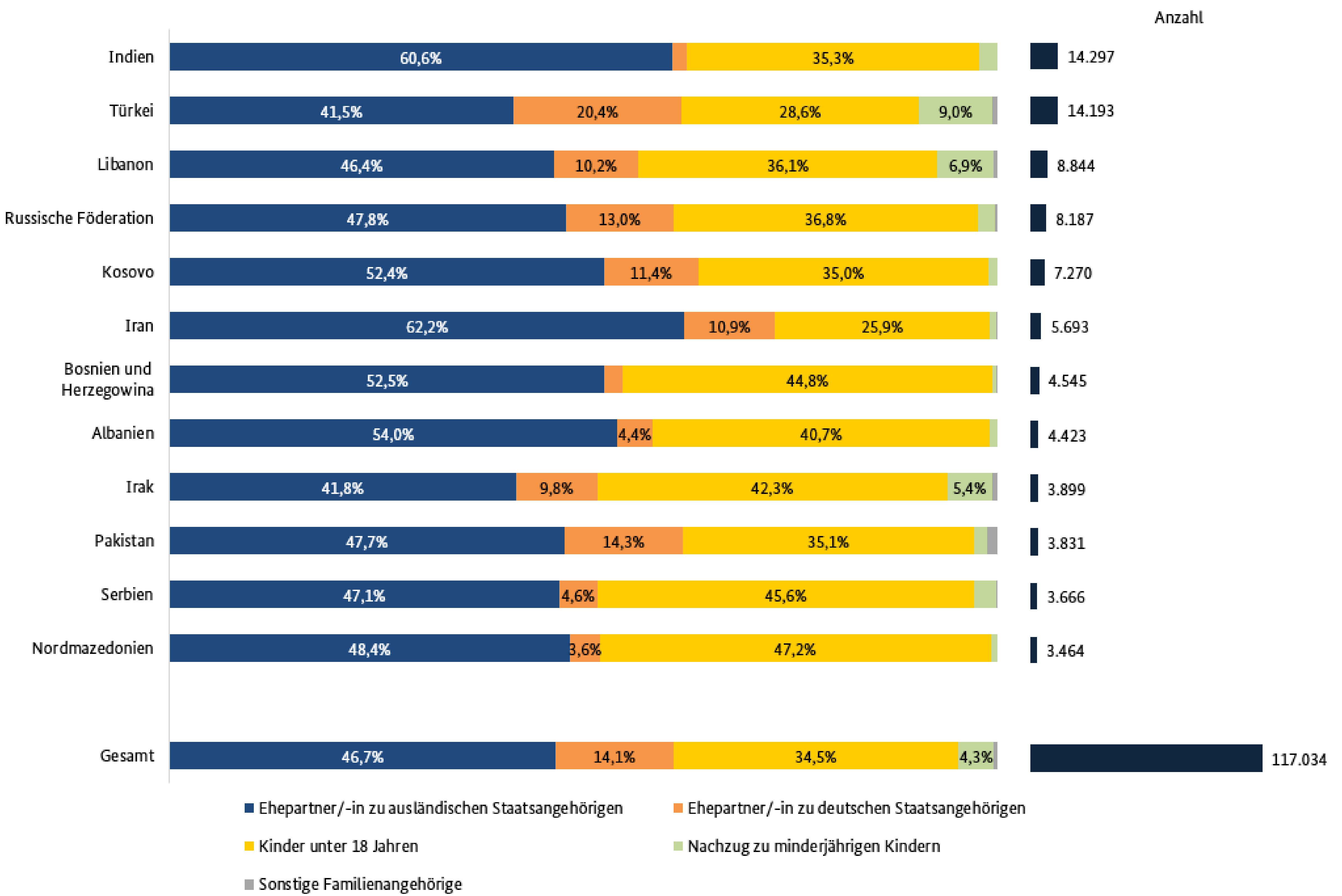
Die Türkei rangiert mit 14.193 Visa zum Zweck des Familiennachzugs auf dem zweiten Platz (2021: 11.780). Damit kommt die Türkei mit einem Anteil von 12,1 % am gesamten Familiennachzug auf ein ähnliches Niveau wie Indien. Im Einzelnen wurden 5.886 (41,5 %) Visa zum Zweck des Nachzugs von Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen und Ehe- bzw. Lebenspartnern zu ausländischen Staatsangehörigen erteilt und 4.060 Visa (28,6 %) für den Nachzug von Kindern. Der Nachzug zu deutschen Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen und Ehe- bzw. Lebenspartnern fiel mit 2.892 Visa etwas kleiner aus (20,4 %).

Auf Rang 3 liegt der Libanon mit 7,6 % der erteilten Visa für den Familiennachzug (2022: 8.844, 2021: 6.827). In der Russischen Föderation wurden 8.187 Visa zum Zweck des Familiennachzuges erteilt, im Kosovo 7.270, im Iran 5.693, in Bosnien und Herzegowina 4.545, in Albanien 4.423, im Irak 3.899 und in Pakistan 3.666 (vgl. Tabelle 3-45 im Anhang).

Unter den 10 Ländern mit den meisten Erteilungen erhöhten sich die Zahlen 2022 besonders stark in der Russischen Föderation (+131,2 %), im Iran (+48,4 %), in Indien (+45,0 %), in Albanien (+34,2 %) und in Pakistan (+30,8 %). Die Zahlen gingen zurück im Kosovo (-42,4 %) und in Bosnien und Herzegowina (-6,0 %) (vgl. Tabelle 3-45 im Anhang).

Bei Visumserteilungen im Iran überwiegt der Nachzug von Ehe- bzw. Lebenspartnern und -partnerinnen zu ausländischen Staatsangehörigen (im Jahr 2022 62,2 %). In Indien liegt dieser Anteil bei 60,6 %. Auch beim Nachzug aus den Ländern des Westbalkans Albanien (54,0 %), Bosnien und Herzegowina (52,5 %), Kosovo (52,4 %), Nordmazedonien (48,4 %) und Serbien (47,1 %) ist dieser Anteil überproportional hoch. Ein überdurchschnittlich starkes Gewicht des Kindernachzugs ist hingegen insbesondere im Falle Nordmazedoniens (47,2 %), Serbiens (45,6%), Bosnien und Herzegowinas (44,8 %) und des Irak (42,3 %) festzustellen. Aus der Türkei (20,4 %) ist ein überproportional hoher Nachzug zu deutschen Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen und Ehe- bzw. Lebenspartnern festzuhalten (vgl. Abbildung 3-46 und Tabelle 3-46 im Anhang).

Abbildung 3-46: Erteilte Visa für den Familiennachzug nach ausgewählten Standorten der Auslandsvertretungen im Jahr 2022



Anmerkungen: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen. Die Kategorien zu Ehepartnerinnen und Ehepartnern beinhalten auch Lebenspartnerinnen und Lebenspartner.

Quelle: BMI mit Rückgriff auf Daten aus dem Auswärtigen Amt

3.5.2 Familiennachzug nach dem AZR

Der Familiennachzug lässt sich anhand des AZR durch die dort vorgenommene Speicherung der Aufenthaltstitel differenzierter darstellen als durch die Visastatistik des Auswärtigen Amtes. Das AZR erfasst die Fälle, in denen ausländische Personen eingereist sind und im Anschluss daran auf Antrag einen Aufenthaltstitel aus familiären Gründen in Deutschland erhalten haben. Im Gegensatz zur Visastatistik wird der Familiennachzug im AZR nach der Staatsangehörigkeit der betreffenden Personen gespeichert und nicht nach dem Ausstellungsort des Visums. Im AZR sind auch solche Fälle erfasst, in denen zunächst aus einem anderen Grund eine Einreise erfolgt ist oder eine Berechtigung zur visumfreien Einreise bestand und erst nach Einreise ein Aufenthaltstitel beantragt wurde (dies trifft beispielsweise auf Staatsangehörige aus den Vereinigten Staaten, Kanada und Japan zu). Darüber hinaus kann der tatsächlich erfolgte Familiennachzug nach Staatsangehörigkeit und Alter differenziert werden.

Ab dem Berichtsjahr 2022 werden im Rahmen methodischer Weiterentwicklungen auch für den Familiennachzug sämtliche einschlägigen Speichersachverhalte im AZR neu bewertet und Wanderungskategorien inner- und außerhalb des Familiennachzugs zugeordnet (siehe auch Kapitel 1.6 und Kapitel 3.2). Infolgedessen sind einige Speichersachverhalte aus dem Familiennachzug herausgefallen, andere neu dazugekommen, sodass nun alle aktuellen Speichersachverhalte der §§ 27 bis 36a AufenthG dargestellt werden (siehe Tabelle 3-47 im Anhang). Diese methodische Weiterentwicklung wird auf das Berichtsjahr 2021 rückwirkend angewandt, um einen Vergleich mit dem Vorjahr zu ermöglichen. Dadurch sind die Angaben im Migrationsbericht 2021 nicht mehr mit den im Folgenden berichteten Zahlen zum Berichtsjahr 2021 vergleichbar. Dies betrifft sowohl die Gesamtzahlen als auch einzelne Kategorien innerhalb des Familiennachzugs. Vergleiche zu Berichtsjahren vor 2021 lassen sich nur noch eingeschränkt durchführen und werden deshalb in diesem Bericht nicht dargestellt.

Um die statistische Geheimhaltung zu gewährleisten, wird für die Darstellung der Daten aus dem AZR erstmals die Fünfferrundung angewandt. Das bedeutet, dass alle Werte auf das nächste Vielfache von 5 gerundet werden. Dieses Vorgehen ermöglicht eine praxisnahe Sicherstellung der gesetzlichen Geheimhaltungspflicht bei gleichzeitiger Minimierung des Informationsverlustes. Es führt jedoch auch dazu, dass sich die Summe der Einzelwerte einer Tabelle von den abgebildeten Spalten- bzw. Zeilensummen unterscheiden können.

Insgesamt wurden 2022 93.960 Aufenthaltstitel aus familiären Gründen an Personen erteilt, die im selben Jahr eingereist sind (2021: 84.095) (vgl. Abbildung 3-47). Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der erteilten Aufenthaltstitel aus familiären Gründen um 11,7 % (vgl. Tabelle 3-48 im Anhang). In 11.060 Fällen handelt es sich dabei um Angehörige von Schutzberechtigten⁹², die im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland gekommen sind. Ihr Anteil am gesamten Familiennachzug beträgt somit 11,8 %. Darunter befinden sich 5.360 Kinder, die zu einem Elternteil nachgezogen sind (48,5 %). Die Anzahl nachziehender Familienangehöriger von subsidiär Schutzberechtigten nach § 36a Abs. 1 AufenthG war mit 4.710 Zuzügen deutlich niedriger als die Anzahl der dafür erteilten Visa mit 8.859. Darunter waren 3.090 Kinder, die zu ihren subsidiär schutzberechtigten Eltern zugewandert sind (65,6 %).

Die Anzahl an Aufenthaltstitel aus familiären Gründen stimmt nicht mit der Zahl der erteilten Visa in der Statistik des Auswärtigen Amtes (117.034) überein. Dies liegt einerseits daran, dass Aufenthaltstitel aus

⁹² Angehörige von Asylberechtigten, anerkannten Flüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten.

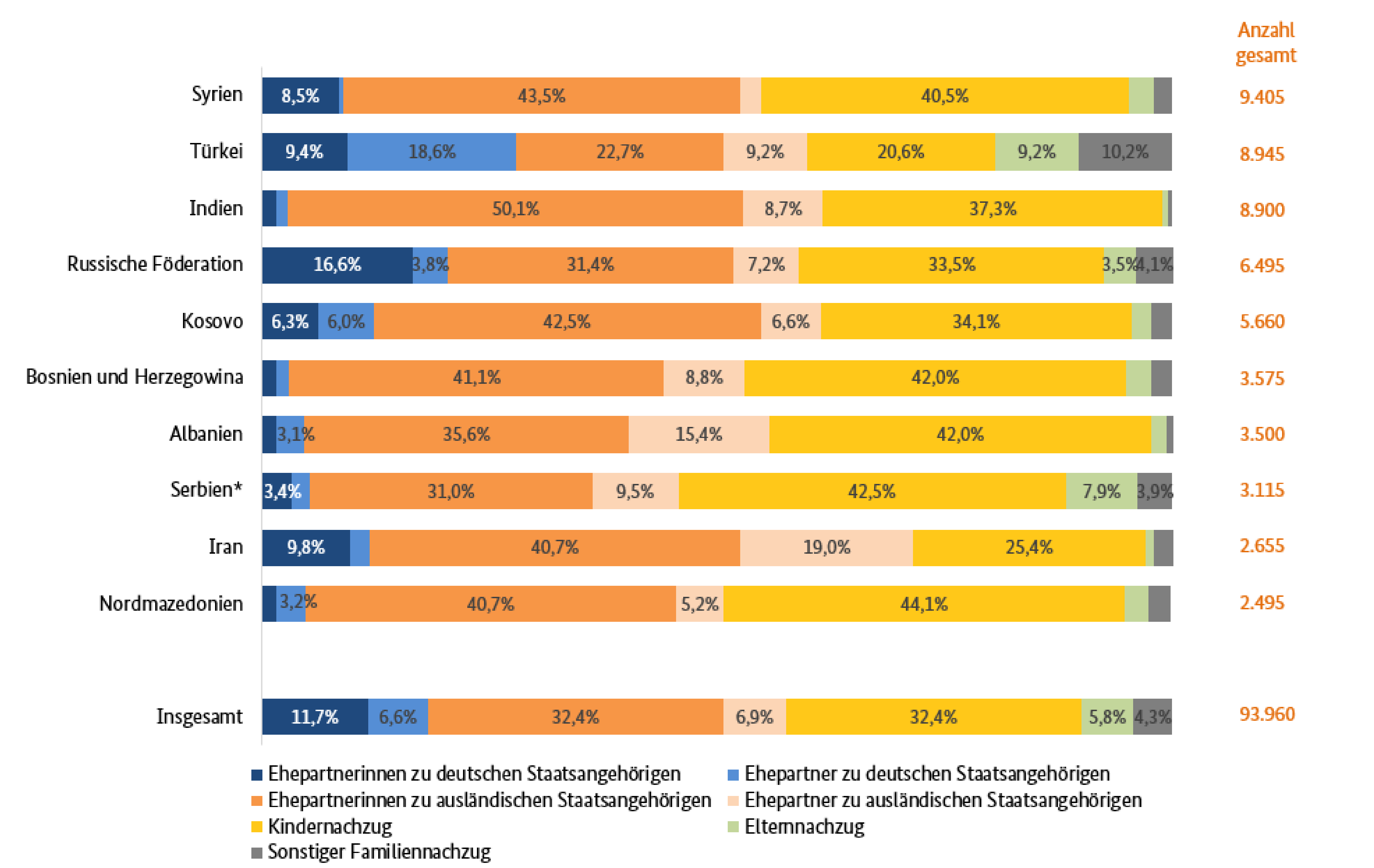
familiären Gründen auch an Personen erteilt werden können, die zunächst aus einem anderen Grund eingereist sind. Zudem wird im AZR auch der Nachzug von Staatsangehörigen erfasst, die visumfrei in das Bundesgebiet einreisen können. Andererseits reisen nicht notwendigerweise alle Personen nach Deutschland ein, die in den Auslandsvertretungen ein Visum zum Familiennachzug erhalten haben.

2022 wurden 54.075 Aufenthaltstitel an nachziehende Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen erteilt und damit 57,6 % aller Aufenthaltstitel aus familiären Gründen (vgl. Tabelle 3-49 im Anhang). Davon zogen 10.970 Frauen zu einem bzw. einer deutschen und 30.480 zu einem bzw. einer ausländischen Staatsangehörigen. 13,4 % der Aufenthaltstitel wurde an nachziehende männliche Ehe- bzw. Lebenspartner erteilt (12.625). Die Anteile für den Nachzug zu deutschen Staatsangehörigen (6.170) und zu ausländischen Staatsangehörigen (6.455) sind in etwa gleich groß. Insgesamt sind 36.935 Eheleute bzw. Lebenspartnerinnen und Lebenspartner zu Drittstaatsangehörigen nachgezogen, darunter 10.390 Personen zu Inhaberinnen und Inhabern einer Blauen Karte EU (2021: 6.505).

Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Anzahl nachziehender Kinder, der Anteil blieb jedoch konstant (32,4 % bzw. 30.445, 2021: 32,5 % bzw. 27.335). 29.500 der Kinder unter 18 Jahren, die im Rahmen des Familiennachzugs im Jahr 2022 nach Deutschland kamen, zogen zu einem ausländischen Elternteil (Anteil: 96,9 %). 7.365 Kinder zogen zu Elternteilen nach, die sich mit einer Blauen Karte EU in Deutschland aufhielten.

Auf nachziehende Elternteile minderjähriger deutscher und ausländischer Kinder (§ 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 AufenthG, § 28 Abs. 1 S. 4 AufenthG, § 36 Abs. 1 AufenthG und § 36a AufenthG) entfielen 5.425 Aufenthaltstitel (5,8 %). Der Großteil hiervon betraf einen ausländischen Elternteil eines deutschen minderjährigen ledigen Kindes (5.140 Aufenthaltstitel).

Abbildung 3-47: Familiennachzug (erteilte Aufenthaltstitel) nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2022



Anmerkungen: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen. Die Kategorien zu Ehepartnerinnen und Ehepartnern beinhalten auch Lebenspartnerinnen und Lebenspartner.
*) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

Nach einem erheblichen Rückgang des Familiennachzugs von syrischen Staatsangehörigen in den Jahren 2018 bis 2020 ist seit dem Jahr 2021 ein Anwachsen zu beobachten, das sich im Jahr 2022 mit einem Anstieg um 50,5 % (2022: 9.405, 2021: 6.250) weiter fortsetzt. Der Anteil syrischer Staatsangehöriger am gesamten Familiennachzug liegt im Jahr 2022 bei 10,0 %. Nachziehende Kinder machen dabei einen Anteil von 40,5 % aus (vgl. Abbildung 3-47 und Tabelle 3-49 im Anhang).

Die zweitgrößte Gruppe sind türkische Staatsangehörige. An diese wurden im Jahr 2022 8.945 Aufenthaltstitel aus familiären Gründen erteilt, 9,0 % mehr als im Vorjahr (2021: 8.210 Aufenthaltstitel). Dies entspricht einem Anteil von 9,4%.

Ein im Vergleich zum Jahr 2021 ebenfalls hohen Anstieg von 47,5 % zeigt sich bei indischen Staatsangehörigen, die mit einer Gesamtzahl von 8.900 Personen die drittgrößte Gruppe beim Familiennachzug darstellen (2021: 6.035). Bei der Hälfte der indischen Staatsangehörigen (50,1 %), denen eine Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen erteilt wurde, handelt es sich dabei um Frauen, die zu ihrem in Deutschland wohnhaften ausländischen Ehe- bzw. Lebenspartner ziehen.

Betrachtet man die Struktur des Familiennachzugs anhand der ausgewählten Staatsangehörigkeiten, so zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen diesen. Teilweise war dies in ähnlicher Form schon anhand der Visastatistik des Auswärtigen Amtes deutlich geworden (vgl. Kapitel 3.5.1). Überproportional hoch ist

der Nachzug von Ehe bzw. Lebenspartnern zu deutschen Staatsangehörigen bei Staatsangehörigen aus der Türkei, während vergleichsweise oft Männer aus dem Iran und Albanien zu ausländischen Staatsangehörigen nachziehen. Bei Staatsangehörigen aus Indien überwiegt dagegen der Nachzug von Ehefrauen bzw. Lebenspartnerinnen zu ausländischen Staatsangehörigen. Zudem ist der Familiennachzug aus dem Westbalkan durch einen hohen Anteil nachziehender Kinder gekennzeichnet (vgl. Abbildung 3-47).

Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen zu EU-Staatsangehörigen

Der Familiennachzug zu EU- bzw. EWR-Staatsangehörigen richtet sich nach dem Freizügigkeitsgesetz/EU (§ 2 Abs. 1 i. V. m. § 3 FreizügG/EU). Im November 2020 ist zudem ein Aufenthaltsrecht für „nahestehende Personen“ (definiert in § 1 Abs. 2 Nr. 4 FreizügG/EU) von EU- und EWR-Staatsangehörigen eingeführt worden (§ 3a FreizügG/EU). Nahestehende Personen gelten nicht als Familienangehörige, stehen aber in einem engen familiären oder partnerschaftlichen Verhältnis zur Bezugsperson.

Im Jahr 2022 sind 13.580 drittstaatsangehörige Familienangehörige von EU- bzw. EWR-Staatsangehörigen eingereist, denen eine Aufenthaltskarte nach § 5 Abs. 1 S. 1 FreizügG/EU ausgestellt wurde (2020: 11.170 Angehörige). Damit stieg der Zuzug von Familienangehörigen aus Drittstaaten gegenüber 2021 um 21,6 %. Unter den 13.580 Familienangehörigen befanden sich 2.675 Staatsangehörige aus der Republik Moldau, 1.795 aus Nordmazedonien, 1.025 aus Serbien (inkl. ehemaliges Serbien und Montenegro), 935 aus Albanien, 870 aus der Ukraine und 860 aus Brasilien. Zum Ende des Jahres 2022 hatten insgesamt 95.505 drittstaatsangehörige Familienangehörige von EU- bzw. EWR-Staatsangehörigen eine Aufenthaltskarte inne (2021: 95.680). Nach § 3a FreizügG/EU sind im Jahr 2022 zudem 195 „nahestehende Personen“ (s. o.) von EU-Staatsangehörigen aus Nicht-EU-Staaten eingereist.

Sprachprüfungen im Herkunftsland

Aufgrund der Anforderung des Sprachnachweises beim Nachzug zur ausländischen oder deutschen Ehe- oder Lebenspartnerin bzw. zum ausländischen oder deutschen Ehe- bzw. Lebenspartner (§ 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 und § 28 Abs. 1 S. 5 AufenthG) müssen nachziehende Personen grundsätzlich einfache Kenntnisse der deutschen Sprache nachweisen. Ausnahmeregelungen dazu sind in der Infobox im Rahmen der Einleitung zu Kapitel 3.5 dargestellt. Die einfachen Kenntnisse der deutschen Sprache werden in der Regel durch die erfolgreiche Teilnahme an einem anerkannten Sprachkurs im Herkunftsland nachgewiesen.

Im Jahr 2022 haben weltweit insgesamt 40.165 Drittstaatsangehörige an der Sprachprüfung „Start Deutsch 1“ des Goethe-Instituts teilgenommen.⁹³ Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Anstieg um 26,4 % (2021: 31.786). Die Bestehensquote⁹⁴ bei Personen, die zuvor einen Sprachkurs des Goethe-Instituts besucht haben (interne Prüfungsteilnehmende), betrug 67,3 %; bei externen Prüfungsteilnehmenden lag die Bestehensquote bei 66,0 %. Insgesamt macht die Bestehensquote bei den Sprachprüfungen „Start Deutsch 1“ im Jahr 2022 damit 66,1 % aus und war knapp 1 Prozentpunkt höher als im Vorjahr (65,3%). Betrachtet man die Hauptherkunftsländer des Nachzugs von Ehe- oder Lebenspartnerinnen bzw. Ehe- oder Lebenspartnern, so waren relativ hohe Bestehensquoten in der Russischen Föderation (89,9 %), in China (88,0 %), in Bosnien und Herzegowina (86,6 %) und in der Ukraine (86,0 %) zu verzeichnen. Die

⁹³ Daten basieren auf Mitteilung des Goethe-Instituts vom 6. September 2023. Die Standorte des Instituts, die die SD1-Prüfung anbieten, können abgerufen werden <https://www.goethe.de/de/spr/kup/prf/wwt.html> (6. September 2023).

⁹⁴ Die Bestehensquote bezieht sich auf alle abgelegten Sprachprüfungen (Erst- und Wiederholungsprüfungen).

niedrigste Bestehensquote unter den Hauptherkunftsländern haben Albanien (64,2 %), der Irak (64,1 %), die Türkei (61,0 %) und Nordmazedonien (50,9 %) (vgl. Tabelle 3-14).

Tabelle 3-14: Sprachprüfung „Start Deutsch 1“ des Goethe-Instituts in ausgewählten Herkunftsländern im Jahr 2022

Herkunftsland	Gesamtzahlen (intern & extern)		Interne Prüfungsteilneh- mende ¹	Externe Prüfungsteilnehmende	
	Prüfungen (absolut)	Bestehens- quote	Bestehensquote	Bestehensquote	Anteil externer Prüfungsanmeldun- gen an Gesamtzahl Prüfungen
Türkei	6.597	61,0%	70,7%	59,2%	84,1%
Libanon	5.063	67,6%	69,5%	67,6%	98,4%
Irak	3.201	64,1%	67,4%	63,9%	95,7%
Nordmazedonien	2.739	50,9%	55,1%	50,8%	97,5%
Serbien	1.323	65,2%	75,4%	69,8%	51,5%
Thailand	1.251	78,7%	84,7%	77,9%	87,5%
Russland	1.049	89,9%	89,4%	89,9%	91,9%
Marokko	767	73,5%	76,3%	73,4%	95,0%
Indien	757	70,0%	74,3%	69,3%	85,6%
Ägypten	615	67,5%	61,4%	68,7%	83,6%
Tunesien	524	70,2%	60,0%	70,5%	97,1%
Vietnam	468	64,5%	55,3%	69,0%	67,5%
Bosnien-Herzegowina	381	86,6%	82,4%	87,0%	91,1%
Albanien	229	64,2%	0,0%	64,2%	100,0%
Pakistan	204	72,1%	78,0%	69,7%	71,1%
Ukraine	121	86,0%	80,0%	86,2%	95,9%
China	108	88,0%	87,0%	88,2%	78,7%
Kosovo	100	66,0%	0,0%	66,0%	100,0%
Insgesamt	40.165	66,1%	67,3%	66,0%	88,8%

1) Teilnehmende an Sprachkursen des Goethe-Instituts.
Quelle: Goethe-Institut 2023

3.6 Migration aus weiteren aufenthaltsrechtlichen Gründen

Neben den in den vorangehenden Kapiteln dargestellten Zuwanderungsgruppen gibt es noch weitere Möglichkeiten der Migration und des Aufenthalts von Drittstaatsangehörigen. Es handelt sich um von bestimmten Voraussetzungen abhängige besondere Aufenthaltsrechte, beispielsweise das Recht auf Wiederkehr von ausländischen Staatsangehörigen (§ 37 AufenthG) und ehemaligen deutschen Staatsangehörigen (§ 38 AufenthG) sowie die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis in begründeten Fällen für einen vom Aufenthaltsgesetz nicht ausdrücklich vorgesehenen Aufenthaltszweck (§ 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG). Personen, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU langfristig aufenthaltsberechtigt sind, erhalten eine Aufenthaltserlaubnis, wenn sie sich länger als 90 Tage im Bundesgebiet aufhalten wollen (§ 38a Abs. 1 AufenthG).⁹⁵

Recht auf Wiederkehr

Ausländischen Staatsangehörige, die als Minderjährige rechtmäßig ihren gewöhnlichen Wohnort in Deutschland hatten, kann eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn sie sich vor ihrer Ausreise 8 Jahre rechtmäßig in Deutschland aufgehalten und 6 Jahre die Schule besucht haben. Zudem muss die Sicherung des Lebensunterhalts gewährleistet sein. Der Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis muss nach Vollendung des 15. und vor Vollendung des 21. Lebensjahres und vor Ablauf von 5 Jahren seit der Ausreise aus Deutschland gestellt werden. Nach § 37 Abs. 2 AufenthG kann u. a. zur Vermeidung besonderer Härten von der Voraussetzung der Dauer des rechtmäßigen Aufenthaltes und des Schulbesuchs sowie dem Zeitfenster zur Antragstellung abgewichen werden.

Nach § 37 Abs. 2a S. 1 AufenthG kann Opfern von Zwangsverheiratungen, die von der Rückkehr nach Deutschland abgehalten wurden, eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn sie als Minderjährige in Deutschland aufhältig waren, den Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis innerhalb von 3 Monaten nach Wegfall der Zwangslage und vor Ablauf von 5 Jahren seit ihrer Ausreise stellen. Auch muss gewährleistet erscheinen, dass sie sich aufgrund der bisherigen Ausbildung und Lebensverhältnisse in die deutschen Lebensverhältnisse einfügen können. Ein noch weitergehendes Wiederkehrrecht wird durch § 37 Abs. 2a S. 2 AufenthG denjenigen Opfern von Zwangsverheiratungen gewährt, die sich vor ihrer Ausreise bereits mindestens 8 Jahre rechtmäßig in Deutschland aufhielten und 6 Jahre die Schule besuchten. Opfer von Zwangsverheiratungen, die unter diese Personengruppe fallen, können den Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis noch bis zu 10 Jahre nach Ausreise stellen.⁹⁶

Personen, die von einem Träger im Bundesgebiet Rente beziehen und in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt sind, wird in der Regel eine Aufenthaltserlaubnis erteilt, wenn sie sich vor ihrer Ausreise 8 Jahre rechtmäßig im Bundesgebiet aufgehalten haben (§ 37 Abs. 5 AufenthG).

Ehemalige deutsche Staatsangehörige

Nach § 38 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG ist einem ehemaligen deutschen Staatsangehörigen eine Niederlassungserlaubnis zu erteilen, wenn er sich bei Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit seit mindestens 5 Jahren in Deutschland aufhielt. Ehemalige deutsche Staatsangehörige erhalten eine Aufenthaltserlaubnis, wenn sie bei Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit seit mindestens 1 Jahr ihren gewöhnlichen Aufenthalt

⁹⁵ Vgl. Müller 2013.

⁹⁶ In den Jahren 2011 bis 2022 sind keine Personen auf der Grundlage dieser Wiederkehrrechte eingereist.

im Bundesgebiet hatten (§ 38 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG). Weitere Erteilungsvoraussetzungen und Ausnahmen regelt die § 38 Abs. 2 bis Abs. 5 AufenthG.

Nicht vorgesehene Aufenthaltsw Zwecke

Zudem kann einem ausländischen Staatsangehörigen in begründeten Fällen eine Aufenthaltserlaubnis für einen nicht im Aufenthaltsgesetz vorgesehenen Aufenthaltsw Zweck erteilt werden (§ 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG).

Im Jahr 2022 sind 1.935 Personen aus weiteren begründeten Fällen nach Deutschland eingereist (§ 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG), 2021 waren es 1.395. Damit ist die Zahl der auf der Grundlage von § 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG erteilten Aufenthaltserlaubnisse im Vergleich zum Vorjahr um 38,7 % gestiegen (vgl. Tabelle 3-15).

Tabelle 3-15: Aus weiteren Gründen zugewanderte Personen nach Aufenthaltstiteln seit 2019

Aufenthaltserlaubnis		2019	2020	2021	2022
	Für sonstige begründete Fälle (§ 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG)	2.890	1.590	1.395	1.935
	Für die Wiederkehr junger ausländischer Staatsangehöriger (§ 37 Abs. 1 AufenthG)	10	5	5	5
	Für die Wiederkehr von Rentnerinnen und Rentnern (§ 37 Abs. 5 AufenthG)	30	10	25	25
	Für ehemalige deutsche Staatsangehörige (§ 38 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 und 5 AufenthG)	70	45	55	55
	Niederlassungserlaubnis für ehemalige deutsche Staatsangehörige (§ 38 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG)	65	30	45	25
Sonstige Gründe insgesamt		3.065	1.685	1.520	2.050

Anmerkung: Abweichungen zu den zuvor berichteten Gesamtsummen sind durch die angewandte Fünferrundung bedingt.

Quelle: Ausländerzentralregister

An ehemalige deutsche Staatsangehörige wurden 2022 80 Aufenthaltstitel (55 Aufenthalts- und 25 Niederlassungserlaubnisse) erteilt. An wiederkehrende junge ausländische Staatsangehörigen wurden 5, an wiederkehrende Rentnerinnen und Rentner 25 Aufenthaltserlaubnisse erteilt (vgl. Tabelle 3-15).

Tabelle 3-16: Zuwanderung von in anderen Mitgliedstaaten der EU langfristig Aufenthaltsberechtigten seit 2015

Staatsangehörigkeit	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Albanien	610	600	585	795	795	505	660	730
Pakistan	450	495	495	550	700	425	480	570
Kosovo	1030	800	665	575	500	375	370	390
Indien	415	440	490	540	630	390	410	335
Vietnam	470	445	455	485	415	170	200	230
Bangladesch	145	150	140	220	390	160	235	220
Bosnien und Herzegowina	290	280	325	270	260	200	245	195
Marokko	280	280	260	280	365	210	150	150
Ghana	110	85	80	105	190	75	95	140
Nordmazedonien	465	360	265	290	275	175	145	110
Nigeria	105	85	105	130	195	75	90	105
Türkei	95	145	135	175	215	110	110	100
China	115	90	100	100	140	40	95	85
Sonstige Staatsangehörigkeiten	645	560	610	655	855	495	565	670
Insgesamt	5.230	4.810	4.715	5.175	5.925	3.405	3.855	4.030

Anmerkung: Abweichungen zu den zuvor berichteten Gesamtsummen sind durch die angewandte Fünferrundung bedingt.

Quelle: Ausländerzentralregister

Im Jahr 2022 sind insgesamt 4.030 Drittstaatsangehörige, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat langfristig aufenthaltsberechtigt sind (§ 38a Abs. 1 AufenthG), zugewandert. Damit wurde ein Anstieg um 4,5 % im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet (2021: 3.855 Drittstaatsangehörige). Die meisten dieser Aufenthaltserlaubnisse wurden an Staatsangehörige aus Albanien (730), Pakistan (570) und dem Kosovo (390) erteilt (vgl. Tabelle 3-16). Zum 31. Dezember 2022 besaßen insgesamt 29.105 Personen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 38a AufenthG.

3.7 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler

3.7.1 Gesetzliche Grundlagen und Verfahren

Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler⁹⁷ sind nach § 4 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) in der Regel deutsche Volkszugehörige, die infolge des Zweiten Weltkrieges noch bis 1992 besonderen Benachteiligungen (Kriegsfolgeschicksal) ausgesetzt waren oder von denen dies unwiderleglich vermutet wurde. Sie haben die im BVFG benannten Aussiedlungsgebiete⁹⁸ nach dem 31. Dezember 1992 im Wege des Aufnahmeverfahrens verlassen und innerhalb von 6 Monaten ihren ständigen Aufenthalt im Bundesgebiet genommen.

⁹⁷ Da Gegenstand dieses Kapitels ganz überwiegend Personen sind, die ab 1993 nach Deutschland kamen, wird zur sprachlichen Vereinfachung durchgehend „Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler“ statt der Schreibweise mit Klammern verwendet, auch wenn im Einzelfall Personen eingeschlossen sind, die in die Kategorie „Aussiedlerinnen und Aussiedler“ (Einreise nach Deutschland bis 31. Dezember 1992) fallen.

⁹⁸ Nach § 1 Abs. 2 Nr. 3 BVFG sind das die ehemals unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete, Danzig, Estland, Lettland, Litauen, die ehemalige Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien und China.

Die deutsche Volkszugehörigkeit wird in § 6 Abs. 2 BVFG definiert. Demnach sind deutsche Volkszugehörige Nachfahren von deutschen Staatsangehörigen bzw. deutschen Volkszugehörigen, die sich bis zum Verlassen der Aussiedlungsgebiete zum deutschen Volkstum bekannt und dieses Bekenntnis grundsätzlich durch die Fähigkeit, ein einfaches Gespräch auf Deutsch führen zu können, bestätigt haben oder nach dem Recht des Herkunftsstaates zur deutschen Nationalität gehört haben. Ein Bekenntnis zum deutschen Volkstum kann durch eine entsprechende Nationalitätenerklärung oder „auf andere Weise“ erfolgen, vor allem durch den Nachweis ausreichender deutscher Sprachkenntnisse entsprechend dem Niveau B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens (GER) oder durch den Nachweis familiär vermittelter Deutschkenntnisse.

Mit dem Aussiedleraufnahmegesetz vom 28. Juni 1990⁹⁹ wurde ein förmliches Aufnahmeverfahren eingeführt.¹⁰⁰ Seither ist eine Zuwanderung nach dem BVFG grundsätzlich nur dann möglich, wenn bereits vor dem Verlassen des Herkunftsgebietes und vor Erteilung eines Aufnahmebescheides das Vorliegen der gesetzlichen Aufnahmevoraussetzungen durch das Bundesverwaltungsamt überprüft worden ist. Auf dieser Grundlage wird dann ein Visum zur Einreise in das Bundesgebiet erteilt. Nachdem Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in dem ihnen zugewiesenen Bundesland Wohnsitz genommen haben, stellt das Bundesverwaltungsamt zum Nachweis der Spätaussiedlereigenschaft eine Bescheinigung aus (§ 15 Abs. 1 S. 1 BVFG).

Durch das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz (KfbG) vom 21. Dezember 1992¹⁰¹ wurden die Aufnahmevoraussetzungen grundlegend neu geregelt. Die bisherige Rechtsfigur der Aussiedlerin bzw. des Aussiedlers nach § 1 Abs. 2 Nr. 3 BVFG wurde zum 1. Januar 1993 durch die der Spätaussiedlerin bzw. des Spätaussiedlers (§ 4 BVFG) ergänzt. Zudem wurde im Jahr 2007 das Aufnahmeverfahren vereinfacht. Seither ist ausschließlich das Bundesverwaltungsamt zuständig. Die zusätzliche Prüfung durch die Länder ist entfallen (vgl. das Siebte Gesetz zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes vom 16. Mai 2007, BGBl. I S. 748).

Ausnahmeregelungen für das Aufnahmeverfahren von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler infolge des Krieges in der Ukraine

Im Rahmen der bereits seit 2017 bestehenden Visumfreiheit können Personen aus der Ukraine, die aufgrund des russischen Angriffskrieges fliehen, visumfrei in die EU einreisen. Dies gilt auch für Menschen, die als Spätaussiedlerin oder Spätaussiedler nach Deutschland kommen möchten. Für diese Personengruppe wurde aufgrund der Kriegssituation eine Ausnahmeregelung geschaffen, wonach sie einen Aufnahmeantrag direkt in Deutschland stellen können.¹⁰² Dabei müssen die Voraussetzungen für die Anerkennung als Spätaussiedlerin oder Spätaussiedler erfüllt sein.

Einbeziehung von Ehepartnerinnen, Ehepartnern und Nachkommen

Erfüllen sich bewerbende Personen alle Voraussetzungen für den Status als Spätaussiedlerin bzw. Spätaussiedler, wird ihnen ein Aufnahmebescheid erteilt. Auf Antrag können ihre Ehepartnerinnen und Ehepartner sowie Nachkommen bei Vorliegen der Voraussetzungen nach § 27 Abs. 2 S. 1 BVFG vom 6. September 2013

⁹⁹ BGBl. 1990 Teil I Nr. 32: 1247.

¹⁰⁰ Zu den rechtlichen Grundlagen der Aufnahme von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern vgl. auch Worbs et al. 2013, S. 13ff. sowie BMI 2011, S. 138-147, zur aktuellen Soziodemografie und dem Integrationsstand dieser Zuwanderungsgruppe Friedrichs & Graf 2022.

¹⁰¹ BGBl. 1992 Teil I Nr. 58: 2094.

¹⁰² Vgl. hierzu ausführlich: https://www.bva.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Buerger/Migration-Integration/Spaetaussiedler/Vordrucke_Merkblaetter/Merkblatt_Ukraine.pdf?__blob=publicationFile&v=16 (06.10.2023).

(BGBl. I. S. 3554) zum Zwecke der gemeinsamen Aussiedlung in den Aufnahmebescheid einbezogen werden. Eine Einbeziehung ist nur möglich, wenn die Spätaussiedlerin oder der Spätaussiedler sie selbst ausdrücklich beantragt und bei der einzubeziehenden Person kein Ausschlussgrund nach § 5 BVFG vorliegt. Ehepartnerinnen und Ehepartner können außerdem nur einbezogen werden, wenn die Ehe seit mindestens 3 Jahren besteht. Zudem müssen diese und auch sämtliche volljährige Nachkommen Grundkenntnisse der deutschen Sprache besitzen.

Mit dem am 14. September 2013 in Kraft getretenen 10. Gesetz zur Änderung des BVFG wurde die Familienzusammenführung erheblich erleichtert. So ist das Erfordernis der gemeinsamen Aussiedlung entfallen, d. h. Ehepartnerinnen bzw. Ehepartner und Nachkommen können bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen nachträglich in den Aufnahmebescheid einbezogen werden und nach Deutschland aussiedeln. Die Pflicht zum Nachweis von Grundkenntnissen der deutschen Sprache gilt nunmehr nur noch für die Ehepartnerin bzw. den Ehepartner und erwachsene, nicht aber für minderjährige Nachkommen. Von der Pflicht zum Sprachnachweis sind auch Personen befreit, die wegen einer körperlichen, geistigen und seelischen Krankheit oder einer Behinderung im Sinne des § 2 Abs. 1 S. 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) keine Grundkenntnisse der deutschen Sprache besitzen können (§ 27 Abs. 2 S. 5 BVFG). Zuvor galt diese Ausnahme nur für Personen, die wegen einer Behinderung keine Grundkenntnisse der deutschen Sprache besitzen können.

Die sonstigen nichtdeutschen Familienangehörigen (z. B. Schwieger- und Stiefkinder) sowie die Ehepartnerin bzw. der Ehepartner und Nachkommen, die die Einbeziehungsvoraussetzungen nicht erfüllen, können nur nach Maßgabe des im Aufenthaltsgesetz geregelten Familiennachzugs zu Deutschen einreisen.¹⁰³ Nach der Einreise sind Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und ihre in den Aufnahmebescheid einbezogenen Familienangehörigen verpflichtet, sich in einer Erstaufnahmeeinrichtung des Bundes registrieren zu lassen (§ 8 Abs. 1 S. 4 BVFG). Vom Bundesverwaltungsamt werden die neu einreisenden Personen dann nach dem sogenannten „Königsteiner Schlüssel“¹⁰⁴ auf die Bundesländer verteilt (§ 8 BVFG).

Bescheinigungsverfahren und Erwerb der Staatsangehörigkeit

Die vom Bundesverwaltungsamt (BVA) ausgestellte Bescheinigung dient nach § 15 Abs. 1 S. 1 BVFG als Nachweis der Spätaussiedlerinneneigenschaft bzw. Spätaussiedlereigenschaft. Familienangehörigen (Ehepartnerinnen sowie Ehepartnern oder Nachkommen) wird die Bescheinigung zum Nachweis des Status als Deutsche nach Art. 116 Abs. 1 GG sowie der Leistungsberechtigung nach § 7 Abs. 2 S. 1 BVFG ausgestellt (§ 15 Abs. 2 S. 1 BVFG).

Mit Ausstellung der Bescheinigung erwerben Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und die in den Aufnahmebescheid einbezogenen Familienangehörigen die deutsche Staatsangehörigkeit (§ 7 des Staatsangehörigkeitsgesetzes – StAG). Diese Form des Staatsangehörigkeitserwerbs geht nicht in die amtliche Einbürgerungsstatistik ein (vgl. Kapitel 8.4). Familienangehörige, die die Einbeziehungsvoraussetzungen nicht erfüllen, sowie andere Verwandte (z. B. Schwiegerkinder) behalten die ausländische Staatsangehörigkeit bei. Sie können die deutsche Staatsangehörigkeit nur auf Antrag im Wege der Einbürgerung erwerben, wenn sie

¹⁰³ Vgl. dazu auch Kapitel. 3.5: Den Familiennachzugsberechtigten wird zum Zweck der gemeinsamen Ausreise mit der Spätaussiedlerin bzw. dem Spätaussiedler ein auf 90 Tage befristetes nationales Visum ausgestellt, das nach der Aufnahme im Bundesgebiet in eine Aufenthaltserlaubnis zum Familiennachzug umgewandelt wird (§ 39 Nr. 1 AufenthV). Zum Zeitpunkt ihrer Einreise sind Personen mit Aufnahme- und Einbeziehungsbescheiden in der Regel noch keine deutschen Staatsangehörigen. Deshalb ist nach § 4 Abs. 1 S. 1 AufenthG auch für sie die Erteilung eines Aufenthaltstitels vor der Einreise erforderlich.

¹⁰⁴ Der Königsteiner Schlüssel ist eine Verteilungsquote und wird jährlich von der Bund-Länder-Kommission ermittelt.

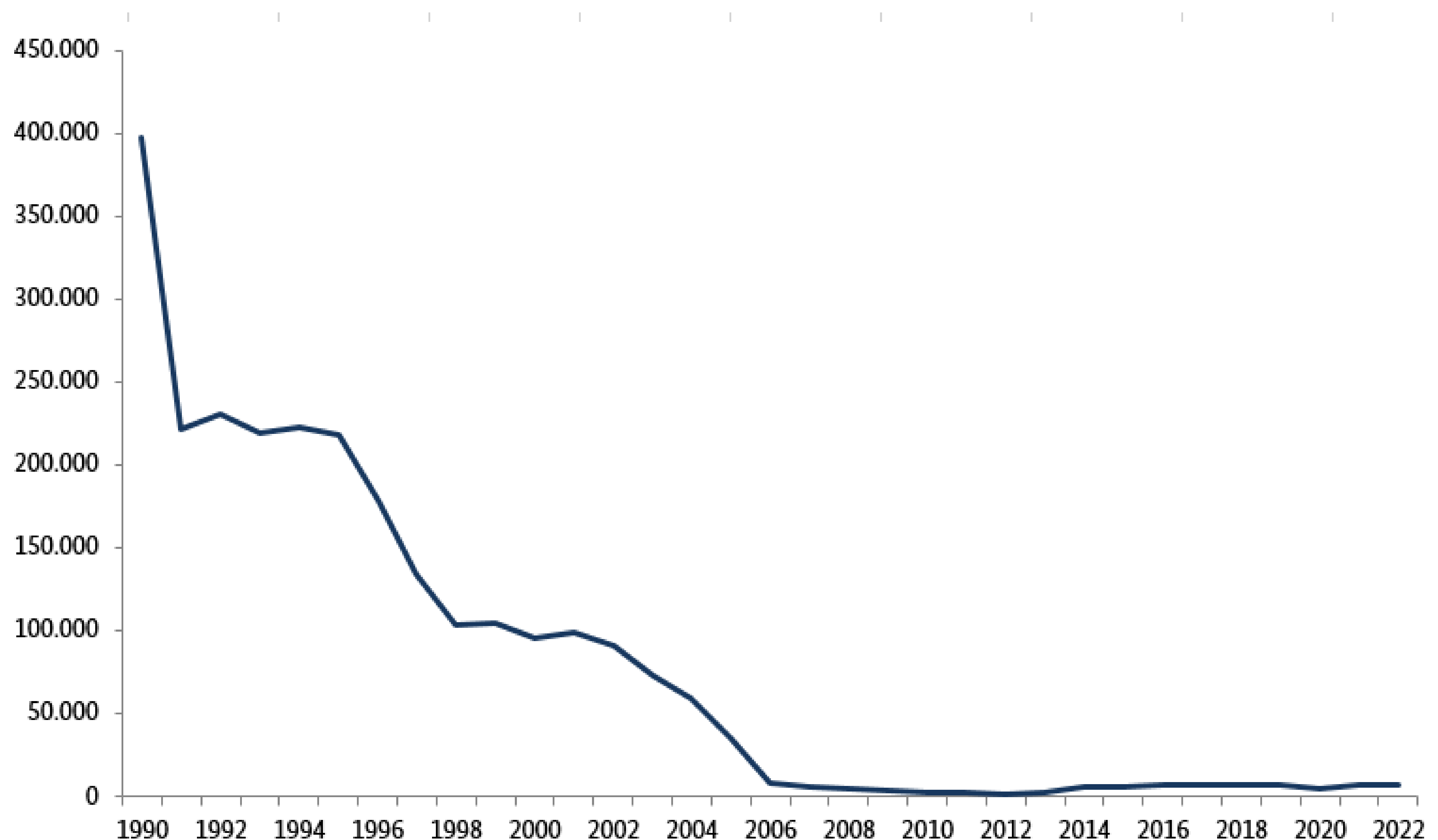
die hierfür maßgeblichen Voraussetzungen nach den allgemeinen Einbürgerungsvorschriften erfüllen (vgl. dazu Kapitel 8.4).

3.7.2 Entwicklung der Zuwanderung

Die statistische Erfassung der Aufnahme von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern findet personenbezogen beim BVA in Köln statt. Im Zeitraum von 1990 bis 2022 wanderten über 2,5 Millionen Menschen (exakt 2.570.260) im Rahmen des Spätaussiedlerzuzugs nach Deutschland zu. Es ist davon auszugehen, dass die überwiegende Mehrheit von ihnen dauerhaft in Deutschland bleibt.¹⁰⁵

Nachdem die Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern einschließlich ihrer Familienangehörigen im Jahr 1990 ihren Höhepunkt erreicht hatte (397.073), sind die Zuzugszahlen stetig zurückgegangen. Die Zuzugszahl im Jahr 2012 betrug nur noch 1.817 Personen (vgl. Abbildung 3-48 und Abbildung 3-49). Damit wurde im Jahr 2012 der niedrigste Zuzug seit Beginn des Aufnahmeverfahrens im Jahr 1950 registriert. In den folgenden Jahren wurde nach erheblicher Lockerung der rechtlichen Voraussetzungen für den Erwerb der Stellung als Spätaussiedlerin bzw. Spätaussiedler wieder ein Anstieg der Zuzugszahlen auf 7.155 im Jahr 2019 verzeichnet. Im Jahr 2020 wurden 4.309 Personen als Spätaussiedlerinnen bzw. Spätaussiedler registriert. Dies entspricht einem Rückgang im Vergleich zum Vorjahr um 39,8 %, der insbesondere durch Einschränkungen infolge der COVID-19-Pandemie sowohl in den Herkunftsländern als auch in Deutschland zu erklären ist. Im Jahr 2021 stieg die Anzahl der zugezogenen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler wieder auf das Niveau von 2019 an (7.052) und blieb im Jahr 2022 nahezu konstant (7.010).

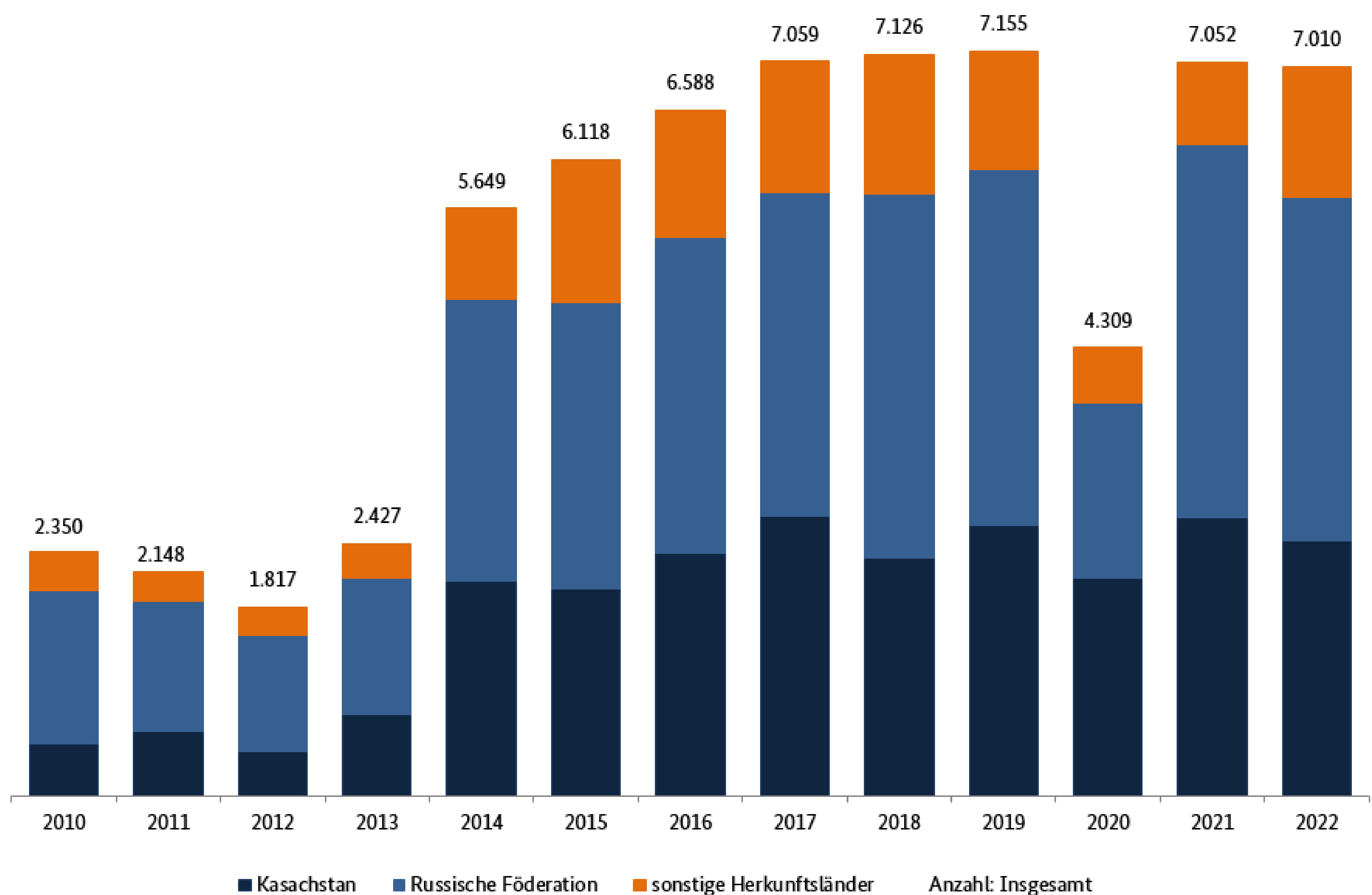
Abbildung 3-48: Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen nach Deutschland seit 1990 (Gesamtzahlen)



Quelle: Bundesverwaltungsamt

¹⁰⁵ Vgl. Worbs et al. 2013, S. 35f sowie für eine aktuelle Analyse des Integrationsstandes Friedrichs & Graf 2022.

Abbildung 3-49: Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen nach Herkunftsländern seit 2010



Quelle: Bundesverwaltungsamt

Herkunftsländer

Die Größenordnung sowie die Zusammensetzung des Zuzugs von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern nach Herkunftsgebieten haben sich seit Beginn der 1990er-Jahre stark verändert (vgl. Tabelle 3-51 im Anhang sowie Abbildung 3-49). Im Jahr 1990 kamen noch 133.872 Personen aus Polen und 111.150 aus Rumänien. Im Jahr 2022 zogen nur noch 5 bzw. 2 Spätaussiedlerinnen bzw. Spätaussiedler aus diesen Ländern nach Deutschland (vgl. Tabelle 3-51 im Anhang). Der Rückgang der Zuzugszahlen aus diesen Staaten ist insbesondere auf das Inkrafttreten des KfBG im Januar 1993 und das dadurch eingeführte Erfordernis der Glaubhaftmachung eines Kriegsfolgenschicksals zurückzuführen.¹⁰⁶

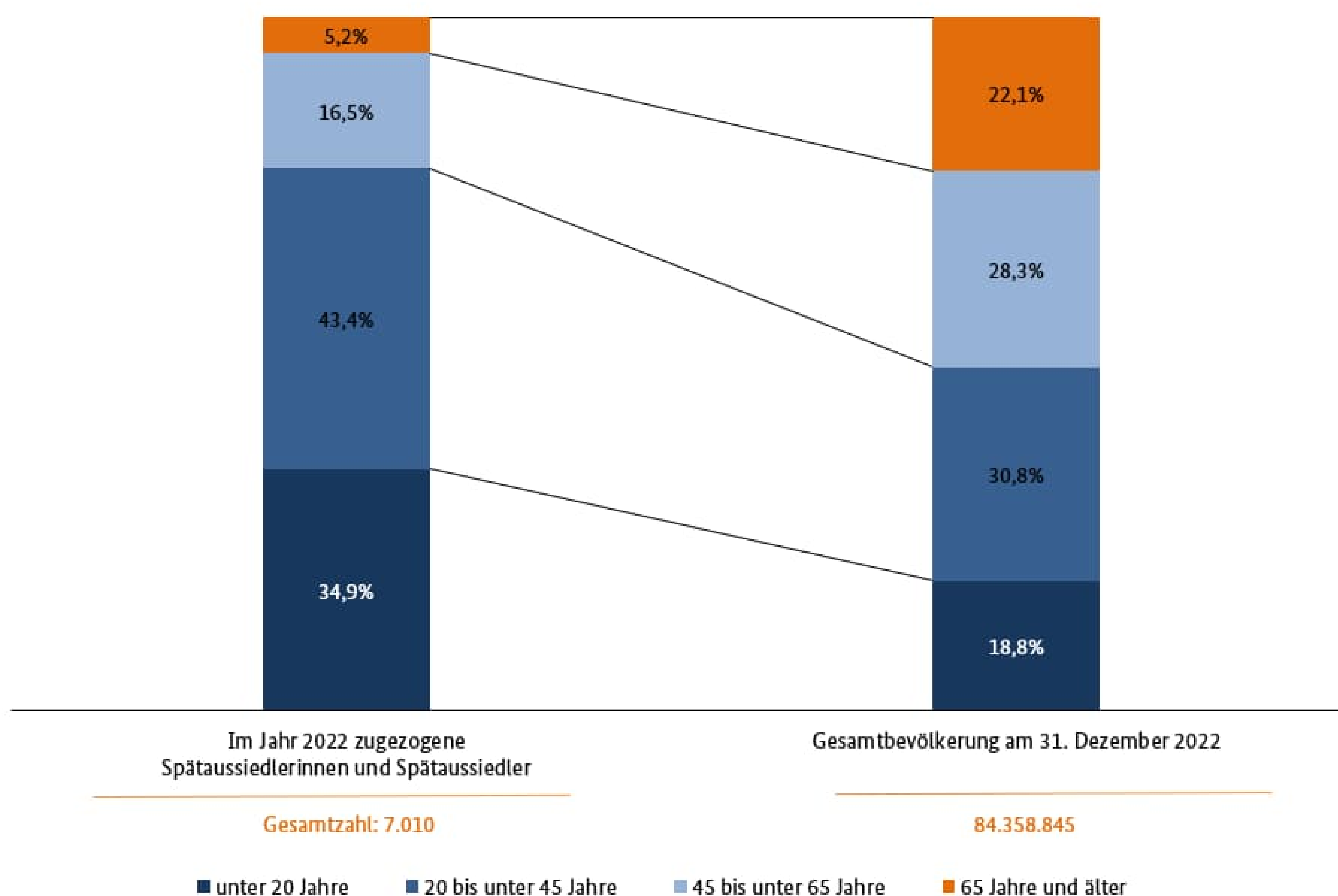
Seit dem Jahr 1990 stellen Personen aus der ehemaligen Sowjetunion die zahlenmäßig stärkste Gruppe. Inzwischen kommen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler mit ihren Angehörigen fast ausschließlich von dort. Im Jahr 2022 zogen 7.000 Personen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland (2021: 7.046). Ihr Anteil am gesamten Zuzug liegt seit Jahren bei etwa 98 %, im Jahr 2022 sogar bei 99,9 %. Hierbei waren die größten Herkunftsländer im Jahr 2022 die Russische Föderation mit 3.300 Personen (2021: 3.595) sowie Kasachstan mit 2.451 Personen (2021: 2.674). Aus der Ukraine kamen im Jahr 2022 933 (2021: 407), aus Kirgisistan 113 (2021: 162) und aus Belarus 108 Personen (2021: 72) (vgl. Abbildung 3-50 und Tabelle 3-51 im Anhang).

¹⁰⁶ Seit dem Inkrafttreten des KfBG müssen Antragstellende, die nicht aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion stammen, glaubhaft machen, dass sie am 31. Dezember 1992 oder danach Benachteiligungen aufgrund ihrer deutschen Volkszugehörigkeit ausgesetzt waren (§ 4 Abs. 2 BVFG). Bei Antragstellenden aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion wird die Fortwirkung dieser Benachteiligungen als gesetzliche Kriegsfolgenschicksalsvermutung weiterhin unterstellt.

Altersstruktur

Die Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen wirkt sich – ähnlich wie die Zuwanderung von ausländischen Staatsangehörigen – positiv auf die Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland aus. Weil die zugewanderten Personen relativ jung sind, kommt es zu einem Verjüngungseffekt. So waren 78,3 % der im Jahr 2022 nach den Vorschriften des BVFG Zugezogenen unter 45 Jahre alt, während nur 49,6 % der Gesamtbevölkerung auf diese Altersgruppe entfallen (vgl. Tabelle 3-51 im Anhang). Dagegen waren nur 4,5 % der Zugezogenen 65 Jahre und älter, diese Altersgruppe macht jedoch 22,1 % der Gesamtbevölkerung aus.

Abbildung 3-50: Altersstruktur der im Jahr 2022 zugezogenen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und ihrer Familienangehörigen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung in Prozent



Quelle: Bundesverwaltungsamt

3.8 Zuwanderung von deutschen Staatsangehörigen

Auch die Zuwanderung bzw. Rückkehr deutscher Staatsangehöriger aus dem Ausland stellt eine relevante Migrationsform dar. In den Jahren von 1991 bis 2004 und im Jahr 2009 stellten deutsche Staatsangehörige sogar die größte Gruppe aller Zugezogenen aus dem Ausland dar. Im Jahr 2022 wurden 184.753 Zuzüge von deutschen Staatsangehörigen (einschließlich der nach dem Bundesvertriebenengesetz aufgenommenen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und der in deren Aufnahmebescheid einbezogene Angehörige, vgl. Kapitel 3.7) in der Wanderungsstatistik verzeichnet (2021: 183.650). Damit sind deutsche nach rumänischen Staatsangehörigen die zweitgrößte Zuwanderungsgruppe. Der Anteil der Zuzüge von deutschen Staatsangehörigen an der Gesamtzuwanderung beträgt 6,9 %.

Insgesamt ging die Zahl der Zuzüge von deutschen Staatsangehörigen seit Mitte der 1990er-Jahre zurück, seit Mitte der 2000er-Jahre lässt sich eine steigende Tendenz feststellen. Im Jahr 2022 ist die Anzahl der Zuzüge gegenüber 2021 leicht um 0,6 % gestiegen. Die Zahl der Fortzüge stieg gegenüber 2021 um 8,2 % auf 268.167 Personen an (vgl. Tabelle 3-17).

Tabelle 3-17: Wanderungen von deutschen Staatsangehörigen über die Grenzen Deutschlands seit 2010

Jahr	Zuzüge insgesamt	darunter: Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler ¹		Zuzüge ohne Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler		Fortzüge insgesamt	Wanderungssaldo	Wanderungssaldo ohne Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler
		absolut	in %	absolut	in %			
2010	114.752	2.054	1,8%	112.698	98,2%	141.000	-26.248	-28.302
2011	116.604	1.829	1,6%	114.775	98,4%	140.132	-23.528	-25.357
2012	115.028	1.538	1,3%	113.490	98,7%	133.232	-18.204	-19.742
2013	118.425	2.160	1,8%	116.265	98,2%	140.282	-21.857	-24.017
2014	122.195	4.215	3,4%	117.980	96,6%	148.636	-26.441	-30.656
2015	120.713	4.748	3,9%	115.965	96,1%	138.273	-17.560	-22.308
2016 ²	146.047	5.128	3,5%	140.919	96,5%	281.411	-135.364	-140.492
2017	166.703	5.769	3,5%	160.934	96,5%	249.181	-82.478	-88.247
2018	201.531	5.862	2,9%	195.669	97,1%	261.851	-60.320	-66.182
2019 ³	212.669	6.035	2,8%	206.634	97,2%	270.294	-57.625	-63.660
2020 ⁴	191.883	3.559	1,9%	188.324	98,1%	220.239	-28.356	-31.915
2021	183.650	5.948	3,2%	177.702	96,8%	247.829	-64.179	-70.127
2022	184.753	6.117	3,3%	178.636	96,7%	268.167	-83.414	-89.531

Anmerkung: Ab 2016 Bruch in der Zeitreihe. Ab dem 1. Januar 2016 werden Zu- und Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen von bzw. nach „unbekannt/ohne Angabe“ in der Wanderungsstatistik zusätzlich berücksichtigt, daher fallen die Zu- und Fortzugszahlen von deutschen Staatsangehörigen ab 2016 höher aus. Die Ergebnisse sind nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

1) Personen, die mit Ausstellung der Spätaussiedlerbescheinigung die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten. Dies betrifft Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in eigener Person (§ 4 Abs. 1 BVFG) sowie deren Ehepartnerin oder Ehepartner und ihre Nachfahren (§ 7 Abs. 2 BVFG).

2) Die Ergebnisse ab dem Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar (vgl. die Anmerkung). Ausführliche Informationen dazu befinden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zu Wanderungen.

3) Die Ergebnisse des Berichtsjahres 2019 enthalten vermehrte Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Fortzugszahl 2019 nur beschränkt mit den Werten davor und danach vergleichbar.

4) Im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie kann es ab Mitte März 2020 aufgrund von Einschränkungen im Publikumsverkehr von Meldebehörden oder verlängerten Fristen zur An- und Abmeldung zu einer zeitlich verzögerten Erfassung von Wanderungsfällen in der Statistik kommen.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Wanderungsstatistik), Bundesverwaltungsamt

Neben Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern bilden Rückkehrende mit deutscher Staatsangehörigkeit, die jederzeit das Recht zur Einreise nach Deutschland haben, den anderen Teil der in der Zu- und Fortzugsstatistik erfassten Zuzüge von deutschen Staatsangehörigen.¹⁰⁷ Unter Abzug der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler liegt die Zahl der jährlich zugewanderten deutschen Staatsangehörigen seit 2010 bei über 100.000 Personen, im Jahr 2019 betrug sie sogar über 200.000 Personen (206.634). Seitdem geht die Zahl wieder zurück. Im Jahr 2022 gab es mit 178.636 Personen eine leichte Steigerung im Vergleich zum Vorjahr (+0,5 %). Seit 2010 bewegte sich der Anteil der deutschen Rückkehrenden an der deutschen Zuwanderung insgesamt fast konstant bei rund 97 % (vgl. Tabelle 3-17). Hierbei handelt es sich z. B. um Personen, die nach einem temporären Aufenthalt aus Beschäftigungsgründen, als Seniorinnen und Senioren, Studierende¹⁰⁸ oder Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler¹⁰⁹ sowie deren Angehörige nach Deutschland zurückkommen.

Es kann jedoch angenommen werden, dass sich ein Teil der aus dem Ausland zurückgekehrten Personen vor ihrer Ausreise aus Deutschland nicht bei den Behörden abgemeldet hat, da bei nur kurzzeitigem Auslandsaufenthalt der inländische Wohnsitz häufig beibehalten wird, sodass eine Anmeldung bei der Rückkehr nach Deutschland ebenfalls unterbleibt. So ist zu vermuten, dass beispielsweise Studierende, die nur für 1 oder 2 Semester ins Ausland gehen, ihren Wohnsitz in Deutschland nicht aufgeben und sich deshalb nicht abmelden. Auch Seniorinnen und Senioren, die einen Teil des Jahres z. B. in Spanien verbringen, behalten häufig ihren Wohnsitz in Deutschland. Somit spiegeln die Wanderungszahlen von deutschen Staatsangehörigen, wie auch bei ausländischen Staatsangehörigen, nicht das gesamte tatsächliche Migrationsgeschehen wider, da lediglich die gemeldeten Wanderungsbewegungen registriert werden

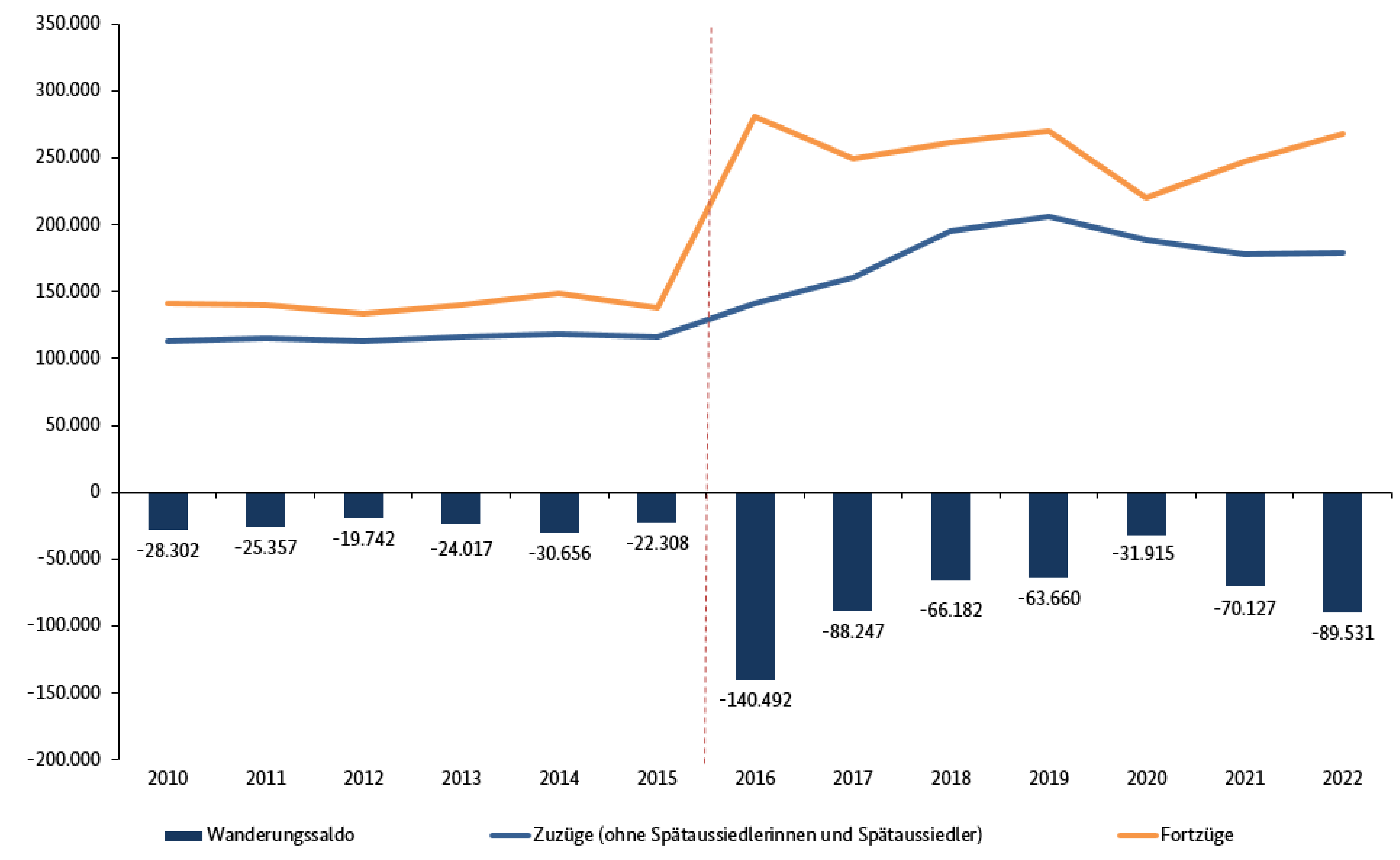
Die Abbildung 3-51 setzt die Zuzüge in Bezug zu den Fortzügen und stellt den Wanderungssaldo dar. Dabei werden jedoch die Zuzüge der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler (anhand der Zugangszahlen des Bundesverwaltungsamtes, vgl. Kapitel 3.7) bei den Zuzügen herausgerechnet, um stärker auf die Gruppe der sonstigen aus dem Ausland zugewanderten bzw. zurückgekehrten deutschen Staatsangehörigen fokussieren zu können. Bei den Fortzügen ist ein analoges Vorgehen nicht möglich, da Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler hier nicht als solche innerhalb der Gruppe der deutschen Staatsangehörigen identifizierbar sind. Seit 2016 werden die Zu- und Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen von bzw. nach „unbekannt/ohne Angabe“ als Außenwanderung verbucht. Zuvor blieben sie in der Wanderungsstatistik und in Folge auch in der Bevölkerungsfortschreibung weitgehend unberücksichtigt. Dieser methodische Effekt ist in den Daten ab 2016 deutlich erkennbar; die Werte ab diesem Jahr fallen deutlich höher aus und sind nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

¹⁰⁷ Darunter fallen auch Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit, die während eines Auslandsaufenthaltes der Eltern geboren wurden und zum ersten Mal nach Deutschland einreisen.

¹⁰⁸ So waren im Jahr 2020 etwa 133.400 deutsche Studierende an ausländischen Hochschulen eingeschrieben (2019: 137.900). Insgesamt ist die Zahl der Deutschen, die für ein Studium ins Ausland zogen, fast kontinuierlich angestiegen (vgl. dazu Kapitel 4.2). Das Statistische Bundesamt gibt in seiner Publikation „Deutsche Studierende im Ausland“ jährlich jeweils die Zahlen für den 2 Jahre zuvor liegenden Berichtszeitraum an.

¹⁰⁹ Zur – häufig nur temporären – Abwanderung und zur Rückkehrbereitschaft von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit deutscher Staatsangehörigkeit vgl. Kapitel 4.2.

Abbildung 3-51: Zu- und Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen (Zuzüge ohne Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler¹⁾ seit 2010



Anmerkungen: Ab 2016 Bruch in der Zeitreihe. Ab dem 1. Januar 2016 werden Zu- und Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen von bzw. nach „unbekannt/ohne Angabe“ in der Wanderungsstatistik zusätzlich berücksichtigt, daher fallen die Zu- und Fortzugszahlen von deutschen Staatsangehörigen ab 2016 höher aus. Die Ergebnisse sind nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Ausführliche Informationen dazu befinden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zu Wanderungen.

Die Ergebnisse des Berichtsjahres 2019 enthalten vermehrte Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Fortzugszahl 2019 nur beschränkt mit den Werten davor und danach vergleichbar.

Im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie kann es ab Mitte März 2020 aufgrund von Einschränkungen im Publikumsverkehr von Meldebehörden oder verlängerten Fristen zur An- und Abmeldung zu einer zeitlich verzögerten Erfassung von Wanderungsfällen in der Statistik kommen.

1) Personen, die mit Ausstellung der Spätaussiedlerbescheinigung die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten. Dies betrifft Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in eigener Person (§ 4 Abs. 1 BVFG) sowie deren Ehepartnerin oder Ehepartner und ihre Nachfahren (§ 7 Abs. 2 BVFG).

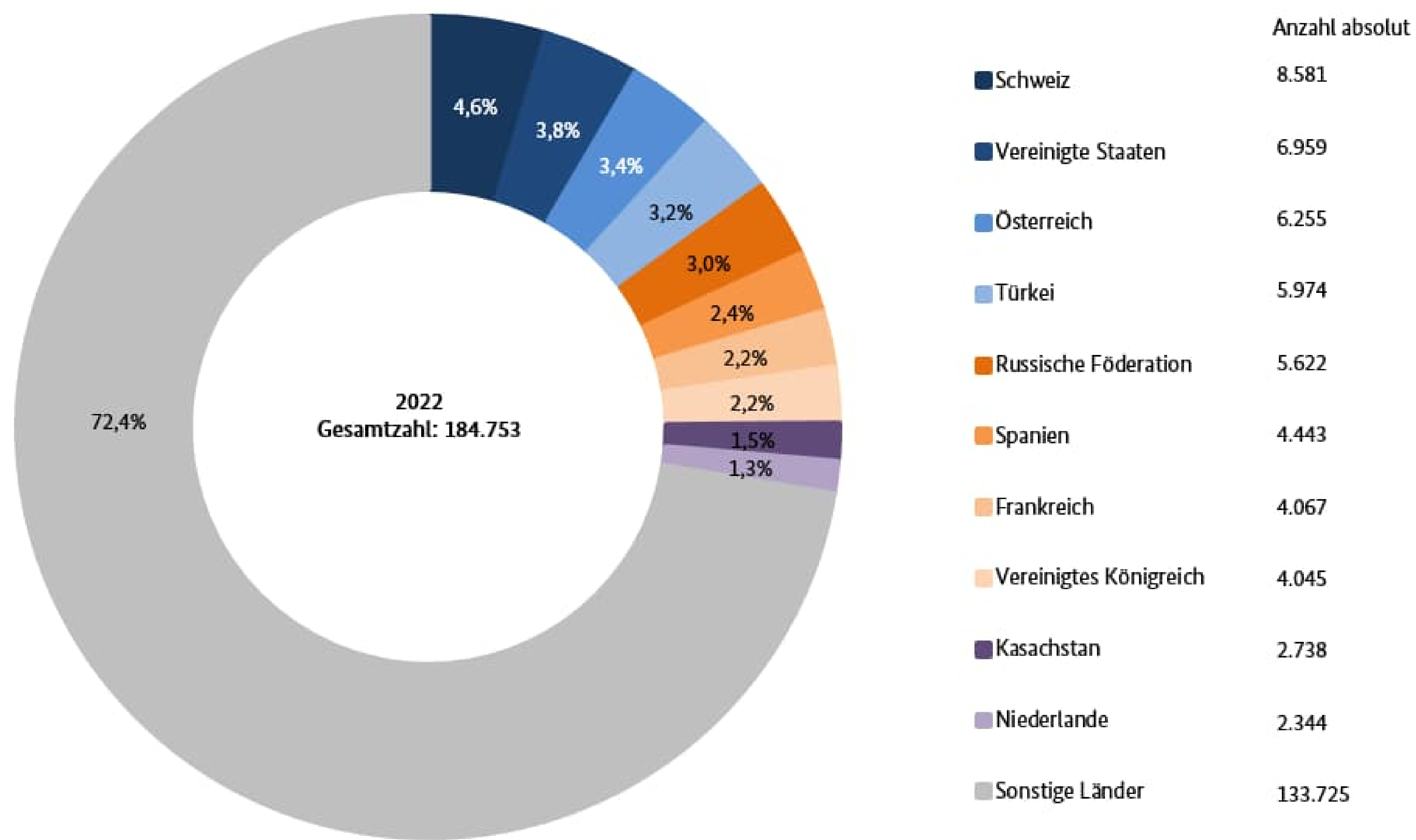
Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesverwaltungsamt

Unter Herausrechnung der im vertriebenenrechtlichen Verfahren aufgenommenen Personen, die in der Zuzugsstatistik als Zuzüge von deutschen Staatsangehörigen registriert werden, ist der Wanderungssaldo deutscher Staatsangehöriger bereits seit den 1980er-Jahren negativ. Unter Berücksichtigung der Zuzüge von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern gestaltete sich der Wanderungssaldo hingegen bis zum Jahr 2004 positiv.¹¹⁰ Im Jahr 2022 lag der Wanderungssaldo von deutschen Staatsangehörigen bei -83.414 (2021: -64.179) mit Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und bei -89.531 (2021: -70.127) ohne diese (vgl. Abbildung 3-51 und Tabelle 3-17).¹¹¹

¹¹⁰ Belastbare Wanderungszahlen von Deutschen und ausländischen Staatsangehörigen liegen erst seit 1954 vor (vgl. Statistisches Bundesamt 2020a). Wanderungszahlen nach Herkunfts-/Zielländern ab 1952 und Daten nach Staatsangehörigkeiten ab 1962.

¹¹¹ Ließe man bei den Zu- und Fortzügen von deutschen Staatsangehörigen von bzw. nach „unbekannt/ohne Angabe“ in der Wanderungsstatistik unberücksichtigt, ergäben sich 2016 gegenüber 2015 bei den Zuzügen (115.000 Personen, -4,3 %) als auch bei den Fortzügen (131.000 Personen, -5,5 %) andere Werte.

Abbildung 3-52: Zuzüge von deutschen Staatsangehörigen im Jahr 2022 nach Land des vorherigen Aufenthalts



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Mit Blick auf die Länder, aus denen deutsche Staatsangehörige nach Deutschland zurückkehrten, zeigt sich folgendes Bild: Die Schweiz ist nicht nur das Hauptzielland¹¹² deutscher Staatsangehöriger, sondern auch das Land, aus dem die meisten deutschen Rückkehrenden zu verzeichnen sind. Im Jahr 2022 wanderten 8.581 deutsche Staatsangehörige aus der Schweiz zurück nach Deutschland (2021: 9.447). Das waren 4,6 % aller deutschen Rückkehrenden. Die Zahl der Zuzüge von Deutschen aus der Schweiz erreichte 2015 seinen Höhepunkt, seit 2016 sinkt sie (vgl. Tabelle 3-52 im Anhang).

Aus den Vereinigten Staaten wanderten im Jahr 2022 6.959 deutsche Staatsangehörige zurück nach Deutschland (2021: 7.459). Dies entsprach einem Anteil von 3,8 % an der gesamten Remigration deutscher Staatsangehöriger. 6.255 Personen (3,4 %) zogen aus Österreich zu (2021: 6.415) (vgl. Tabelle 3-52 im Anhang).

Nahezu kontinuierlich stieg seit den 1990er-Jahren die Zahl der deutschen Rückkehrenden aus der Türkei. Im Jahr 2019 erreichte sie mit 5.620 einen vorläufigen Höhepunkt. Im Jahr 2020 sank die Anzahl der deutschen Staatsangehörigen, die aus der Türkei nach Deutschland zogen, im Vergleich zu 2019 um 20,6 % auf 4.462. Seitdem steigt die Zahl weiter an. Im Jahr 2022 stieg die Zahl um 16,4 % auf 5.974 im Vergleich zum Vorjahr (2021: 5.132). Aus der Wanderungsstatistik ist nicht ableitbar, inwieweit es sich hierbei um eingebürgerte türkeistämmige Menschen oder um Personen ohne Migrationshintergrund handelt. Mit der Russischen Föderation und Kasachstan befinden sich zudem die beiden wichtigsten Herkunftsländer von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern unter den wichtigsten 10 Ländern des vorherigen Aufenthalts (vgl. Tabelle 3-52 im Anhang).

¹¹² Zu den Fortzügen von deutschen Staatsangehörigen differenziert nach Zielländern vgl. Kapitel 4.2.